

**Zeitschrift:** Beiträge zur Geschichte Nidwaldens

**Herausgeber:** Historischer Verein Nidwalden

**Band:** 43 (1986)

**Artikel:** Die Gemeinden, Räte und Gerichte im Nidwalden des 18. Jahrhunderts

**Autor:** Steiner, Peter

**Kapitel:** Räte und Ratausschüsse : Organisation, Verfahren und Befugnisse im 18. Jahrhundert

**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-698275>

#### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 22.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## 2. Organisation, Verfahren und Befugnisse im 18. Jahrhundert

### 2.1 Organisation

#### 2.1.1 TERMINIERUNG UND SITZUNGSRHYTHMUS

Zu den Behörden des 18. Jahrhunderts, die mit feststellbarer Regelmässigkeit tagten, zählten der einfache Landrat, Rät' und Landleute und der Wochenrat. Der Zweifache und der Dreifache Landrat versammelten sich — mit Ausnahme des Zweifachen Landrates für die Dauer, als er als Georgenlandrat fungierte — bloss auf Einberufung im Bedarfsfall. Dasselbe galt für die spezialisierten Räte wie Feuererrat, Sanitätsrat oder Kriegsrat und die ad hoc gebildeten Ratsausschüsse.

Im Jahreslauf versammelte sich der Landrat ordentlicherweise vor der Landsgemeinde am Tage St. Georgs<sup>1</sup>, in der zwischen der Landsgemeinde und der Nachgemeinde liegenden Zeit, unmittelbar nach der Nachgemeinde und — über das Jahr verteilt — jeweils an Fronfasten.

Von grösster politischer Bedeutung war der Georgenlandrat, da er über die behördlichen Anträge an die Landsgemeinde bestimmte und zeitweise auch ein Vorberatungsrecht über Vorstösse aus der Mitte der Landleute beanspruchte. Von 1694 weg tagte er als Zweifacher Rat<sup>2</sup>; nachdem die Landleute aber ihr freies Antragsrecht zurückgewonnen hatten, reduzierte ihn die Nachgemeinde wieder auf die einfache Besetzung<sup>3</sup>. Ab 1702 und für die restlichen Jahre des Jahrhunderts blieb er in dieser Zusammensetzung bestehen, was jedoch nicht ausschloss, dass auf den gleichen Tag auch ein multiplizierter Rat zusätzlich einberufen werden konnte<sup>4</sup>.

Am Tag, dem 23. April, wurde mit grosser Konsequenz festgehalten; auf den Samstag zuvor oder auf den Montag darnach wurde ausgewichen, wenn der 23. auf einen Sonntag fiel. Kollidierte der Termin mit einem hohen kirchlichen

<sup>1</sup> daher «Georgenrat» oder «Georgenlandrat»

<sup>2</sup> s. S. 177

<sup>3</sup> «Seinthmahlen nun crafft heurigenss Jahrss gemachten Articuls jeder Landtman nach guot Bedunkhen an den Gemeinden anziechen mag, wass er will, aussert den verpüntlichen Articlen, alss ist für guot befunden worden, dass der St. Georgy gesässne Landtssrath insskünftig nur einfach gehalten werden solle.» 17. 5. 1701, LRP 4 fol. 333a

<sup>4</sup> Zweifach: 1704 (am 21. 4.), 1713, 1722; dreifach: 1728; R&L: 1773

Feiertag<sup>5</sup>, so wurde die Tagung in der Regel vorverschoben<sup>6</sup>, aber auch nachträglich gehalten<sup>7</sup>. Für die Jahre 1704 und 1728 ergeben sich aus dem kirchlichen Festtagskalender keine zwingenden Gründe, den Rat nicht am traditionellen Tag zu halten; dennoch wurde vom Termin abgewichen. Die Vorverschiebung von 1704 vom Mittwoch, dem 23., auf Montag, den 21., lässt sich erklären, weil auf jenen Montag ein Zweifacher Landrat zur Verurteilung eines Delinquenten versammelt war, und die Gelegenheit wahrgenommen wurde, auch die anstehenden Georgenratsgeschäfte zu verabschieden. Es mag dabei die Überlegung mitgespielt haben, dass an Feiertagen — als solcher galt St. Georg noch im 18. Jahrhundert<sup>8</sup> — kein Strafgericht gehalten wurde und es zudem unrationell gewesen wäre, zwei Tage später nochmals die Ratsherren herzubemühen. 1728 war auf den Tag zuvor wegen dem Marchenstreit mit Engelberg ein Dreifacher Landrat terminiert<sup>9</sup>; noch am 7. April hatte der Wochenrat den Georgenlandrat auf den ordentlichen Termin gesetzt<sup>10</sup>, doch wurde in diesem Fall bewusst von der Tradition abgewichen und «eodem die . . . auch bey disser Gelegenheit St. Georgen Landtrath, iedoch ohne Consequenz, gehallten»<sup>11</sup>. Kein Georgenlandrat fand 1765 statt — zumindest ist davon kein Protokoll überliefert<sup>12</sup>.

Zu Beginn des 18. Jahrhunderts — 1705 und 1710 — war der Rat prinzipiell in Frage gestellt worden, da der gewöhnliche Landmann an der Nachgemeinde jetzt «Anzug thuon mag, wass er will»<sup>13</sup>. Das Ansinnen fand in beiden Fällen keine Ratsmehrheit<sup>14</sup>.

Nach der Landsgemeinde und noch vor der Nachgemeinde versammelten sich die Ratsherren regelmässig zum «Schwörtag». Noch 1727 hielt allerdings der Georgenlandrat fest, die Ratsherren sollten an der Nachgemeinde erscheinen und, «so fehrn das Wetter ginstig, iederzeit an der Nach-Gemeindt die eydtliche Treuw dem wohlregierenden Herrn Landtammann widerum praestieren undt ablegen . . .»<sup>15</sup> Im Titel des Landratsprotokolles vom 30. April 1734 signalisierte sich

<sup>5</sup> mit Ostern, aber auch mit Karfreitag, Karsamstag oder Ostermontag

<sup>6</sup> 1707, 1734, 1753, 1791

<sup>7</sup> 1764

<sup>8</sup> St. Georg wird als Feiertag im Stanser Stiftjahrzeitbuch von 1621 aufgeführt; er wurde als solcher im Jahre 1858 vom Bischof des Bistums Chur aufgehoben. Vgl.: N.N., Erinnerung an die Heiligen der dispensierten Tage, in: Nidwaldner Kalender 1860 (unpag.); N.N., Ein alter Nidwaldner Kalender, in: Nidwaldner Stubli 1942, Nr. 1, Beilage zum Nidwaldner Volksblatt

<sup>9</sup> R&L 15. 4. 1728, WRP 26 fol. 27a

<sup>10</sup> 1728, WRP 26 fol. 18b

<sup>11</sup> Protokolltitel LR 22. 4. 1728, LRP 6 fol. 293a

<sup>12</sup> Der am 18. des Monats gehaltene Landrat wurde ausdrücklich als «extra gesessne[r] Landtrahrt» betitelt und kann auch inhaltlich nicht als Georgenlandrat gedeutet werden; LRP 9 fol. 59a. Am üblichen Datum war indessen ein Dreifacher Landrat beisammen, der im Landsgemeinde-Protokollband protokolliert wurde; LGP A fol. 256a f . . Denkbar ist, dass bloss der Eintrag, der üblicherweise im Landrats-Protokollband hätte fortgeführt werden sollen, unterlassen wurde.

<sup>13</sup> LR 23. 4. 1710, LRP 5 fol. 231a

<sup>14</sup> LR 23. 4. 1705, LRP 5 fol. 83b; LR 23. 4. 1710, LRP 5 fol. 231a f.

<sup>15</sup> 23. 4., LRP 6 fol. 253b f.; vgl. auch LR 28. 4. 1707, LRP 5 fol. 135a

erstmals eine Praxisänderung, indem die Eidesleistung als an diesem Tag vorgenommen verzeichnet wurde<sup>16</sup>. Der Hinweis erfolgte ab 1737<sup>17</sup> erst sporadisch, nach der Mitte des Jahrhunderts schliesslich regelmässig.

Der Schwörtag fand hauptsächlich am zweiten Montag nach der Landammannwahl statt, doch wurde er in der Regel auf den Mittwoch vorgezogen, wenn die Nachgemeinde schon acht Tage nach der Landsgemeinde gehalten werden wollte<sup>18</sup>.

Mit grosser Häufigkeit gleich am Montag nach der Nachgemeinde<sup>19</sup> wurde der «Grämpler-Schwörtag» gehalten; die Wirte, Weinschenker, Bäcker, Müller, die Händler und Handwerker<sup>20</sup> hatten der Obrigkeit an diesem Tag zu schwören, sie möchten ihre Berufspflichten und die Verpflichtungen gegenüber den Gnädigen Herren der Eidesformel gemäss erfüllen.

Wohl war das Ablegen des Eides an beiden Schwörtagen Anlass, aber lange nicht einziger Grund der Zusammenkunft; immer wurden sie für die Behandlung von anstehenden Traktanden benützt<sup>21</sup>.

Weitere vier Termine galten während des Jahres für Sitzungen des Landrates als ordentliche Daten. Die Versammlung an Fronfasten zu halten, war schon zu Beginn des 18. Jahrhunderts Brauch<sup>22</sup>, doch erhob erst das Landbuch von 1782 die Gewohnheit ins geschriebene Recht: «Alle Quartember solle ein sogenannter Fronfasten Landstrath bey der Treü gehalten werden; . . .»<sup>23</sup>.

Die vier Fronfastenzeiten bestimmten sich teils nach variablen, teils nach unbeweglichen kirchlichen Daten, indem sie diesen — nämlich Aschermittwoch, Pfingsten, Kreuzerhöhung<sup>24</sup> und Lucia<sup>25</sup> — immer am Mittwoch, Freitag und Samstag folgten. Aschermittwoch und Pfingsten richten sich nach dem beweglichen Ostertermin; Fronfasten fällt demzufolge auf Tage zwischen den beiden Extremen 11. Februar<sup>26</sup> und 20. März<sup>27</sup> bzw. 13. Mai und 19. Juni. Im September

<sup>16</sup> LRP 6 fol. 445b

<sup>17</sup> LR 6. 5., LRP 7 fol. 36a; 4. 5. 1639, LRP 7 fol. 73a; LR 30. 4. 1740, LRP 7 fol. 105a

<sup>18</sup> was im 18. Jahrhundert die Ausnahme darstellte; s. S. 69

<sup>19</sup> in 50 von 97 Fällen zwischen 1701 und 1797

<sup>20</sup> die «Grämpler»! Die eigentlichen Grümpfer und Grämpler sind die «pochenden und polternden Handwerker» wie Schlosser, Schmiede, Weber und dergleichen. Vgl. Businger Aloys, Der Kanton Unterwalden, Gemälde der Schweiz, 6. Heft, St. Gallen und Bern 1836, unveränderter Neudruck Genf 1978, S. 112

<sup>21</sup> Für beide Schwörtage sind Jahre festzustellen, in denen sie weder in den üblichen Zeiträumen stattfanden noch später nachgeholt wurden; möglicherweise wurde auch schlicht eine Protokollnotiz dann unterlassen, wenn bloss die feierliche Eidesabstattung auf dem Programm stand.

<sup>22</sup> Im Zusammenhang mit der Erledigung von Prozessen verlangte der Landrat am 24. 4. 1702 deren Durchführung in der Amtszeit des jeweils regierenden Landammanns und forderte «zuo Bewerkstelling dessen» deren Vorlage «an allen 4 Fronfasten gesässnen Landsträthen». LRP 5 fol. 8b

<sup>23</sup> V. S. 10

<sup>24</sup> 14. September

<sup>25</sup> 13. Dezember

<sup>26</sup> 1761

<sup>27</sup> 1734

und im Dezember ist die Spanne weit geringer und reicht vom 15. bis zum 24. September bzw. vom 14. bis zum 23. Dezember.

Der Vergleich der Landratstermine mit den einzelnen Fronfastenzeiten hat ergeben, dass in aller Regel<sup>28</sup> Fronfasten nur als Zeitraum für die zur Hauptsache vom Wochenrat vorgenommene Einberufung<sup>29</sup> eines ordentlichen Landrates gelten konnte; mit beinahe gleich starker Tendenz erweist sich, dass entweder der Montag vor dem Fronfastenmittwoch<sup>30</sup> oder der Montag darnach<sup>31</sup> Ratstag war. Dreimal seltener wurde am zweiten Montag vor bzw. am ersten Mittwoch nach der Fronfastenwoche<sup>32</sup> Landrat gehalten; mit Ausnahme des Sonntags, der als Ratstag nicht in Frage kam, sind alle Wochentage vor und nach Fronfasten gelegentlich zur Durchführung des Landrates benutzt worden. Am Fronfasten-Termin wurde allerdings nicht zwanghaft festgehalten; der Rat fiel ohne weiteres und formlos aus, wenn es seiner mangels Traktanden nicht bedurfte.

Reichten die sieben ordentlichen Landratstermine zur Behandlung der anstehenden Geschäfte nicht aus oder erheischte ein Gegenstand die unverzügliche Beratung, so konnte der Landrat auch ausserordentlicherweise zusammengerufen werden. Während die Fortsetzung regelmässig schon vom Landrat selbst angesagt worden sein dürfte, waren für die übrigen Extra-Landräte auch alle anderen Räte und der regierende Landammann zur Ansetzung befugt<sup>33</sup>. Das Landbuch von 1782, das ausdrücklich die Versammlung von ausserordentlichen Landräten zuließ<sup>34</sup>, schwieg sich über das Einberufungsrecht aus. Der ausserordentliche Charakter verschiedener Landratsversammlungen lässt sich in vielen Fällen allein aus dem Datum erkennen. Es war offensichtlich dem Belieben des Landschreibers anheimgestellt, ob er diesen als solchen im Protokolltitel sichtbar machen wollte oder nicht.

Ähnlich dem Landrat lassen sich auch für die Versammlung von Rät' und Landleuten regelmässige Sitzungsdaten feststellen. Bestand das Bedürfnis, Heu

<sup>28</sup> nur gerade 13 Sitzungen fanden präzis an einem eigentlichen Fronfastentag statt!

<sup>29</sup> Beispiele: WR 12. 12. 1707, WRP 22 fol. 335a; WR 13. 9. 1717, WRP 24 fol. 416b; WR 17. 9. 1727, WRP 25 fol. 433b f.; WR 18. 2. 1737, WRP 30 fol. 147a; WR 14. 12. 1767, WRP 32 fol. 134a; WR 22. 1. 1777, WRP 34 fol. 135b; WR 10. 9. 1787, WRP 35 fol. 400a

<sup>30</sup> 70 Termine

<sup>31</sup> 74 Termine

<sup>32</sup> je 24 Termine

<sup>33</sup> Beispiele: LR 30. 4. 1710, LRP 5 fol. 234a; LR 24. 5. 1714, LRP 5 fol. 380a; LR 22. 2. 1723, LRP 6 fol. 138b; LR 25. 9. 1751, LRP 8 fol. 45b; LR 12. 3. 1753, LRP 8 fol. 66b; LR 14. 5. 1768, LRP 9 fol. 137b; LR 31. 5. 1779, LRP 10 fol. 129a; WR 17. 10. 1707, WRP 22 fol. 323b; WR 19. 2. 1720, WRP 24 fol. 544a; WR 19. 1. 1728, LRP 6 fol. 283b; WR 27. 7. 1737, WRP 27 fol. 47b; WR 14. 2. 1746, WRP 28 fol. 287a; WR 25. 6. 1753, LRP 8 fol. 75b; WR 1. 4. 1767, WRP 32 fol. 82b; WR 3. 1. 1787, WRP 35 fol. 365a; 3-LR 19. 1. 1756, LGP A fol. 176b. — Mindestens von einem Teil der zahlreichen Extra-Landratssitzungen darf angenommen werden, dass sie direkt vom regierenden Landammann einberufen wurden; vgl. die Delegation des Wochenrates an den Landammann vom 27. 6. 1767, WRP 32 fol. 96b, und vom 5. 10. 1767, WRP 32 fol. 112a

<sup>34</sup> «... nach Erheischung wichtiger Geschäften können auch unter der Zeit extra Landräth gehalten... werden.» V. S. 10

und Stroh aus dem Land zu führen, konnte jeder interessierte Landmann beim regierenden Landammann auf Mitte März die Einberufung von Rät' und Landleuten verlangen; auch für die Bewilligung allfälliger Einfuhren traten Rät' und Landleute nach diesem Termin zusammen<sup>35</sup>. 1795 wurde zudem beschlossen, die Abnahme der Salzrechnung am Ende einer sechsjährigen Verwaltungsperiode «vor Räth und Landleüthen zu Mitte Mertzens, die auch hinfür ausgekündt werden sollen», zu vollziehen<sup>36</sup>. Mitte März sollte aber weniger als fixes Datum als vielmehr als Zeitraum gelten; im März liessen sich die Vorräte abschätzen und der Bedarf bis zum Einsetzen der Frühjahrsnutzung ungefähr errechnen. Die Zusammenkunft konnte deshalb auch schon vor dem 15.<sup>37</sup> stattfinden oder sich bis in den April hinein verzögern<sup>38</sup>. Mit Vorliebe fand sie jeweils an einem Montag statt.

Ein ordentliches Zusammentreten war auch zur Erteilung der Instruktion an die Gesandten, die zu gemeineidgenössischen Tagsatzungen, zu den Jahrrechnungstagsatzungen oder an Fürstenhöfe delegiert worden waren, vonnöten sowie zum Empfang derer Berichte<sup>39</sup>. Die Formulierung des Auftrags wurde in der Regel eine bis zwei Wochen vor dem Termin der Konferenz vorgenommen, nämlich in den letzten Junitagen für die eidgenössische Tagsatzung<sup>40</sup>, in den letzten Juli-Tagen für die Lauiser- und Luggarneser-Jahrrechnung<sup>41</sup> und um Mitte August für die Bellenzer Konferenz<sup>42</sup>. Rät' und Landleute versammelten sich unabhängig davon, ob der Stand Nidwalden zur Entsendung eines Gesandten an der Reihe war oder ob der «Ritt» Obwalden zukam<sup>43</sup>. Für die Relation<sup>44</sup> lässt sich kein Regeltermin festlegen; je nach Interessenlage wurden dafür Rät' und Landleute<sup>45</sup> berufen oder bei sich ergebender Gelegenheit Bericht erstattet; schliesslich wurde oft auch auf die Relation im grossen Kreis schlicht verzichtet. Daneben ergaben sich aus dem Recht zu Instruktion und Relation zahlreiche zusätzliche Versammlungen, nämlich immer<sup>46</sup> dann, wenn zuhanden von bilateralen oder multilateralen Ständekonferenzen die Nidwaldner Haltung bestimmt bzw. «nach eingetrof-

<sup>35</sup> Lb 1623/1731, S. 94 N.; Lb 1782, IV. S. 29

<sup>36</sup> R&L 16. 3. 1795, LGP B fol. 253a

<sup>37</sup> frühestes Datum: 5. 3. 1703, LRP 5 fol. 32b

<sup>38</sup> spätestes Datum: 15. 4. 1771, LGP B fol. 19a

<sup>39</sup> Lb 1623/1731, S. 88 f. N.; Lb 1690, fol. 67a N. auf Georgenlandrat 1683

<sup>40</sup> deren Eröffnung sich im Verlaufe des Jahrhunderts auf den ersten Montag im Juli einpendelte

<sup>41</sup> Die Durchführung dieser Konferenz erfolgte im August, wobei ein genaueres Datum in den Abschieden nicht überliefert wurde.

<sup>42</sup> Sie wurde traditionell am 25. August eröffnet.

<sup>43</sup> Nicht mit Obwalden teilen musste Nidwalden die Verwaltung von Bellenz, Bollenz und Riviera, weshalb es sich bei dieser Konferenz jährlich vertreten lassen konnte; vgl. S. 133

<sup>44</sup> Berichterstattung

<sup>45</sup> «... so es nöthig erfunden wird, ...» LR 11. 9. 1769, LRP 9 fol. 177b

<sup>46</sup> «Immer» darf allerdings nicht so gedeutet werden, dass Rät' und Landleute etwa ohne Ausnahme zur Gestaltung der Aussenpolitik herangezogen worden wären; es war die Regel — nicht mehr! S. dazu S. 289 f.

fenem Abscheydt» die Ergebnisse angehört werden mussten<sup>47</sup>, wenn Stipendien<sup>48</sup> oder Gardedienstplätze zu vergeben waren oder Blutgericht gehalten wurde. In Zeiten bewegter Verhältnisse konnte es eintreffen, dass Rät' und Landleute ausserordentlich fleissig zum Tagen eingeladen wurden. Auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen um das Toggenburg im Frühjahr und im Sommer 1712 traten sie innerhalb der drei Monate Mai, Juni und Juli nicht weniger als 27 mal zusammen, oft jeden zweiten Tag, einmal ohne Unterbruch an vier aufeinanderfolgenden Tagen. Zieht man die fünf Extra-Landsgemeinden, die in diesem Zeitraum zusammengerufen wurden, zusätzlich in Betracht, so ergibt sich für den einzelnen Ratsherrn und den Landmann eine Belastung an Präsenz, die er kaum stets zu ertragen vermochte. Zwar liegen über den zahlenmässigen Besuch der Versammlungen keine Angaben vor, repräsentativ dürfte er jedoch kaum immer gewesen sein. Selbst kein einziger Mann aus dem Landvolk fand sich 1715 zur ordentlichen Instruktion nach Frauenfeld ein, weshalb sie vom Landrat allein formuliert wurde<sup>49</sup>.

1713 wurden Rät' und Landleute als Behörde abgeschafft und durch einen Zweifachen Landrat ersetzt<sup>50</sup>. Ab 1714 erschienen sie aber wieder in alter Form<sup>51</sup>.

Regelmässiges Zusammentreten der mehrfachen Räte blieb die Ausnahme: der Zweifache Landrat als Ersatz für Rät' und Landleute wurde vom Landvolk nicht auf die Dauer akzeptiert<sup>52</sup>. Auch die Versuche, den Georgenlandrat als zweifachen<sup>53</sup> oder dreifachen Landrat<sup>54</sup> zu institutionalisieren, schlugen fehl, da sie jeweils eine Verminderung des Einflusses der Landleute mit sich gebracht hätten<sup>55</sup>.

Zur Einberufung von Rät' und Landleuten im ausserordentlichen Fall, von mehrfachen Räten aber überhaupt waren sämtliche Behörden vom Wochenrat bis zur Landsgemeinde und der Nachgemeinde befugt<sup>56</sup>. Eindeutig am häufigsten machten von der Befugnis allerdings der Landrat und der Wochenrat Gebrauch.

<sup>47</sup> Lb 1623/1731, S. 89 N.

<sup>48</sup> s. S. 197 f.

<sup>49</sup> 26. 6., LRP 5 fol. 413b

<sup>50</sup> LG 7. 5. 1713, LRP 5 fol. 326a

<sup>51</sup> LG 29. 4. 1714, LRP 5 fol. 369a

<sup>52</sup> s. soeben

<sup>53</sup> 1694 bis 1701; s. S. 177, S. 179 f. und S. 211

<sup>54</sup> 1702, 1713/1714

<sup>55</sup> s. S. 177

<sup>56</sup> Beispiele: R&L terminiert durch einen Ehrenausschuss: 9. 3. 1725, WRP 24 fol. 238a; — durch den Wochenrat: 14. 11. 1707, WRP 22 fol. 329a; 23. 6. 1717, WRP 25 fol. 398b; 11. 12. 1747, WRP 29 fol. 81b; 25. 6. 1753, LRP 8 fol. 75b; 23. 6. 1760, LRP 8 fol. 268a; 20. 7. 1767, WRP 32 fol. 99b; 26. 2. 1777, WRP 34 fol. 139b; 29. 10. 1787, WRP 35 fol. 406b; — durch den Landrat: 5. 3. 1708, LRP 5 fol. 150b; 5. 8. 1715, LRP 5 fol. 418a; 10. 5. 1728, LRP 6 fol. 303b; 26. 10. 1748, LRP 7 fol. 276b; 8. 5. 1752, LRP 8 fol. 56b; 13. 5. 1769, LRP 9 fol. 167b; 8. 5. 1780, LRP 10 fol. 146b; 9. 10. 1786, LRP 10 fol. 276a; — durch die Nachgemeinde: 13. 5. 1787, LGP B fol. 190b f. 2-LR terminiert durch den Wochenrat: 1. 8. 1707, WRP 22 fol. 300b; 9. 9. 1713, WRP 24 fol. 124b; 10. 5. 1723, LRP 6 fol. 147a; 8. 11. 1777, WRP 34 fol. 189b; 31. 12. 1787, WRP 35 fol. 414b;

Rät‘ und Landleute und die mehrfachen Räte wurden öfters nicht allein auf einen Tag versammelt, sondern zusammen mit dem Wochenrat<sup>57</sup> oder dem Landrat. Es sind sogar Termine anführbar, an welchen an einem einzigen Tag gleich drei Formen von Behörden tagten: Am 18. August 1704 eröffnete zum Beispiel der Landrat die Sitzung, es folgte eine Tagung von Rät‘ und Landleuten, dann beriet sich ein Zweifacher Landrat und schliesslich beendete wiederum ein einfacher Landrat den Tag<sup>58</sup>. Am 23. November 1729 tagten zuerst Rät‘ und Landleute, dann ein Dreifacher Landrat und schliesslich der einfache Landrat<sup>59</sup>. Rät‘ und Landleute sowie ein ein- und ein zweifacher Landrat versammelten sich nacheinander auch am 13. März 1765<sup>60</sup>. Nicht selten in Kombination erschienen Landrat und Wochenrat<sup>61</sup> bzw. Rät‘ und Landleute und Wochenrat<sup>62</sup>. Auch der Landrat begann oft in einfacher Zusammensetzung, verhandelte dann in multiplizierter Form weiter und schloss eventuell wieder in der Grundzusammensetzung, oder er eröffnete mehrfach und reduzierte sich im Verlaufe des Tages auf die Grundform<sup>63</sup>.

Von den Ratsausschüssen tagte bloss der Wochenrat regelmässig und zwar — wie aus seiner Bezeichnung hervorgeht — wöchentlich. Eine andere Benennung der Versammlung — «Montagsrat» — und die Vorschriften in den Landbüchern<sup>64</sup> weisen genauer auf den Zeitpunkt hin. Fiel ein Feiertag auf den Montag, so wurde der gewöhnliche Ratstag am darauffolgenden Mittwoch gehalten<sup>65</sup>. Weitere Verschiebungen für einzelne Ratssitzungen aus besonderem Anlass oder Verle-

— durch den Landrat: 22. 5. 1713, LRP 5 fol. 329a; 28. 8. 1747, LRP 7 fol. 258b; 5. 7. 1780, LRP 10 fol. 155b; 19. 7. 1780, LRP 10 fol. 158a.

3-LR terminiert durch den Wochenrat: 15. 6. 1767, WRP 32 fol. 93a; — durch den Landrat: 20. 9. 1706, LRP 5 fol. 120b; 20. 5. 1728, LRP 6 fol. 306a; 2. 5. 1736, LRP 7 fol. 24b; — durch die Landsgemeinde: 4. 5. 1755, LGP A fol. 168b.

<sup>57</sup> WR/3-LR/LR am 24. 5. 1736, LRP 7 fol. 27a ff.; WR/2-LR/WR am 11. 3. 1737, LRP 7 fol. 32a ff.

<sup>58</sup> LRP 5 fol. 74 ff.

<sup>59</sup> LRP 6 fol. 351b ff.

<sup>60</sup> LRP 9 fol. 58b; LGP A fol. 254a ff.

<sup>61</sup> Das mag mit der Verfahrensregel zusammenhängen, die nur als vom Landrat behandelt gelten liess, was zu Beginn der Sitzung angekündigt worden war, das übrige aber als bloss vom Wochenrat beraten anerkannte; s. S. 240 f.

<sup>62</sup> Beispiele: 7. 3. 1712, WRP 24 fol. 4b; 21. 7. 1720, WRP 24 fol. 615b ff.; 28. 2. 1728, WRP 26 fol. 36b ff.; 25. 6. 1736, WRP 36 fol. 609a ff.; 18. 8. 1747, WRP 29 fol. 64a und LGP A fol. 89b; 18. 8. 1762, WRP 31 fol. 81b und LGP A fol. 210a; 14. 8. 1775, WRP 34 fol. 38a und LGP B fol. 78b; 23. 6. 1788, WRP 35 fol. 442b und LGP B fol. 203b

<sup>63</sup> 4. 8. 1707, LRP 5 fol. 140b und 143a; 13. 1. 1710, LRP 5 fol. 212b und 213a; 4. 6. 1712, LRP 5 fol. 282a und 283a; 14. 10. 1720, LRP 6 fol. 98b und 99a; 24. 5. 1736, LRP 7 fol. 27a ff.; 17. 8. 1740, LRP 7 fol. 116b und LGP A fol. 30b; 19. 1. 1756, LRP 8 fol. 152a und LGP A fol. 176b; 7. 12. 1763, LRP 9 fol. 17a und LGP A fol. 224a; 1. 6. 1771, LRP 9 fol. 239a, LGP B fol. 21a und LRP 9 fol. 241a; 20. 5. 1774, LRP 10 fol. 32a und LGP B fol. 63a; 11. 6. 1781, LRP 10 fol. 178a und LGP B fol. 142a; 2. 1. 1786, LRP 10 fol. 253b und LGP B fol. 178a

<sup>64</sup> «So ist geordnet und luth Nachgemeinden 1649 und 1660 hierüber erleütheret, dass alle Wochen am Montag . . . ein gewohnlicher Rathstag gehallten werde . . .» Lb 1623/1731, S. 145 N.; Lb 1690, fol. 106b; Lb 1782, V. S. 11

<sup>65</sup> Lb 1623/1731, S. 145 N.; Lb 1690, fol. 106b; Lb 1782, V. S. 11

gungen auf einen andern Tag für eine längere Zeit<sup>66</sup> wurden entweder vom Wocherrat selbst<sup>67</sup> oder dann vom Landrat verfügt<sup>68</sup>. Das Prinzip der wöchentlichen Sitzung wurde nie in Frage gestellt; auch gelegentliche Ausfälle vermochten es nicht zu beeinträchtigen<sup>69</sup>. Demgegenüber konnte der Landammann im Falle, dass «nothwendige oder frembde Händel, so kein Verzug leiden möchten, ussert der Zeit vorfiehlen», auch an andern Wochentagen einen Extra-Rat berufen<sup>70</sup>, doch sollte dies nicht leichthin geschehen<sup>71</sup>.

Während es die Kommissionen «zue denominieren nach Zeytt und Umständen [einem] gesessnen [Landrat] oder Wuchenrath überlassen» war<sup>72</sup> und diese sich in der Folge ihre Arbeit in der Regel selbst einteilten<sup>73</sup>, traten die verschiedenen Fachräte aufgrund objektiver Begebenheiten zusammen, nämlich der Feuerrat, «wann das Feür . . . aufgehet»<sup>74</sup>, der Sanitätsrat, «wann ansteckende Suchten old Kranckheiten unter Mentschen oder Vüh in unserm Landt oder in benachbarten lobl[ichen] Ständen sich äussern sollten»<sup>75</sup>, und der Kriegsrat bei drohenden Konflikten, die das Land Nidwalden tangieren konnten<sup>76</sup>.

<sup>66</sup> «Der ordinarij Wuchen Rath haben mghh. anstadt des Montags auf den Mitwuchen die Fasten hindurch gestellt und hernach soll wider vor ein Landrath kommen, ob man fernes also wolle fortfahren oder wider auf den Montag setzen.» LR 8. 3. 1756, LRP 8 fol. 157b. — «Den ordinary Wuchenrath haben mghh. für das Künfftige auff den Mitwochen abgeenderet, wan ein Feürtag aber auf den Mitwuchen fiele, solle es danne den Rath zu hallten einem Wuchenrath überlassen seyn.» LR 24. 5. 1756, LRP 8 fol. 166b. — «Den ordinari Wuchenrath haben Mghh. widerumben auf den Montag gestellt, aussert in den Fasten soll selber am Mitwuchen gehallten werden.» LR 29. 10. 1756, LRP 8 fol. 182a

<sup>68</sup> Beispiele: 17. 9. 1703, LRP 5 fol. 47b; 17. 3. 1717, LRP 6 fol. 11b; 18. 12. 1719, LRP 6 fol. 87a; 4. 5. 1727, LRP 6 fol. 252b; 1. 4. 1743, LRP 7 fol. 181a; 11. 9. 1769, LRP 9 fol. 177b; 18. 9. 1769, LRP 9 fol. 179b; 2-LR 26. 5. 1708, LRP 5 fol. 162b

<sup>69</sup> LR 2. 5. 1708, LRP 5 fol. 159b; WR 11. 2. 1715, WRP 24 fol. 241b; LR 14. 5. 1725, LRP 6 fol. 196b; LR 15. 5. 1741, LRP 7 fol. 135b; WR 23. 11. 1767, WRP 32 fol. 126a

<sup>70</sup> Lb 1623/1731, S. 145 N.; Lb 1690, fol. 107a; Lb 1782, V. S. 11

<sup>71</sup> 3-LR 23. 4. 1695, LRP 4 fol. 182b

<sup>72</sup> «. . . doch soll es nit zue offt und in gahr zue grosser Anzahl geschehen, . . .» LRP 23. 4. 1757, LRP 8 fol. 192a. Die Mahnung auf Zurückhaltung ging auf einen Vorstoss im LR vom 13. 12. 1756, LRP 8 fol. 187a, zurück, der eine Überprüfung der Praxis wegen zu hohen Kosten anregte. — Lb 1782, V. S. 11

<sup>73</sup> was aber Mahnungen von höherer Warte nicht ausschloss! Vgl. LR 16. 3. 1690, LRP 4 fol. 13b; LR 17. 3. 1706, LRP 5 fol. 105a

<sup>74</sup> Lb 1782, V. S. 33; s. auch Lb 1623/1731, S. 218 N. — Im Dorf Stans waren die Wächter beauftragt, den «H. Praesidenten von dem Feürrath samt dem Feyrhauptmann» zu benachrichtigen, sobald sie einen Brand festgestellt hatten; Lb 1782, I. S. 36

<sup>75</sup> Lb 1782, V. S. 31. — Die Doktoren und Schärer, «so das oberkeitliche Wartgeldt haben», besassen eine Anzeigepflicht für den Fall, dass sie «erbliche ansteckende Krankheiten verspühren, . . .» Lb 1782, I. S. 36

<sup>76</sup> Lb 1782, V. S. 32

## 2.1.2 MODALITÄTEN DER EINBERUFUNG

Für Ratssitzungen — wohl mit Ausnahme des Wochenrates<sup>77</sup> — mussten die Ratsherren und die allenfalls zusätzlich Abgeordneten eingeladen werden. Normalerweise geschah dies in Form einer Mitteilung ab der Kanzel. Ob die Auskündigung, die vom Landweibel beziehungsweise vom Landläufer auf Geheiss des Landammanns oder des Statthalters<sup>78</sup> überbracht wurde<sup>79</sup>, nur in den Pfarrkirchen oder aber auch in den Kapellen der Urten ohne eigenen Pfarreistatus getätig wurde, bleibt unentschieden. 1715 hielt der Georgenlandrat fest, dass es «fürohin wie vor alltem häro gehalten undt von denen Weyblen in allen Ürthenen gewohntermassen fleissig aussgekhündt werden» solle, und auch in einem Nachtrag auf den Georgenlandrat von 1683<sup>80</sup> verlangte das Landbuch um 1690 die Ansage von Rät' und Landleuten «in allen Ürthinen»<sup>81</sup>, während die Bücher von 1623/1732 und 1782 nur von den «Kirchhören» beziehungsweise den «Kirchgängen» sprechen<sup>82</sup>. Die Uneinheitlichkeit erzeigt sich auch daraus, dass anlässlich der Artikelbereinigung im Oktober 1749 die Verkündigung «in allen Pfarrejen» verlangt wurde<sup>83</sup>, sie im Dezember des gleichen Jahres aber bereits wieder «in allen Ürtenen» anbeordert wurde<sup>84</sup>.

Mit der Bekanntgabe von Versammlungsdatum und -zeit, die mindestens einen Tag zuvor zu geschehen hatte<sup>85</sup>, war auch zu vermelden, «wie, worumb und [aus] wass Ursach» der Zusammentritt gewünscht wurde<sup>86</sup>. Für eine allfällige Differenzierung in der Art der Auskündigung des Landrates beziehungsweise seiner Vervielfachungen liegen keine Hinweise vor, doch befahl ein Landrat im Jahre 1736 den Dreifachen Landrat auch «in denen Ürttenen» zu verkünden, «damit die begehrte Landtleüth schulltige Gehorsambe leisten undt erscheinen thuon»<sup>87</sup>. Mit

<sup>77</sup> Hingegen wurde auch ein im Datum fixierter Rat wie der Georgenlandrat angesagt: «... solle der Georgi Landtsrath ... von denen Weyblen in allen Ürten gewohntermassen fleissig ausgekhündt werden.» LR 23. 4. 1715, LRP 5 fol. 406b

<sup>78</sup> Lb 1623/1731, S. 89 N.; Lb 1690 fol. 67a; Lb 1782, V. S. 35; LR 23. 4. 1705, LRP 5 fol. 83a; LR 23. 3. 1735, LRP 7 fol. 6a

<sup>79</sup> Lb 1623/1731, S. 40 N., S. 111 N., S. 112 N.; Lb 1782, II. S. 22

<sup>80</sup> 23. 4., LRP 3 fol. 396b

<sup>81</sup> fol. 67a

<sup>82</sup> Lb 1623/1731, S. 89 N.; Lb 1782, V. S. 35; vgl. auch Blumer, 2. Teil, 1. Bd., S. 167

<sup>83</sup> 3-LR 24. 10., LGP A fol. 123b

<sup>84</sup> R&L 10. 12., LGP A fol. 128b. — Der Unterschied ist nicht ohne Bedeutung! Wurden Rät' und Landleute nur in den Pfarrkirchen ausgekündigt, so waren die Landleute, die nicht in der Hauptkirche zur Messe gingen, von der direkten Information abgeschnitten. Beim damaligen System der Grosspfarren — zu Stans gehörten auch die Urten Dallenwil, Büren, Oberdorf, Ennetmoos und Stansstad samt Kehrsiten und Obbürgen, zu Buochs Ennetbürgen, zu Beckenried Emmetten! Vgl. Odermatt Leo, S. 79 ff. — konnte bei der engen Interpretation eine grosse Zahl von Landleuten ohne Mitteilung bleiben.

<sup>85</sup> Lb 1782, I. S. 34

<sup>86</sup> Lb 1690, fol. 67a; LR 6. 3. 1702, LRP 5 fol. 4a

<sup>87</sup> 2. 5., LRP 7 fol. 24b

der öffentlichen Ansage, die gelegentlich bei der Einberufung des Landrates aus Gründen der Geheimhaltung unterlassen wurde<sup>88</sup>, wurde mitgeteilt, ob der Extra-Landrat von den Ratsherren obligatorisch — «bei der Treu»<sup>89</sup> — zu besuchen war oder nicht<sup>90</sup>. Die Mitteilung, dass ein ausserordentlicher Wochenrat stattfinde, oder die Ansage von Kommissionen und Spezialräten wurde persönlich vom Landläufer oder vom Landweibel überbracht<sup>91</sup>, sofern die Beteiligten den Termin nicht bereits in einer vorangehenden Sitzung vereinbart hatten.

Mit Sturmgeläute, das in Stans zuerst in dem Beinhaus begonnen und dann in der Pfarrkirche fortgesetzt wurde, wurden bei einem Brandausbruch nicht nur die Feuerräte, sondern die ganze Bevölkerung an ihre öffentlichen Pflichten gemahnt<sup>92</sup>.

## 2.1.3 ZUSAMMENSETZUNG

### 2.1.3.1 Landrat

Der Landrat bestand aus den Vorgesetzten Herren inklusive den Landvögten, den höheren Beamten und den Vertretern der Urten<sup>93</sup>.

Aus dem Kreis der Vorgesetzten Herren zählten selbstverständlich der regierende Landammann, die alt Landammänner, der Statthalter und der Säckelmeister zum Landrat. Einsitz nahmen auch der Bau- oder Zeugherr und der Obervogt<sup>94</sup>. Das Landbuch von 1782 nennt zusätzlich ausdrücklich auch den Pannerherrn und den Landeshauptmann<sup>95</sup>, die zweifellos schon zuvor ohne aus-

<sup>88</sup> LR 12. 3. 1753, LRP 8 fol. 66b; LR 13. 6. 1757, LRP 8 fol. 201b: «. . . die hh. Räth sollen schon würckhlich avisert sein, bey der Treuw zue erscheinen, und jene Rathsherren, so nit gegenwertig, soll der Hr. Landweibell heimlich avisieren, und soll desswegen bey Eyden ein Stillschweigen gehalten werden, damit die Obwaldner uns nit können auff Schritt und Tritt kommen.» — LR 25. 8. 1780, LRP 10 fol. 161a; LR 28. 8. 1780, LRP 10 fol. 162b. — Lb 1782, II. S. 22: Landweibel und Landläufer erhielten für die Ausführung des Auftrags, einen «Landtrath von Haus zu Haus umzusagen oder also abzuruoffen», einen Gulden und 20 Schilling.

<sup>89</sup> Wenn «inskünfftig ein Landtrath bei der Treuw ausgekündigt ist, als sollen die, so nicht erscheinen und keine rechtmässige Entschuldigung eingegeben, vor nächstem Rath sich entschuldigen und den gemachten Guldj Buoss erlegen.» LR 14. 4. 1756, LRP 8 fol. 161a

<sup>90</sup> «. . . nach Erheischung wichtiger Geschäften können auch unter der Zeit Extra Landräthe gehalten und denen Räthen geboten werden, darbey zu erscheinen bey der Treü oder nit.» Lb 1782, V. S. 10. — Beispiele: — mit Verpflichtung: LR 24. 4. 1702, LRP 5 fol. 7b; LR 26. 1. 1756, LRP 8 fol. 153a; LR 13. 6. 1757, LRP 8 fol. 201b; LR 25. 8. 1780, LRP 10 fol. 161a; — ohne Verpflichtung: LR 7. 7. 1755, LRP 8 fol. 131a; LR 21. 8. 1755, LRP 8 fol. 143a; LR 1. 6. 1771, LRP 9 fol. 240b; LR 25. 8. 1780, LRP 10 fol. 161a; LR 28. 8. 1780, LRP 10 fol. 162b

<sup>91</sup> Schluss aus Lb 1623/1731, S. 111; Lb 1782, II. S. 21, II. S. 23

<sup>92</sup> Lb 1782, I. S. 34

<sup>93</sup> Blumer, 2. Teil, 1. Bd., S. 176 f.

<sup>94</sup> Lb 1623/1731, S. 147; Lb 1690, fol. 109a; Lb 1782, V. S. 12

<sup>95</sup> V. S. 12

drückliches Zugeständnis der älteren Landbücher dem Rat angehörten<sup>96</sup>. Einzug in den Landrat hielte auch jener, der «uff ein Landvogtey erwölt würdt»<sup>97</sup>, wozu auch die Talvogtei in Engelberg<sup>98</sup> und das Kommissariat in Bellinzona zählten<sup>99</sup>; das Begehren, Landvögte den Zutritt nicht mehr zu gewähren, wenn sie nicht schon zuvor im Rat gesessen waren, drang 1726 nicht durch<sup>100</sup>, doch musste sich diese Gruppe ab 1748 mit einer Rangverschlechterung abfinden<sup>101</sup>. Gewährt wurde der Ratsplatz auch dem Inhaber des Landmajorenamtes<sup>102</sup>; nachdem diese militärische Stelle von 1695 an vakant geblieben war, wurde sie 1791 dreifach besetzt, über die Ratsposition der drei neuen Amtsträger aber nichts ausgesagt<sup>104</sup>.

Nicht ipso facto im Rat sass hingegen der Landesfähnrich, dem allerdings ein guter Sitzplatz zugesichert war, wenn er schon vor seiner Wahl als Ratsglied fungiert hatte<sup>105</sup>. Das Amt war indes derart doppelt besetzt, dass stets ein Landesfähnrich «des Rats», ein zweiter «aussert des Rats» amtierte<sup>105</sup>. Das Landbuch von 1782 trug dem insofern Rechnung, als es dem «ersten» Landesfähnrich das Ratsmandat auch dann zusprach, wenn «er zuvor nit des Raths gewesen wäre»<sup>106</sup>.

Keinen vom Amt abgeleiteten Anspruch auf die Mitgliedschaft im Rat besaßen der Salzdirektor, die Kornherren, die Schlüsselherren und selbstverständlich eine Anzahl minderer Beamter<sup>107</sup>.

Ausdrücklich als Ratsmitglieder galten die beiden Landschreiber und der Landweibel<sup>108</sup>, doch war ihnen nach einem Beschluss der Nachgemeinde 1701 das Stimmrecht entzogen<sup>109</sup>. Den Ratsplatz behielten sie auch dann bei, wenn sie die Schreiber- oder Weibelstelle aufgaben<sup>110</sup>. Der Landläufer, der während den Ratsitzungen einen Auftrag ausserhalb des Tagungsraums zu erfüllen hatte<sup>111</sup>, blieb notwendigerweise ausgeschlossen.

Den gleichen Status wie die Amtsleute erhielten die vier 1787 offiziell eingesetzten Prokuratoren<sup>112</sup>.

<sup>96</sup> vgl. auch die sonst wenig sinnvollen Streitigkeiten um den Rang gerade des Pannerherrn und des Landeshauptmanns, S. 133, sowie die Vorschrift über die Reihenfolge der Worterteilung an Ratsitzungen, S. 247

<sup>97</sup> Lb 1623/1731, S. 147; Lb 1690, fol. 109a; Lb 1782, V. S. 12

<sup>98</sup> LG 26. 4. 1693, LRP 4 fol. 90a

<sup>99</sup> vgl. R&L 14. 1. 1704, LRP 5 fol. 51b

<sup>100</sup> LG 28. 4., LRP 6 fol. 221b

<sup>101</sup> NG 11. 5. 1748, LGP A fol. 99b; vgl. S. 133

<sup>102</sup> NG 7. 5. 1690, LRP 4 fol. 19b

<sup>103</sup> 3-LR 18. 7. 1791, LGP B fol. 225a

<sup>104</sup> Lb 1623/1731, S. 148 N. auf ao. LG 26. 8. 1708, LRP 5 fol. 171b

<sup>105</sup> vgl. das Verzeichnis der Amtsträger im 18. Jahrhundert im Anhang.

<sup>106</sup> V. S. 12

<sup>107</sup> wie Land- und Pfandschätzer, Waldvögte, Aawasservögte, etc.; s. die Aufzählung «Beamte aussert dem Rath» im Lb 1782, I. S. 23 ff.

<sup>108</sup> Lb 1623/1731, S. 147; Lb 1690, fol. 109a; Lb 1782, V. S. 12

<sup>109</sup> 16. 5., LRP 4 fol. 332a; Lb 1623/1731, S. 39 N.

<sup>110</sup> LG 27. 4. 1692, LRP 4 fol. 54b; LG 26. 4. 1699, LRP 4 fol. 265a; LR 9. 5. 1759, LRP 8 fol. 239b f.

<sup>111</sup> Lb 1782, I. S. 22

<sup>112</sup> LG 29. 4. 1787, LGP B fol. 190a



14 Der Landratssaal mit seiner heutigen Möblierung.

Eine zweite, grössere Anzahl von Ratsherren bestand in den 58 Abgeordneten der Ürten. Die grossen Ürten — als solche galten Stans, Buochs, Ennetbürgen, Beckenried mit Emmetten, Wolfenschiessen, Ennetmoos und Hergiswil — konnten je sechs Plätze beanspruchen, die kleinen — Oberdorf, Dallenwil, Büren und Stansstad — je vier<sup>113</sup>. Die Wahlen, die normalerweise nur auf Absterben eines Ürtevertreters hin erfolgten und bloss wahlweise bei Umzug in eine andere Ürte<sup>114</sup>, wurden in offener Versammlung getätig, zu welcher die männlichen Gemeindeangehörigen aus den Nidwaldner Geschlechtern ab dem 20. Altersjahr Zutritt hatten<sup>115</sup>, die zudem «eigen Feür und Liecht erhallten», das heisst, eine eigene Haushaltung führen mussten<sup>116</sup>. Um übertriebene Beeinflussungsversuche zu verhindern, war die Ürte gehalten, die Wiederbesetzung an dem auf den Todestag nächstfolgenden Sonn- oder Feiertag vorzunehmen<sup>117</sup>. Keine Nachwahl war dann zu treffen, wenn ein Ürte-Abgeordneter mit einem Amt beehrt wurde, das diesem den Ratsplatz ebenfalls verschafft hätte. In umgekehrter Weise konnte die Ürte auch keinen Ersatz stellen, wenn ein Vorgesetzter Herr verstarb, der seinen Ratsherrenstatus allein vom Amt her besass<sup>118</sup>.

Die Gesamtmitgliederzahl des Landrates betrug also mindestens 58; sie konnte aber auch auf über 70 steigen<sup>119</sup>.

Bei der Auswahl ihrer Vertreter waren die Ürtner einigen Beschränkungen unterworfen. Dass als Ratsherr nur ein Abkömmling aus einem einheimischen Geschlecht in Frage kam, war im 18. Jahrhundert selbstverständlich<sup>120</sup>, ebenso, dass der Auserwählte ein ehrbarer Mann war, der sich nicht verschuldet hatte<sup>121</sup> noch

<sup>113</sup> Lb 1623/1731, S. 148; Lb 1690, fol. 109a f.; Lb 1782, V. S. 10

<sup>114</sup> Lb 1782, V. S. 12

<sup>115</sup> 2-LR 26. 4. 1696, LRP 4 fol. 207a; NG 13. 5. 1696, LRP 4 fol. 213a: «Dem Artickhul in dem Rechtnbuch solle nachfolgende Clausula beygesetzt werden, dass künfftiglich diejenige Knaben, so über 14 Jahr, allein befügt seyn sollen, an öffentlicher Landts- und Kirchen-Gemeinden umb Landtsehrenembter undt so man einichen Pfarrherren undt Hrn. Caplänen annemmen wirdt, zuo minderen und zuo möhren, in Ürtysachen aber, so alls umb Rätzplätz und umb einiche Be- schwerden zuo minderen und zuo mehren, sollen sye fürobas unvechig seyn undt verblieben.» — Lb 1623/1731, S. 3 N.

<sup>116</sup> Lb 1623/1731, S. 3 N. auf NG 1684; Lb 1782, V. S. 63

<sup>117</sup> LR 23. 4. 1692, LRP 4 fol. 52a

<sup>118</sup> «... obschon einer oder mehr der ... Ambstlügen, es sige Landtamman, Statthalter, Seckellmeister, Landtschryber, Landtweibell, Buwmeister und Obervogt oder Landvogt, zuvor ein[en] Rahtsplatz von einer Ürty hette, soll doch in syn statt kein anderen bey synem Leben verordnet werden, unnd wan einer ein Rahtsplatz allein von Ämpter oder Vogty har besitzt, soll nach synem Absterben keiner in syn stat in Raht geben werden, sonder allein die Rahtsplatz, so uff die Ürtinen abgetheilt sind, alle Zytt verblyben sollendt, wie von Alter har: ...» Lb 1623/1731, S. 146; Lb 1690, fol. 109a; Lb 1782, V. S. 12

<sup>119</sup> Nach der Landsäckelmeisterrechnung 1730/1731, fol. 22a, sassen 64 Herren im Landrat. Nach dem Archivverzeichnis aus dem Jahre 1741, Handschrift, StA NW, unpag., betrug sie 67 Mitglieder (15 Vorgesetzte und 52 Ratsherren). 1765 waren es 70; LR 4. 2. 1765, LRP 9 fol. 54a. Unrichtig ist die Darstellung der Zusammensetzung bei E[ngelberger], S. 5

<sup>120</sup> s. E[ngelberger], S. 5

<sup>121</sup> Lb 1623/1731, S. 41, S. 104, S. 139 N. auf 3-LR&L als LG 21. 5. 1674, LRP 3 fol. 373b; Lb 1690, fol. 102b; Lb 1782, IV. S. 89, V. S. 13

mit Lastern behaftet war<sup>122</sup>. Nicht in Betracht kamen all diejenigen, «so Henckherspersonen heürathen» würden oder mit solchen «in dem erst oder anderen Grad» verwandt wären<sup>123</sup>. Entgegen der Sitte hatte sich eine Tochter von Rats-herr Franz Leonz Stulz 1722 mit dem Sohn des Nachrichters verehelicht, was des Vaters Ausschluss aus dem Rat zur Folge hatte<sup>124</sup>. 1737 wurden solche unstandes-gemässen Heiraten erneut streng verboten und die Vorschrift mit der Amtsunfä-higkeitserklärung dem Landbuch zugefügt<sup>125</sup>. — Die Annahme einer Stellung in fremden Diensten verstiess ursprünglich nicht gegen die Interessen, die ein Rats-herr zu wahren hatte<sup>126</sup>, ab 1764<sup>127</sup> galt das Gegenteil, doch dauerte es eine Weile, bis sich der entsprechende Landsgemeindebeschluss Geltung zu verschaffen ver-mochte: Am Schwörtag 1764 wurden die sogenannten «Französischen Herren» trotz Einwänden zur Eidesleistung zugelassen<sup>128</sup>; im Herbst darauf wurde ein Mann hart bestraft, weil er behauptet hatte, mit Ausnahme von acht Ratsherren seien sämtliche «Franzosen»<sup>129</sup>. Auch nach der Verschärfung der Ausschlussvor-schrift an der Nachgemeinde 1765<sup>130</sup> erfolgte keine Rücktrittswelle; die Überprü-fung der Beziehungen einzelner Herren zum mittlerweile nicht mehr im gleichen Ausmass geschätzten Nachbarstaat Frankreich blieb weitgehend auf die Vorge-setzten Herren beschränkt<sup>131</sup>. Die Lockerung, die von der Landsgemeinde 1766 für die Väter verfügt wurde, welche an den Einkünften ihrer in fremden Diensten engagierten Söhne nicht beteiligt waren<sup>132</sup>, dürfte die Zahl der potentiell vom Ausschluss bedrohten Ratsherren weiter verringert haben. Im Landbuch von 1782 wurde die Unvereinbarkeit schliesslich bestätigt<sup>133</sup>.

<sup>122</sup> 1710 wies der Landrat den von Beckenried gewählten Ratsherrn Balzer Murer zurück, weil sich dieser gegen über ihn geäusserte Schmähworte nicht zur Wehr gesetzt und sie so wohl als berech-tigt anerkannt hatte, «zuomahlen nebent demme dessen allte Fäher ratione gewüsser Weiber-wächslung, in Gedechnuss gefallen, . . .» LR 23. 4., LRP 5 fol. 230a; LR 30. 4. 1710, LRP 5 fol. 234a und 235a

<sup>123</sup> 3-LR 24. 10. 1749, LGP A fol. 124a; Lb 1623/1731, S. 202 N.

<sup>124</sup> WR 3. 9., WRP 25 fol. 67b; Bestätigung: LR 6. 10. 1723, LRP 6 fol. 153a. — S. auch NG 14. 5. 1724, LRP 6 fol. 168a f.; Flüeler, S. 126 f.; Odermatt-Lussi, S. 88 (mit verfälschten Daten)

<sup>125</sup> LR 17. 6. 1737, LRP 7 fol. 40b; Lb 1623/1731, S. 113 N.; s. auch S. 145

<sup>126</sup> vgl. die Beehrung von Landschreiber Josef Ignaz Stulz mit dem Ratsplatz, als er 1692 das Kanzler-amt in Wettingen angenommen hatte; LG 27. 4. 1692, LRP 4 fol. 54b

<sup>127</sup> ao. LG 5. 2.; vgl. S. 145

<sup>128</sup> LR 7. 5. 1764, LRP 9 fol. 31a

<sup>129</sup> LR 10. 9. 1764, LRP 9 fol. 38a; LR 28. 9. 1764, LRP 9 fol. 38b; LR 14. 11. 1764, LRP 9 fol. 42b; LR 19. 11. 1764, LRP 9 fol. 44a f.

<sup>130</sup> 12. 5., LGP A fol. 257b

<sup>131</sup> vgl. S. 146 Fn. 344. Vor die Wahl gestellt sah sich 1794 Landmajor Franz Niklaus Zelger, der sich jedoch für die Ratszugehörigkeit entschied; LR 7. 4. 1794, LRP 10 fol. 425a

<sup>132</sup> 4. 5., LGP A fol. 265b

<sup>133</sup> «Alle diejennige, so in frömden Fürsten und Herren Diensten stehen oder an solchen Antheil ha-ben, sollen in Zukunft weder der Raths-Plätzten noch Landtsämtern zu keinen Zeiten mehr fähig seyn; und wann einer den Rathsplatz ürthi- oder ammts wegen hat, anbey aber frömden Fürsten und Herren dienen will, soll selber zuerst den Rathsplatz aufgeben.» V. S. 13

Mit einer Einengung der Auswahl sah sich die Urte endlich auch insofern konfrontiert, dass sie allzu nahe Verwandte nicht gleichzeitig in den Rat delegieren durfte. Das Verbot, das nicht zwei Brüder und nicht Vater und Sohn im Rat duldet, wurde 1681 von der Nachgemeinde erlassen<sup>134</sup> und 1701 «auss gewüssen considerablen Motiven» bestätigt<sup>135</sup>. Die Landbücher<sup>136</sup> verdeutlichen zusätzlich, dass die Regel auch dann gegolten hat, «wan selbe in underschidlichen Urthenen haussen wurden», nicht aber, wenn «einer oder der ander hierzue ambstwegen gelangen wurde»<sup>137</sup>. Die im Landbuch um 1690 verzeichnete Ausdehnung auf die «Gegenschwächer oder Mit-Vätter»<sup>138</sup> wird von den späteren Redaktionen nicht mehr angeführt. Mit und ohne diese Regel musste das Verwandtschaftsverbot untauglich bleiben, da sich die herrschenden Familien um die Ämter im vorgesetzten Rang bewarben und so ohne weiteres in den Rat gelangten. Nicht Voraussetzung für die Wahl bildete die Sesshaftigkeit in der ursprünglichen Heimatgemeinde<sup>139</sup>.

Verhielt sich ein gewählter Ratsherr entgegen den Vorstellungen der Ratsmehrheit, so wurde er von seinem Amt auf Zeit suspendiert oder gar abgesetzt; die Massnahmen oder deren Androhung trafen des öfters Schuldenmacher<sup>140</sup>, gelegentlich auch Säufer<sup>141</sup>, Streithähne<sup>142</sup> und solche, die sich — vorwiegend in der

<sup>134</sup> 11. 5., LRP 3 fol. 375a

<sup>135</sup> 17. 5., LRP 4 fol. 332a; Lb 1623/1731, S. 148 N. auf NG 1681; Lb 1690, fol. 108b und fol. 109b N.; Lb 1782, V. S. 13

<sup>136</sup> s. soeben Fn. 135

<sup>137</sup> Lb 1623/1731, S. 148 N.

<sup>138</sup> fol. 108b N. auf LG 1682; weder das Protokoll der Landsgemeinde noch jenes der Nachgemeinde 1682 enthalten allerdings einen entsprechenden Beschluss.

<sup>139</sup> Schluss aus Lb 1623/1731, S. 148 N. auf NG 1681; Lb 1690, fol. 109b N. auf NG 1681; Lb 1782, V. S. 13

<sup>140</sup> LR 17. 3. 1738 (Melchior Odermatt, Dallenwil), LRP 7 fol. 48b; LR 26. 9. 1753 (Wiederzulassung von Dorfvogt Melchior Remigi Wyrtsch auf Ende Jahr), LRP 8 fol. 223b; LR 19. 4. 1760 (Obervogt Bartholomäus Odermatt und Ratsherr Hans Melchior Odermatt), LRP 8 fol. 258a ff.; LR 30. 3. 1761 (Aufgabe des Amtes durch Hans Melchior Odermatt trotz Befriedigung der Gläubiger), LRP 8 fol. 294b

<sup>141</sup> LR 18. 9. 1725 (Androhung der Suspension gegen Niklaus von Büren), LRP 6 fol. 209a f.; LR 23. 4. 1726 (Bestätigung der Suspension von Büren), LRP 6 fol. 219a; LR 16. 9. 1726 (Wiederzulassung von Büren), LRP 6 fol. 239b; LR 27. 6. 1729 (Androhung gegen Andreas von Matt), LRP 6 fol. 336b f.; LR 23. 3. 1735 (vorübergehender Ausschluss von Andreas von Matt), LRP 7 fol. 5b; WRP 14. 2. 1746 und LR 23. 4. 1746 (Suspension von Kirchmeier Balzer Blättler), WRP 28 fol. 286a und LRP 7 fol. 230b; LR 13. 4. 1768 (Ausschlussdrohung gegen Hans Melchior Barmettler), LRP 9 fol. 131b

<sup>142</sup> LR 31. 7. 1702 (Suspension bis zur Erledigung eines persönlichen Streites zwischen Landvogt [Fidel] Odermatt und Landschreiber [Karl Josef Anton] Lussi), LRP 5 fol. 24b; LR 22. 1. 1763 (Statthalter Maurus Lussi und Landesfähnrich Melchior Fidel Achermann auf zwei Monate), LRP 8 fol. 346b ff.

politischen Auseinandersetzung um das Antragsrecht — nicht wohlverhielten<sup>143</sup>. Ehebrecherische Ratsherren erwarteten neben dem Ausschluss «bis auf Widerbegründigung eines gesessnen Landraths» eine Busse von 40 Gulden<sup>144</sup>; auf zwei Jahre bemessen wurde die Ausschlusszeit 1749 für den Ürtevogt Anton Amstutz, der das 9. Gebot verletzt hatte<sup>145</sup>.

Die auf Lebzeiten bestimmten Ratsherren konnten ihr Amt mit dem Einverständnis des Landrates resignieren und sich damit von den Amtspflichten entlasten<sup>146</sup>. Bei Entlassungsgesuchen angeführte Gründe waren mehrheitlich Altersbeschwerden<sup>147</sup>, in je einem Fall der angeschlagene Ruf<sup>148</sup> und der Wille, das Land Nidwalden auf Dauer zu verlassen<sup>149</sup>.

### 2.1.3.2 Rät' und Landleute

Die Zusammensetzung von Rät' und Landleuten konnte sowohl auf der Ratsseite wie auch hinsichtlich der zugelassenen Landleute variieren. Ihre Offenheit lässt einen Vergleich mit dem Institut der Landsgemeinde und der Nachgemeinde zu, dem sie aber hinsichtlich der Macht untergeordnet blieben.

Im Grundmuster bestanden Rät' und Landleute auf der Ratsseite aus dem «ehr-samen Rat»<sup>150</sup>. Für bestimmte Geschäfte verstärkte sich die obrigkeitliche Seite, indem statt nur der Wochenrat<sup>151</sup> der gesamte Landrat berufen wurde<sup>152</sup> und die-

<sup>143</sup> LR 1. 9. 1692 (Ausschluss von Landmajor Hans Kaspar Achermann auf Lebzeiten, von Landvogt Franz Melchior Zelger, Genossenvogt Sebastian Stulz, Kirchmeier Peter Keyser und Balthasar Joller bis zur Bezahlung einer Busse) LRP 4 fol. 67a f.; vgl. S. 176. — LR 29. 5. 1775 (Ausschluss von Landvogt [Franz Xaver] Bali), LRP 10 fol. 60a f.; LR 23. 4. 1777 (Aufrechterhaltung der Massnahme gegen Bali), LRP 10 fol. 83a; LRP 30. 4. 1777 (Wiederzulassung von Bali auf den Termin seiner Rückkehr vom Castellanen-Dienst in Bellinzona), LRP 10 fol. 83b

<sup>144</sup> Lb 1623/1731, S. 20 N.; Lb 1690, fol. 17b N.; Lb 1782, IV. S. 13

<sup>145</sup> 25. 10., LRP 8 fol. 7a

<sup>146</sup> «Auff die nammens des Hr. Kirchmeyer Baltzer Hugen geschechene Vorstellung haben Ughhob-ern erkennet, das der bedachte Hr. Hug entweders die dem Rathplatz anhängige Beschwerden ertragen und aushalten, oder aber den Rathplatz quittieren solle.» LR 4. 5. 1772, LRP 9 fol. 280b

<sup>147</sup> LR 23. 4. 1717 (Johann Georg Amstutz), LRP 6 fol. 16a; LR 6. 5. 1743 (Landammann Melchior Remigi Lussy — 82-jährig!), LRP 7 fol. 184a; LR 5. 5. 1749 (Ratsherr[?] Blättler), LRP 7 fol. 280a; LR 7. 5. 1753 (alt Kirchmeier Kaspar Christen), LRP 8 fol. 71b; LR 10. 5. 1762 (Rechnungsherr [Josef] Barmettler), LRP 8 fol. 327a

<sup>148</sup> LR 30. 3. 1761 (Hans Melchior Odermatt), LRP 8 fol. 294b

<sup>149</sup> LR 27. 4. 1701 (Ürtevogt [evtl. Hans Kaspar, vgl. Bünti, Chronik, S. 95] von Büren, Ennetmoos), LRP 4 fol. 330a

<sup>150</sup> so in der Bewilligung von Heu-Ein- und Ausfuhren; Lb 1623/1731, S. 94 N.

<sup>151</sup> Er wird mit dem «ehrsamen Rat» gemeint sein.

<sup>152</sup> Für die Wahl und die Instruktion von Gesandten zu «Fürsten und Herren, auch yber die Eydt-gnosschafft user»; Lb 1690, fol. 67a N. auf LR 23. 4. 1683, LRP 3 fol. 396b; Lb 1782, V. S. 35. — Für die Bewilligung der Vieheinfuhr: LR 23. 4. 1782, LRP 10 fol. 199b; Lb 1782, V. S. 9, V. S. 81;

ser unter Umständen gar in doppelter<sup>153</sup> oder dreifacher Besetzung<sup>154</sup> antrat. Welche Absicht mit der personellen Verstärkung verfolgt wurde, geht aus den Protokollen nicht hervor. Da die dreifache Form hauptsächlich zur Behandlung besonders wichtiger Anliegen gewählt wurde<sup>155</sup>, liegt die Vermutung nahe, dass der Behörde an einer Mindestpräsenz gelegen war; inwieweit sichergestellt werden wollte, dass Entscheidungen nicht von einem zufälligen Haufen versammelter Landleute in einer der Obrigkeit vielleicht unliebsamen Art gefällt wurden, bleibt offen.

Der Kreis der zugelassenen Landleute war enger als bei der Landsgemeinde, indem die Unter-20-Jährigen zuerst 1624 von der Behandlung von Untertanenstreitigkeiten<sup>156</sup> und Malefizsachen<sup>157</sup>, dann 1677 allgemein von allen Rät' und Landleute-Versammlungen ausgeschlossen wurden<sup>158</sup>. Traten Rät' und Landleute zur Abhaltung eines Landtages zusammen, wurde die Teilnahmeberechtigung ab dem Jahre 1744 erst mit 30 Jahren gewährt<sup>159</sup>; zuvor besassen die 20- bis 30-Jährigen noch das Recht auf Zutritt<sup>160</sup>. Inwieweit die erhöhte Altersgrenze in der Folge auch auf die übrigen Verhandlungsgegenstände von Rät' und Landleuten allgemein ausgedehnt wurde, kann nicht definitiv beantwortet werden. Bei der Einberufung des Gremiums «zur Bestättigung des neuwen Articul-Buochs» begrenzte die Nachgemeinde 1781 den Zuzug der Landleute jedenfalls ausdrücklich auf «die über 30 Jahre»<sup>161</sup>.

An Landtagen galt zusätzlich die Vorschrift, dass neben den Räten auch die Landleute in schicklicher Kleidung und mit angehängtem Degen erschienen<sup>162</sup>. Die Wächter waren beauftragt, solche, die «keine Camisöler, Strimpf old Schuo

vgl. S. 286 ff. — Für die Beurteilung von Malefizverbrechen vgl. die Protokolltitel «Vor meinen gnädigen Herren, einem ehrsamen und wohlweisen gesessenen Landtssrath, auch gemeiner Landtleüthen uf . . .» 11. 5. 1702, LRP 5 fol. 14a; 13. 5. 1702, LRP 5 fol. 15a; 14. 10. 1704, LRP 5 fol. 78b; 14. 11. 1708, LRP 5 fol. 176a; 30. 10. 1710, LRP 5 fol. 246b; 18. 6. 1715, LRP 5 fol. 412a; 23. 11. 1715, LRP 5 fol. 427b

<sup>153</sup> Für die Behandlung von Rechtshändeln aus den deutschen und welschen Vogteien bis zum Jahre 1665, Lb 1690, fol. 107b f. N. auf Georgenlandrat 23. 4. 1665, LRP 3 fol. 147a. — Beispiele von Tagungen in dieser Form: 29. 9. 1703, LRP 5 fol. 47b; 3. 2. 1710, LRP 5 fol. 215b

<sup>154</sup> Diese Komposition wurde gegen Ende des 18. Jahrhunderts bevorzugt. Beispiele: 9. 10. 1775, LGP B fol. 81a; 14. 8. 1776, LRP 8 fol. 88b; 16. 9. 1776, LGP B fol. 91a; 16. 12. 1776, LGP B fol. 94a; 30. 4. 1777, LGP B fol. 95b; 14. 7. 1777, LGP B fol. 100a; 10. 11. 1777, LGP B fol. 106a; 19. 1. 1778, LGP B fol. 108a; 11. 5. 1780, LGP B fol. 128b; 11. 5. 1782, LGP B fol. 149a

<sup>155</sup> zum Beispiel zur Genehmigung des Landbuches am 11. 5. 1782, LGP B fol. 149a, berufen durch die Nachgemeinde am 16. 5. 1781, LGP B fol. 142a

<sup>156</sup> die 1665 an den 2-LR übergingen; s. S. 296

<sup>157</sup> Lb 1690, fol. 107b; NG 5. 5. 1624, LRP 2 fol. 221b

<sup>158</sup> NG 9. 5. 1677, LRP 3 fol. 337a; Lb 1623/1731, S. 115 N.;

<sup>159</sup> «. . . damit wegen iungem Vollkh nit (wie lestermahlen beschechen) eine Confusion erfolgen thuoe.» NG 10. 5. 1744, LGP A fol. 67b; Lb 1623/1731, S. 132 N., S. 133 N.; Lb 1782, III. S. 3; 3-LR 24. 10. 1749, LGP A fol. 125b f.

<sup>160</sup> Lb 1690, fol. 97b

<sup>161</sup> 14. 5., LGP B fol. 142a

<sup>162</sup> Lb 1623/1731, S. 115 N. auf NG 6. 5. 1635, LRP 2 fol. 405b; Lb 1690, fol. 138b

old Holtzschuo [tragen] old sonst unanständig gekleidet kommen», vom Versammlungsraum fernzuhalten<sup>163</sup>. Erst ab der Phase der Urteilsfindung hatten sich auch die Priesteranwärter, die Verwandten bis zum vierten Grad und alle, die unfähig einen Eid zu schwören erklärt waren, zurückzuziehen<sup>164</sup>.

### 2.1.3.3 Mehrfache Landräte

Für die Formierung des Zweifachen Landrates wurde jedem Ratsherrn ein Landmann jener Urte, aus welcher der Abgeordnete stammte, beigegeben. Die Verdoppelung wurde nicht nur auf die Urte-Vertreter angewandt, sondern auch auf jene Mitglieder des Rates, die von Amtes wegen zum einfachen Landrat zählten<sup>165</sup>. Bis 1744 war es dem einzelnen Ratsherrn überlassen, persönlich einen «ehrlichen, verständigen Landtman» auszuwählen<sup>166</sup>. Darnach gelangte das Wahlrecht an die Urte-Gemeinde, die ihre zusätzlichen Abgeordneten bloss auf ein Jahr bestimmte<sup>167</sup>.

Dem zusätzlich abgeordneten Landmann wurde Zutritt zum Ratssaal nur gewährt, wenn er mindestens 20 Jahre alt war und mit Mantel und Degen erschien. Verboten war zunächst die Mitnahme des eigenen Sohnes<sup>168</sup>, ab 1782 wurde sie erlaubt, ebenso die Hinzugabe eines Bruders. Untersagt blieb aber auf der Landleuteseite die Wahl von Vater und Sohn oder jene zweier Brüder<sup>169</sup>.

Für die Bestellung des Dreifachen Landrates galten grundsätzlich die gleichen Regeln. Die Wahl der zwei zusätzlichen Urte-Delegierten durch die Urte-Gemeinde war allerdings schon 1702 bei der geplanten, aber vom Volk nicht akzeptierten Aufstockung des Georgenlandrates in Aussicht genommen worden<sup>170</sup>. 1713 wurde die Bestimmung indessen von der Landsgemeinde in der Form vorübergehend gutgeheissen, dass «ein jeder Rahtss-Freündt 2 verständige Landleüth

<sup>163</sup> LR 5. 7. 1771, LRP 9 fol. 249a; Lb 1782, III. S. 2

<sup>164</sup> Lb 1623/1731, S. 133 N., S. 217 N.; Lb 1782, III. S. 3

<sup>165</sup> Lb 1782, V. S. 8

<sup>166</sup> Lb 1623/1731, S. 146 N. auf LR 23. 4. 1665, LRP 3 fol. 147a; Lb 1690, fol. 107b f. . — Beispiele von solchermassen zusammengesetzten Räten: 23. 4. 1699, LRP 4 fol. 263a; 23. 4. 1700, LRP 4 fol. 315a; 23. 5. 1701, LRP 4 fol. 434b; 17. 8. 1701, LRP 4 fol. 336b

<sup>167</sup> «Jedtere Ürtty in unsserem Landt solle an jhrer Meyen Gemeindt ein verständigen Landtman erwöllen, . . . versteht sich für jeden Rathsherr ein Landtman von denen Ürtenen ernambset werden solle.» NG 10. 5. 1744, LGP A fol. 67b; Lb 1623/1731, S. 147 N.; Lb 1782, V. S. 8. — Beispiele von Tagungen in dieser Form: 8. 3. 1753, LGP A fol. 153a; 14. 4. 1755, LGP A fol. 164b; 1. 9. 1755, LGP A fol. 174b; 13. 10. 1755, LRP 8 fol. 147b; 13. 3. 1765, LGP A fol. 254b; 11. 10. 1766, LGP A fol. 272a; 3. 8. 1770, LGP B fol. 12a

<sup>168</sup> Lb 1623/1731, S. 146 N. auf NG 9. 5. 1677, LRP 3 fol. 337a; Lb 1690, fol. 108a

<sup>169</sup> «. . . mit der Erleütherung, das wann ein Vatter oder Bruder in dem einfachen Rath sich befindet, soll der Sohn oder andere Bruder auch in zweifachen Rath mögen gethan werden, hingegen aber solle Vatter und Sohn oder zwey Brüder als Landtleüth nit mögen darin gethan werden.» Lb 1782, V. S. 8

<sup>170</sup> LR 24. 4., LRP 5 fol. 9a; LG 29. 4. 1702, LRP 5 fol. 10a

zue sich nemmen solle, welche gantz ohnpartheyisch und ohne Beding, doch ohne Berühr- und Entgelltnuss der Uhrty-Rechten nach bester Tauglichkeit zue erkiessen, und selbige jährl[iche]n widerumben zue bestätten, oder aber andere an dero statt zue erwöllen, jederer Uhrty lediglich überlassen und anhaimb gesetzt»<sup>171</sup> wird. Während die Landbücher von 1623/1731 und um 1690 keine Angaben zum Dreifachen Landrat enthalten, bestimmt das Landbuch von 1782; «Es erscheinet darbey der Ein- und Zweyfache Landrath, und nebst disem wird in jeder Urthi an der Urthi-Gemeind annoch ein verständiger Mann jedem Raths-Freund, er seye amts- oder urthi-wegen im Rath, zugegeben»<sup>172</sup>.

Eine Verdeutlichung in bezug auf die Zusammensetzung des Dreifachen Landrates, die aber Geltung auch für den Zweifachen Landrat hatte, sprach der Landrat 1743 aus: War ein Ratsangehöriger abwesend, so blieben die zu seiner Unterstützung beorderten Landleute von der Sitzung ausgeschlossen<sup>173</sup>.

#### 2.1.3.4 Ratsausschüsse

Der Wochenrat oder «einfache Rat» setzte sich ursprünglich aus den Vorgesetzten Herren und den Elfern zusammen<sup>174</sup>. Jede Urte hatte das Recht, einen Elfer zu bestimmen; bei der Auswahl war sie allerdings auf den Kreis ihrer Ratsherren oder Vorgesetzten Herren eingeschränkt<sup>175</sup>. Der Gewählte verblieb ein Jahr im Amt; eine Bestätigung erfolgte in der Regel erst wieder, wenn alle übrigen Abgeordneten einer Urte zur Elferwürde gelangt waren<sup>176</sup>. Auf die Wiederwahl als Elfer konnte indes auch verzichtet werden<sup>177</sup>. Nach einem Eintrag im Landbuch um 1690 waren die übrigen Ratsherren vom Besuch des einfachen Rates nicht ausgeschlossen, aber keineswegs dazu verpflichtet<sup>178</sup>.

Noch 1744 muss im damals gültigen Artikelbuch die Regel gestanden haben, welche die Elfer zur Teilnahme am Wochenrat verpflichtete<sup>179</sup>. Die aus dieser Zeit überlieferten Landbücher enthalten jedoch bereits die lockere Fassung, die bloss noch fordert, dass «uff das wenigst auss einer ieden Urthi ein Rathsfreundt beyzuwohnen schuldig seyn solle»<sup>180</sup>. Dasselbe bestimmte auch ein Zweifacher

<sup>171</sup> 7. 5., LRP 5 fol. 325a f.

<sup>172</sup> V. S. 7

<sup>173</sup> 4. 2., LRP 7 fol. 179b

<sup>174</sup> Bünti, Chronik, S. 95 Fn. 12; Durrer, Kunstdenkmäler, S. 830

<sup>175</sup> 3-LR 23. 4. 1695, LRP 4 fol. 183b; Lb 1623/1731, S. 91 N.

<sup>176</sup> s. S. 334

<sup>177</sup> vgl. LR 4. 5. 1744, LRP 7 fol. 203b

<sup>178</sup> fol. 107a f.; vgl. auch Blumer, 2. Teil, 1. Bd., S. 184

<sup>179</sup> LR 14. 12. 1744, LRP 7 fol. 211a

<sup>180</sup> Lb 1623/1731, S. 145 N. auf NG 1649 und 1660; NG 27. 5. 1649, LRP 3 fol. 14a; NG 9.5. 1660, LRP 3 fol. 110b; Lb 1690, fol. 106b

Landrat im Jahre 1697<sup>181</sup>. Während 1744<sup>182</sup> in Beobachtung der ursprünglichen Vorschrift die Vertretung durch einen Ratsherrn eher wieder als Ausnahme bewertet wurde<sup>183</sup>, anerkannte das Landbuch von 1782 allein noch die weniger strenge Regel<sup>184</sup>. Seitdem sie im 17. Jahrhundert erstmals in Gültigkeit kam, wies sie die Ratsherren an, sich selbst über einen Turnus im Besuch des Wochenrates abzusprechen<sup>185</sup>.

Für die Behandlung unaufschiebbarer und eiliger Geschäfte war es dem Landammann gestattet, «wie von alltem häro» Extra-Rath zu halten<sup>186</sup>. Reichte die Zeit aus, «etliche der Rhäden zu beschikhen oder sy wissen [zu] lassen», so war ihm das anempfohlen; andernfalls sollte er mindestens mit dem Kirchenrat von Stans<sup>187</sup> verhandeln, was «nit Ufzug lyden mag»<sup>188</sup>.

In der Zusammensetzung von ad hoc-Kommissionen war die berufende Behörde völlig frei. Je nach den Gegenständen, die dieser zur Vorberatung oder Verabschiedung überlassen wurden, umfassten sie mehr oder weniger zahlreiche honorable Persönlichkeiten. Zur Vorbereitung eines Häuserkaufs im Hauptflecken Stans wurde zum Beispiel eine Kommission aus dem dortigen Dorfvogt und dem Kirchmeier bestimmt<sup>189</sup>, zur Neugestaltung des Beisteuerwesens der regierende Landammann, ein alt Landammann und der Statthalter<sup>190</sup>, zur Konzeptionierung einer Zollvereinbarung mit Ursenen vier Landammänner, der Statthalter, der Pannerherr und ein Ratsherr<sup>191</sup>. Gebildet werden konnte ein Ausschuss auch aus allen Vorgesetzten Herren<sup>192</sup>, zu welchen die Elfer<sup>193</sup> oder darüber hinaus weitere Männer<sup>194</sup> hinzugesellt werden konnten. Dazwischen liegen alle denkbaren Kombinationen und Varianten bis hin zum unbestimmten «Landratausschuss»<sup>195</sup>. Bezuglich der Teilnahme der Beamten bestimmte der Landrat 1737

<sup>181</sup> 23. 4., LRP 4 fol. 229b

<sup>182</sup> Auch 1711 strich ein Landrat die Ratsbesuchspflicht der Elfer besonders hervor! LR 1. 6., LRP 5 fol. 259b

<sup>183</sup> «Weilen der Landarticell enthaltet, dass alle Rathstät der Eindliffer den Raht frequentieren sollen, und aber solchen Articul von einigen hhr. Räthen nit mehr observiert worden, allss haben Mgdhhr. dem Articul neüwerdingen bestättet undt erkhennt, dass fürs kinftig auss jeder Ürthi, wan nit der Eindliffer, doch aber ein Rathshr. . . . zu erschynen schuldig seyn solle, . . . .» LR 14. 12., LRP 7 fol. 211a

<sup>184</sup> I. S. 9; V. S. 11

<sup>185</sup> 2-LR 23. 4. 1697, LRP 4 fol. 229b; Lb 1623/1731, S. 145 N.; Lb 1690, fol. 106b f.; Lb 1782, V. S. 11; LR 14. 12. 1744, LRP 7 fol. 211a

<sup>186</sup> Lb 1623/1731, S. 145 N.; Lb 1782, I. S. 10, V. S. 11

<sup>187</sup> Nach Blumer, 2. Teil, 1. Bd., S. 185, sind das die Räte aus der Kirchhöre Stans.

<sup>188</sup> Lb 1690, fol. 107b

<sup>189</sup> LR 22. 12. 1704, LRP 5 fol. 81b

<sup>190</sup> LR 2. 3. 1711, LRP 5 fol. 251a

<sup>191</sup> WR 10. 5. 1723, LRP 6 fol. 147b

<sup>192</sup> LR 24. 4. 1780, LRP 10 fol. 145b

<sup>193</sup> WR 13. 2. 1713, WRP 24 fol. 97a; 2-LR 23. 4. 1713, LRP 5 fol. 321a

<sup>194</sup> LR 23. 4. 1729, LRP 6 fol. 328b: «. . . die Herren Vorgesetzte, die Hrn. Eindleffer undt von ieder Ürthy ein gescheider Landtman . . . »

<sup>195</sup> Versammlungen zum Beispiel am 15. 3. 1718, LRP 6 fol. 37a, und am 26. 3. 1718, LRP 6 fol. 37b

aus finanziellen Erwägungen, dass bei Ausschüssen «allein ein Landtschreiber, der Landtweibel oder der Landtsleüffer (verstehet sich nur zwey) erscheinen sollen und folglich miteinanderen abwechseln» mögen<sup>196</sup>.

Auch von Sparbestrebungen motiviert war die Zusammensetzung der Prüfungskommission für die Siechenrechnung, die aus dem regierenden Landammann, dem Obervogt, einem Beamten und dem Siechenvogt selbst bestand<sup>197</sup>. Das Landbuch von 1782 verdeutlichte, dass es sich bei dem Amtsmann um den Landschreiber handelte und verlangte die Präsenz des alten und des neuen Siechenvogtes<sup>198</sup>. Wesentlich mehr Männer wurden dagegen zur Prüfung der übrigen Rechnungen — der sogenannten «oberkeitlichen», der des Säckelmeisters, der Zoller, des Salzwesens, des Zeughauses sowie der Angster- und Umgeld-wie auch der Stansstader Sustrechnung — abgeordnet, nämlich die drei Rechnungsherren, alle Herren Landammänner, der Statthalter, der Säckelmeister, der Obervogt, der Bau- beziehungsweise Zeugherr samt dem Geschworenen Gericht<sup>199</sup>. — 1748 wurde von der Nachgemeinde die aufgeworfene Frage, ob man das Amt des Rechnungsherrn<sup>200</sup> «wolle lassen abgehn oder nicht», verneint<sup>201</sup>.

Der Feuerrat bestand zunächst für das ganze Gebiet des Landes aus allen Vorgesetzten Herren<sup>202</sup>; das Landbuch von 1782 erläuterte näher, dass im «Feür-Rath zu Stans . . . alle H[erren] Vorgesetzte, so im Stanser Kirchgang wohnen, ernam-set» wären. Das Präsidium hielt der regierende Landammann inne, sofern er im Dorfe wohnhaft war, andernfalls der älteste Landammann oder der Statthalter. In den übrigen Ürten bildete sich der Feuerrat aus den «in der Ürthi sich befindliche[n] H[erren] Räth, sie mögen dann ürthi- oder amtswegen im Raht seyn, samt dem Gnossen- oder Ürthi-Vogt»<sup>203</sup>.

Ein erster ad hoc-Sanitätsrat wurde zur Behandlung eines Einzelproblems 1713 aus drei Landammännern und drei weiteren Vorgesetzten Herren zusammengesetzt<sup>204</sup>. Das ständige Gremium, das 1774 «nach dem Beyspihl anderer lob[licher] Ständen» formiert worden war, bestand aus zwei Landammännern, dem Statthalter und dem Landesfähnrich<sup>205</sup>. Die Landbuch-Redaktion von 1782 erweiterte den Sanitätsrat, indem sie alle Landammänner, den Statthalter sowie «zwey Doc-

<sup>196</sup> Lb 1623/1731, S. 2 N. auf LR 17. 6. 1737, LRP 7 fol. 41a (Die Protokollstelle berichtet nur über den bestätigten Jahrlohn und verweist auf das Landbuch); Bestätigung: 3-LR 24. 10. 1749, LGP A fol. 123b

<sup>197</sup> LR 15. 3. 1694, LRP 4 fol. 148a; Lb 1623/1731, S. 119 N.; Lb 1690, fol. 111a N.

<sup>198</sup> II. S. 34

<sup>199</sup> Lb 1782, V. S. 30

<sup>200</sup> d.h. aber nicht die Rechnungsprüfungskommission überhaupt!

<sup>201</sup> 11. 5., LGP A fol. 98b

<sup>202</sup> Lb 1623/1731, S. 218 N. auf LR 5. 1. 1746, LRP 7 fol. 226b f.

<sup>203</sup> Lb 1782, V. S. 33

<sup>204</sup> 2-LR 4. 12. 1713, LRP 5 fol. 354a

<sup>205</sup> Letzterer wurde wohl wegen der Tatsache, dass er ausgebildeter Arzt war, in den Rat delegiert. — WR 24. 1. 1774, WRP 33 fol. 251a; LR 18. 2. 1774, LRP 10 fol. 20a

toren und zwey Schärer, so das Wartgeld beziehen», zu seinen Mitgliedern bestimmte<sup>206</sup>.

Nach welchen Kriterien der Kriegsrat zu Beginn des 18. Jahrhunderts zusammengestellt wurde, lässt sich nicht feststellen. Im April 1709 wurde der offensichtlich bestehende Rat um den Statthalter<sup>207</sup> und um den Pannerherrn ergänzt<sup>208</sup>. Die ausserordentliche Landsgemeinde vom 19. April 1712 wählte anstelle eines alt Landammanns, «ob zware selbiger gestern zue einem Kriegss-Rath uff Pfäffickhon ernambset» worden war, «auss erhöblichen Beweg-Ursachen» den Landeshauptmann in Nidwalden in den (mehrörtigen) Geheimen Kriegsrat und ordnete an, er wäre im Falle, dass er «das General Comando über die Völlkher von Ob- und Nidt dem Kernwaldt insgesamt an sich nemmen» würde, durch den bereits im Nidwaldner Kriegsrat sitzenden Landeshauptmann in Nidwalden zu ersetzen<sup>209</sup>.

Aufgrund des Hilfegesuchs der Urner, die mit ihren Untertanen in der Leventina im Streit lagen, delegierte ein Dreifacher Landrat «krafft einer Landsgemeindt» am 7. Mai 1755 alle vier Landammänner, den Statthalter, den Pannerherrn, den Säckelmeister und den Zeugherrn in den Kriegsrat<sup>210</sup>. Ausdrücklich festgehalten wurde ferner, dass «wan ein Kriegsrath abgeht, . . . ein anderer substituiert werden» soll. Zugang zu dem Rat wurde auch den «erwellten Herren Haubtleüth» gewährt, «um zu jnformieren und die Order zu empfangen»<sup>211</sup>.

Obwohl das Landbuch von 1782 die Angehörigen des Kriegsrates genau bezeichnete<sup>212</sup>, wählte eine ausserordentliche Landsgemeinde am 13. April 1798 den Rat dennoch und ergänzte ihn mit einem Landmann aus jedem Kirchgang<sup>213</sup>.

## 2.1.4 TAGESZEIT

Die Angaben darüber, zu welcher Tageszeit sich ein Rat gewöhnlich versammelte, sind spärlich. Schon in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts hat sich der Landrat in der Regel am Morgen — nach der Hauptmesse in der Stanser Pfarrkirche — versammelt<sup>214</sup>. Der ordentliche Beginn um zehn Uhr wurde 1743 aufgrund

<sup>206</sup> V. S. 31

<sup>207</sup> und zufällig gleichzeitigen Landeshauptmann in Nidwalden

<sup>208</sup> R&L 21. 4., LRP 5 fol. 190b

<sup>209</sup> LRP 5 fol. 280a

<sup>210</sup> Sie waren damit vom Dienst in den Rotten befreit! Versammlung des Kriegsrates und der Rotten 11. 5. 1755, LGP A fol. b171a

<sup>211</sup> LGP A fol. a170a

<sup>212</sup> «Alle Hh. Vorgesetzte, die Stabs-Officiers und Hauptleüth unsres Landts machen den Kriegsrath aus.» V. S. 32

<sup>213</sup> Die zusätzlichen Kriegsräte wiesen ein Alter von über 60 Jahren auf; LGP B fol. 297b

<sup>214</sup> Festsetzung des Beginns des Landrates auf 10 Uhr durch den Landrat am 24. 4. 1690, LRP 4 fol. 16a, des Georgenlandrates auf «alle Zeit gleich uff die Mäss» durch den Zweifachen Landrat am 26. 4. 1696, LRP 4 fol. 207b, und Korrektur auf 11 Uhr durch die gleiche Behörde am 23. 4. 1697, LRP 4 fol. 229b. — Einberufung auf 10 Uhr: LR 10. 12. 1731, LRP 6 fol. 388b

einer «vor Jahren gemachte[n] Ordnung» bestätigt und schliesslich in den Landbüchern von 1623/1731<sup>215</sup> und von 1782<sup>216</sup> ausdrücklich festgehalten. Dieser Zeitpunkt wird auch für die mehrfachen Räte gegolten haben, sofern sie allein oder als erste zusammentraten. Tage zuerst ein einfacher Rat, so verzögerte sich das Antreten der Zugezogenen entsprechend. Demgegenüber wurden Rät' und Landleute gemäss den seltenen Angaben auf 14 Uhr<sup>217</sup>, auf 16 Uhr<sup>218</sup> oder zwölf Uhr<sup>219</sup> befohlen, doch konnten sie ihre Geschäfte durchaus auch schon vormittags in Angriff nehmen<sup>220</sup>. Übten sie ihre Rechte als Malefizgericht aus, so gehörte die Frage, ob «die Tagzeit allso weith verflossen, das man nach Gewohnheit, keyserlichen Rechten<sup>221</sup> und alltem Härkommen über das Bluot richten und urtheilen möge», zum Zeremoniell<sup>222</sup>, doch wird die entscheidende Stunde selbst nicht genannt.

## 2.1.5 VERSAMMLUNGSSORT

Üblicher Versammlungsort der Räte im 18. Jahrhundert war das Rathaus in Stans. Bis zu seiner Zerstörung am 17. März 1713 enthielt es in seinen Obergeschossen eine grosse Ratsstube für den Landrat und eine kleine für den Wocherrat. Im 1. Stock befand sich die Tanzlaube, die aber neben dieser Lustbarkeit auch Rät' und Landleuten für die Abhaltung von Landtagen diente und allgemein bei grossem Andrang der Landleute benutzt wurde<sup>223</sup>. In der ersten Zeit nach dem Dorfbrand, da kein geeignetes öffentliches Gebäude mehr zur Verfügung stand, hielten die Räte ihre Sitzungen in dem oberen Saal Landammann Beat Jakob Leuws ab, dessen stattliches Haus an der Nägeligasse von der Katastrophe verschont geblieben war<sup>224</sup>.

Das neue Rathaus, das ab dem Juni teilweise und ab dem November 1715 gänzlich wieder zur Verfügung stand, hielt sich in der Raumaufteilung im wesentlichen an den Vorgängerbau. Auf den 2. Stock kam die nunmehr einzige Ratsstube zu liegen, auf den 1. Stock der Gerichtssaal für Landtage, der auch als Lokal für grössere, ausserordentliche Versammlungen diente<sup>225</sup>.

<sup>215</sup> S. 146 N.

<sup>216</sup> V. S. 10

<sup>217</sup> Beispiele: 1. 5. 1712, WRP 24 fol. 19a; 23. 6. 1712, WRP 24 fol. 37a; 18. 7. 1712, WRP 24 fol. 45a

<sup>218</sup> 14. 4. 1712, WRP 24 fol. 15a

<sup>219</sup> 20. 5. 1712, WRP 24 fol. 22b

<sup>220</sup> vgl. LR 16. 10. 1748, LRP 7 fol. 276b

<sup>221</sup> Angaben aus der «Carolina» Karl V. sind nicht erhältlich und wären wohl auch unnütz! s. S. 291 Fn. 376

<sup>222</sup> Lb 1623/1731, S. 132 N.

<sup>223</sup> Durrer, Kunstdenkmäler, S. 853 ff.; übermässig dürfte der Zulauf der Landleute im allgemeinen nicht gewesen sein, ist doch gar ein Beispiel ihrer völligen Absenz bekannt; s. S. 216; Blumer, 2. Teil, 1. Bd., S. 166 f.

<sup>224</sup> Steiner-Barmettler, S. 35; LR 23. 4. 1713, LRP 5 fol. 320b

<sup>225</sup> Durrer, Kunstdenkmäler, S. 860 ff.; Steiner-Barmettler, S. 50 ff.

Mindestens für Extra-Räte und Kommissionssitzungen stand das Rathaus nicht stets in bester Beliebtheit — Wirtshäuser wurden ihm offenbar häufig vorgezogen. 1757 überliess der Landrat die Wahl der Lokalität dem regierenden Landammann, schränkte aber ein, die Sitzungen sollten wenigstens «sommerzeysts» auf dem Rathaus gehalten werden<sup>226</sup>.

## 2.1.6 PRÄSENZPFLICHT

Die Angehörigen der Räte — Vorgesetzte wie Ratsherren<sup>227</sup> — waren verpflichtet, die Ratssitzungen zu besuchen und die Verhandlungen so lange im Rate zu verfolgen, wie Traktanden zur Sprache kamen, die zu Beginn der Landratssitzung angekündigt worden sind<sup>228</sup>. Den unentschuldigt Abwesenden drohte eine Busse, die 1697 einen Louis d'or<sup>229</sup>, 1702 fünf Gulden und 1756 einen Gulden betrug<sup>230</sup>. Einen Gulden Busse drohte das Landbuch von 1782 auch jenem Ratsfreund an, der — war die Reihe an ihm — den Wochenrat nicht besuchte<sup>231</sup>.

Als akzeptierter Entschuldigungsgrund galten «Gottes Gewalt und ehrhaffte Noth»<sup>232</sup> oder — nach einer anderen Formulierung — «wichtige Ursachen»<sup>233</sup>. Die Bewilligung für das Ausbleiben war im voraus beim regierenden Landammann einzuholen<sup>234</sup>, ebenso die Erlaubnis für ein früheres Verlassen des Ratssaales<sup>235</sup>. Die Kontrolle über die Absenzen war den Amtsleuten aufgetragen<sup>236</sup>. Die Korrektion der Säumigen in Form einer Ermahnung oder Büssung erfolgte durch den Wochenrat<sup>237</sup> oder den Landrat<sup>238</sup>.

<sup>226</sup> 23. 4., LRP 8 fol. 192a

<sup>227</sup> Besonders hervorgehoben wurde die Präsenzpflicht der Elfer vom LR am 1. 6. 1711, LRP 5 fol. 259b

<sup>228</sup> LR 24. 4. 1690, LRP 4 fol. 16a; LR 16. 9. 1697, LRP 4 fol. 239a; LR 24. 4. 1702, LRP 5 fol. 7b; LR 19. 9. 1707, LRP 5 fol. 145b; LR 22. 1. 1744, LRP 7 fol. 197b; Lb 1623/1731, S. 146 N. auf LR 24. 4. 1690, LR 23. 12. 1697, LRP 4 fol. 241b und LR 18. 12. 1730 (Ein diesbezüglicher Eintrag fehlt im Protokollband LRP 6 fol. 373a ff.); Lb 1782, V. S. 10

<sup>229</sup> 1 Louis d'or liegt betragsmäßig eher über 10 Gulden; vgl. das Nidwaldner Münzmandat von 1767, abgedruckt bei Schwarz/Püntener, S. 73 ff. und die dortigen Fussnoten. — LR 16. 9. 1697, LRP 4 fol. 239a

<sup>230</sup> LR 24. 4. 1702, LRP 5 fol. 7b; LR 14. 4. 1756, LRP 8 fol. 161a

<sup>231</sup> V. S. 11

<sup>232</sup> Lb 1623/1731, S. 146 N.; Lb 1782, I. S. 8; LR 24. 4. 1702, LRP 5 fol. 7b; LR 1. 6. 1711, LRP 5 fol. 259b

<sup>233</sup> LR 16. 9. 1697, LRP 4 fol. 239a

<sup>234</sup> LR 16. 9. 1697, LRP 4 fol. 239a; LR 23. 4. 1715, LRP 5 fol. 406b; Lb 1623/1731, S. 146 N.; Lb 1782, I. S. 8. — Das Lb 1690 lässt auch die Entschuldigung bei einem Amtsmann gelten; fol. 106b

<sup>235</sup> vgl. R&L 13. 10. 1704, LRP 5 fol. 78b; LR 22. 12. 1704, LRP 5 fol. 81a

<sup>236</sup> LR 17. 9. 1708, LRP 5 fol. 173b

<sup>237</sup> LR 19. 9. 1707, LRP 5 fol. 145b; LR 20. 8. 1708, LRP 5 fol. 169b; LR 15. 9. 1721, LRP 6 fol. 117a; LR 14. 4. 1756, LRP 8 fol. 161a; LR 1. 7. 1771, LRP 9 fol. 247a

<sup>238</sup> LR 1. 6. 1711, LRP 5 fol. 259b; LR 5. 9. 1729, LRP 6 fol. 346a; LR 15. 7. 1754, LRP 8 fol. 112a

### 2.1.7 SICHERUNG

Mit Ausnahme der Versammlung von Rät' und Landleuten, die sich gerade durch ihr Stattfinden bei offenen Türen charakterisierten<sup>239</sup>, verhandelten die Räte geheim<sup>240</sup>. Um Unberechtigten das Mitlauschen zu verunmöglichen, wurde der Ratssaal mit einer Doppeltüre versehen<sup>241</sup>, und 1746 ordnete der Landrat gar an, «dass man trachten undt werckhstellig mache, dass die üssere Porten für sich selbsten zufallen undt selbsten sich beschliessen» tue<sup>242</sup>. Als zusätzliche Sicherung bezog während den Sitzungen der Landläufer Posten vor dem Saaleingang, dessen Türen er verschlossen halten musste<sup>243</sup>. 1713 wurde dem Landläufer gar befohlen, «sich under der ersten Stiegen uffzuehalten undt niemanden hinauff zue lassen, ess währe dan sach, dass es M[eine] g[nädigen] H[erren] verlangten»<sup>244</sup>. Waren Rät' und Landleute angesagt, so hatten die Amtsleute allgemein dafür zu sorgen, dass nicht auch Unberechtigte sich Zugang zu dem Ratssaal verschafften oder solche, die nicht in schicklicher Aufmachung erschienen waren<sup>245</sup>. Bei Landtagen, die sichtlich besonders viel Volk anzuziehen vermochten, wurden zusätzlich zwei Wächter in den Vorraum befohlen, um Minderjährige, unanständig Gekleidete und Fremde abzuhalten<sup>246</sup>.

### 2.1.8 AUFLAGEN UND ENTSCHÄDIGUNGEN

Das Amt des Ratsherrn war gleich jenem der Vorgesetzten Herren mit einer Auflage verbunden, die zugunsten des Zeughauses<sup>247</sup> im Betrage von 4½ Gulden<sup>248</sup> und zugunsten der Salzvorratshaltung «ürthi- und amtswegen» im Betrage von neun Gulden bestand<sup>249</sup>. Hinzu kamen weitere Ämterauflagen, die von

<sup>239</sup> Blumer, 2. Teil, 1. Bd., S. 167

<sup>240</sup> s. S. 245 f.

<sup>241</sup> Durrer, Kunstdenkmäler, S. 857, und dort zitierte Protokollstellen

<sup>242</sup> 17. 10., LRP 7 fol. 242b

<sup>243</sup> LR 17. 10. 1746, LRP 7 fol. 242b; LR 27. 11. 1765, LRP 9 fol. 81a; LR 23. 4. 1773, LRP 9 fol. 310b; Lb 1782, I. S. 22: Der Landläufer solle sich «alle Raths- und Grichtstäg vor der Rathstubenthür sich fleissig einfinden und ohne Befelch sich niemal absentieren, auch jederzeit die Obsicht haben, das die aussere Rath-Stubenthür unter dem Rath und Gricht beschlossen seye und folgsamm die Rathschläg niemand hören köne, bey Verlust des Diensts.»

<sup>244</sup> LR 28. 9., LRP 5 fol. 349a

<sup>245</sup> mit Mantel oder Degen. Lb 1623/1731, S. 115 N., S. 146 N. auf NG 1677; Lb 1690, fol. 107b, fol. 138b in Anschluss an NG 6. 5. 1635, LRP 2 fol. 405b; vgl. S. 228 f.

<sup>246</sup> NG 10. 5. 1744, LGP A fol. 67b; LR 28. 8. 1747, LRP 7 fol. 259a; 3-LR 24. 10. 1749, LGP A fol. 126a; LR 5. 7. 1771, LRP 9 fol. 249a

<sup>247</sup> Die Vorgesetzten unterstützten ihrerseits die Salzvorratshaltung.

<sup>248</sup> NG 9. 5. 1694, LRP 4 fol. 157a; Lb 1623/1731, S. 129 N.

<sup>249</sup> Lb 1782, II. S. 9



15 Mit Hilfe von zwei Türen wurde unbefugten das Mitlauschen bei Rats- und Gerichtssitzungen verwehrt.

den Ürten erhoben wurden<sup>250</sup>. Die Ratsherrenauflagen waren ausdrücklich auch von jenen geschuldet, die den Ratsplatz vom Amtes wegen einnahmen<sup>251</sup>.

Den Auflagen gegenüber standen die Einnahmen — «Raths-Emolumenta»<sup>252</sup> —, die sich aus regelmässigen Bezügen und Entschädigungen nach Aufwand zusammensetzten. Die Grundbesoldung pro Jahr bestand aus der sogenannten St. Georgs-Krone<sup>253</sup>, dem Salztaler<sup>254</sup> und dem Anteil an der freiwilligen französischen Pension in der Höhe von  $7\frac{1}{2}$  Gulden<sup>255</sup>. Einen um  $2\frac{1}{2}$  Gulden erhöhten Betrag bezogen die Elfer, die dadurch für die Mühen entschädigt wurden, die sich aus der ihnen aufgetragenen Verteilung des Pensionenrestes<sup>256</sup> auf die eingerotteten Männer ergaben<sup>257</sup>. Nach einer Erläuterung aus dem Jahre 1760 hatten auch alle Landvögte «gleich denen im Landt sich befindenden H[erren] Räthen» Anspruch auf den Salztaler und die St. Georgs-Krone<sup>258</sup>. Hingegen nur das Pensionengeld wurde einem alt Landvogt, der den Kastellanen-Dienst in Bellinzona übernommen hatte und deshalb ausser Landes wohnte, zugesprochen, nicht aber die beiden übrigen Beträge, «weil er keine Beschwerden ertragt»<sup>259</sup>. Einem Ratsherr, der sich 1753 der Aufgaben des Ratsplatzes zu entledigen suchte, wurde die Entlassung gewährt «in Hoffnung, er wird den andern Herren Räthen die Dublonen und Jörj-Kronen<sup>260</sup> verabfolgen lassen»<sup>261</sup>. Verstarb ein Ratsherr, hatten seine Erben Anspruch auf den Pensionenanteil, sofern diese «in Monathsfirst nach dem Todtfahl ankäme»<sup>262</sup>.

<sup>250</sup> Ein die Ürte wechselnder Ratsherr konnte sein Amt behalten, wenn er gegenüber der ursprünglichen Gemeinde die «Steür- und Ürthi-Bräuch des Raths-Platzes halber» erfüllte; Lb 1782, V. S. 13

<sup>251</sup> LR 4. 5. 1750, LRP 8 fol. 16b

<sup>252</sup> LR 30. 4. 1777, LRP 10 fol. 83b

<sup>253</sup> entspricht 2 Gulden; vgl. Landsäckelmeisterrechnung 1730/1731, fol. 22b

<sup>254</sup> entspricht  $2\frac{1}{4}$  Gulden. — 1744 wurde das vom Salzhändler Jeanneret bezahlte Salzregal in der Höhe von 400 Franken zur Hälfte — nämlich 150 Gulden — «nach alltem Bruch in [den] Landseckhell» gelegt und beschlossen, «die übrige Gl. 150 sollen unter alle hh. Räth und Beambtete . . . aussgetheilt werden»; LR 14. 12., LRP 7 fol. 211a

<sup>255</sup> Von den gewöhnlich 1 333 Franken — 1 000 Gulden — der freiwilligen französischen Pension wurde den Ratsherren und Beamten vorab eine Münzdublone zugeteilt, der verbleibende Rest schliesslich an die Rottenangehörigen ausbezahlt. Vgl. LR 11. 1. 1773, LRP 9 fol. 302a f.; 2-LR 16. 2. 1778, LGP B fol. 109a f.; NG 9. 5. 1779, LGP B fol. 122a f.. Die gleichmässige Verteilung auf die Rottenangehörigen konnte erst 1773 erstmals durchgesetzt werden, nachdem zuvor zeitweilig auf den Empfang des Geldes verzichtet wurde, weil sich die Vertreter Frankreichs gegen eine öffentlich bekannte und kontrollierte Verteilungsform sträubten; s. S. 30 f. und S. 201

<sup>256</sup> Es dürfte sich um rund die Hälfte des Betrages von 1 333 Franken gehandelt haben.

<sup>257</sup> LR 11. 1. 1773, LRP 9 fol. 302a. — Zu seiner zusätzlichen Entschädigung als Richter s. S. 343

<sup>258</sup> LR 23. 4., LRP 8 fol. 260a

<sup>259</sup> LR 23. 4. 1777, LRP 10 fol. 83a; LR 30. 4. 1777, LRP 10 fol. 83b (Zitat)

<sup>260</sup> St.-Georgs-Krone

<sup>261</sup> LR 7. 5., LRP 8 fol. 71b

<sup>262</sup> LR 25. 10. 1749, LRP 8 fol. 6b

Die Grundeinkünfte wurden durch «Sitzgelder» ergänzt, über deren Höhe gelegentliche Beschlüsse vorliegen<sup>263</sup>.

Anspruch auf ein «Solarium» hatten auch die Zugezogenen bei Zweifachen und Dreifachen Räten<sup>264</sup>. Wenn private Parteien oder Körperschaften aus den Untertanengebieten ihre Interessen vor hiesiger Behörde verfochten, wurden sie nicht selten zur Bezahlung eines Sitzgeldes verpflichtet<sup>265</sup>. Eine besondere Entschädigungsordnung galt, wenn sich Rät' und Landleute als Malefizgericht betätigten: «Von alltem häro» gebührten dem regierenden Landammann als Richter, dem Säckelmeister als seinem Beistand, den Vorsprechern des Klägers und des Übeltäters je 30 Schilling und nach einem Entscheid des Georgenlandrates von 1691 gleichviel den vier Beamten und den Dorfweibeln von Buochs und von Wolfenschiessen; die Wächter erhielten 20 Schilling<sup>266</sup>. Für das «gewohnte Nachtmahl» gewährten die Gnädigen Herren im April 1716 dem Landweibel zusätzlich vier Gulden<sup>267</sup>.

Anspruch auf eine Entschädigung, die vermutlich vom Elfer als dem ordentlichen Ratsmitglied aus seinem Jahrlohn geleistet werden musste, hatten die als Ersatz oder im Turnus am Wochenrat erschienenen Ratsherren<sup>268</sup>. Mit 30 Schilling wurden die Mitglieder von Ausschüssen für ihre Verrichtungen entschädigt<sup>269</sup>. Aus der Tatsache heraus, dass sich die Entlöhnungen erheblich zu Buche schlugen, gingen Bestrebungen auf eine Limitierung der Zahl der Kommissionsmitglieder und der Ausschüsse generell hervor<sup>270</sup>.

<sup>263</sup> Beispiele: R&L 10. 9. 1692, LRP 4 fol. 70b; LR 29. 9. 1692, LRP 4 fol. 73b f.; LR 15. 3. 1694, LRP 4 fol. 150a; 2-LR 20. 7. 1700, LRP 4 fol. 314a; 2-LR 13. 3. 1765, LGP A fol. 255a. — Die Beträge reichen von 20 Schilling bis zu 1½ Gulden pro Ratsherr.

<sup>264</sup> vgl. 2-LR 20. 9. 1700, LRP 4 fol. 314a; LR 4. 1. 1730, LRP 6 fol. 354a; 2-LR 1. 9. 1755, LGP A fol. 176a

<sup>265</sup> Beispiele: 2-LR 20. 9. 1700, LRP 4 fol. 313a; 2-LR 13. 4. 1722, LRP 6 fol. 123b; 2-LR 11. 12. 1731, LRP 6 fol. 390a; LR 24. 11. 1738, LRP 7 fol. 64a; 2-LR 8. 3. 1753, LGP A fol. a155a; 2-LR 22. 12. 1769, LGP B fol. 3b; 2-LR 29. 12. 1769, LGP B fol. 5b; 2-LR 24. 7. 1780, LGP B fol. 134a

<sup>266</sup> Lb 1623/1731, S. 119 N., S. 110 f. N. auf LR 23. 4. 1691, LRP 4 fol. 32a, S. 112 N. (Jahrlohn des Buochser und des Wolfenschiesser Weibels); unter Berufung auch auf den LR vom 23. 4. 1691 sprach das Lb 1690, fol. 88a N., «denen Ambstleüthen und Weibeln iedem Batzen 10» zu.

<sup>267</sup> Lb 1623/1731, S. 111 N.

<sup>268</sup> vgl. LR 14. 12. 1744, LRP 7 fol. 211a. — Weder in Säckelmeisterrechnungen noch in den Jahrlohn-Artikeln der Landbücher finden sich Hinweise auf eine Extra-Entschädigung für die Teilnehmer am Wochenrat.

<sup>269</sup> Lb 1782, II. S. 17

<sup>270</sup> LR 15. 3. 1694, LRP 4 fol. 148a: «Jnskünftige sollen bey Ablegung der Armenleüth oder Siechenrechnung zue Abschneidung grosser Köstungen mehrere nicht beywohnen als der regierende H. Landtamman, ein jeweylig H. Obervogt, einer von den Beambten sambt dem Siechenvogt selbsten, und wahre dabey die Meinung, d[er]aß einem jeden für den Taglohn ss. 30 sollten guetgemacht werden. Die heurige Rechnungskosten, weyl selbige, zue Befrembdung der Angewesten selbsten gar zue hoch steigen, sollen durch Hn. Obervogten revidiert werden.» — Lb 1623/1731, S. 2 N. auf LR 17. 6. 1737 (bestätigt bloss ohne Angaben den Lohn der Amtsleute), LRP 7 fol. 41a; 3-LR 24. 10. 1749, LGP A fol. 123b; LR 13. 12. 1756, LRP 8 fol. 187a; LR 23. 4. 1757, LRP 8 fol. 192a; vgl. auch Lb 1782, II. S. 17

## 2.2 Verfahren

### 2.2.1 LEITUNG

Analog den für die Gemeinden geltenden Regeln kam die Verhandlungsleitung in allen Räten dem regierenden Landammann zu. Bei seiner Verhinderung infolge Ausstands oder Landesabwesenheit trat an seine Stelle der Landesstatthalter. Fiel auch er ausser Betracht, so sprangen die alt Landammänner in der Reihenfolge ihres Alters ein<sup>1</sup>. Schliesslich galt bei «Absentz aller H[erre]n Landtamman und H[errn] Statthalters» die Bestimmung, dass die Leitung von einem Landschreiber zu übernehmen sei, «so fern beyde sich gägenwertig befinden möchten». War von den beiden nur einer zugegen, so sollte «ein Landtweybel innskünftig die Umfrag halten und scheyden»<sup>2</sup>.

Dem vorsitzenden Landamman, aber auch den Landschreibern und dem Landweibel, stand während den Ratssitzungen eine Weisungsgewalt zu; geboten sie zum Beispiel jemandem zu schweigen und leistete dieser keinen Gehorsam, so drohte ihm «zechen Pfundt Buss, allss offt einer das<sup>3</sup> übergaht, einer möge sich dann mit Recht verantworten»<sup>4</sup>.

### 2.2.2 ÜBERPRÜFUNG DER ZUSAMMENSETZUNG UND DER ZUSTÄNDIGKEIT

Die Angehörigen der verschiedenen Räte waren unter Androhung von Strafe verpflichtet, an den Sitzungen teilzunehmen und bis zu deren Ende auszuharren. Feste Zahlen, welche Mindestanzahl von Abgeordneten oder Landleuten zugegen sein mussten, damit der Rat beschlussfähig war, werden nicht genannt. Die Frage, ob überhaupt eine genügende Repräsentanz gegeben sei, wurde vielmehr erst dann gestellt, wenn die Lücken augenfällig wurden. Verschiedentlich verschob der Landrat aus diesem Grund Geschäfte auf einen späteren Zeitpunkt<sup>5</sup>, und auch der Wochenrat konnte etwa zu Beschlüssen, «weyl M[eine] gn[ädigen] H[erren] dermahlen an der Zahl wenig . . . , sich nit befügt befinden»<sup>6</sup>. Im Verhältnis zwischen Landrat und Wochenrat bestand immerhin diese Möglichkeit, dass nach Abwicklung der angekündigten Traktanden, womit die allgemeine Präsenzpflicht aufgehoben war, die weiteren Verhandlungen als nur vom Wochenrat geführt

<sup>1</sup> vgl. 2-LR 8. 3. 1753, LGP A fol. 154b

<sup>2</sup> LR 6. 3. 1702, LRP 5 fol. 2a; somit war die Führung des Protokolls auf jeden Fall gewährleistet.

<sup>3</sup> d.h. die Weisung

<sup>4</sup> Lb 1623/1731, S. 108; Lb 1690, fol. 78b

<sup>5</sup> LR 23. 4. 1708, LRP 5 fol. 158b; LR 3. 7. 1713, LRP 5 fol. 338b; LR 10. 3. 1721, LRP 6 fol. 108a; LR 26. 9. 1753, LRP 8 fol. 82a

<sup>6</sup> WR 6. 7. 1693, LRP 4 fol. 115a

protokolliert wurden<sup>7</sup>. In formeller Hinsicht forderte das Landbuch von 1782 die Landschreiber auf, die Ergebnisse dieser Beratungen auch tatsächlich im entsprechenden Protokollbuch des Wochenrates festzuhalten<sup>8</sup>.

Keine Rücksicht auf eine Mindestzahl von anwesenden Landleuten wurde bei Versammlungen von Rät' und Landleuten genommen; selbst ihre vollständige Abwesenheit verhinderte eine Beschlussfassung nicht<sup>9</sup>.

Abweichungen gegenüber den Regeln zur Bildung der mehrfachen Räte wurde mit Toleranz begegnet: 1695 wurde festgestellt, dass statt eines zusätzlichen Landmanns zwei Landleute zum Georgenlandrat mitgebracht worden waren, was die Gnädigen Herren «ohne Nachtheil undt Consequenz für dismahl» duldeten<sup>10</sup>; 1743 machte der Landrat die Feststellung, dass zu einem Dreifachen Landrat auch für die Abwesenden die zusätzlichen Delegierten erschienen waren, doch wolle er «für dissmahlen solches nit abenderen», sie aber künftig nicht weiter zulassen<sup>11</sup>.

Aus dem Prinzip, dass sich ein Zweifacher Rat versammeln soll, wenn strittige Angelegenheiten aus deutschen oder welschen Vogteien kontradiktorisch zur Sprache kamen, ein einfacher aber, wenn nur eine Partei angereist war, konnte die Frage entstehen, wie zu verfahren sei, wenn der Rat bereits mehrfach besetzt war. 1700 wurde sie so entschieden, dass die erschienene Partei trotz Abwesenheit der andern von dem doppelten Rat angehört wurde<sup>12</sup>.

In der Frage der Klärung der Zuständigkeit trug der Landammann die Hauptlast. In strittigen Angelegenheiten hatte er zu entscheiden, «ob solche für den Rath oder für Gricht gehören», welche Kompetenz später auf alle Gegenstände erweitert wurde<sup>13</sup>. Gelegentlich gebot der Landrat dem Landammann ausdrücklich, er solle bestimmte Geschäfte vom Rate weghalten, so die Entscheidung über die Zusammenweisung von Verwandtschaften in Beisteuerfragen<sup>14</sup> und das Ausfallen von Urteilen «über Sachen, die eine gesetzte Buoss haben»<sup>15</sup>.

Nichtsdestotrotz blieben Landrat und Wochenrat von Zuständigkeitsprüfungen nicht verschont; wer über die Zuteilung der Brandsteuer, die nach dem Dorfbrand von Stans im Jahre 1713 in der ganzen Eidgenossenschaft gesammelt worden war, befinden sollte, blieb zunächst unklar, bis der Landrat mit der formellen Zustimmung des Geschworenen Gerichts die Aufgabe an die Hand nahm<sup>16</sup>. 1720

<sup>7</sup> vgl. LR/WR 31. 5. 1706, LRP 5 fol. 116a ff.; 23. 3. 1707, LRP 5 fol. 128a ff.; 16. 6. 1707, LRP 5 fol. 137a ff.; 19. 9. 1707, LRP 5 fol. 143b ff.; 19. 12. 1707, LRP 5 fol. 147b ff.; 25. 2. 1709, LRP 5 fol. 183a ff.; 2. 3. 1711, LRP 5 fol. 250b ff.

<sup>8</sup> V. S. 10

<sup>9</sup> LR 26. 6. 1715, LRP 5 fol. 413b

<sup>10</sup> 23. 4., LRP 4 fol. 182b

<sup>11</sup> 4. 2., LRP 7 fol. 179b

<sup>12</sup> 2-LR 20. 9., LRP 4 fol. 313a

<sup>13</sup> Lb 1623/1731, S. 91, S. 145 f. N.; Lb 1690, fol. 37a, fol. 113b; Lb 1782, I. S. 10, V. S. 10

<sup>14</sup> 6. 5. 1743, LRP 7 fol. 184a f.

<sup>15</sup> 23. 4. 1768, LRP 9 fol. 133b

<sup>16</sup> LR 16. 7. 1714, LRP 5 fol. 388b f.; LR 23. 4. 1714, LRP 5 fol. 389b f.; GG 20. 7. 1714, GGP K, unpag.; Steiner-Barmettler, S. 73

wies der Landrat die Aburteilung zweier Delinquenten vor den Landtag<sup>17</sup>, 1736 setzte er den Landrat des Jahres 1717 zur Beurteilung einer bis damals zurückreichenden Angelegenheit ein<sup>18</sup>, 1750 verweigerte er die Verabschiedung von an der Nachgemeinde unerledigt gebliebenen Traktanden, weil «einem Landtrath nichts desthalb übergeben worden» war, obwohl an der Nachgemeinde selbst davon gesprochen wurde<sup>19</sup>. Schliesslich wies 1713 ein Zweifacher Landrat den Entscheid über die Zuständigkeit in einer aussenpolitischen Frage vor den Wochenrat, der feststellen sollte, «ob solchess vor ein 2-fachen Rath, vor die H[erre]n Kriegsräth oder aber allein vor den Rath gehörig» sei<sup>20</sup>.

### 2.2.3 TRAKTANDENLISTE

An ein festes Traktandenmuster hielten sich die Räte nicht. Dem Landammann war aufgetragen, dem Wochenrat alles vorzubringen, «was für die Rhädt gehört»<sup>21</sup>, und an den Landrat zu weisen, was in dessen Beurteilung fiel<sup>22</sup>. Eine Verhandlungsstruktur ergab sich für den letzteren immerhin von zwei Seiten: Im Zuge der Auseinandersetzung um das Antragsrecht des gewöhnlichen Landmanns wurden einengende Formerfordernisse auch hinsichtlich des Anzugsrechts der Ratsherren im Rat selbst erlassen. Eine erste, vom Georgenlandrat 1690 verabschiedete Vorschrift forderte, dass «so etwer anders [als der Landammann] mehrere Händel vor ein Gesessner Rath wollte vorbringen lassen, solle es dem H[errn] Landtamman od[er] H[errn] Statthalter an[ge]zeigt und vorleüffig im Rath abgeläsen» werden<sup>23</sup>. 1697 wurden die Landschreiber als Empfänger für die Anmeldung aller «Sachen, so für ein gesessner Landtrath gehören», genannt und die Pflicht zum Ablesen vor Verhandlungsbeginn derart begründet, «damit nicht, wie [bis] dahin öfftter beschechen, Sachen angezogen [werden], da der vollkommene gesessene Landtrath nicht mehr versamt und sich solcher allss eines gesessnen Landtraths Erkhanthnuss man hernach behelfen möge». Selbstkritisch wurde zugegeben, dies sei «zue theills gesuechten Vortheilen» etwa vorgekommen, was aber anderseits auch «zue verspirten Gefahrlichkeiten» geführt hätte<sup>24</sup>. Wenig später wurde die Vorschrift nochmals bestätigt und dahin ergänzt, dass die Eingaben schriftlich zu erfolgen hätten<sup>25</sup>.

<sup>17</sup> 23. 12., LRP 6 fol. 101a

<sup>18</sup> 23. 4., LRP 7 fol. 22a; da nur noch ein Viertel der damaligen Ratsherren unter den Lebenden weilt, trugen diese das umstrittene Geschäft dem gesamten Rat vor! alt LR 18. 5. 1736, LRP 7 fol. 26b

<sup>19</sup> NG 24. 5. 1750, LGP A fol. 134b; LR 1. 6. 1750, LRP 8 fol. 21a

<sup>20</sup> 4. 12., LRP 5 fol. 354b

<sup>21</sup> Lb 1690, fol. 107b

<sup>22</sup> s. S. 119 und auch S. 241

<sup>23</sup> LR 24. 4. 1690, LRP 4 fol. 16a

<sup>24</sup> LR 29. 12., LRP 4 fol. 241b

<sup>25</sup> 2-LR 23. 4. 1698, LRP 4 fol. 249a; LR 24. 4. 1702, LRP 5 fol. 7b; LR 22. 12. 1704, LRP 5 fol. 81a; LR 14. 7. 1705, LRP 5 fol. 92a; Lb 1623/1731, S. 196 N.; Lb 1782, V. S. 10.

Abgesehen von der Pflicht zur Voreingabe sämtlicher Anträge, die vordergründig mit Zuständigkeitsüberlegungen und besserer Information motiviert wurde, eigentlich aber eine Verstärkung der Kontrolle des Gebarens der Ratsherren darstellte<sup>26</sup>, war deren Anzugsfreiheit weiter beschränkt durch das Verbot, Verbindliche Artikel in Diskussion zu ziehen<sup>27</sup>.

Das Traktandenmuster der Landratssitzungen erfuhr entfernt eine gewisse Prägung durch regelmässige Umfragen und Bekanntgaben. Zur besseren Durchsetzung des Praktizierverbotes war gefordert, die Regelung an allen Fronfasten-Landräten im Anschluss an die Beratung der angesagten Traktanden<sup>28</sup> und später zur Mittagszeit<sup>29</sup> zu verlesen und Umfrage zu halten, wer allenfalls Kenntnis von Verstössen gegen die Ordnung erhalten habe. Ab dem dritten Jahrzehnt des 18. Jahrhunderts<sup>30</sup> wurde die Erforschung nicht mehr mit der vorherigen Intensität betrieben; erst 1744 hält das Protokoll wiederum eine ausdrückliche Umfrage fest<sup>31</sup>, ohne dass damit der Beginn einer neuen Regelmässigkeit verbunden wäre<sup>32</sup>.

Zum Verlesen des Praktizierartikels kam ab 1722 der gesamte Ratsherreneid hinzu, um die Abgeordneten «der schwären Pflicht der Verschwiegenheit zue erinneren»<sup>33</sup>. Nach dem Protokoll zu schliessen, erfolgte auch diese Mahnung weniger nach der gebotenen Regelmässigkeit — ebenfalls jeweils an Fronfasten — als vielmehr dann, wenn nach dem Empfinden der Oberen die Ratssachen wiederum allzu leichtfertig ausgeschwatzt wurden<sup>34</sup>.

Zunächst zur regelmässigen Abwicklung der anstehenden Prozesse und dann zur blossen Orientierung wurden in gleichen zeitlichen Abständen wie die Mahnungen die anstehenden Strafverfahren bekanntgegeben. Da gefordert war, dass solche Prozesse «under dess Landtamanss Regierung, under welcher solche auffgericht worden, ussgemacht werden», sollten sie «zuo Bewerkhstellung dessen durch die Landschr[eiber] vorgelegt und hierüber von M[einen] H[erren] disponiert werden»<sup>35</sup>. Als 1735/1736 der Bestimmung zum Durchbruch verholfen wurde, dass «keine buossfellige Sachen von M[einen] g[nä]d[igen] H[er]r[en] mehr bestraft, sonder[n] vor das Buossengricht gewüssen werden» sollen<sup>36</sup>, si-

<sup>26</sup> Widerstand, wie ihn die Landleute bei gleichartigen Zusatzregeln zum Antragsrecht entgegengestellt, ist innerhalb des Landrates nicht festzustellen; vgl. S. 175 ff.

<sup>27</sup> vgl. in bezug auf den Praktizierartikel Lb 1623/1731, S. 143 N.; Lb 1690, fol. 168a; Lb 1782, I. S. 5

<sup>28</sup> Lb 1623/1731, S. 143 N.; Lb 1690, fol. 167b; LR 14. 7. 1705, LRP 5 fol. 92a; LR 2. 3. 1711, LRP 5 fol. 252a

<sup>29</sup> LR 23. 4. 1774, LRP 10 fol. 26b; Lb 1782, I. S. 4, V. S. 10

<sup>30</sup> genauer: ab 1723, eine Rückbesinnung griff 1729/1730 Platz.

<sup>31</sup> LR 9. 3. 1744, LRP 7 fol. 200b

<sup>32</sup> denkbar ist, dass jeweils bloss die Protokollnotiz unterlassen wurde.

<sup>33</sup> Lb 1623/1731, S. 143 N. auf LR 23. 4. 1722, LRP 6 fol. 125a; LR 23. 4. 1774, LRP 10 fol. 26b

<sup>34</sup> vgl. LR 9. 3. 1744, LRP 7 fol. 200b; LR 18. 2. 1774, LRP 10 fol. 19a

<sup>35</sup> LR 24. 4. 1702, LRP 5 fol. 8b

<sup>36</sup> WR 10. 1. 1735, LRP 7 fol. 4a; LR 23. 4. 1736, LRP 7 fol. 22b, bestätigt bei der Artikelbereinigung durch den 3-LR am 24. 10. 1749, LGP A fol. 123a, und an der NG vom 8. 5. 1757, LGP A fol. 187a; LR 23. 4. 1767, LRP 9 fol. 108a

chernten sich die Räte einige Jahre später wenigstens die Information darüber, wer vor das Gericht zitiert worden war, mit der Begründung, sie müssten zu erkennen vermögen, «wan das Bussengericht solle zusamenträttēn»<sup>37</sup>.

## 2.2.4 INPFLICHTNAHME

Noch zu Beginn des 18. Jahrhunderts wurden die Ratsherren im Anschluss an die Nachgemeinde in Pflicht genommen, doch verlagerte sich das Zeremoniell schliesslich auf den Schwörtag<sup>38</sup>. Dies änderte nichts daran, dass sich die Ratsherren in ihrer Gesamtheit, eingeschlossen die Vorgesetzten Herren, nach der alljährlichen Wahl des regierenden Landammanns diesem eidlich verpflichteten, die in ihrem Eid festgehaltenen Forderungen zu erfüllen<sup>39</sup>. Abwesende Ratsherren kamen um das Schwören des Treueides nicht herum: Ihre Namen wurden von der Kanzlei notiert, damit sie «nachmahlen zur Verantwortung vorgestellt werden» konnten<sup>40</sup>. Die Inpflichtnahme erfolgte durch den regierenden Landammann persönlich, worauf die Ratsherren auch dann bestanden, wenn dieser am üblichen Schwörtermin landesabwesend war<sup>41</sup>. Traten während des Jahres Abgeordnete als Ersatz für Ausgeschiedene oder Verstorbene neu in den Rat ein, so sollten diese «von einem Rathsfreund aus der Ürty der hochen Rathsversammlung in pleno . . . mitlest einer kurzen, anständigen Red» vorgestellt, dann der Ratsherreneid vorgelesen und der Neuling durch den Landammann mit seinen Pflichten bekannt gemacht werden, worauf dieser endlich «dem reg[ieren]d[en] Landtaman den Eyd praestieren» musste<sup>42</sup>. Dem «vorgeschriftenen Reglement fleissig statt[zu]thun», wurde besonders auch jenem geboten, der nach zeitweiliger Suspension zum Rat wiederum zugelassen wurde<sup>43</sup>.

Der Eid<sup>44</sup>, der seiner Länge nach vorzulesen war<sup>45</sup>, forderte zunächst allgemein, die Ratsherren hätten «des Vatterlandt Lob, Nutz und Ehr zu betrachten,

<sup>37</sup> : R 26. 9. 1753, LRP 8 fol. 81b

<sup>38</sup> vgl. S. 212 f.

<sup>39</sup> Die Leistung des Eides erfolgte auch in den Jahren 1766 bis 1772, in welchen entgegen der Gewohnheit die regierenden Landammänner für ein zweites Amtsjahr ohne Unterbruch bestätigt wurden. Vgl. LR 5. 5. 1766, LRP 9 fol. 90b; LR 5. 5. 1768, LRP 9 fol. 134b; LR 30. 4. 1770, LRP 9 fol. 196b; LR 4. 5. 1772, LRP 9 fol. 280b

<sup>40</sup> LR 23. 4. 1727, LRP 6 fol. 254a

<sup>41</sup> 1760 erkürte die Landsgemeinde Franz Alois Achermann zum regierenden Landammann, der allerdings zur Zeit seines Amtsantritts noch in der Landvogtei Thurgau weilte. Dem Anerbieten, dass «demjenigen, so bis zu seiner Ruckkhunft als Regent ernambset [werde], zuhanden seiner den Eüdt solle praestieret werden», leisteten sie keine Folge und beschlossen Zuwarthen bis zur Rückkehr Achermanns. Nichtsdestotrotz wollten sie seinem Stellvertreter die übliche Schuldigkeit leisten; LR 19. 5. 1760, LRP 8 fol. 265a

<sup>42</sup> vgl. LR 23. 4. 1767, LRP 9 fol. 108b; LR 11. 7. 1768, LRP 9 fol. 143b; LR 18. 2. 1782, LRP 10 fol. 197a; LR 7. 9. 1782, LRP 10 fol. 208b; LR 8. 3. 1784, LRP 10 fol. 221a

<sup>43</sup> LR 23. 4. 1746, LRP 7 fol. 230b

<sup>44</sup> Lb 1623/1731, S. 41 N. (teilweise); Lb 1690, fol. 155b; Lb 1782, I. S. 8

<sup>45</sup> LR 27. 11. 1765, LRP 9 fol. 80b

ze fürderen unnd Schaden ze wenden». Dem Landammann hatten sie «in allen zimlichen Sachen gebührende Gehorsamme [zu] leisten»<sup>46</sup> und Fremden wie Einheimischen, Reichen wie Armen «zum Rechten fürdersammb ze syn»<sup>47</sup>. Stellten sie im täglichen Leben aufkommenden Streit fest, waren sie geheissen, «Fridt ze machen», und erkannten sie «Bussen unnd Fräffel, so in unserem Landt verschuldt wärdent», war ihnen befohlen, die Fehlbaren «dem Seckellmeister oder sonst einem geschwornen Amtsmann angäntz anzezeigen und zu verleiden»<sup>48</sup>.

Besondere Aufmerksamkeit wurde dem Gebot der Verschwiegenheit geschenkt. Wenn schon von den äusseren Bedingungen her sorgfältig darauf geachtet wurde, dass die Verhandlungen im Ratssaal unbelauscht blieben, so musste weiter dafür gesorgt werden, dass die Beteiligten — auch die Zugezogenen im Zweifachen und Dreifachen Landrat<sup>49</sup> — selbst nichts über die Verhandlungen in Umlauf setzten. «. . . was im Raht gehandlet unnd geredt würt», war folgerichtig «geheimbt ze behalten». Einem Missachter des Gebots drohte schwere Strafe, denn «welcher aber syner Ehren allso abholdt unnd uss dem Raht rethe, vill old wenig, derselbig soll danethin ein ehrloser Mann syn unnd syn Leben lang weder an Gricht noch an Raht gahn»<sup>50</sup>. Trotz der angedrohten Sanktion müssen immer wieder Informationen aus dem Rat hinausgesickert sein. «Zue Verhütung alles hierauf wachsend Eyffers und Übelss» einigten sich die Ratsherren etwa darauf, die «Verschwiegenheit aigentlich und besser zue beobachten nach Tenor und luth dess Articulss selbsten»<sup>51</sup>. Die anfänglich des 18. Jahrhunderts nur in besonders schwierigen Situationen erfolgte Mahnung<sup>52</sup> wich später einer regelmässigen Erinnerung an die Geheimhaltungspflicht<sup>53</sup>. Sie konnte allerdings auch nicht verhindern, dass vereinzelt Verhandlungsverlauf oder -ergebnis über den Ratskreis hinaus verbreitet wurde. Trotz verschiedentlicher Feststellung, dass allfällige Ver-

<sup>46</sup> Diese Aufforderung erscheint im Lb 1782 nicht mehr! Vgl. I. S. 8

<sup>47</sup> Nach einem Zusatz im Lb 1782 sollten sie dabei «durch nichts, weder durch Versprechen noch durch Gaaben noch durch keinerlej Sachen willen sich darvon aberwendig machen lassen . . .» I. S. 8

<sup>48</sup> Als «Geschworene» in diesem Sinn galten zusätzlich der Landammann, der Statthalter und der ältere Landschreiber. Lb 1623/1731, S. 7 N.; Lb 1782, IV. S. 1. — Am 6. 5. 1737, LRP 7 fol. 38 f.; wurde anlässlich der Vereidigung im Landrat geltend gemacht, dass «dadurch jedem Rathssfreündt manches Mahl die grösste Beschwerth im Gewissen erfolgte» und es sei «auch zu befürchten, das vile Sachen nit geleidet undt durch solche Nitleydung mancher im Gewissen sich leedieren thüe». Es wurde angeregt, mit einem Antrag an die Nachgemeinde zu gelangen in dem Sinne, «dass der Rathsschr. in kleinen Sach[en] des Eydtss enthöbt werden kente». Der Vorschlag wurde allgemein als «höchst billigch» angesehen, und die Landleute genehmigten an der nächstjährigen Nachgemeinde die Einschränkung; NG 11. 5. 1738, LGP A fol. 4a; Lb 1623/1731, S. 42 N.; Lb 1782, I. S. 8

<sup>49</sup> 3-LR 15. 3. 1728, LRP 6 fol. 290a

<sup>50</sup> Lb 1623/1731, S. 41; Lb 1690, fol. 155b; Lb 1782, I. S. 8

<sup>51</sup> LR 4. 10. 1693, LRP 4 fol. 136b

<sup>52</sup> Beispiel: LR 2. 3. 1713, LRP 5 fol. 310a (Änderung der Grundordnung!)

<sup>53</sup> LR 23. 4. 1722, LRP 6 fol. 125a

letzungen des Geheimhaltungsgebotes als «schwer» beurteilt würden<sup>54</sup> und trotz den steten Umfragen unterblieben namentlich ausgesprochene Rügen fast gänzlich<sup>55</sup>.

Die Pflicht zur Verschwiegenheit galt nicht in bezug auf Verhandlungsgegenstände, die naturgemäß bei offener Ratsstubentür zu beraten waren. Das hatte für die in den Kompetenzbereich von Rät' und Landleuten fallenden Geschäfte Gel tung, mit Ausnahme der Verhandlungen vor Malefizgericht<sup>56</sup>, und ab 1765 insbesondere für die «königlichen französischen» Angelegenheiten<sup>57</sup>. Relativiert war die Schweigepflicht der Ratsherren gegenüber Kollegen, die an der Teilnahme verhindert waren: Was «schwäre Processen, Thrüwungen und andere nambhaffte Sachen und Rathschläg betreffen möchte», sollte «keinem abwesenden Raths freündt, welcher dem Verklagten unter dem vierten Grad verwandt währe», ge offenbart werden, anderen Ratskollegen aber «ussert gesagter Verwandtschafft mögents wohl offenbahren, disse aber ess keinem anderen, die verwandt oder nit dess Rahts seind, gar nit aussreden, bey ihrem Eydt»<sup>58</sup>.

Schliesslich konnte ein Ausreden aus dem Rat durchaus im Interesse der Obrigkeit liegen. So wollte 1740 ein Beschluss dem Nachbarn Obwalden zwar nicht offiziell mitgeteilt werden, aber man liess zu, dass «discursweyss wohl möge ausgeredt werden, man wolle den an das Orth Unterwalldten nechsthin kom mendten Walliser Pundtschwuhr in hier hallten»<sup>59</sup>.

Die Pflicht der Ratsherren umfasste daneben weiter den Besuch der Ratssitzungen gemäß gültiger Ordnung<sup>60</sup> und der Gemeinden<sup>61</sup> sowie das Verbot, um Ämter zu praktizieren<sup>62</sup>. Endlich mussten die Ratsherren auch zusichern, dass sie bei Wahlen von Landammann, Landvögten und Gesandten «nit mehr dan einen allein anrathen und in die Wahl setzen»<sup>63</sup>.

## 2.2.5 WILLENSBILDUNG

Die Willensbildung innerhalb der Räte unterschied sich wenig von jener an Landsgemeinden und Nachgemeinden. Die Anträge wurden den Ratsherren vorgelesen; bei schwierigen Materien erfolgte die Lesung und Beratung ab

<sup>54</sup> LR 19. 12. 1740, LRP 7 fol. 124b; LR 23. 4. 1773, LRP 9 fol. 310b

<sup>55</sup> Ausnahme: LR 14. 5. 1725, LRP 6 fol. 197b (ausgesprochen gegen Niklaus von Büren; das Verhör endete mit einem Freispruch)

<sup>56</sup> LR 1. 7. 1771, LRP 9 fol. 247a; LR 5. 7. 1771, LRP 9 fol. 249a; LR 9. 7. 1771, LRP 9 fol. 251a; LR 18. 2. 1774, LRP 10 fol. 19a; Lb 1782, III. S. 3

<sup>57</sup> NG 12. 5. 1765, LGP A fol. 258a

<sup>58</sup> Lb 1623/1731, S. 41 N.; Lb 1782, I. S. 8

<sup>59</sup> LR 19. 12., LRP 7 fol. 124b

<sup>60</sup> s. S. 235

<sup>61</sup> s. S. 78 ff.

<sup>62</sup> s. S. 146 f.

<sup>63</sup> Lb 1623/1731, S. 41 N. auf NG 1695 und 1703; Lb 1690, fol. 3b N. auf NG 1695 und 1700; Lb 1782, I. S. 8

satzweise<sup>64</sup>. Galt es Regelungen zu schaffen oder zu ändern, die nicht leichthin zu verfassen waren, oder Einzelentscheide von grösserer Tragweite zu treffen, leisteten Ausschüsse für die Beratung erleichternde Vorarbeiten<sup>65</sup>; das häufige Zurückgreifen auf ihre Hilfe provozierte schliesslich den Versuch, deren Zahl zu begrenzen<sup>66</sup>.

Nach normaler Übung wurden vom regierenden Landammann zunächst die Vorgesetzten Herren ihrem Range nach und dann die Ratsherren um ihre Meinung gebeten. «Zu Abkürzung dess Rahtss» beschloss der Landrat 1740, «dass in das Künftige um alle Sachen ohne einigen Ausnamb alein die Herren Landtamman, Statthallter undt der Pannerherr von dem regierenden Herren Landtamman oder Rahtss-Praesidenten sollen angefragt undt weitherss in particulari niemandt die Frag solle bestellt werden.» Nach der Konsultation dieser Herren sollte dann gleich die allgemeine Umfrage folgen, damit «danne ein jeder Rathssverwandte[r] nach Guothachten annoch seine Gedankhen eröffnen kan»<sup>67</sup>. An diesem Vorgehen hielt der Landrat auch 1743 fest<sup>68</sup>. Bloss noch, «wan man . . . nothwendige Bericht von selbigen erforderen wurde», durften sich ab 1701 die Landschreiber und der Landweibel äussern, die zuvor offenbar ein ausgedehntes, wenn nicht gar das volle Mitbestimmungsrecht besassen<sup>69</sup>. Zur Erteilung von Auskünften konnten auch Drittpersonen in den Ratssaal eingelassen werden, wenn dies dem Willen der Gnädigen Herren entsprach<sup>70</sup>.

Zur Verfechtung privater Interessen oder zur persönlichen Verteidigung durften sich Rechtssuchende beziehungsweise Angeklagte einen Beistand erbitten, den zu bewilligen in der Gewalt des Landammanns oder des Statthalters stand<sup>71</sup>. Diese Fürsprache wurde von den Vorgesetzten Herren wie den Urte-Abgeordneten gleichsam übernommen<sup>72</sup>, doch waren vorab die nächsten Verwandten zur Übernahme der Vertretung aufgefordert<sup>73</sup>, während landesfremde Vorsprecher ab 1696 unter Berufung auf den «Artikel im Rechtbuoch» nicht mehr in den Ratssaal eingelassen wurden<sup>74</sup>. Die Beeinflussung der Meinungsbildung zugunsten einer Partei wurde endlich 1787 vier offiziellen Prokuratoren

<sup>64</sup> 2-LR 23. 4. 1713, LRP 5 fol. 321a; LR 23. 4. 1729, LRP 6 fol. 328b f.

<sup>65</sup> Beispiele: LR 16. 3. 1690, LRP 4 fol. 13b; LR 23. 4. 1703, LRP 5 fol. 37a; LR 22. 12. 1704, LRP 5 fol. 81b; WR 10. 5. 1723, LRP 6 fol. 147b; LR 23. 4. 1729, LRP 6 fol. 328b f.; LR 24. 4. 1780, LRP 10 fol. 145b

<sup>66</sup> LR 13. 12. 1756, LRP 8 fol. 187a; LR 23. 4. 1757, LRP 8 fol. 192a

<sup>67</sup> 30. 4., LRP 7 fol. 106a f.

<sup>68</sup> LR 6. 5., LRP 7 fol. 184a

<sup>69</sup> Lb 1623/1731, S. 39, und Lb 1690, fol. 152b, beide N. auf NG 16. 5. 1701, LRP 4 fol. 332a

<sup>70</sup> Schluss aus: LR 28. 9. 1713, LRP 5 fol. 349a; LR 7. 7. 1740, LRP 7 fol. 113b

<sup>71</sup> Lb 1690, fol. 37a. — Zur Parteivertretung vor Gericht s. S. 348

<sup>72</sup> vgl. LR 14. 5. 1725, LRP 6 fol. 197b; LR 23. 4. 1737, LRP 7 fol. 35a

<sup>73</sup> Lb 1782, V. S. 28

<sup>74</sup> LR 26. 3., LRP 4 fol. 202b; Lb 1623/1731, S. 146 N.; Lb 1690, fol. 58b N.

übertragen<sup>75</sup>, die den Beisitz im Rat, jedoch ohne Stimmrecht, erhielten<sup>76</sup>. So wie sie auf die letzten Plätze im Saale gesetzt wurden, waren sie auch in den Verhandlungen die letzten, die mit ihren Anträgen und Begründungen zu Worte kamen<sup>77</sup>. Noch unter dem Regime personell nicht eingeschränkter Vertretung trat die Vorschrift in Kraft, dass die Parteienvertreter in jedem Fall die Ratsstube zu verlassen hätten, wenn zur Abstimmung geschritten wurde<sup>78</sup>.

Besondere Vorschriften galten bei Händeln. Der Streit durfte nur in Beratung gezogen werden, wenn beide Parteien zugegen oder mindestens vertreten waren; ein Eintreten war aber auch dann zulässig, wenn die abwesende Gegenpartei formgerecht zitiert worden war<sup>79</sup>. Immerhin konnte die eine Partei für ihre Aussagen den vorübergehenden Austritt der andern verlangen<sup>80</sup>.

Selbstverständlich kamen wichtige Angelegenheiten stets erst nach reiflicher Beratung und klugem Waltenlassen der Gedanken zur Entscheidung — wenigstens wurden in die Protokolle dermassen lautende Versicherungen immer wieder aufgenommen<sup>81</sup>.

## 2.2.6 ENTScheidung

### 2.2.6.1 Allgemein

Das Formulieren und Stellen der Abstimmungsfrage — das «Scheiden» — beziehungsweise das in die Wahl-Setzen eines Kandidaten gehörte zu den Präsidialaufgaben des regierenden Landammanns<sup>82</sup>. Zur Stimmabgabe, die offen mit dem Erheben der Hand durchgeführt wurde, waren die Ratsherren nicht verpflichtet<sup>83</sup>. Das Mehr wurde vom Landweibel beurteilt<sup>84</sup>, bei seiner Abwesenheit vom Landammann selbst<sup>85</sup> und später von einem der amtlichen Prokuratoren<sup>86</sup>.

<sup>75</sup> Allerdings blieb jedermann «bewilligt, mit und neben selbigen prokurieren zu dürfen». Lb 1782, V. S. 28 N.

<sup>76</sup> LG 29. 4., LGP B fol. 190a

<sup>77</sup> LR 19. 12. 1791, LRP 10 fol. 393b

<sup>78</sup> NG 12. 5. 1737, LRP 7 fol. 39a

<sup>79</sup> Dies von der andern Partei selbst und zwar bei Fällen aus den tessinischen Vogteien wenigstens acht Tage vor der eigenen Abreise; Lb 1623/1731, S. 37 N. auf LR 26. 4. 1696, LRP 4 fol. 209a, S. 146; Lb 1690, fol. 108a; Lb 1782, I. S. 10, V. S. 14

<sup>80</sup> Lb 1623/1731, S. 147 N. auf 3-LR 24. 10. 1749, LGP A fol. 126a; Lb 1782, V. S. 15

<sup>81</sup> Beispiele: LR 23. 4. 1708, LRP 5 fol. 158b; LR 16. 9. 1709, LRP 5 fol. 210a; 2-LR 23. 4. 1713, LRP 5 fol. 321a; LR 12. 3. 1753, LRP 8 fol. 67a

<sup>82</sup> Schluss aus: Lb 1623/1731, S. 37 N. auf LR 26. 4. 1696, LRP 4 fol. 209a; Lb 1782, I. S. 10; LR 23. 4. 1768, LRP 9 fol. 133b

<sup>83</sup> ausgenommen in Streitfällen aus den Untertanenländern und in Malefizsachen; 2-LR 24. 9. 1780, LGP B fol. 134a

<sup>84</sup> «Solle der Landweibel im Rath an seinem Orth still sitzen, wann er aber mit Ughh Oberen zu reden hat und das Mehr gibt, wohl Achtung auf das Mehr geben und so wenig als es seyn muss, aus der Rathstuben hinausgehen.» Lb 1782, I. S. 21; vgl. auch Lb 1623/1731, S. 40 N.; Lb 1690, fol. b154b

<sup>85</sup> Lb 1623/1731, S. 37; Lb 1690, fol. 153a

<sup>86</sup> Lb 1782, V. S. 28 N.

### 2.2.6.2 Besonderheiten für Rät' und Landleute als Malefizgericht

Traten Rät' und Landleute als Malefizgericht zusammen, so galt ein in der Tradition verwurzeltes und in den Landbüchern umschriebenes, spezielles Verfahrensrecht, welches auch die Bedeutsamkeit des «Landtages» augenfällig hervorhob. Im Verlaufe des 18. Jahrhunderts erfuhr das malefizgerichtliche Verfahren mehrfache Veränderungen und Vereinfachungen<sup>87</sup>, ohne dass allerdings von den tragenden, überlieferten Prinzipien abgewichen wurde.

Als erstes galt, dass der Beschluss, die Straftaten eines dingfest gemachten Täters vom Malefizgericht beurteilen zu lassen, drei Tage vor dem Zusammentritt von Rät' und Landleuten dem Malefikanten anzuseigen war<sup>88</sup>. Waren Rät' und Landleute versammelt, wurden nach «libliche[m] Bruch» Richter und Ankläger bezeichnet und diesen beiden je ein Beistand sowie ein Vorsprech für den Übeltäter bestellt<sup>89</sup>. Das Amt des Richters gehörte unbestritten in die Hand des Landammanns, dem zum Zeichen seiner Gewalt «das gewohnte richterliche Schwert an die Seite gestellt» wurde. Bei seiner Abwesenheit wurde die Stelle des Landammanns vom Statthalter beziehungsweise den alt Landammännern dem Alter nach vertreten<sup>90</sup>. Der Richter berichtete jetzt vorab über die Gründe, die zur Einberufung dieses Landtages geführt hatten und stellte darnach die Frage, ob die Tageszeit soweit fortgeschritten sei, dass mit dem Blutgericht begonnen werden könne. War die Frage bejaht, so wurde «dem Richter gebotten, d[a]ss Recht zue vollföhren und bey dem Gricht zue sitzen, biss er mit Urthel widerum entlassen wird.» Begehrte der Richter nach einem Beistand, so wurde ihm ein solcher gewährt, der — wollte er sich gegen die Funktion zur Wehr setzen — zur Übernahme verpflichtet werden konnte<sup>91</sup>. Nachdem dem Säckelmeister nicht mehr kraft Ordnung das Klägeramt zufiel, erhielt er in der Regel die Assistenz des Hauptrichters zugeteilt<sup>92</sup>. Die Bezeichnung eines Assistenten und die förmliche Entlassung des Hauptrichters nach vollendetem Prozess wurden anlässlich der Reform im Jahre 1747 weggelassen<sup>93</sup>.

Das Amt des Klägers — ursprünglich vom Säckelmeister kraft seines Amtes wahrgenommen<sup>94</sup> — alternierte zwischen dem Weibel von Buochs und jenem von Wolfenschiessen; welcher im konkreten Fall die Klage zu führen hatte, be-

<sup>87</sup> Die weittragendsten Reformen fanden 1747 und 1768 statt; R&L 6. 9. 1747, LGP A fol. 91a ff. (als Folge des Landsgemeinde-Beschlusses vom 28. 8. 1747, LRP 7 fol. 259a); LR 14. 5. 1768, LRP 9 fol. 137b f.

<sup>88</sup> vgl. LR 23. 12. 1720, LRP 6 fol. 101a; auch LR 26. 6. 1771, LRP 9 fol. 245b

<sup>89</sup> R&L 11. 5. 1702, LRP 5 fol. 14a; 13. 5. 1702, LRP 5 fol. 15a; 14. 10. 1704, LRP 5 fol. 78b; 2-LR 12. 3. 1714, LRP 5 fol. 364b

<sup>90</sup> Neue Malefizordnung, Lb 1623/1731, S. 216; Lb 1782, III. S. 2

<sup>91</sup> Lb 1623/1731, S. 132 N.

<sup>92</sup> Lb 1623/1731, S. 119 N. auf LR 23. 4. 1691; vgl. aber R&L 11. 5. 1702, LRP 5 fol. 14a, wo der Säckelmeister zum Beistand des Klägers bestimmt wurde.

<sup>93</sup> R&L 31. 8. 1747, LGP A fol. 91b; Lb 1623/1731, S. 216 N.

<sup>94</sup> Lb 1690, fol. 87b

stimmten Rät' und Landleute. Später bezeichnete der Landrat bereits bei der Einberufung des Landtages den Kläger, wobei die beiden Ortsweibel von dieser sichtlich unangenehmen Beschwerde befreit blieben<sup>95</sup>. Ab 1768 wurde auf den Kläger überhaupt verzichtet<sup>96</sup>.

Für die Verteidigung hatte der Delinquent die Auswahl unter den nicht mit einer speziellen Funktion versehenen «Herren», doch durfte er dazu ausdrücklich nicht seine Examinatoren bestimmen<sup>97</sup>.

Waren die Ämter vergeben, wurde aus dem Kreis der Landleute eine nicht bekannte Zahl von «Gaumern»<sup>98</sup> bezeichnet, die dem Landweibel behilflich sein mussten, den Beklagten in die Ratsstube zu begleiten<sup>99</sup>. Die spätere Ordnung präzisierte, dieser sei in Handschellen vorzuführen und habe in der Mitte der Ratsstube niederzuknien<sup>100</sup>. War der Missetäter vorgeführt, wurden ihm seine Verfehlungen vorgehalten und der «Process» vorgelesen<sup>101</sup>. Schliesslich wurde er gefragt, ob er das Vorgetragene bekenne<sup>102</sup>. Bis 1768 blieb der Täter auch während den Ausführungen des Anklägers, der «Entschuldigung» des Vorsprechers und der Fürbitte eines Geistlichen anwesend<sup>103</sup>. Darnach wurde auf die Anklage verzichtet, und man begnügte sich mit der Bekanntgabe eines kurzen Auszuges aus dem Prozess; noch vor der Verteidigung wurde jetzt der Angeklagte in den Kerker zurückgebracht<sup>104</sup>, was übrigens bereits im Jahre 1695 angeregt worden war<sup>105</sup>. Ab 1741 ausdrücklich gestattet war das Durchführen eines eigentlichen «Defensivprozesses»<sup>106</sup>. Wie dem Kläger war es auch dem Vorsprecher gestattet, sich von einer Anzahl Herren in seinen Verrichtungen beraten zu lassen, doch sollten nach der Ordnung von 1747 diesbezügliche Zusammentritte und Beratungen nicht mehr am Tage des Malefizgerichtes selbst, sondern zuvor geschehen<sup>107</sup>. Die gleiche Revision vermittelte dem Beichtvater des Angeklagten das Recht, im Anschluss an die Verteidigung ein bittendes Wort zugunsten des Angeklagten vorzu-

<sup>95</sup> R&L 31. 8. 1747, LGP A fol. 91b; Lb 1623/1731, S. 132 N.

<sup>96</sup> LR 14. 5., LRP 9 fol. 137b; vgl. auch Lb 1782, III. S. 2 f.

<sup>97</sup> LR 4. 6. 1736, LRP 7 fol. 29a; 3-LR 24. 10. 1749, LGP A fol. 123b; LR 27.11. 1765, LRP 9 fol. 83b; Lb 1623/1731, S. 146 N.; Lb 1782, III. S. 1

<sup>98</sup> Wächtern

<sup>99</sup> Lb 1623/1731, S. 132 N.

<sup>100</sup> R&L 31. 8. 1747, LGP A fol. 91b; Lb 1623/1731, S. 216 N.; Lb 1782, III. S. 2

<sup>101</sup> Das Feststellen des Tatbestandes wurde vom Wochenrat oder vom Landrat veranlasst und von einem Examinatoren in gütlicher oder peinlicher Art durchgeführt; vgl. WR 17. 7. 1747, WRP 29 fol. 57a; WR 24. 7. 1747, WRP 29 fol. 57b

<sup>102</sup> «. . . ob er dessen allessen noch anred und bekhardtlich oder nit?» Lb 1623/1731, S. 131 N., S. 216 N.; Lb 1782, III. S. 2

<sup>103</sup> Lb 1623/1731, S. 132 f., S. 216 N.

<sup>104</sup> LR 14. 5. 1768, LRP 9 fol. 137b f.

<sup>105</sup> 3-LR 23. 4., LRP 4 fol. 183a

<sup>106</sup> LR 23. 4. 1741, LRP 7 fol. 129a; 3-LR 24. 10. 1749, LGP A fol. 124a; Lb 1782, III. S. 1

<sup>107</sup> R&L 31. 8. 1747, LGP A fol. 91b; Lb 1623/1731, S. 216 N.



16 Eingang zum Verliess im Rathaufturm.

tragen<sup>108</sup>; 1771 wurde dieses Erbitten von Gnade auch den Eltern, Kindern und Freunden des Malifikanten gestattet<sup>109</sup>.

Nachdem der Angeklagte weggeführt worden war, erfolgte zunächst eine Kontrolle der versammelten Landleute; unbefugt Anwesende wurden aus dem Saal entfernt<sup>110</sup>. Jetzt wurden die Saaltüren verriegelt, und der Richter begann mit dem Einholen der Urteile, wobei das Wort zuerst dem Kläger<sup>111</sup>, dann dem Vorsprecher des Angeklagten und schliesslich den Landammännern und Vorgesetzten Herren dem Range nach zustand<sup>112</sup>. 1769 wurde die Regelung getroffen, es werde vorerst entschieden, ob der Delinquent mit dem Tode bestraft werden soll oder am Leben bleiben könne, erst hernach auf welche Art er hingerichtet beziehungsweise anders bestraft werden soll<sup>113</sup>. Nach gefällter Sentenz — zur Stimmabgabe waren die Ratsherren und später auch die anwesenden Landleute verpflichtet<sup>114</sup> — musste der Landweibel dem «armen Sünder» das Urteil anzeigen und, war das Todesurteil ausgesprochen worden, das Läuten der schwersten Glocke der Stanser Pfarrkirche veranlassen<sup>115</sup>. Die Ordnung im Landbuch von 1782 liess den Landweibel bei seinem Gang zum Malifikanten von zwei Kapuzinern begleiten. Sie hob auch ausdrücklich hervor, dass, bevor sich das Malefizgericht auseinanderbegebe, der Hauptrichter alle anwesenden Richter daran erinnern soll, dass «keiner von jhnen der Execution beywohne aus genugsamen begründten Ursachen»<sup>116</sup>. Der ursprünglichen gleich im Anschluss an das Verfahren erfolgte Vollzug<sup>117</sup> wurde später um drei Tage verzögert, während welcher Zeit der Delinquent im «gewohnten Zubereitungszimmer an einer Fussschallen angeschlossen aufzuhalten und vor der Thür eine beständige Wacht zur Sicherheit gestellt» wurde<sup>118</sup>. Die Urteilsanzeige mit Glockengeläute und dem Verlesen eines Auszuges aus dem Prozess sowie die Instruktion des Nachrichters erfolgten jetzt ebenfalls um diese drei Tage später<sup>119</sup>.

<sup>108</sup> R&L 31. 8. 1747, LGP A fol. 92a; Lb 1623/1731, S. 216 N.

<sup>109</sup> LR 26. 6., LRP 9 fol. 245b; Lb 1782, III. 2 f

<sup>110</sup> Lb 1623/1731, S. 133, S. 216 f.; Lb 1782, III. S. 3

<sup>111</sup> bzw. dessen Fürsprech; Lb 1623/1731, S. 133

<sup>112</sup> Lb 1623/1731, S. 133 N., S. 217 N. — Ohne Angabe der Reihenfolge in der Umfrage: Lb 1782, III. S. 3

<sup>113</sup> R&L 4. 1., LGP A fol. 304a; Lb 1782, III. S. 3

<sup>114</sup> Noch ohne Stimmzwang: LR 28. 8. 1747, LRP 7 fol. 259a; 3-LR 24. 10. 1749, LGP A fol. 125b f.  
— Mit Stimmzwang: Lb 1782, III. S. 3

<sup>115</sup> Lb 1623/1731, S. 217 N.

<sup>116</sup> Am Tage der Vollstreckung des Urteils war deswegen allen Vorgesetzten Herren und den Elfern geboten, in Stans zu erscheinen und hier zu verweilen, bis die Exekution auf dem weit ausserhalb des Dorfes gelegenen Richtplatz Fronhofen als vollendet gemeldet wurde; III. S. 3 f.

<sup>117</sup> «. . . der arme Sünder solle auch durch den Landweibel auf der untersten Rathausstagen dem Nachrichter übergeben werden mit Anzeigung, was zu thun oder zu lassen [sei].» Lb 1623/1731, S. 217 N.

<sup>118</sup> Lb 1782, III. S. 3

<sup>119</sup> Lb 1782, III. S. 3

## 2.2.7 AUSSTAND

Um die Verfechtung rein persönlicher Interessen einzugrenzen, galten seit 1652 Ausstandsregeln<sup>120</sup>, die ab diesem Zeitpunkt immer wieder erweitert und verfeinert wurden. Waren die Kriterien erfüllt, die einen Vorgesetzten oder Rats-herrn in den Ausstand zwangen, hatte sich dieser für die Beratung und die Abstimmung aus dem Ratssaal zu begeben<sup>121</sup>. Verliess er den Ratssaal nicht freiwillig, wurde er vom Landweibel an die Ausstandspflicht gemahnt und ihm nötigenfalls das Verlassen des Saales befohlen<sup>122</sup>. Bis zu ihrer Wiederzulassung nahmen die Befangenen in dem eigens eingerichteten «Abstandsstäbli» Platz<sup>123</sup>. Für die einzelnen Ausstandsgründe wurde auf den Schwurtext der Elfer verwiesen<sup>124</sup>. Demzufolge hatte allgemein auszutreten, «welcher teil und gemeindt an der Sach hat»<sup>125</sup>, wobei das Landbuch von 1782 zusätzlich die Vermutung eines Interessenkonflikts auf die Frau und die Kinder eines Ratsgliedes erweiterte<sup>126</sup>. Befangenheit wurde auch dann als naheliegend erachtet, wenn Blutsverwandte unter dem vierten Grad an einem Traktandum beteiligt waren, so dass ohne weiteres Abstand genommen werden musste. Dasselbe galt bei Verschwägerung und in Bezug auf Schwiegereltern und sogenannte «Mitväter»<sup>127</sup>. Wer in strittigen Angelegenheiten als Zeuge<sup>128</sup>, Richter<sup>129</sup> oder Beistand<sup>130</sup> fungiert hatte, war im Rat ebenfalls nicht erwünscht. Klärend fügte das Landbuch von 1782 in betreff der Vertretung von Beckenried und Emmetten<sup>131</sup> hinzu, dass — sollte eine dieser Ür-

<sup>120</sup> Lb 1623/1731, S. 42 N. auf NG 1652; der Protokolleintrag übermittelt allerdings die Einschränkung nicht! NG 12. 5. 1652, LRP 3 fol. 35a

<sup>121</sup> vgl. LR 20. 6. 1746, LRP 7 fol. 236a

<sup>122</sup> 14. 12., WRP 32 fol. 134a

<sup>123</sup> Durrer, Kunstdenkmäler, S. 864

<sup>124</sup> Lb 1623/1731, S. 148 N.

<sup>125</sup> Lb 1623/1731, S. 42 N. auf NG 1652; Lb 1690, fol. 156a; Lb 1782, V. S. 15

<sup>126</sup> V. S. 15

<sup>127</sup> «Item die recht Schwägeren sind, da einer dess anderen Schwester hete oder gehabt hete, . . . Weiters luth Landsgemeindt den 7.t. Mertzen 1677 umb der gebührenden Respecten willen die Gegenschwächer oder Mitt-Vätter, auch luth Üebung, der Schwächer und Dochterman einanderen ausstehn sollen.» Lb 1623/1731, S. 42 N.; Lb 1690, fol. 156a; Lb 1782, V. S. 15

<sup>128</sup> relativiert für den Einzelfall vom LR 1. 9. 1692, LRP 4 fol. 66b: «Diejenige HH, so etwan möchten Khuntschafft geben haben, solle nit abstahn, sonder dem Rath bywohnen, doch khein Votu zuo der Uhrtell prestieren.»

<sup>129</sup> Wie in einem Einzelfall entschieden wurde, mussten die Richter dann nicht in den Ausstand, wenn sie in der Sache «hauptsechlich niemahl geurtheillt» hatten; LR 30. 5. 1695, LRP 4 fol. 190a. Trat der Fall ein, dass sie tatsächlich den Saal zu verlassen hatten, durften deren Verwandte weiterhin beisitzen, wenn «es allein das gantze Gricht und nit die Herren Richter membratin oder in particularj» anging; LR 12. 3. 1753, LRP 8 fol. 67a

<sup>130</sup> Abstand wurde nach dem Vorbild der Regelung für die Prokuratoren in «italienischen Händtlen» (vgl. 3-LR 21. 5. 1731, LRP 6 fol. 328a; Lb 1623/1731, S. 146 N.) auch von den Ratsherren gefordert, die ein Fürsprache-Mandat zugunsten von Landleuten erfüllten; LR 23. 4. 1737, LRP 7 fol. 35a; NG 12. 5. 1737, LRP 7 fol. 39a

<sup>131</sup> Für die Bestellung des Landrates galten die beiden Orte als eine einzige Ürte! Vgl. Lb 1623/1731, S. 147; Lb 1690, fol. 109a

ten in eine Auseinandersetzung mit Dritten verwickelt und ein Entscheid vor dem Landrat nötig werden — die in der andern Urte wohnhaften Ratsherren nicht abzutreten hätten<sup>132</sup>.

Nach Interpretationen rief immer wieder das Kriterium der Betroffenheit; die offenen Fragen entschied der Landrat und in einem Fall gar die Landsgemeinde. So wurde dem gewählten Gesandten der Zutritt zu den seinen Ritt betreffenden Instruktionsverhandlungen gewährt<sup>133</sup>; drei Vorgesetzte, die sich in einer strittigen Sache an der Nachgemeinde<sup>134</sup> der übrigen Obrigkeit entgegengesetzt hatten, wurden zur nachfolgenden Aussprache in den Ratssaal eingelassen<sup>135</sup>; zwar in den Ausstand geschickt wurden die von einem Missetäter Geschädigten, deren Verwandten aber die Präsenz erlaubt<sup>136</sup>. Vorübergehend weggeschickt wurde, wer persönlich Forderungen gegen einen Schuldner besass<sup>137</sup>.

Zog sich die Behandlung eines Geschäfts über mehrere Sitzungen hin, hatten Betroffene selbstverständlich immer wieder abzutreten<sup>138</sup>. Von der Abstandspflicht war selbst der Landammann nicht ausgenommen<sup>139</sup>.

In bezug auf die Beziehungen zu Frankreich und zu Spanien gelangten unterschiedliche Regelungen zur Anwendung. Die Herren, die nach 1764 ausnahmsweise noch im Rat geduldet wurden, sollten, «wann in Kinfftige frantzösische Gescheffte auff dem Rathaus vorkommen thuon, . . . nichts darzureden, niemahl besitzen, sondern als Partheyische den Abstand nemmen»<sup>140</sup>. «Wann Gegenstände, die das ganze spanische Regiment betreffen, zu decidieren vorwalteten, soll über alle und jede Frage kein Abstand gehalten werden, aussert es treffe eine einzelne Personn für sich allein an, welches kein Einfluss auf das ganze Corps old mehrere Glider desselben haben, in welchem lesten Fahl der Abstand observiert werden solle», entschied hingegen der Landrat im Jahre 1794<sup>141</sup>.

Wenn Anliegen einer kirchlichen Bruderschaft zur Sprache kamen, mussten nicht auch die Vorsteher aller andern Bruderschaften den Saal verlassen, sondern allein der Präsident der betroffenen<sup>142</sup>.

<sup>132</sup> V. S. 15

<sup>133</sup> R&L 23. 4. 1700, LRP 4 fol. 294b

<sup>134</sup> Es handelte sich um den Antrag, den Nachrichtersohn Ulrich Feiss in den Beisässenstand aufzunehmen; 14. 5. 1724, LRP 6 fol. 169a f.

<sup>135</sup> «. . . ist aber erkhent worden, dass obgesagte dry Herren nicht gethan alss wass billich undt recht gewesen, solle also obigen Herren dise Sach niemahl braeidicierlich noch vorheblich sein, hiermit also dise Herren von MgHh. widerumb in die Rathstuben zuo treten befechchet worden.» LRP 7. 6. 1724, LRP 6 fol. 173b

<sup>136</sup> LR 31. 5. 1747, LRP 7 fol. 256b

<sup>137</sup> LR 17. 3. 1738, LRP 7 fol. 48b

<sup>138</sup> Beispiel: LR 17. 3. 1738, LRP 7 fol. 48b

<sup>139</sup> 2-LR 8. 3. 1753, LGP A fol. 154b

<sup>140</sup> LG 5. 2. 1764, LGP A fol. 227b

<sup>141</sup> 28. 7., LRP 10 fol. 430b

<sup>142</sup> LR 15. 12. 1794, LRP 10 fol. 439b

## 2.2.8 BEGRENZUNG DER VERHANDLUNGSDAUER

Eine fixe Zeit, wann die Verhandlungen der Räte spätestens abzubrechen waren, wird nirgends genannt. Angenommen werden darf, dass analog der Regelung, die für die Nachgemeinde galt, die Diskussionen kaum über 17 Uhr hinaus geführt wurden<sup>143</sup>. Ein eigentlicher Abbruch ist nur von einer einzigen Sitzung bekannt, die «jn Bedänken, ess schon würkhlich 6 Uhren geschlagen undt M[eine] g[nädigen] H[erren] gantz müed», Geschäfte auf den nächsten Landrat verschob<sup>144</sup>.

## 2.3 *Befugnisse*

### 2.3.1 LANDRAT

#### 2.3.1.1 *Allgemein*

Beim Versuch, die Befugnisse der einzelnen Räte zu umreissen, erzwingt sich vorab die Feststellung, dass sich — ähnlich wie bei den Gemeinden — abschliessende Definitionen der Zuständigkeiten eines einzelnen Rates und deren Verhältnisse zueinander nicht bewerkstelligen lassen. Dies schliesst aber nicht aus, dass bestimmte obrigkeitliche Tätigkeiten kraft Herkommen oder kraft gesetzlicher Regelungen ausdrücklich in die Zuständigkeit eines bestimmten Rates fielen und sich somit Abgrenzungen gegenüber konkurrierenden Gewalten ergaben. Neben diesem Kreis umschriebener Befugnisse fand sich jener, der weit weniger deutlich konturiert war und um dessen Wahrnehmung zwischen den einzelnen Räten — vorwiegend zwischen Wochenrat, Landrat und Rät' und Landleuten — Streitigkeiten zu entstehen vermochten. Um wenigstens bereits gefallene Entscheidungen vor der unbefugten Modifikation durch einen andern Rat zu schützen, fanden schliesslich Verhaltensmassregeln Beachtung, die als Maxime enthielten: je weitreichender ein Geschäft, umso grösser das zuständige Gremium. Da die Beurteilung der Schwere eines Geschäftes dem Landammann zukam<sup>1</sup>, blieb manche Kompetenzzuweisung seinem Gutdünken überlassen, wobei ein Rat auch von sich aus eine einzelne Beschlussfassung an eine grössere Gewalt übertragen konnte<sup>2</sup>.

<sup>143</sup> Die bäuerliche Erwerbsstruktur dürfte für einen zeitigen Abbruch gesorgt haben!

<sup>144</sup> LR 17. 8. 1740, LRP 7 fol. 177a

<sup>1</sup> s. S. 119

<sup>2</sup> Blumer, 2. Teil, 1. Bd., S. 166; vgl. LR an R&L am 5. 8. 1715, LRP 5 fol. 418a: «... weylen man diser Handel von allzue weither Usssichtigkeit und Träffheit ansichtet, allss solle von heüth über 8 T[age] Rath undt Landtleüth gehalten ... werden.»

Verglichen sich die Räte in ihrer Entscheidungspotenz untereinander, so empfand sich der Landrat als durchaus «grösser» und wichtiger als der Wochenrat, dem damit ein Eingreifen in die Gewalt des Landrates untersagt blieb<sup>3</sup>. Dies schloss Übergriffe allerdings nicht aus, was — auch auf eine Rüge hin — vom Landrat im Einzelfall toleriert wurde<sup>4</sup>. Weniger eindeutig gestaltete sich das Verhältnis zwischen Landrat und Rät' und Landleuten. In Einzelfällen gestand der Landrat ein, dass eine Stellungnahme, «weil [sie] von Räth und Landtleüth gemacht, nit wohl abzuoenderen sye»<sup>5</sup>, verlangte aber umgekehrt die selbe Zurückhaltung und forderte, «wass ein gesessner Landrath verordnen wird, das sollen Räth und Landtleüth, die einfältig zuosammen verkündt werden, zuo hindertrieben oder abzuoenderen nit gewalltig» sein. Trotz der gelegentlichen Zuweisung von Geschäften von «weither Usssichtigkeit und Träffheit» an Rät' und Landleute durch den Landrat<sup>6</sup> mit der Begründung, eine «grosse Gewalt»<sup>7</sup> damit zu befassen, mochte sich der Landrat nicht als «minder» zu betrachten; ihn hinderte selbst nichts daran, Aufgaben, die zum selbstverständlichen Kompetenzbereich von Rät' und Landleuten zählten, zu erledigen, wenn sich keine Landleute zur Sitzung eingefunden hatten<sup>8</sup>.

An das Prinzip der Nichteinmischung hielt sich der Landrat gegenüber dem Wochenrat sehr gewissenhaft, modifizierte er doch dessen Beschlüsse höchst selten<sup>9</sup>. Die Tatsache, dass sich der Landrat zu einem wesentlichen Teil aus Wochenratsmitgliedern zusammensetzte, mag mitbegründend für die Zurückhaltung gewesen sein. Ein Handeln gegen die Vorgesetzten, die auch im Landrat den grössten Einfluss für sich beanspruchten<sup>10</sup>, war schwerlich denkbar. Die führenden Kräfte versuchten vielmehr, die Ürte-Abgesandten so an die Obrigkeit zu binden, dass sie sich im Zweifelsfalle nicht als Ürte- oder Volksvertreter, sondern als Angehörige der «Gnädigen Herren» verstanden<sup>11</sup>. Die Verfahrensvorschrift, die besagte, dass nur, was vorgängig angekündigt worden war, als vom Landrat, das Übrige aber als vom Wochenrat behandelt galt, diente insofern weniger als Riegel gegen Kompetenzansprüche des Wochenrates als mehr zur Orientierung der Ratsherren, wie lange sie auszuhalten verpflichtet waren<sup>12</sup>.

<sup>3</sup> LR 23. 4. 1682, LRP 3 fol. 386b; R&L 27. 10. 1700, LRP 4 fol. 316a; LR 30. 9. 1745, LRP 7 fol. 224b; LR 5. 5. 1749, LRP 7 fol. 280a; LR 23. 4. 1755, LRP 8 fol. 128b; Blumer, 2. Teil, 1. Bd., S. 185

<sup>4</sup> LR 9. 11. 1751, LRP 8 fol. 48b f.

<sup>5</sup> LR 9. 1. 1690, LRP 4 fol. 8a

<sup>6</sup> 6. 3. 1702, LRP 5 fol. 4a; LR 5. 8. 1715, LRP 5 fol. 418a (Zitat)

<sup>7</sup> 6. 3. 1702, LRP 5 fol. 4a

<sup>8</sup> LR 26. 6. 1715, LRP 5 fol. 413b

<sup>9</sup> LR 23. 4. 1706, LRP 5 fol. 109b; LR 22. 1. 1763, LRP 8 fol. 351b

<sup>10</sup> und z.B. in der Beratung dominierten; s. S. 247

<sup>11</sup> vgl. dazu die eigentlichen Verschwörungen mit dem Zweck, bestimmte Anträge zu bekämpfen, und den Treueid, S. 188 und S. 244 ff.

<sup>12</sup> s. S. 235 Fn. 228

In strenger Zurückhaltung übte sich der Landrat gegenüber den Gerichten. Auf die Behandlung von bürgerlichen Streitigkeiten liess er sich nicht ein<sup>13</sup>, ausgenommen in Fällen, in welchen «beyde Partheyen ihren Handel in Güetigkeit demselben auszuesprechen» übergeben hatten<sup>14</sup>. Auch wenn ein Prozessbeteiligter nach ergangenem Urteil vermeinte, «nüwe Rechtsambe zue haben», war es ihm ausdrücklich verboten, diese dem Rate zu unterbreiten; er hatte sich an das Gericht zu wenden, welches das Urteil ausgefällt hatte<sup>15</sup>. Ebenso war es dem Landrat<sup>16</sup> untersagt, vom Geschworenen Gericht ausgefällte Bussen zu vermindern oder aufzuheben; dem Steller eines entsprechenden Antrages drohte gar eine Busse in der Höhe von 50 Gulden<sup>17</sup>. Auch in die Zuständigkeit der übrigen Gerichte wird sich der Landrat nicht leichthin eingemischt haben; eine mögliche Konsequenz einer allfälligen Desavouierung stellte 1771 das Stanser Siebnergericht dem Landrat in Aussicht, indem es die Hoffnung ausdrückte, in seinen Entscheiden «geschützet zu werden, ansonsten niemand mehr in das Sübengericht werde zu bringen seyn, . . .» Das Argument dürfte für die Bestätigung des Urteils mitentscheidend gewesen sein<sup>18</sup>.

Dem Landrat verblieben Geschäfte genug — Arbeit musste er sich mit Kompetenzüberschreitungen wahrlich nicht beschaffen! Die Fülle der Geschäfte drängte zum Überdenken der Ratsarbeit. Abkürzung der Sitzungsdauer wurde 1740 von einer Verringerung der jeweils notwendig aufzurufenden Redner erhofft<sup>19</sup>, und schliesslich wurden mit gleichem Grund auch Aufgaben vorübergehend oder dauernd an andere Instanzen übertragen<sup>20</sup>.

### 2.3.1.2 Organisationskompetenz

In bezug auf die Organisation und das Verfahren konnte der Landrat sowohl für sich selbst wie auch für andere Behörden Regeln erlassen oder Einzelentscheidungen fällen. Soweit die von einer grösseren Gewalt erlassenen und im Landbuch eingetragenen Bestimmungen nicht ausreichten, um ein Funktionieren des Landrates zu gewährleisten, half er selbst nach, indem er sich zum Beispiel über den Beginn der Sitzungen aussprach<sup>21</sup> und die Verfahrensordnung ergänzte, beispielsweise dem Weibel das Halten der Umfrage und das Scheiden bei Absenz al-

<sup>13</sup> Lb 1623/1731, S. 55 N. (fälschlicherweise!) auf NG 6. 5. 1668, tatsächlicher Beschluss: LG 29. 4. 1668, LRP 3 fol. 197a f.; Lb 1690, fol. 40a; LR 6. 5. 1743, LRP 7 fol. 184b

<sup>14</sup> Lb 1623/1731, S. 146 N. auf 2-LR 26. 4. 1696, LRP 4 fol. 109a

<sup>15</sup> Lb 1623/1731, S. 55 N. auf NG 8. 5. 1689, LRP 4 fol. 3a, und S. 82 N.; Lb 1690, fol. 40a N. auf NG 1689. — Abweisender Entscheid im Einzelfall: LR 8. 3. 1717, LRP 6 fol. 8b

<sup>16</sup> aber auch dem Wochenrat!

<sup>17</sup> Lb 1623/1731, S. 82 N.; Lb 1690, fol. 40a N. auf NG 31. 5. 1693, LRP 4 fol. 102a; Lb 1782, IV. S. 7

<sup>18</sup> LR 29. 7. 1771, LRP 9 fol. 253a

<sup>19</sup> LR 30. 4., LRP 7 fol. 106a f.

<sup>20</sup> s. S. 258 f. und S. 272

<sup>21</sup> Belege S. 233 Fn. 214

ler Landammänner, des Statthalters und eines Landschreibers zuwies<sup>22</sup> oder das vorgängige Ablesen der Traktanden einführte<sup>23</sup>. Es war auch der Landrat selbst, der zur Verkürzung der Ratsdauer den Kreis der in der Umfrage automatisch Konsultierten einschränkte<sup>24</sup>, oder anordnete, die Kanzlei solle an allen ordentlichen Landratssitzungen die Liste jener verlesen, die vor das Bussengericht zitiert worden seien<sup>25</sup>.

In der Terminierung eigener Sitzungen, ordentlicher oder ausserordentlicher, ist ein weiterer Teil der Organisationsarbeit des Rates zu erblicken, die er jedoch nicht ausschliesslich beanspruchte<sup>26</sup>.

Innerhalb von Sitzungen nahm der Landrat Geschäftsverschiebungen vor, um einzelne Vorlagen in der Zwischenzeit von einem Ausschuss vorberaten oder um sich vertiefende Berichte verschaffen zu lassen<sup>27</sup>, aus Zeitnot<sup>28</sup>, wegen ungenügender Präsenz im Rat<sup>29</sup> oder ohne Grundangabe<sup>30</sup>.

Auch über den eigenen Bestand verfügte der Landrat, indem er die Ratsherren massregelte<sup>31</sup> und vor allem auf der Einhaltung der Kleiderordnung beharrte<sup>32</sup>.

Was in den Aufgabenkreis des Landrates gehörte, konnte dieser definitiv zur Behandlung an eine andere Instanz weisen, wovon er sowohl für Einzelentscheid wie auch den Erlass abstrakter Normen regen Gebrauch machte. Als Empfänger trat häufig der Wochenrat auf<sup>33</sup>, doch setzte der Landrat oft auch für den

<sup>22</sup> 6. 3. 1702, LRP 5 fol. 2a

<sup>23</sup> Belege S. 242 f.

<sup>24</sup> Belege S. 247

<sup>25</sup> LR 26. 9. 1753, LRP 8 fol. 81b

<sup>26</sup> s. S. 214 und S. 301 f.

<sup>27</sup> Beispiele: LR 9. 1. 1690, LRP 4 fol. 9b; LR 22. 12. 1710, LRP 5 fol. 248b; LR 23. 4. 1763, LRP 9 fol. 4a; LR 23. 4. 1768, LRP 9 fol. 133b; LR 17. 6. 1771, LRP 9 fol. 242a; LR 11. 4. 1774, LRP 10 fol. 23b; LR 24. 4. 1780, LRP 10 fol. 145b; LR 14. 2. 1785, LRP 10 fol. 241b

<sup>28</sup> LR 17. 8. 1740, LRP 7 fol. 117a; LR 16. 9. 1748, LRP 7 fol. 275b; LR 16. 12. 1748, LRP 7 fol. 277a; LR 3. 3. 1749, LRP 7 fol. 278b; LR 11. 3. 1754, LRP 8 fol. 94a; LR 4. 5. 1757, LRP 8 fol. 195b

<sup>29</sup> LR 23. 4. 1708, LRP 5 fol. 156a; R&L (eher: LR) 10. 3. 1721, LRP 6 fol. 108a

<sup>30</sup> LR 23. 4. 1691, LRP 4 fol. 32b; LR 28. 4. 1707, LRP 5 fol. 135a; LR 3. 9. 1714, LRP 5 fol. 395b; LR 10. 12. 1725, LRP 6 fol. 215a; LR 22. 3. 1734, LRP 6 fol. 441a; LR 23. 4. 1742, LRP 7 fol. 169b; LR 25. 2. 1751, LRP 8 fol. 29b; LR 18. 5. 1762, LRP 8 fol. 319b; LR 1. 6. 1771, LRP 9 fol. 240b; LR 23. 4. 1779, LRP 10 fol. 130b f.

<sup>31</sup> was bis zum Ausschluss führen konnte! vgl. S. 226 f. und S. 284

<sup>32</sup> LR 19. 9. 1707, LRP 5 fol. 145b

<sup>33</sup> Landrat an Wochenrat: 22. 12. 1704, LRP 5 fol. 81a; 22. 12. 1710, LRP 5 fol. 249b; 2. 3. 1711, LRP 5 fol. 251a; 26. 6. 1713, LRP 5 fol. 336b, fol. 337a; 11. 3. 1715, LRP 5 fol. 404a; 26. 6. 1715, LRP 5 fol. 414b; 30. 8. 1728, LRP 6 fol. 311b; 20. 3. 1741, LRP 7 fol. 125b; 12. 1. 1750, LRP 8 fol. 12a; 11. 9. 1769, LRP 9 fol. 179b; 6. 10. 1779, LRP 10 fol. 138b; 6. 3. 1780, LRP 10 fol. 143b; 14. 5. 1781, LRP 10 fol. 176a, fol. 177a; 24. 7. 1783, LRP 10 fol. 217a; 18. 2. 1788, LRP 10 fol. 309b. — Wochenrat kraft Landrat: 11. 7. 1746, LRP 7 fol. 232a; 15. 5. 1747, LRP 7 fol. 252a

speziellen Fall geformte Kommissionen ein<sup>34</sup> oder beauftragte mit der Erledigung einen einzelnen Vorgesetzten Herrn, mit Vorliebe den regierenden Landammann<sup>35</sup>, den Säckelmeister<sup>36</sup> oder den Zeugherrn<sup>37</sup>, aber auch die eigentlichen Landesbeamten<sup>38</sup> und andere<sup>39</sup>. Der Landrat verlegte auch an sich ihm zustehende Geschäfte endgültig in den Kompetenzkreis anderer Behörden<sup>40</sup>. Neben diesen Zuweisungen an einen kleineren Kreis oder an einzelne wurden solche an einen grösseren nicht selten unternommen, so an Rät' und Landleute<sup>41</sup>, an die Nachgemeinde<sup>42</sup> oder an die Landsgemeinde<sup>43</sup>. Als Kuriosum erscheint der Beschluss des Landrates vom 23. April 1736, der die Erledigung einer heiklen und vor langer Zeit bereits einmal behandelten Angelegenheit dadurch anstrebte, dass er «diejenige Rathsherren, so anno 1717 des Raths gewesen», zusammenrief und ihnen die Entscheidung überbinden wollte<sup>44</sup>; tatsächlich begaben sich die aufgebotenen Herren im Mai darauf zusammen; mit der Feststellung, dass sie bloss noch «der vierte Theill vom Landrath undt übrige schon mit [dem] Todt ab[ge]gangen» seien, wiesen sie das Mandat wieder an den ordentlichen Landrat zurück<sup>45</sup>.

Die Organisationsgewalt nahm der Landrat nicht nur für sich in Anspruch, sondern er erstreckte sie auch auf andere Behörden. So erliess er Entscheidungen

<sup>34</sup> «[Der Landrat] . . . bestimt Commissionen zu mehrerer Untersuchung und Berathschlagung wichtiger Geschäfte, . . .» Lb 1782, V. S. 9. — Beispiele: 27. 4. 1689, LRP 4 fol. 2a; 4. 9. 1690, LRP 4 fol. 25a; 22. 12. 1704, LRP 5 fol. 81b; 20. 4. 1713, LRP 5 fol. 319a; 23. 7. 1714, LRP 5 fol. 390a; 8. 5. 1730, LRP 6 fol. 366b; 23. 4. 1763, LRP 9 fol. 4a; 23. 4. 1768, LRP 9 fol. 133b; 11. 4. 1774, LRP 10 fol. 23b; 14. 2. 1785, LRP 10 fol. 241b. — Die Bestrebungen zur Eindämmung der Anzahl der Kommissionen s. S. 218 Fn. 72

<sup>35</sup> Beispiele: LR 29. 5. 1705, LRP 5 fol. 85a; 23. 4. 1731, LRP 6 fol. 376b; 23. 4. 1757, LRP 8 fol. 192a; 9. 11. 1764, LRP 9 fol. 45b; 6. 5. 1776, LRP 10 fol. 74b

<sup>36</sup> LR 6. 3. 1702, LRP 5 fol. 3a, fol. 3b; 6. 5. 1737, LRP 7 fol. 38a; 3. 3. 1749, LRP 7 fol. 278a; 11. 4. 1774, LRP 10 fol. 23a

<sup>37</sup> LR 28. 9. 1701, LRP 4 fol. 340b; 23. 4. 1735, LRP 7 fol. 7a; 14. 6. 1745, LRP 7 fol. 223a; 5. 5. 1751, LRP 8 fol. 37a; 13. 5. 1771, LRP 9 fol. 237a. — Andere: Statthalter: 23. 4. 1706, LRP 5 fol. 108b; Obervogt: 11. 3. 1715, LRP 5 fol. 405b; 9. 5. 1718, LRP 6 fol. 48b; 1. 7. 1729, LRP 6 fol. 339a; 30. 4. 1740, LRP 7 fol. 106a; Landesfähnrich: 24. 9. 1706, LRP 5 fol. 125b; 9. 5. 1795, LRP 10 fol. 440a; Pannerherr: 6. 5. 1737, LRP 7 fol. 38a

<sup>38</sup> Landschreiber, Landweibel und Landläufer; Beispiele: LR 5. 5. 1704, LRP 5 fol. 68a; LR 29. 4. 1705, LRP 5 fol. 85b; LR 28. 9. 1713, LRP 5 fol. 349a; LR 10. 5. 1717, LRP 6 fol. 19b; LR 29. 4. 1729, LRP 6 fol. 333b; LR 11. 3. 1743, LRP 7 fol. 180b; LR 15. 7. 1748, LRP 7 fol. 273a; LR 25. 1. 1755, LRP 8 fol. 124b; LR 9. 5. 1772, LRP 9 fol. 282a; LR 23. 4. 1773, LRP 9 fol. 309b; LR 4. 9. 1780, LRP 10 fol. 163a

<sup>39</sup> Ürte- bzw. Dorfvogt: LR 23. 4. 1706, LRP 5 fol. 110b; LR 2. 3. 1722, LRP 6 fol. 122a

<sup>40</sup> LR 6. 5. 1743, LRP 7 fol. 184a f.

<sup>41</sup> LR 6. 3. 1702, LRP 5 fol. 4a; LR 5. 8. 1715, LRP 5 fol. 418a

<sup>42</sup> LR 27. 4. 1689, LRP 4 fol. 1b, fol. 2b; LR 24. 4. 1690, LRP 4 fol. 16a; LR 22. 12. 1710, LRP 5 fol. 249b

<sup>43</sup> LR 23. 4. 1782, LRP 10 fol. 199a

<sup>44</sup> LRP 7 fol. 22a

<sup>45</sup> alter LR 18. 5. 1736, LRP 7 fol. 26b

über Organisation und Verfahren an der Landsgemeinde<sup>46</sup> und an der Nachgemeinde<sup>47</sup>, ordnete die Organisation des Malefiztages<sup>48</sup>, erliess verfahrensrechtliche Anordnungen in bezug auf das Bussengericht<sup>49</sup> und setzte die Geltung der Ausstandsregeln für einen Ausschuss ausser Kraft<sup>50</sup>. In gleichem Masse fixierte der Landrat Termine für ausserordentliche Landsgemeinden<sup>51</sup>, bestimmte allenfalls ein neues Datum für die Nachgemeinde<sup>52</sup>, setzte Rät' und Landleute an, verschob Wochenratssitzungen und terminierte Kommissionen<sup>53</sup>. Auch Gerichtstermine wurden vom Landrat festgesetzt<sup>54</sup>, so vor allem jene des Geschworenen Gerichts und des Siebnergerichts<sup>55</sup>, des Bussengerichts<sup>56</sup>, des Landtages<sup>57</sup> und des Malefiz-Landrates<sup>58</sup>. Auch an von ihm bestimmte Gerichtsausschüsse übertrug er Streitigkeiten zur Beurteilung<sup>59</sup>. Dazu sorgte der Landrat für Geschäfte vor allem des Wochenrates, indem er persönliche Zitationen aussprach<sup>60</sup> und insbesondere der Sitzung ferngebliebene Ratsherren zu ihrer Rechtfertigung aufbot<sup>61</sup>.

Wenn zweifelhaft war, in wessen Macht die Beurteilung eines Geschäftes gehörte, so schaffte er diesbezüglich auf Antrag Klarheit<sup>62</sup>.

<sup>46</sup> Beispiele: LR 24. 4. 1690, LRP 4 fol. 16b; LR 23. 4. 1691, LRP 4 fol. 32b; LR 23. 4. 1692, LRP 4 fol. 53b; LR 21. 4. 1704, LRP 5 fol. 63b; LR 23. 4. 1717, LRP 6 fol. 16a; LR 23. 4. 1718, LRP 6 fol. 43a; LR 24. 4. 1719, LRP 6 fol. 71a; LR 23. 4. 1740, LRP 7 fol. 104b; LR 23. 4. 1749, LRP 7 fol. 279b; LR 30. 1. 1764, LRP 9 fol. 22a; LR 23. 4. 1782, LRP 10 fol. 198b

<sup>47</sup> LR 8. 5. 1730, LRP 6 fol. 367a; LR 7. 5. 1742, LRP 7 fol. 173a; LR 18. 4. 1753, LRP 8 fol. 70b; LR 23. 4. 1777, LRP 10 fol. 82a. — Belegstellen sind seltener, da die Landsgemeinderegeln analog auch für die Nachgemeinde galten.

<sup>48</sup> Lb 1623/1731, S. 216 N.

<sup>49</sup> 24. 4. 1702, LRP 5 fol. 8b

<sup>50</sup> LR 11. 3. 1715, LRP 5 fol. 405b

<sup>51</sup> allerdings nicht allein. Vgl. S. 65 f.

<sup>52</sup> vgl. S. 69 f.

<sup>53</sup> Belege S. 214 ff.

<sup>54</sup> jedoch nicht ausschliesslich. S. S. 302

<sup>55</sup> LR 9. 1. 1690, LRP 4 fol. 8b; LR 3. 2. 1691, LRP 4 fol. 28a (überlässt die Festlegung des genauen Termins dem Landammann!); LR 30. 9. 1693, LRP 4 fol. 133a; LR 6. 4. 1701, LRP 4 fol. 325b; LR 18. 1. 1706, LRP 5 fol. 100a; LR 5. 3. 1708, LRP 5 fol. 150b; LR 8. 3. 1717, LRP 6 fol. 8b; LR 13. 3. 1719, LRP 6 fol. 70b; LR 29. 1. 1748, LRP 7 fol. 263b; LR 8. 10. 1764, LRP 9 fol. 39a; LR 20. 11. 1769, LRP 9 fol. 183b; LR 4. 12. 1775, LRP 10 fol. 64b; LR 12. 12. 1787, LRP 10 fol. 301a

<sup>56</sup> LR 23. 4. 1703, LRP 5 fol. 36b; LR 23. 4. 1710, LRP 5 fol. 231b; LR 14. 4. 1717, LRP 6 fol. 11b; LR 22. 3. 1729, LRP 6 fol. 324a; LR 1. 4. 1743, LRP 7 fol. 181a; LR 15. 4. 1751, LRP 8 fol. 34a; LR 17. 10. 1768, LRP 9 fol. 152a; LR 20. 3. 1786, LRP 10 fol. 260a

<sup>57</sup> LR 23. 12. 1720, LRP 6 fol. 101a; LR 28. 8. 1747, LRP 7 fol. 259a; LR 28. 1. 1751, LRP 8 fol. 25a; LR 21. 8. 1755, LRP 8 fol. 143a; LR 3. 2. 1756, LRP 8 fol. 155a; LR 6. 2. 1756, LRP 8 fol. 155b; LR 5. 7. 1771, LRP 9 fol. 249a; LR 23. 7. 1772, LRP 9 fol. 291a; Lb 1623/1731, S. 216 N.

<sup>58</sup> LR 14. 5. 1768, LRP 9 fol. 137b

<sup>59</sup> LR 24. 4. 1690, LRP 4 fol. 17b; LR 26. 6. 1713, LRP 5 fol. 336a

<sup>60</sup> LR 27. 4. 1689, LRP 4 fol. 1b; LR 26. 6. 1715, LRP 5 fol. 414b

<sup>61</sup> vgl. S. 235

<sup>62</sup> LR 4. 9. 1690, LRP 4 fol. 23a; LR 18. 1. 1706, LRP 5 fol. 100a; LR 20. 12. 1706, LRP 5 fol. 126b; LR 15. 9. 1710, LRP 5 fol. 246a; LR 16. 7. 1714, LRP 5 fol. 388b f.; LR 23. 7. 1714, LRP 5 fol. 389b f.; LR 26. 6. 1715, LRP 5 fol. 413b; LR 8. 10. 1781, LRP 10 fol. 185a

### 2.3.1.3 Wahlen

Auch der Landrat verfügte über ein Wahlrecht, das jedoch bloss die Besetzung einiger minderer Beamtenstellen betraf. Daneben wählte er jedoch zuweilen auch Amtsträger, die normalerweise vom Volk bestimmt wurden, oder er traf ad interim-Wahlen. Schliesslich griff der Landrat auch gelegentlich in das Wahlrecht der Ürten ein und nahm Demissionen von höheren Beamten entgegen.

Unter Beobachtung eines Umgangs unter den Ürten<sup>63</sup> und auf die Dauer von zwei Jahren wählte der Landrat einen Arme-Leute-Vogt<sup>64</sup>. Zu den Aufgaben des auch als «Siechenvogt» bezeichneten Beamten zählte die Verwaltung des Siechenhauses bei Fronhofen zwischen Stans und Stansstad<sup>65</sup> und die Führung der mit dem Siechenhaus zusammenhängenden Arme-Leute-Rechnung<sup>66</sup>. Für die Ablage dieser sogenannten «Sondersiechenrechnung» erhielten der alte und der neue Vogt je eine Entschädigung von 30 Schilling; der gleiche Betrag war auch dem ebenfalls anwesenden Landammann, dem Obervogt und einem Vertreter der Amtsleute zugesprochen<sup>67</sup>. Dem Arme-Leute-Vogt war überbunden, die Patenstelle für Kinder armer, fremder Frauen, die sich bei der Geburt im Land aufgehalten hatten, zu übernehmen<sup>68</sup>.

Ebenso ernannte der Landrat die obrigkeitlichen Waldvögte für die Staatsforste Brunniswald, Brennwald und Hinterberg<sup>69</sup>. Gemäss ihrem Eid sollten die

<sup>63</sup> vgl. LR 6. 7. 1739, LRP 7 fol. 86a; zur «Störung des Umgangs»: LR 3. 9. 1781, LRP 10 fol. 179a

<sup>64</sup> «[Der Landrat] . . . ernammset den Armen-Leüthen . . . Vögt, . . .» Lb 1782, V. S. 9. — Wahlbeispiele: LR 5. 9. 1712, LRP 5 fol. 298a; LR 23. 12. 1720, LRP 6 fol. 100b (auf zwei Jahre); LR 6. 7. 1739, LRP 7 fol. 86a; LR 20. 4. 1754, LRP 8 fol. 109b (Ersatz für Verstorbenen aus der gleichen Ürte); LR 6. 3. 1765, LRP 9 fol. 56a; LR 15. 11. 1773, LRP 10 fol. 16b; LR 29. 11. 1784, LRP 10 fol. 239a. Gelegentliche Wahlen durch den Wochenrat: 22. 1. 1727, WRP 25 fol. 355b; 1. 7. 1737, WRP 27 fol. 43a; 24. 7. 1747, WRP 29 fol. 58a

<sup>65</sup> vgl. Leuchtmann, S. 37 f.. — Im 18. Jahrhundert hatte die Siechenanstalt infolge Rückgangs epidemischer Krankheiten nicht mehr die selbe Bedeutung wie in den zwei Jahrhunderten zuvor.

<sup>66</sup> von Deschwanden Konstantin, Versuch einer Geschichte des Sanitätswesens in Nidwalden, in: BGN Heft 8, Stans 1891, S. 13. von Deschwanden weist die Wahl des Siechenvogts den Kirchgenossen zu. Da sich der Arme-Leute-Vogt für die Ausübung seiner Tätigkeit offenbar oft in Stans aufzuhalten musste, empfahl der Wochenrat am 24. 7. 1747 dem turnusgemäss gewählten Hergiswiler Leonz Blättler, er möge «die Sach dem Herrn Obervogt (weilen er gar zu weith entlegen) übergeben»; WRP 29 fol. 58a

<sup>67</sup> Lb 1623/1731, S. 119, und Lb 1690, fol. 111a, beide N. auf LR 15. 3. 1694, LRP 4 fol. 148a; Lb 1782, II. S. 34

<sup>68</sup> jedoch nicht dem Stanser; die Pflicht kam hier dem Spittler zu. Vgl. Achermann Hansjakob, Der Stanser Spittel, in: Der Stanser Spittel, hg. anlässlich des Spittel-Bazars 1977, (Stans 1977), S. 10. — Lb 1623/1731, S. 17 N. auf LR 29. 5. 1709, LRP 5 fol. 198b; Lb 1782, IV. S. 19. — Das Amt der Patin hatte die Hebamme zu versehen.

<sup>69</sup> «[Der Landrat] . . . ernammset die oberkeitliche Waldt-Vögt, . . .» Lb 1782, V. S. 9. Die Forste liegen in den Gemeinden Wolfenschiessen, Emmetten und Ennetmoos. — 1768 wurde die Waldvogtei Brennwald mit dem Zollamt Emmetten vereinigt; LR 6. 6., LRP 9 fol. 139a. Vgl. auch die Waldvogt- und Zollerwahl durch den LR am 30. 6. 1788, LRP 10 fol. 317a. — Die Waldvogtei Hinterberg wurde 1775 mit dem Zoller- und Sustamt Stansstad zusammengelegt; LR 13. 3. 1775, LRP 10 fol. 46a. Vgl. Wahl durch den LR vom 18. 2. 1782, LRP 10 fol. 196b, und Auftragserteilung durch den LR vom 14. 5. 1787, LRP 10 fol. 293a

Waldvögte ein «treüw und fleissiges Uffsechen haben», dass «weder sye selbst noch jemand ander[es], frembd noch heimbsche, weder thires Holtz zue samblen noch grüenes niderzuehauwen sich underfange». Hingegen durften sie auf Ge- such hin Bedürftigen für den persönlichen Hausgebrauch das Sammeln von dür- rem Holz erlauben. Um ihre Kontrollaufgabe zu erfüllen, waren sie geheissen, «jährlich zue verschidenen Mahlen den Walldt durchzugehn und zue undersue- chen» und — falls sie Störungen der Ordnung feststellten — die Fehlbaren zu ver- zeigen<sup>70</sup>. Für den Aufwand gebührte den auf eine Amts dauer von sechs Jahren ge- wählten Beamten ein Jahrlohn von drei bis 6½ Gulden<sup>71</sup>. — Über einen obrigkeitlichen Waldvogt «in der Kälen», dem das Landbuch von 1782 ebenfalls einen Jahrlohn von 2½ Gulden versprach, ist dort Detailliertes nicht zu finden<sup>72</sup>.

Vom Landrat bestimmt wurden auch die Einzüger des «Vorrats-Salzgeldes»<sup>73</sup> und des «Angstergeldes»<sup>74</sup>. Zusammen mit weiteren Einzügern obrigkeitlicher Auflagegelder mussten sie schwören, dass «sie mit allen Treüwen die verordnete Aufläg- und Angstergeldter, wie selbe Nammen haben mögen und jhnen einzu- ziehen befohlen sind, einziehen, darüber eine specificierte Rechnung führen und solche sammt denen eingezogenen Geldteren zu bestimmter Zeit und Orth ab- statten wollen»<sup>75</sup>.

Der Salzgeldeinzüger, dessen Amts dauer sechs Jahre betrug und dessen Beam- tung «umgangsweys in denen 6 Pfarreyen vergeben werden» sollte<sup>76</sup>, musste für den Bezug der zugunsten des Salzvor rates auf die Ehrenämter, Vogteistellen, Ge- sandtschaften und Compagnien gelegten Auflagen sorgen. Er erhielt dafür einen «Einzieher-Lohn» von 33½ Gulden sowie eine Entschädigung bei der Abrech- nung von 1½ Gulden. Da die Salzgeldrechnung grössere Umsätze erreichte, hatte der Einzüger allerdings eine Bürgschaft von 3 000 Pfund zu leisten<sup>77</sup>.

Die Einzüger des Angstergeldes versahen ihr Amt neben den Proviantschätz- zern<sup>78</sup> und den Zollern<sup>79</sup>. Sie bezogen das Angstergeld, das heisst, pro eingeführ- tes Mass Wein einen Angster und vom Wirt für den Ausschank vier Angster,

<sup>70</sup> Lb 1623/1731, S. 97 N.; Lb 1782, I. S. 28 f., vgl. auch IV. S. 32

<sup>71</sup> Lb 1623/1731, S. 97 N.; Lb 1782, II. S. 28; bereits 1765 wurden dem Brennwaldvogt «wegen seiner grossen Müeh» 30 Pfund Jahrlohn zugesprochen; LR 10. 2. 1765, LRP 9 fol. 69a. — Wahlbeispiele: LR 27. 4. 1701, LRP 4 fol. 330a; LR 16. 6. 1710, LRP 5 fol. 237b; LR 23. 4. 1715, LRP 5 fol. 406a; LR 10. 6. 1743, LRP 7 fol. 187a; LR 18. 2. 1774, LRP 10 fol. 18a; LR 3. 9. 1781, LRP 10 fol. 179a; LR 5. 5. 1794, LRP 10 fol. 426a. — Wahlen durch den Wochenrat (Beispiele): WR 26. 5. 1717, WRP 24 fol. 393a; WR 5. 5. 1777, WRP 34 fol. 153b

<sup>72</sup> Die «Kälen» gehört zur Gemeinde Stans. — Wahlen: LR 10. 5. 1773, LRP 10 fol. 5b (Sohn des Vor- gängers Sebastian Fischer); LR 14. 5. 1792, LRP 10 fol. 401b (Xaver Fischer)

<sup>73</sup> Die früheste Wahl durch den Landrat fand allerdings erst 1764 statt; 26. 4., LRP 9 fol. 28b

<sup>74</sup> Lb 1782, V. S. 9

<sup>75</sup> Lb 1782, I. S. 27

<sup>76</sup> LR 10. 12. 1781, LRP 10 fol. 194b; Lb 1782, I. S. 27 (Zitat)

<sup>77</sup> Lb 1782, II. S. 26 f.

<sup>78</sup> Lb 1623/1731, S. 49 N.; Lb 1782, I. S. 45

<sup>79</sup> Lb 1782, II. S. 7

nämlich zwei zugunsten des Landsäckels und zwei zugunsten des Salzvorrates. Ein Umgeld in der Höhe von zwei Angstern war auch auf das Mass Most gelegt<sup>80</sup>. Geld, das sie zu kassieren hatten, floss auch vom Kornhandel her: «Von jedem in das Landt kommen[de] Mütt Kernen» war der «Kernen-Batzen» zu erlegen<sup>81</sup>. Die Entschädigung der Einzüger richtete sich nach dem Umsatz: pro einkassierten Gulden erhielten sie drei Schillinge und bei der Rechnungsablage einen Gulden und fünf Schillinge fest<sup>82</sup>.

Weiter bestimmte der Landrat zweimal einen Einzüger für das «Elisabethengeld»<sup>83</sup> und in der Zeit nach dem Stanser Dorfbrand die Einzüger des Solidaritätsbeitrages der Miteidgenossen<sup>84</sup>.

Von grösserer Bedeutung war die Ernennung der Zoller<sup>85</sup>, die in den Grenzgemeinden Hergiswil<sup>86</sup>, Stansstad<sup>87</sup>, Buochs<sup>88</sup>, Beckenried<sup>89</sup> und Emmetten<sup>90</sup> den obrigkeitlichen Wegzoll<sup>91</sup> «laut Tariffa<sup>92</sup> selbst einziehen oder durch die Föhren einziehen lassen» mussten. Ihre Wahl erfolgte «auf keine gewusse Zeit, sonderen auf Wohlverhallten und so lang es M[einen] g[nädigen] H[erren] beliebt»<sup>93</sup>. Sie durften keinerlei Waren hinwegführen lassen, bevor sie den Zoll bezogen hatten,

<sup>80</sup> Lb 1690, fol. 133b bezogen auf 3-LR 1. 6. 1643, LRP 2 fol. 513a f. und LR 21. 4. 1644, LRP 2 fol. 523a (noch mit geringeren Beträgen); Lb 1623/1731, S. 49 N. auf NG 7. 5. 1702, LRP 5 fol. 11a; Lb 1782, I. S. 47, II. S. 7

<sup>81</sup> entspricht 3 Schilling. Lb 1782, II. S. 7

<sup>82</sup> Lb 1782, II. S. 26

<sup>83</sup> 30. 3. 1763, LRP 8 fol. 295a (statt des verstorbenen Säckelmeisters); 10. 9. 1764, LRP 9 fol. 38a (Vorgänger war der verstorbene Kirchmeier Remigi Gabriel). Das Elisabethengeld war vermutlich für die Unterstützung bedürftiger Leute gedacht; vgl. etwa Öxle Otto Gerhard, Armut und Armenfürsorge um 1200, Ein Beitrag zum Verständnis der freiwilligen Armut bei Elisabeth von Thüringen, in: Sankt Elisabeth, Fürstin, Dienerin, Heilige, Sigmaringen 1981, S. 78 ff., und Moritz Werner, Das Hospital der heiligen Elisabeth in seinem Verhältnis zum Hospitalwesen des frühen 13. Jahrhunderts, in: ebenda, S. 101 ff.

<sup>84</sup> LR 3. 4. 1713, LRP 5 fol. 316b. — Zuvor hatte bereits der Wochenrat zwei Delegationen bestimmt; WR 27. 3. 1713, WRP 24 fol. 105a f.; Steiner-Barmettler, S. 65 ff.

<sup>85</sup> Lb 1782, V. S. 9

<sup>86</sup> Wahlen: LR 23. 4. 1705, LRP 5 fol. 82b; LR 30. 12. 1716, LRP 5 fol. 455a; LR 21. 8. 1755, LRP 8 fol. 143b; LR 30. 3. 1763, LRP 8 fol. 295a; LR 10. 5. 1773, LRP 10 fol. 4b

<sup>87</sup> Wahlen: LR 8. 5. 1730, LRP 6 fol. 367b; LR 23. 4. 1743, LRP 7 fol. 179b; LR 11. 3. 1754, LRP 8 fol. 93a; LR 11. 10. 1773, LRP 10 fol. 14b; LR 18. 2. 1782, LRP 10 fol. 196b; LR 14. 5. 1787, LRP 10 fol. 293a

<sup>88</sup> Wahlen: LR 23. 4. 1722, LRP 6 fol. 124b; LR 23. 4. 1756, LRP 8 fol. 163a; LR 5. 9. 1774, LRP 10 fol. 36b; LR 30. 7. 1778, LRP 10 fol. 107b; LR 10. 9. 1781, LRP 10 fol. 182a

<sup>89</sup> Wahlen: LR 21. 1. 1704, LRP 5 fol. 53b; LR 23. 4. 1743, LRP 7 fol. 179b; LR 18. 12. 1786, LRP 10 fol. 278a. — Aber auch: WR 22. 1. 1787, WRP 35 fol. 367b

<sup>90</sup> Wahlen: LR 23. 4. 1715, LRP 5 fol. 406a; LR 4. 5. 1740, LRP 7 fol. 107b; LR 22. 4. 1758, LRP 8 fol. 218b; LR 30. 6. 1788, LRP 10 fol. 317a

<sup>91</sup> Dass es sich bei dem Zoll um einen Wegzoll handelte, geht aus dem Urteil des Geschworenen Gerichts vom 13. 12. 1772 hervor; GGP O, unpag.

<sup>92</sup> Lb 1782, II. S. 1. ff.

<sup>93</sup> Der Grundsatz wurde festgehalten bei der Wahl des Zollers und Sustmanns von Stansstad; LR 11. 3. 1754, LRP 8 fol. 93a

es wäre dann auf eigene Verantwortung. Wollte einer den Zoll nicht bezahlen, so war die Ware zuhanden der Obrigkeit zu beschlagnahmen. Bekamen die Zoller Kenntnis von verheimlichten Ausfuhren von zollbelasteten Waren, so hatten sie dies der Obrigkeit anzuzeigen. Die Fährleute waren verpflichtet, die Zoller bei der Überwachung zu unterstützen<sup>94</sup>. Schliesslich hatten die Zoller «eine getreüw Rechnung von denen Zohl-Geldteren [zu] führen und zu behöriger Zeit und Orth ab[zu]statten»<sup>95</sup>. Gleichzeitig bezogen sie zuhanden der Obrigkeit das Wäge-Geld, auch wenn auf privaten Wagen gewogen wurde<sup>96</sup>. Zur Sicherung wurden nach einem Beschluss des Landrates vom 23. April 1743 von den Zollern bedeutende Hinterlagen gefordert, «damit M[eine] g[nädigen] H[erren] sich nicht zu befahren haben». Die Höhe der Kaution sollte «nach befindenden Dingen» festgelegt und von den Zollern bei Neuwahlen verlangt werden<sup>97</sup>. Der Stansstader Zoller hatte 750 Gulden in Kapitalien<sup>98</sup> als Bürgschaft zu hinterlegen, vom Buochser waren 1 000 Pfund und vom Beckenrieder 400 Pfund verlangt<sup>99</sup>. Zur Aufgabe des Zollers gehörte weiter die Aufsicht über die Schiffahrt<sup>100</sup> und die Kontrolle über die Einreisenden. Wer keinen Pass auf sich führte, sollte entweder abgewiesen oder nach Stans in obrigkeitliche Obhut verbracht werden<sup>101</sup>. Die Arbeit indessen war nicht ohne Entgelt zu leisten: An Lohn gebührte den Zollern «von dem oberkheitlichen Zohl der 4te Theil»<sup>102</sup>.

Erst mit dem Bau einer obrigkeitlichen Sust in Stansstad nach Mitte des 18. Jahrhunderts<sup>103</sup> wurde die Wahl eines Sustmannes aktuell, die 1754 erstmals vom Landrat vorgenommen wurde<sup>104</sup>. Da zuvor offensichtlich der Zoller Waren zur

<sup>94</sup> «Es solle auch nit allein der Zohler, sonderen alle Feehren, Man allss Weib, wans schon nur umb den Lohn bestellt, schuldig seyn, den Zohl einzueziechen und dem Zohler getrewlich zue überantworten und bevor keine dergleichen Wahren wegfüehren noch durch Frembde wegfüehren lassen.» Lb 1623/1731, S. 189 N. auf LR 21. 5. 1731, S. 196 N. (Zitat); Lb 1782, I. S. 26, II. S. 6, V. S. 134. — S. a. Flüeler s. 143 ff.

<sup>95</sup> Lb 1623/1731, S. 189 N. auf LR 27. 4. 1689, LRP 4 fol. 1b (Verpflichtung, es wären auch die ungeraden Pfund jährlich mit der Obrigkeit zu verrechnen) und auf LR 21. 5. 1731; Lb 1782, I. S. 24. (Zitat), II. S. 1 ff.

<sup>96</sup> Letztere Aufgabe versah er zusammen mit dem Landweibel; Lb 1623/1731, S. 181 N. auf LR 12. 8. 1728. — Meldungen über privates Wagen waren folgerichtig an einen Zoller zu erstatten; LR 19. 12. 1707, LRP 5 fol. 148a

<sup>97</sup> LRP 7 fol. 179b

<sup>98</sup> Betrag nach dem Lb 1782, I. S. 25. — Dem Lb 1623/1731, S. 189 N. auf 3-LR 24. 10. 1749, LGP A fol. 124b, zufolge hatte er noch bloss 1000 Pfund «einrückhig-landrechtliche Mittell bei der Kanzlei zu hinterlegen». Diesen Betrag nennt auch der Landratsbeschluss vom 23. 4. 1743, LRP 7 fol. 179b

<sup>99</sup> Lb 1782, I. S. 25

<sup>100</sup> Lb 1623/1731, S. 197 N. auf WR 24. 9. 1687, WRP 18 fol. 268b; Abschied in Gersau, April 1687, EA VI Abt. 2, S. 190 ff.; LR 24. 9. 1733, LRP 6 fol. 430a; Lb 1782, V. S. 133 f.; Flüeler, S. 143 Fn. 1, S. 149

<sup>101</sup> LR 5. 5. 1738, LRP 7 fol. 52a

<sup>102</sup> Lb 1782, II. S. 25

<sup>103</sup> Baubeschluss: LR 2. 3. 1750, LRP 8 fol. 13b; Durrer, Kunstdenkmäler, S. 1004

<sup>104</sup> 11. 3., LRP 8 fol. 93a. — Gewählt wurde Anton Rothenfluh, Ratsherr

Aufbewahrung entgegengenommen hatte<sup>105</sup>, verlieh der zuständige Landrat das Sustamt und das Zolleramt in der Folge jeweils der gleichen Person<sup>106</sup>. Nach dem Eid des Sustmannes, der in der Landbuch-Redaktion von 1782 mit dem Artikel des Zollers zusammengefügt ist, war ihm befohlen, «von denen Waaren den vorgeschribenen Sustlohn<sup>107</sup> . . . fleissig ein[zu]ziehen und nichts aus der Sust weg[zu]lassen, es seye vorher das ordentliche Sustgeldt bezalt» worden. Gab er, ohne kassiert zu haben, Eingelagertes heraus, haftete er für die allfälligen Verluste. Mit zu seiner Aufgabe zählte die Aufsicht über die Einhaltung der Schiffordnung, wobei es zu den Pflichten der Schiffsleute gehörte, mit ihm zu kooperieren<sup>108</sup>. Für die Behausung, die ihm in der Sust als Teil des Entgeltes zur Verfügung stand, war er unterhaltpflichtig «in allem, Pfensteren, Tach und Gemach», was jährlich kontrolliert wurde<sup>109</sup>. An Barlohn gebührte ihm der vierte Teil des Sustgeldes, wofür er eine Bürgschaft in der gleichen Höhe wie der Zoller leisten musste<sup>110</sup>.

Eine ähnliche Regelung für das Sustwesen und die Wahl des Sustmannes hätte die Obrigkeit 1772 gerne auch in Buochs durchgesetzt, wo der Sustbetrieb von den Ürtnern ab 1723 vernachlässigt worden war. Nachdem das schlecht erhaltene Susthaus von einem Privaten gekauft werden wollte, setzte eine Kontroverse zwischen der Obrigkeit und den Ürtnern von Buochs um die Rechte am Susthaus ein<sup>111</sup>. Nach anfänglichem Widerstreben — die Buochser sollten sich um ihre Sust und die Anstellung eines Sustmannes selbst kümmern!<sup>112</sup> — erklärte sich die Obrigkeit zur Übernahme des Betriebes bereit, verlangte aber weiter den Bau des Susthauses und auch die künftige Bezahlung des Sustmannes durch die Buochser<sup>113</sup>. Der mehrmaligen Aufforderung, die widerspenstigen Ürtner möchten ihre Rechtsamen doch vor dem Geschworenen Gericht einklagen, kamen die Buochser endlich nach, wobei es ihnen gelang, bessere Rechte als die der Obrigkeit nachzuweisen<sup>114</sup>. Eine Vereinbarung mit der Obrigkeit kam indessen später dennoch zustande, indem der Landrat 1781 den Käufer des Susthauses auch zum obrigkeitlichen Zoller bestimmte<sup>115</sup>.

<sup>105</sup> s. Lb 1623/1731, S. 189 N. auf LR 19. 12. 1707

<sup>106</sup> Lb 1782, V. S. 9. — Die Wahlen LR 11. 3. 1754, LRP 8 fol. 93a, und die weiteren Daten s. S. 263 Fn. 87

<sup>107</sup> Der erste Tarif wurde am 20. 10. 1752 vom Landrat festgelegt; LRP 8 fol. 63b f.

<sup>108</sup> Lb 1782, I. S. 25 f.

<sup>109</sup> Lb 1782, I. S. 25; vgl. LR 11. 3. 1754, LRP 8 fol. 93a

<sup>110</sup> Lb 1782, I. S. 25 f.

<sup>111</sup> LR 17. 4. 1771, LRP 9 fol. 231b; LR 23. 4. 1771, LRP 9 fol. 234a; LR 13. 5. 1771, LRP 9 fol. 236b; LR 11. 5. 1772, LRP 9 fol. 284b

<sup>112</sup> LR 23. 7. 1772, LRP 9 fol. 292a

<sup>113</sup> LR 31. 8. 1772, LRP 9 fol. 293b; LR 14. 9. 1772, LRP 9 fol. 296b f.; LR 25. 9. 1772, LRP 9 fol. 298a

<sup>114</sup> LR 14. 9. 1772, LRP 9 fol. 296b f.; LR 26. 10. 1772, LRP 9 fol. 300a; GG 13. 11. 1772, GGP O, unpag.

<sup>115</sup> Es handelte sich um Martin Baumgartner; LR 10. 9. 1781, LRP 10 fol. 182a

An Stellen in den tessinischen und den gemeinen Herrschaften besetzte der Landrat das Zollamt in Bellenz<sup>116</sup> und die Landschreibereien, mit Ausnahme jener in Bellinzona<sup>117</sup>. Die Landschreibereien, die mehrheitlich fest in den Händen einzelner Familien lagen<sup>118</sup>, sollten nach einem Beschluss der Nachgemeinde von 1774 nicht eher vergeben werden, bevor sie wirklich ledig gefallen waren<sup>119</sup> und, nach der Absicht eines Dreifachen Landrates von 1749, an niemanden denn «taugliche Leüth»<sup>120</sup>.

Nach dem Ersatz der Bettelvögte<sup>121</sup> durch zwei Harschiere im Jahre 1766<sup>122</sup>, der eine herwärts, der andere ennet dem Wasser eingesetzt<sup>123</sup>, trat der Landrat jährlich zur Wahl beziehungsweise Bestätigung dieser Ordnungshüter zusammen<sup>124</sup>. Aus den Bemerkungen, die bei den Bestätigungs- beziehungsweise Neuwahlen fast regelmässig gefallen sind, wird ersichtlich, dass die Obrigkeit in die

<sup>116</sup> das Nidwalden alle 18 Jahre auf eine Dauer von sechs Jahren beanspruchen konnte. — Wahlen: LR 7. 7. 1760, LRP 8 fol. 273b; LR 10. 6. 1778, LRP 10 fol. 104b. — Der WR lehnte am 23. 6. 1760 eine Besetzung der Stelle ab und wies sie dem Landrat zu, «angesechen der Zohlerdienst allzeit vor disem Gewalt vergeben worden». LRP 8 fol. 270a

<sup>117</sup> die der Landsgemeinde vorbehalten war; Lb 1623/1731, S. 120 N. auf LR 23. 4. 1736, LRP 7 fol. 22b; 3-LR 24. 10. 1749, LGP A fol. 123b; Lb 1782, V. S. 9

<sup>118</sup> so wurde jene im Thurgau von 1628 bis 1798 von der Schwyzer Familie von Reding verwaltet; Art. Thurgau, HBLS VI, S. 757; EA VI Abt. 2, S. 1722; EA VII Abt. 1, S. 729; EA VII Abt. 2, S. 562; Steiner-Barmettler, S. 88. — In Sargans hat sich das Amt des Landschreibers bis 1750 während vollen 163 Jahren innerhalb der Familie Gallati stets vom Vater auf den Sohn vererbt; Art. Gallati, HBLS III, S. 380; EA VI Abt. 2, S. 1873; EA VII Abt. 1, S. 902. — Die Kanzlerwürde in Lugano beanspruchte ab 1576 bis 1798 fortwährend ein Zweig der Urner Aristokratenfamilie von Beroldingen, welches Geschlecht auch in Mendris die Schreiberei innehatte; Art. von Beroldingen, HBLS II, S. 196; EA VI Abt. 2, S. 2079, S. 2131; EA VII Abt. 1, S. 1084, S. 1107; EA VII Abt. 2, S. 946, S. 983. — Die Landschreiberei im Oberen Freiamt war eine Pfründe der Zuger Aristokratenfamilien Zurlauben und Landwing; EA VI Abt. 2, S. 1995; EA VII Abt. 1, S. 947; EA VII Abt. 2, S. 792 f.. — In Baden und im Rheintal wurden die Stellen, insbesondere nach 1712, abwechslungsweise mit Vertretern hauptsächlich der Stände Zürich und Bern besetzt; EA VII, Abt. 1, S. 840, S. 984; EA VII, Abt. 2, S. 730, S. 819

<sup>119</sup> Lb 1623/1731, S. 120 N. auf NG 10. 5. 1744, LGP A fol. 68a

<sup>120</sup> 24. 10., LGP A fol. 123b

<sup>121</sup> zum Problem der Bettelei s. Leuchtmann, S. 38 ff.. — Aufgabe: Lb 1623/1731, S. 119 N.; Lb 1690, fol. 87b; 3-LR 24. 10. 1749, LGP A fol. 124a. Erhöhung deren Zahl auf drei («einer zu Stantz, einer zu Buochs und einer ob der Mauren»): LR 20. 3. 1752, LRP 8 fol. 54a. Erwählt wurden die Bettelvögte vom Wochenrat; Wahlbeispiel: WR 10. 1. 1757, WRP 30 fol. 107a

<sup>122</sup> LR 12. 5.; die Obrigkeit war mit der Arbeit der Bettelvögte nicht zufrieden. Vgl. LR 5. 5. 1766, LRP 9 fol. 91a

<sup>123</sup> später — bis 1776 — waren es drei Beamte; vgl. LR 13. 5. 1776, LRP 10 fol. 75a

<sup>124</sup> Wahlen (Beispiele): LR 12. 5. 1766, LRP 9 fol. 93a; LR 23. 4. 1770, LRP 9 fol. 195a (Bestätigung unter Vorbehalt); LR 13. 5. 1776, LRP 10 fol. 75a (alle drei bisherigen Harschiere wurden aufgrund eingegangener Klagen ihres Dienstes enthoben und als vorläufiger Ersatz ein einzelner bestimmt); LR 14. 5. 1781, LRP 10 fol. 175b (Bestätigung unter Absetzungsandrohung); LR 14. 5. 1786, LRP 10 fol. 267b (nur vorläufige Bestätigung); LR 12. 5. 1794, LRP 10 fol. 428a (Bestätigung «auf Wohlverhalten auff unbestimte Zeit»). — Wahlen durch den Wochenrat: WR 25. 6. 1767, WRP 32 fol. 94a; WR 5. 3. 1787, WRP 35 fol. 371b

Pflichterfüllung seitens der Harschiere hohe Erwartungen setzte, welchen diese offensichtlich nicht immer zu genügen vermochten. — Die Harschiere waren mit Spiess, Degen und Schild bewaffnet<sup>125</sup> und uniformiert<sup>126</sup>. Zu den Aufgaben der Harschiere zählte die Exekution «leichterer» Körperstrafen wie «trillen, geislen auff der Tantzlauben, Haarabschneidten etc.» und das wöchentlich zweimalige Durchkämmen des Landes nach Bettlern, «an einem Tag von Enne[t]mos auff Emmetten, den andern Tag aber von Stansstad auff Wollffenschiessen». Zudem hatten sie jene Landleute zu verklagen, welche «die arme Leüth wider den Articul behausen und behoffen»<sup>127</sup>. Mit Ausnahme des Harschiers in Hergiswil, der einen Jahrlohn von zwölf Gulden bezog, wurde deren Tätigkeit nach Tarif abgegolten, nämlich — als Beispiele — für das Durchführen einer Betteljagd mit einem halben Gulden, für das Züchtigen von «Buben» mit Ruten mit einem Gulden und fünf Schillingen, für das Wegführen von «Heiden» oder von Banditen mit zehn Schillingen<sup>128</sup>.

Der Landrat wählte weiter auch den Nachrichter, dem der Vollzug von Todesstrafen und von strengeren Körperstrafen übertragen war<sup>129</sup>. Seine gesellschaftliche Stellung unterschied sich in nichts von jener seiner Kollegen in andern Ständen: Er galt als ehrlos, und er hatte gesellschaftlichen Umgang ausdrücklich zu meiden. Ein Versuch, die Isolation seiner Familie zu durchbrechen<sup>130</sup>, mündete in ein Amtsverbot für alle, die mit ihm im Nachgang einer unstandesgemässen Heirat verwandt oder verschwägert wurden. «Wan künftig ein Nachrichter sich erfrechen sollte, ein ehrliches Landtskindt zue heürathen», wollte man diesen «ohne Verzug zue oberkeitlichen Handen [ziehen] und ohne weiters mit dem Schwert vom Läben zum Dodt [hinrichten]»<sup>131</sup>. Dem Gebot, er solle «alle oberkeitliche Befelch und Sentenzen pflichtmässig erfüllen» und «das Haus sammt Tach und Gemach und die Gärthenhäg ohne M[einer] g[nädigen] H[erren] Kosten erhalten»<sup>132</sup>, stand ein respektables Entgelt von vorerst 24 Gulden<sup>133</sup>, ab 1737

<sup>125</sup> LR 13. 5. 1776, LRP 10 fol. 75a

<sup>126</sup> Grauer Rock mit rotem Kragen und roten Aufschlägen; LR 12. 5. 1766, LRP 6 fol. 93a

<sup>127</sup> LR 12. 5. 1766, LRP 9 fol. 93a

<sup>128</sup> Lb 1782, II. S. 35

<sup>129</sup> Wahlen: LR 25. 9. 1716, LRP 5 fol. 451a; LR 23. 4. 1717, LRP 6 fol. 15a; LR 2. 3. 1733, LRP 6 fol. 416a; LR 6. 5. 1737, LRP 7 fol. 36b f. (Resignation des Nachrichters, weil er eine bessere Anstellung gefunden hatte); LR 17. 6. 1737, LRP 7 fol. 41a; LR 7. 5. 1781, LRP 10 fol. 174a (Absetzung des Nachrichters Anton Schärer «wegen seiner üblichen Aufführung» und Bestimmung eines Ersatzes). 1717 verfügte der Wochenrat die sofortige Entlassung des Nachrichters Joseph Feiss, was vom Landrat unverzüglich bestätigt wurde; WR 15. 3. 1717, WRP 24. fol. 382b; LR 17. 3. 1717, LRP 6 fol. 10a. Odermatt-Lussy, S. 82 ff.; Flüeler, S. 125 ff.

<sup>130</sup> mit der erfolglos versuchten Aufnahme von Ulrich Feiss, Sohn des Nachrichters Hans-Jakob Feiss, in den Beisässenstand; NG 24. 5. 1724, LRP 6 fol. 168a ff.; Flüeler, S. 126

<sup>131</sup> Lb 1623/1731, S. 113 N. auf LR 17. 6. 1737, LRP 7 fol. 41a; Lb 1782, III. S. 4, III. S. 10;

<sup>132</sup> Lb 1623/1731, S. 113 N. auf LR 24. 4. 1690, LRP 4 fol. 15a; Lb 1782, III. S. 4 (Zitat)

<sup>133</sup> Lb 1623/1731, S. 113 N.

ein solches von 90 Pfund<sup>134</sup> und später 50 Gulden<sup>135</sup> gegenüber. Hinzu kamen einerseits Entschädigungen für einzelne Richtarten nach Tarif und anderseits Naturalien in Form einer Amtstracht, freier Behausung und Brennholz<sup>136</sup>.

Nach einem Nachtrag im Landbuch von 1623/1731 wäre der Landrat zudem für die Ernennung des Anklägers in Malefizprozessen zuständig gewesen<sup>137</sup>, doch erfolgte dessen Bezeichnung häufig auch während des Prozesses selbst<sup>138</sup>.

Vom Landrat gewählt wurde auch ein Bote, der «alle Zinst- und Samsttäg alle Brieffschafften, Gellt, Waaren und was kan Namen haben, so ihme möchte anvertraut werden, nachher Lucern . . . und auch ins Landt zue bringen» hatte. Dafür bezog er pro transportiertes Stück eine Entschädigung und später einen zusätzlichen Jahrlohn im Betrage von 40 Gulden<sup>139</sup>. Zur Sicherheit der Obrigkeit hatte er eine Bürgschaft von 800 Pfund zu leisten<sup>140</sup>.

Bloss zeitweise bezeichnete der Landrat einen Bachvogt, der den offenbar undankbaren Auftrag hatte, die Wuhrarbeiten am Hergiswiler Steinibach zu organisieren und zu überwachen<sup>141</sup>.

Auch die Hebammen wurden vom Landrat mit ihrem Amt betraut<sup>142</sup>. Die Führung eines Verzeichnisses der Angehörigen aller hiesigen Familien vertraute er einem Stammbuchführer an<sup>143</sup>, dem er 1784 einen Gehilfen hinzugesellte<sup>144</sup>.

Auf Absterben hin ergänzte der Landrat die Zahl der Kollatoren zunächst für

<sup>134</sup> entsprechen 33½ Gulden; Lb 1623/1731, S. 113 N. auf LR 17. 6. 1737, LRP 7 fol. 41a

<sup>135</sup> Lb 1782, II. S. 36

<sup>136</sup> Lb 1623/1731, S. 97 N., S. 113 N.; Lb 1782, II. S. 36 f.

<sup>137</sup> S. 216; Beispiel: LR 5. 11. 1756, LRP 8 fol. 183b; vorher war die Anklage dem Säckelmeister, dann den Weibeln von Buochs und von Wolfenschiessen übertragen gewesen

<sup>138</sup> vgl. S. 249 f.

<sup>139</sup> Lb 1623/1731, S. 61 N.; Lb 1782, I. S. 32, II. S. 27

<sup>140</sup> Wahlen: LR 4. 5. 1727, LRP 6 fol. 250b (die verlangte Bürgschaft bemisst sich auf 100 Kronen; gefordert wird zusätzlich, «das er jährlich vor St. Georgen Rath sich stellen undt widerumb hierummen anhalten solle»). LR 18. 3. 1737, LRP 7 fol. 33b; LR 14. 5. 1753, LRP 8 fol. 73b; LR 19. 3. 1760, LRP 8 fol. 264b; LR 22. 12. 1783, LRP 10 fol. 219b (Bestätigung). Nähtere Verhaltensvorschriften beschloss der Landrat am 23. 9. 1767, LRP 9 fol. 119a f., und der Wochenrat am 19. 12. 1763, WRP 31 fol. 166b

<sup>141</sup> Wahlen: LR 6. 6. 1703, LRP 5 fol. 44b; LR 31. 1. 1704, LRP 5 fol. 61a (Bestätigung); LR 31. 5. 1706, LRP 5 fol. 117a (Bestätigung); LR 5. 3. 1708, LRP 5 fol. 151a; LR 11. 4. 1708, LRP 5 fol. 152a (auf zwei Jahre); LR 23. 4. 1708, LRP 5 fol. 153b (Der Gewählte kann sich ersetzen lassen, wenn er jemanden für sein Amt findet!); LR 7. 5. 1708, LRP 5 fol. 159a (Akzepteerklärung für einen Substituten!)

<sup>142</sup> Wahlen: LR 8. 6. 1716, LRP 5 fol. 446b; LR 17. 10. 1746, LRP 7 fol. 243a; LR 15. 7. 1748, LRP 7 fol. 272b. — Amtsenthebung von Anna Maria Steiner durch den Wochenrat am 9. 3. 1757, WRP 30 fol. 115a

<sup>143</sup> Wahlen: LR 7. 3. 1746, LRP 7 fol. 228a; LR 16. 9. 1748, LRP 7 fol. 274a; LR 15. 7. 1754, LRP 8 fol. 111a; LR 17. 2. 1777, LRP 10 fol. 79b

<sup>144</sup> 8. 3., LRP 10 fol. 223a

das Amt des Siegristen<sup>145</sup> auf Wiesenbergs und nach der Pfrunderrichtung 1752<sup>146</sup> für das Amt des Kaplans<sup>147</sup> auf vier Herren<sup>148</sup>.

Daneben vergab der Landrat vereinzelt weitere Stellen; so wählte er 1712 zwei Steuerschätzer<sup>149</sup>, 1717 einen Kaminfeger<sup>150</sup>, 1730 einen Vogt für das Frauenkloster Sarnen<sup>151</sup>, 1732 einen Wächter nach Pruntrut<sup>152</sup>, 1755 einen Zeugwart<sup>153</sup>, 1765 einen Feuerhauptmann<sup>154</sup>, 1723 und 1778 einen Beamten für den Sinnerdienst<sup>155</sup> und 1789 einen Marchherrn<sup>156</sup>.

Zu diesen vereinzelten Wahlen kamen gelegentliche Ämterbestellungen anstelle anderer Instanzen, entweder ausdrücklich kraft Delegation, um eine während des Jahres ledig gefallene Stelle vorübergehend zu besetzen, oder durch zeitweise Usurpation. Kraft Delegation besetzte der Landrat 1721 bis 1723 die Stellen der Proviantschätzer, Landschätzer und Landesspielleute<sup>157</sup>, aber auch die obrigkeitlich zugelassenen Metzger wurden während dieser Zeit von ihm bestimmt<sup>158</sup>. 1751 waren es allein die Landesspielleute, die der Landrat anstelle der Nachgemeinde wählte<sup>159</sup>. Interimsweise, weil unter dem Jahr, aber doch definitiv erkoren 1761 einen Schützenfähnrich<sup>160</sup> und einen Landschreiber<sup>161</sup>, 1762 und 1777 je eine Bauherrn<sup>162</sup> sowie 1781 einen Helmibläser<sup>163</sup>. Die anfänglich interimsweise Bestellung des Salzdirektors verwandelte sich zur Gewohnheit, die auch der Beschluss eines Zweifachen Landrates im Jahre 1765, von jetzt ab die Wahl zu tätigen.

<sup>145</sup> LR 29. 10. 1731, LRP 6 fol. 387a; LR 14. 1. 1732, LRP 6 fol. 391a; Odermatt Anton, Geschichte der Filialkirchen von Stans, Handschrift 1882, KB NW, S. 500 ff. (zit. Odermatt, Filialkirchen)

<sup>146</sup> Genehmigung durch den Landrat: 20. 3. 1752, LRP 8 fol. 53a

<sup>147</sup> Nr. 10 des Stiftbriefes; s. Odermatt, Filialkirchen, S. 514 f. — Der Siegristendienst wurde an den Käufer der ursprünglich zur Kapelle gehörigen Güter übertragen. Von Amtes wegen gehörte der Pfarrer von Stans der Kollatorschaft an

<sup>148</sup> Zur Vorgeschichte der Kapelle s. Durrer, Kunstdenkmäler, S. 1010; auch (Odermatt Anton) Pfrund und Kapelle auf Wiesenbergs, in: Nidwaldner Kalender 1865, unpag.. — Wahlbeispiele: LR 18. 3. 1754, LRP 8 fol. 95b; LR 4. 12. 1775, LRP 10 fol. 64b (Der von den Kollatoren unterbreitete Mehrfach-Vorschlag wird begrüßt und künftig als Regel verlangt); LR 17. 2. 1777, LRP 10 fol. 80a; LR 10. 5. 1788, LRP 10 fol. 313a; LR 16. 3. 1789, LRP 10 fol. 325b

<sup>149</sup> 7. 11., LRP 5 fol. 304a, unter Zuzug der Elfer

<sup>150</sup> 20. 9., LRP 6 fol. 23b (Bestätigung). — Zur Aufgabe: Steiner-Barmettler, S. 93

<sup>151</sup> für den Einzug von Zinsen; 6. 3.; LRP 6 fol. 357a

<sup>152</sup> 30. 4., LRP 6 fol. 402a f.

<sup>153</sup> 1. 12., LRP 8 fol. 149a

<sup>154</sup> 12. 8., LRP 9 fol. 73a; anstelle eines Vorgängers

<sup>155</sup> 12. 7. 1723, LRP 6 fol. 151a; 4. 5. 1778, LRP 10 fol. 100a

<sup>156</sup> 11. 5., LRP 10 fol. 332a; anstelle eines Vorgängers. — Marchbereinigungen verlangt das Lb 1782 ordentlicherweise alle 20 Jahre, ausserordentlicherweise bei Besitzerwechsel; V. S. 37

<sup>157</sup> 12. 5. 1721, LRP 6 fol. 113b; 10. 5. 1723, LRP 6 fol. 148b

<sup>158</sup> LR 10. 6. 1720, LRP 6 fol. 96b; LR 12. 5. 1721, LRP 6 fol. 113b

<sup>159</sup> LR 10. 5. 1751, LRP 8 fol. 39a

<sup>160</sup> LR 27. 7., LRP 8 fol. 303a, statt einer Nachgemeinde

<sup>161</sup> 26. 10., LRP 8 fol. 316b (für einen Abgesetzten!), statt der Landsgemeinde

<sup>162</sup> LR 5. 5. 1762, LRP 8 fol. 325a; LR 22. 12. 1777, LRP 10 fol. 89a, statt der Landsgemeinde

<sup>163</sup> 23. 4., LRP 10 fol. 171a, statt der Nachgemeinde

gen<sup>164</sup>, nicht mehr dauernd zu verändern vermochte<sup>165</sup>. Ohne Widerstand seitens der Landsgemeinde wurden die Wahl und die Bestätigung der Kornherren dem Landrat überlassen, als das Amt an Wichtigkeit und somit an Interesse verloren hatte<sup>166</sup>. Demgegenüber bemühte sich die Nachgemeinde 1793 wiederum um das angestammte Wahlrecht für die Aavögte, nachdem deren Beamtung in der Zeit ab 1763 vom Landrat jeweils schon im voraus vergeben worden war und die Nachgemeinde nurmehr Bestätigungsfunction hatte<sup>167</sup>. Über das ganze Jahrhundert hin, aber besonders oft 1755/1756, vergab der Landrat auch Gesandtschaften, wobei er damit sowohl die Rechte der Landsgemeinde<sup>168</sup> wie von Rät' und Landleuten<sup>169</sup> tangierte. Nicht nach der üblichen Ordnung war auch die Wahl eines Weibels zu Beckenried<sup>170</sup>, wohingegen die Bezeichnung zweier Ersatzrichter für das Geschworene Gericht wegen Befangenheit der ordentlichen Elfer aus Praktikabilität nahe lag<sup>171</sup>.

Von dem dem Landrat zukommenden Recht, Kommissionen zu bestellen, machte er nicht nur «zu mehrerer Untersuchung und Berathschlagung wichtiger Geschäffte» Gebrauch<sup>172</sup>, sondern auch für Kommissionen mit dauerndem Charakter, sofern deren Zusammensetzung im Artikelbuch nicht schon bestimmt war<sup>173</sup>.

### 2.3.1.4 *Gesetzgebung*

Die Beschlussfassung über neue Gesetze beziehungsweise über Gesetzesänderungen oblag zur Hauptsache der Nachgemeinde, doch kam dem Landrat eine bedeutende Rolle in der Vorbereitung und in der Ausführung zu. Da eine verbindliche Definition dessen, was «Landessachen» sind, fehlte, ergaben sich für den Landrat in Randbereichen zusätzliche Möglichkeiten, legislatorisch tätig zu

<sup>164</sup> vgl. die Zuweisung durch den Landrat am 26. 4. 1764, LRP 9 fol. 28b

<sup>165</sup> So vergab der Landrat am 30. 7. 1778 wiederum das Salzdirektorium, LRP 10 fol. 108b

<sup>166</sup> Wahlen: LR 7. 9. 1782, LRP 10 fol. 209a (interim bis zur Landsgemeinde); LR 5. 5. 1783, LRP 10 fol. 213a (interim bis zur Landsgemeinde); LR 10. 9. 1783, LRP 10 fol. 218a (interim bis zur Landsgemeinde); LR 30. 8. 1784, LRP 10 fol. 233a; LR 15. 12. 1794, LRP 10 fol. 439a

<sup>167</sup> Wahlen durch den Landrat: 9. 3. 1763, LRP 9 fol. 3a (interim bis zur Nachgemeinde); 23. 4. 1788, LRP 10 fol. 312b; 4. 7. 1791, LRP 10 fol. 389a («bis zur nächsten Nachgemeindt»)

<sup>168</sup> LR 26. 6. 1715, LRP 5 fol. 414b (Ersatz für einen erkrankten Gesandten); LR 16. 9. 1726, LRP 6 fol. 240b

<sup>169</sup> LR 14. 5. 1750, LRP 8 fol. 17a; LR 7. 7. 1755, LRP 8 fol. 131a; LR 11. 2. 1756, LRP 8 fol. 156a; LR 14. 2. 1756, LRP 8 fol. 157a; LR 14. 4. 1756, LRP 8 fol. 161a; LR 28. 4. 1756, LRP 8 fol. 165b (erörtert wird, ob die Deputatschaft von einem Dreifachen Landrat bestimmt werden soll, was verworfen wird); LR 22. 9. 1773, LRP 10 fol. 11b; LR 7. 5. 1787, LRP 10 fol. 289b

<sup>170</sup> 15. 9. 1794, LRP 10 fol. 431b

<sup>171</sup> 4. 9. 1690, LRP 4 fol. 23a. — Dafür bestanden im übrigen ausführliche Bestimmungen über den Ersatz befangener Richter! S. 333

<sup>172</sup> wie es ihm das Lb 1782 zugestand; V. S. 9

<sup>173</sup> Mitglieder in den Sanitätsrat (Bestätigung): LR 18. 2. 1774, LRP 10 fol. 20a

werden, was je nach der Aufmerksamkeit des Landvolkes in einem engeren oder weiteren Rahmen ausgenutzt wurde.

Unbestritten war die Gesetzesvorberatung durch den Landrat insoweit, wie er selbst Novellen der Nachgemeinde vortragen wollte. Die Anregung dazu ging entweder von einem Ratsherrn oder von einem Vorgesetzten aus, wobei ein während des Jahres erfolgter Anzug entweder auf den Georgenlandrat vertagt<sup>174</sup> oder direkt an die Nachgemeinde gewiesen wurde<sup>175</sup>. Zur Beschlussfassung über das Gros der Anträge versammelten sich Vorgesetzte und Ratsherren traditionsgemäß vor der Landsgemeinde zum Georgenlandrat. Über die Verhandlungen ist aus den Protokollen selten mehr zu erfahren als diese oder jene Modifikation eines Artikels des Landbuches sei an die Nachgemeinde gewiesen<sup>176</sup>, oder es solle in bezug auf eine bestimmte Vorschrift an der Nachgemeinde nichts<sup>177</sup> oder wenigstens im gegenwärtigen Zeitpunkt noch nichts<sup>178</sup> angezogen werden. Weitere Anträge an die Nachgemeinde wurden vom Rat gelegentlich auch nach St. Georg verabschiedet<sup>179</sup>. Gewicht versuchte sich die Behörde bei einer Beschlussfassung vor allem der letzteren Art dadurch zu verschaffen, dass sich ihre Mitglieder einigten, einen allfälligen Gegenantrag des Landvolkes entweder mit der Verwei-

<sup>174</sup> Beispiele: LR 2. 3. 1705, LRP 5 fol. 81b, und LR 23. 4. 1705, LRP 5 fol. 83a; LR 10. 12. 1742, LRP 7 fol. 175a, und LR 23. 4. 1743, LRP 7 fol. 182a; LR 20. 4. 1754, LRP 8 fol. 99b, und LR 23. 4. 1754, LRP 8 fol. 103b; LR 13. 4. 1768, LRP 9 fol. 131a, und LR 23. 4. 1768, LRP 9 fol. 134a; LR 28. 2. 1791, LRP 10 fol. 378b, und (Georgen-)LR 13. 4. 1791, LRP 10 fol. 383b. — Trotz Vertagung an den Georgenlandrat nicht behandelt: Verschobene Anzüge vor dem Landrat am 2. 3. 1716, LRP 5 fol. 435b; LR 1. 12. 1755, LRP 8 fol. 149a; LR 6. 4. 1772, LRP 9 fol. 279a

<sup>175</sup> Beispiele: LR 23. 3. 1707, LRP 5 fol. 128b, und NG 8. 5. 1707, LRP 5 fol. 136b f.; LR 26. 8. 1718, LRP 6 fol. 55b, und NG 14. 5. 1719, LRP 6 fol. 77a; LR 23. 2. 1728, LRP 6 fol. 288a, und NG 9. 5. 1728, LRP 6 fol. 300a f.; LR 8. 10. 1738, LRP 7 fol. 57b, und NG 10. 5. 1739, LGP A fol. 13a; LR 29. 12. 1747, LRP 7 fol. 262b, und NG 11. 5. 1748, LGP A fol. 99a; LR 29. 3. 1762, LRP 8 fol. 320b, und NG 8. 5. 1763, LGP A fol. 212b f.; LR 11. 4. 1774, LRP 10 fol. 24b, und NG 8. 5. 1774, LGP B fol. 62a; LR 7. 4. 1794, LRP 10 fol. 425a, und NG 11. 5. 1794, LGP B fol. 242a. — Entgegen der Zuweisung an die Nachgemeinde nicht behandelt (Beispiele): LR 20. 9. 1706, LRP 5 fol. 120b; LR 25. 9. 1716, LRP 5 fol. 451a; LR 23. 12. 1722, LRP 6 fol. 137b; LR 10. 6. 1743, LRP 7 fol. 188b; LR 11. 3. 1754, LRP 8 fol. 94a; LR 18. 5. 1762, LRP 8 fol. 317b, fol. 319b; LR 12. 6. 1786, LRP 10 fol. 269a

<sup>176</sup> (Georgen-)LR 27. 4. 1689, LRP 4 fol. 1b f.; LR 24. 4. 1690, LRP 4 fol. 16a; LR 19. 6. 1702, LRP 6 fol. 20a; LR 23. 4. 1703, LRP 5 fol. 35b, fol. 36b f.; LR 23. 4. 1718, LRP 6 fol. 42b; LR 23. 4. 1726, LRP 6 fol. 220b; LR 23. 4. 1737, LRP 7 fol. 35a; LR 23. 4. 1748, LRP 7 fol. 268a; LR 23. 4. 1760, LRP 8 fol. 260a; LR 23. 4. 1771, LRP 9 fol. 234b; LR 24. 4. 1780, LRP 10 fol. 145b; LR 23. 4. 1792, LRP 10 fol. 396b

<sup>177</sup> Beispiele: LR 16. 3. 1690, LRP 4 fol. 14a; LR 23. 4. 1706, LRP 5 fol. 109b; LR 16. 4. 1707, LRP 5 fol. 131a; LR 14. 4. 1734, LRP 6 fol. 442b; LR 5. 5. 1738, LRP 7 fol. 51a; LR 23. 4. 1743, LRP 7 fol. 182a; LR 6. 5. 1748, LRP 7 fol. 269b; LR 23. 4. 1772, LRP 9 fol. 279b (mehrere Beispiele); LR 30. 4. 1774, LRP 10 fol. 28a; LR 24. 4. 1780, LRP 10 fol. 145b; LR 17. 3. 1783, LRP 10 fol. 210a; LR 13. 4. 1791, LRP 10 fol. 383b

<sup>178</sup> z.B. zwecks weiterer Vorbereitung; LR 24. 4. 1752, LRP 8 fol. 55b

<sup>179</sup> Beispiele: LR 7. 5. 1708, LRP 5 fol. 158b, fol. 159a; LR 4. 5. 1716, LRP 5 fol. 441a; LR 28. 4. 1728, LRP 6 fol. 296b; LR 4. 5. 1739, LRP 7 fol. 73b, fol. 74a; LR 8. 5. 1752, LRP 8 fol. 57a; LR 6. 5. 1765, LRP 9 fol. 63b, fol. 64a; LR 4. 5. 1778, LRP 10 fol. 101a; LR 9. 5. 1792, LRP 10 fol. 400a

gerung des Scheidens<sup>180</sup> oder mit dem geschlossenen Verlassen der Gemeinde zu parieren<sup>181</sup>. Ohne über Geplantes nähere Angaben zu machen, gab der Landrat am 23. April 1772 zu verstehen, dass er sich gegen einen missliebigen Antrag mit der «zum gemeinen besten gereichende[n] Vorstellung» zu wehren wissen werde<sup>182</sup>.

Von der Materie her anspruchsvolle oder politisch brisante Artikel entwickelte der Rat vielfach nicht während der Ratssitzung selbst, sondern er übergab sie zum Entwurf an von Fall zu Fall eingesetzte Kommissionen<sup>183</sup>.

Die selbständige gesetzgeberische Tätigkeit des Landrates blieb auf den Erlass von weniger gewichtigen Verordnungen beschränkt<sup>184</sup>, soweit nicht die Nachgemeinde ihre Gesetzgebungskompetenz an ihn delegierte<sup>185</sup>, was der Landrat gerne selbst anstrebte<sup>186</sup>. Ein Eingreifen in die Macht der höheren Gewalt war zwar ausdrücklich untersagt<sup>187</sup> und das Verbot von den «minderen Gewalten» in der Regel auch akzeptiert<sup>188</sup>, doch Übergriffe blieben dennoch nicht ausgeschlossen. Darauf weist eine Vielzahl von Artikeln bzw. Artikeländerungen im Landbuch von 1623/1731 hin, die vom Landrat erlassen worden sind, wofür aber eine Ermächtigung seitens der Nachgemeinde jeweils nicht auszumachen ist<sup>189</sup>. In weiteren Fällen bestehen mindestens Anhaltspunkte dafür, dass der Landrat mit seinen Entschlüssen seine Machtbefugnisse überschritten hat<sup>190</sup>. Proteste dagegen blieben selten und diejenigen, die sie formulierten, wurden von der Obrigkeit nach Möglichkeit gemassregelt<sup>191</sup>.

<sup>180</sup> Beispiele: LR 1. 6. 1692, LRP 4 fol. 67a; LR 23. 4. 1706, LRP 5 fol. 109b; LR 20. 4. 1713, LRP 5 fol. 319b; LR 8. 5. 1724, LRP 6 fol. 165a; LR 23. 4. 1749, LRP 7 fol. 279b; LR 5. 5. 1751, LRP 8 fol. 37a; LR 8. 5. 1752, LRP 8 fol. 56a; LR 5. 5. 1773, LRP 10 fol. 4a; LR 5. 5. 1779, LRP 10 fol. 125a

<sup>181</sup> Beispiele: LR 2. 5. 1713, LRP 5 fol. 322b f.; LR 29. 4. 1722, LRP 6 fol. 127a; LR 23. 4. 1723, LRP 6 fol. 143b; LR 8. 5. 1752, LRP 8 fol. 56a; LR 5. 5. 1773, LRP 10 fol. 4a

<sup>182</sup> LRP 9 fol. 279b

<sup>183</sup> Beispiele: LR 2. 3. 1711, LRP 5 fol. 251a (Beisteuerwesen); LR 25. 5. 1739, LRP 7 fol. 79b; vgl. LR 23. 4. 1744, LRP 7 fol. 201b; LR 5. 5. 1779, LRP 10 fol. 124b f.; Lb 1782, V. S. 9

<sup>184</sup> Beispiele: Transporttarif für Fährschiffe ab Stansstad: LR 15. 3. 1681, LRP 3 fol. 371a; Flüeler, S. 145 ff.. — Feuerordnung: LR 22. 12. 1710, LRP 5 fol. 248b; LR 5. 1. 1746, LRP 7 fol. 226b f.; Steiner-Barmettler, S. 20 ff., S. 94

<sup>185</sup> s. S. 162 f.

<sup>186</sup> vgl. LR 23. 4. 1783, LRP 10 fol. 211b

<sup>187</sup> allgemein: NG 14. 5. 1747, LGP A fol. 89a; Lb 1623/1731, S. 82 N. auf 1693, S. 114 f. N. (teilweise); Lb 1690, fol. 40a, fol. 84a; Lb 1782, V. S. 3, V. S. 15. — Hervorhebung in Einzelfällen: NG 21. 5. 1730, LRP 6 fol. 369b; NG 10. 5. 1739, LGP A fol. 12a

<sup>188</sup> LR 11. 3. 1758, LRP 8 fol. 212a; LR 6. 8. 1770, LRP 9 fol. 206a

<sup>189</sup> Beispiele aus der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts (das Lb 1623/1731 beinhaltet noch weitgehend Angaben über die erlassende Instanz und den Zeitpunkt): Lb 1623/1731, S. 1, S. 3, S. 7, S. 15, S. 21, S. 26, S. 40, S. 73, S. 90, S. 110 f., S. 142 f., S. 153, S. 173, S. 188, S. 189, S. 194

<sup>190</sup> LR 1. 9. 1692, LRP 4 fol. 67a; LR 23. 4. 1744, LRP 7 fol. 201b; LR 23. 4. 1751, LRP 8 fol. 35a; LR 14.5. 1781, LRP 10 fol. 177a

<sup>191</sup> vgl. R&L (eher: LR!) 13. 9. 1700, LRP 4 fol. 311a f.; vgl. S. 179. — LR 28. 9. 1751, LRP 8 fol. 46b; Der Gesandte Franz Durrer wurde zum Zurücknehmen entsprechender Behauptungen verpflichtet und auf zehn Jahre von allen Gemeinden ausgeschlossen.

Die gültigen Satzungen hingegen wiesen dem Landrat das Entscheidungsrecht darüber zu, ob ein neu erlassener Artikel bereits im ersten Jahr seiner Gültigkeit von einer ausserordentlichen Landsgemeinde wiederum in Diskussion gezogen werden dürfe<sup>192</sup>, und ob in einer Sache, die bereits im gleichen Jahr an einer ausserordentlichen Landsgemeinde beraten worden war, eine zweite einberufen werden könne<sup>193</sup>. In beiden Fällen forderten die Artikel das Vorhandensein einer Notlage; die Berechtigung, ihr Vorhandensein zu bejahen oder zu verneinen, bedeutete gleichzeitig Macht wie Verantwortung.

Einen zusätzlichen Bereich für die Einflussnahme auf die Gesetzgebung ergab sich über die Auslegung zu wenig schlüssiger Artikel bzw. Nachgemeinde-Beschlüsse, die der Landrat gelegentlich vornahm<sup>194</sup>. In bezug auf die Nutznießung der Genossame, der Urte- und Bergrechte war ihm das Recht zur Erläuterung gar ausdrücklich im Landbuch zugesichert<sup>195</sup>. — Dass über die Interpretation die ursprüngliche Absicht eines gesetzgeberischen Erlasses klarer umrissen werden konnte, geht beispielsweise aus den Artikeln hervor, welche Vermögenszuwendungen an die Tote Hand einzuschränken versuchten<sup>196</sup>. Am 24. April 1684 untersagte der Landrat, in der Zukunft Bruderschaften, Kirchen oder Kapellen Gemeinalanteile zuzuschreiben<sup>197</sup>, ohne näher zu erläutern, ob in das Verbot auch Pfrundbegründungen eingeschlossen seien. Aus der Tatsache, dass nach diesem Datum an die Kaplaneipfrund auf Obbürgen<sup>198</sup> Beiträge gespendet und jene in Dallenwil überhaupt erst fundiert wurde<sup>199</sup>, geht hervor, dass solche Zuwendungen mindestens explizit noch nicht untersagt waren. Zweifel an der Rechtmässigkeit mögen es gewesen sein, welche die Obrigkeit bewogen, die Dallenwiler Stiftungsurkunde zur zusätzlichen Genehmigung auch dem Geschworenen Gericht zu unterbreiten<sup>200</sup>. Die im Jahre 1703 von der Nachgemeinde bekräftigte und mit einem Vorbehalt gegenüber Neubauten von Kirchen und Kapellen ergänzte Gesetzgebung schloss zwar auch jetzt den Übertrag von Gütern aus, brachte aber in bezug auf einzelne Zuwendungen an kirchliche Einrichtungen keine Klärung<sup>201</sup>. Innerhalb des Landrates bestand darnach offenbar wiederum

<sup>192</sup> Lb 1623/1731, S. 115; Lb 1690, fol. 84a

<sup>193</sup> Lb 1623/1731, S. 114 N.; Lb 1690, fol. 83b; Lb 1782, V. S. 4

<sup>194</sup> Beispiele: LR 27. 4. 1689, LRP 4 fol. 2a; LR 23. 4. 1691, LRP 4 fol. 32b (Verschiebung); LR 22. 12. 1710, LRP 5 fol. 249b (Weigerung und Auftrag an den Wochenrat); LR 14. 4. 1734, LRP 6 fol. 442b; LR 17. 3. 1738, LRP 7 fol. 49a; LR 14. 5. 1751, LRP 8 fol. 40a; LR 31. 6. 1751, LRP 8 fol. 44b; LR 9. 6. 1753, LRP 8 fol. 77a (Käseausfuhr-Artikel); LR 28. 6. 1762, LRP 8 fol. 329b; LR 23. 4. 1772, LRP 9 fol. 279a (überlässt Interpretationen dem Geschworenen Gericht)

<sup>195</sup> 1782, V. S. 9

<sup>196</sup> Über die ältere diesbezügliche Gesetzgebung vgl. Graf, Tote Hand, S. 17 ff.

<sup>197</sup> LRP 3 fol. 404b

<sup>198</sup> 1689 und 1699; Odermatt, Filialkirchen, S. 341

<sup>199</sup> 1694; vgl. meinen Aufsatz Die Fundation der Pfründe von Dallenwil, in: BGN Heft 39, Stans 1980, S. 96 ff.

<sup>200</sup> 21. 4. 1695, GGP J, unpag.

<sup>201</sup> NG 13. 5. 1703, LRP 5 fol. 42a; Lb 1623/1731, S. 79 N.; Lb 1690, fol. 145b N. (fälschlicherweise!) auf NG 1700; Lb 1782, III. S. 14, V. S. 49 f.

keine Sicherheit darüber, was galt. Am 1. März 1706 erlaubte er folglich noch die Zuwendung von Gütlen im Wert von 400 Pfund zugunsten des Ewigen Lichts in der St. Jost-Kapelle ob Ennetbürgen, «weylen diss Gestiff vor Uffsetzung des Articuls, der solches verbiehet, beschechen» sei<sup>202</sup>. 1708 bestätigte die Nachgemeinde das Verbot wiederum<sup>203</sup>. 1710 genehmigte der Landrat eine Stiftjahrzeit mit der Erläuterung, diese sei von der Urte Dallenwil vor 1703 approbiert worden und gereiche der Pfarrkirche nicht zum Nachteil; die Bestätigung erfolgte dennoch ausdrücklich «ohne Consequenz und ohnschedlich des Articulss» und wurde mit der Forderung verbunden, der Stiftungsurkunde sei deren Errichtung vor 1703 explizit beizufügen<sup>204</sup>.

Im gleichen Jahr forderte er die Anlage des Kapitals für eine Stansstader Pfründe «im Zuger Gepiet old anderwertig ussert Landtss»<sup>205</sup>; 1712 wies er hingegen die Ürtner von Stansstad und den von ihnen präsentierten potentiellen Stifter Arnold vom Bach vor die Landsgemeinde, obwohl diese geltend machten, dass «der Articul solches<sup>206</sup> keineswegs verpiethet»<sup>207</sup>. Zum Antrag an die höchste Gewalt, der vielleicht Klärung gebracht hätte, kam es im folgenden Jahr nicht, da im Haus des stiftungswilligen von Bach im März zuvor der katastrophale Dorfbrand von Stans seinen Anfang nahm<sup>208</sup>. Ende 1714 machten die Stansstader ihre Interpretation, der Artikel von 1703 verbiete nicht, «dass man . . . Pfründen in dem Landt stüfft möge», wiederum geltend, der sich jetzt der Landrat anschloss, weil der Artikel «lauth dem claren Buochstabn allein Kürchen, Capellen undt Bruederschafften nambset»<sup>209</sup>. Später, so im Jahre 1753 im Falle von Kehrsiten<sup>210</sup> und im Jahre 1785 im Falle von Oberrickenbach<sup>211</sup>, blieben Erläuterungen über die Zulässigkeit der Pfrundstiftungen aus. — Dem Verbot, keine neuen Kirchen und Kapellen ohne Einwilligung der Nachgemeinde zu bauen, gab der Landrat das Verständnis, es berühre nicht die Restauration oder den Ersatz bisheriger Bauten. Auf eine entsprechende Frage der Ennetbürger Ürtner und Räte hielt der Landrat fest, dass der Beschluss zu einer Renovation in ihre Kompetenz falle und «solches gäntzlichen nit wider den Articul» strebe<sup>212</sup>. Als dann statt der Erneuerung ein Neubau in Angriff genommen wurde, sprach der Landrat ohne Zögern den angeherrten Beitrag<sup>213</sup>. Unsicherheit über die Richtigkeit dieser Lesart des Artikels

<sup>202</sup> LRP 5 fol. 100b

<sup>203</sup> 13. 5., LRP 5 fol. 161b

<sup>204</sup> 23. 4., LRP 5 fol. 231a

<sup>205</sup> LR 15. 9. 1710, LRP 5 fol. 244a; LR 22. 12. 1710, LRP 5 fol. 250a

<sup>206</sup> d.h. eine Pfrundstiftung

<sup>207</sup> LR 7. 11. 1712, LRP 5 fol. 305a

<sup>208</sup> Steiner-Barmettler, S. 30, S. 46

<sup>209</sup> 30. 4. 1714, LRP 5 fol. 400a ff. — Die Stansstader Pfründe wurde auf den 25. 11. 1715 in Geltung gesetzt; Bünti, Chronik, S. 264 f.

<sup>210</sup> 17. 12., LRP 8 fol. 85b; s. aber auch LR 12. 2. 1786, LRP 10 fol. 269b, und LR 28. 2. 1786, LRP 10 fol. 271b

<sup>211</sup> 19. 12., LRP 10 fol. 252b; s. auch LR 20. 3. 1786, LRP 10 fol. 259b

<sup>212</sup> 23. 12. 1705, LRP 5 fol. 93b

<sup>213</sup> 23. 3. 1703, LRP 5 fol. 129a

geht aus der Haltung gegenüber dem Neubaubegehren der Stansstader Ürtner hervor, zu welchem Unternehmen der Landrat weder positiv noch negativ Stellung nehmen wollte<sup>214</sup>. Diese verlor sich über die Jahre allerdings gänzlich<sup>215</sup>. Mit der entsprechenden Konsequenz in Erinnerung blieb demgegenüber das grundsätzliche Verbot der Kapitalanlage in Gütlen seitens der Klöster und zugunsten der «Seelensonntage»<sup>216</sup>. Auf die Klage hin, die Stanser St. Klara-Schwestern würden sich für Geldausleihungen Gütlen hinterlegen lassen, wodurch im Falle eines Aufwurfes<sup>217</sup> die Gefahr bestehe, dass das Unterpfand — liegendes Gut — an sie übergehe, untersagte ihnen die Nachgemeinde solches Tun, nicht aber das Ausleihen von Geld an sich<sup>218</sup>. Deutlich reserviert zeigte sich der Landrat auch 1749 gegenüber den Intentionen der Läuferfamilie Zumbühl, dem Kloster ein Waldstück im Rotzloch zu verkaufen; zum in Aussicht gestellten Antrag an die Nachgemeinde auf Bewilligung des Verkaufs wollte er «weder rathen noch missrathen»<sup>219</sup>, worauf der Vorstoss an der folgenden Nachgemeinde unterblieb<sup>220</sup>. Als umgekehrt das Kloster 1785 einen Teil seiner Güter zu verkaufen gewillt war, wurde gar die ordentliche Landsgemeinde damit befasst, welche für die Sicherung der Kaufsumme bloss die Ausstellung von zweitrangigen<sup>221</sup> Gütlen oder Geldbriefen gestattete<sup>222</sup>. Der Fundation eines «Seelensonntags» in Buochs stimmte der Landrat mit dem Vorbehalt der Genehmigung durch die Nachgemeinde zu, äusserte aber den Wunsch, das Kapital sei ausser Landes anzulegen. Einen gleichen Bescheid gab er am selben Tag auf dessen Anersuchen Ritter J.J. Achermann, der zugunsten seiner Ennerberg-Kapelle eine Stiftung zu errichten beabsichtigte<sup>223</sup>. Den «Herren von Beggriedt» wurde noch 1732 «biss auff vier taussendt vierhundert Pfundt an Güllten der Capellen in dem Rydly zuo ergentzen» begünstiget «in Ansächung, sye ess zuvor gehabt»<sup>224</sup>. Die 1749 vorgenommene Artikelbereinigung bestätigte diese Praxis und forderte, «wan etwas abgelöst

<sup>214</sup> LR 16. 6. 1707, LRP 5 fol. 139b

<sup>215</sup> vgl. LR 13. 1. 1710, LRP 5 fol. 214a, und LR 23. 4. 1711, LRP 5 fol. 253b (Neubau Beinhäus Emmetten); LR 3. 1. 1714, LRP 5 fol. 358b (Neubau der Kapelle Rohren, Ennetmoos); LR 28. 11. 1718, LRP 6 fol. 60a (Umbauten Pfarrkirche St. Martin, Buochs)

<sup>216</sup> 1671 erhielt die Schweizerische Kapuzinerprovinz die päpstliche und bischöfliche Erlaubnis, in einer Gemeinde jährlich einmal an einem Sonntag Aushilfe im Beichtstuhl und auf der Kanzel zu halten. Wer von den Gemeindegliedern an diesem als Seelensonntag bezeichneten Tag zu den Sakramenten ging, konnte einen vollkommenen Ablass gewinnen und den armen Seelen im Fegefeuer zuwenden; Niederberger Franz, S. 453

<sup>217</sup> Konkurses

<sup>218</sup> NG 11. 5. 1721, LRP 6 fol. 112a

<sup>219</sup> LR 5. 5. 1749, LRP 7 fol. 281a

<sup>220</sup> vgl. NG 11. 5. 1749, LGP A fol. 115a ff.

<sup>221</sup> «zweirückig»; zur Unterscheidung von einrückigen, zweirückigen und Bargeld-Gütlen s. Zelger S. 209

<sup>222</sup> LG 24. 4., LGP B fol. 190b f.

<sup>223</sup> LR 24. 4. 1723, LRP 6 fol. 142f; Bewilligung der Anlagen durch die NG am 9. 5. 1723, LRP 6 fol. 146b

<sup>224</sup> LR 14. 1., LRP 6 fol. 391b

wird, sollen sie vor einem Landt-Rath vorkehren und umb die Erlaubtnuss anhalten, solchess wiederumb an Bargelltbrieff anlegen zu mögen»<sup>225</sup>. 1756 formulierte die Nachgemeinde mit dem Entscheid, der Ürte Emmetten die Bewilligung zur Errichtung eines Seelensonntags zu geben, gleich auch die einschränkenden Bedingungen<sup>226</sup>.

Einfluss auf die Geltungskraft der Rechtsregeln hat auch der Termin des Inkrafttretens. Als Regel, die sich allerdings nirgends schriftlich formuliert vorfindet, galt mit aller Wahrscheinlichkeit jeweils sofortige Verbindlichkeit mit der Annahme. Als von der Durchführbarkeit bedingte Ausnahme muss die Erklärung bzw. Erläuterung des Landrates am 14. Oktober 1754 gelten, «das[s] die gemachte Verordnungen wegen Nutzniessung der Genossamenen jhr Anfang für 1754 haben sollen»<sup>227</sup>.

### 2.3.1.5. Verwaltung

Im Tätigkeitsfeld des Landrates nahmen die verwaltenden Akte ein weites Feld ein. Da diesbezüglich klare Kompetenzzuweisungen weitgehend fehlten, sind die Befugnisse vorwiegend aus dem hergeleitet, was der Landrat in der Praxis unternommen hat.

Verwaltend trat der Landrat gelegentlich anstelle einer höheren Macht auf, nämlich dann, wenn die Nachgemeinde einen an sich ihr zustehenden Entscheid entweder zeitweise oder im Einzelfall an ihn delegierte<sup>228</sup>.

Die Verwaltung im einzelnen wickelte sich weitgehend über die Beamten ab, zu denen neben den Vorgesetzten Herren auch die Ratsherren und die Beamten ohne Ratsstelle zu zählen sind. Ihnen erteilte der Landrat häufig Einzelanweisungen<sup>229</sup>, schützte sie indessen im Gegenzug gegen Beeinträchtigungen seitens Dritter, denen sie in der Ausführung der landrätslichen Anordnungen ausgesetzt sein konnten<sup>230</sup>, und gewährte für die Tätigkeit die landbuchmässigen oder im Einzelfall beschlossenen Entschädigungen<sup>231</sup>. Den Gehorsam gegenüber seinen Anordnungen sicherte sich der Landrat über den Treueeid, der in individueller Form vom bestrangierten Vorgesetzten Herrn bis hinab zu den privaten Krämern und Gewerblern alljährlich geschworen werden musste<sup>232</sup>.

Weitgefächert war die Tätigkeit des Landrates im Bereich der Fürsorge und der Unterstützung Privater. Verpflichtete der Landrat beispielsweise die Einwohner-

<sup>225</sup> 3-LR 24. 10. 1749, LGP A fol. 122b; Lb 1623/1731, S. 204 N. (Zitat)

<sup>226</sup> NG 30. 5. 1756, LGP A fol. 180b

<sup>227</sup> LRP 8 fol. 114b

<sup>228</sup> 1720 bis 1723: Verleihung der Metzgereibänke; NG 9. 6. 1720, LRP 6 fol. 94a; NG 9. 5. 1751, LGP A fol. 141a

<sup>229</sup> vgl. S. 259

<sup>230</sup> LR 9. 5. 1772, LRP 9 fol. 282b

<sup>231</sup> LR 27. 4. 1689, LRP 4 fol. 2a; LR 21. 4. 1704, LRP 5 fol. 63b

<sup>232</sup> vgl. S. 212 f.

schaft zum Engagement im Käferfang<sup>233</sup>, so stand dahinter die Absicht, die gefährdeten Laubbäume vor der Insekten-Plage zu schützen und damit die Sorge für einen ausreichenden Ertrag an Früchten. Wurde hier der Einsatz über das Mindestmass hinaus belohnt, erhielt der Bauherr eines Hauses prinzipiell eine Subvention<sup>234</sup>. Einen landrätslichen Beitrag durften Eltern dann erwarten, wenn ihnen Zwillinge geboren wurden<sup>235</sup>; aber auch die Mutter eines unehelichen Kindes durfte auf Unterstützung zählen, wenn sie vor der Geburt «kranckh, arm und ellendt» war<sup>236</sup>. Die Verteilung von Almosen allgemein an bedürftige Leute<sup>237</sup> oblag nach einem Beschluss des Landrates vom 30. Mai 1695 bis zu einem Betrag von 20 Schilling dem Säckelmeister, höhere Beträge aber dem Rat<sup>238</sup>. Vergabungen an hiesige<sup>239</sup> und an auswärtige Kollektive<sup>240</sup> beschloss ebenfalls der Landrat, wobei er sich 1716 die Regel auferlegte, «allen Frömbden, welche usserth der Eydtgnossenschaft daheimb, keine Steüren weder an Brunsten, Was[s]er, neüwen Gebeüwen noch anders wie es Nammen haben möchte», mehr zu bezahlen<sup>241</sup>, und er sich nach dem Stanser Dorfbrand vermehrt davon leiten liess, ob der Petent an die Minderung des hiesigen Schadens auch beigetragen hatte

<sup>233</sup> Beispiel: LR 27. 4. 1689, LRP 4 fol. 2b

<sup>234</sup> LR 24. 4. 1702, LRP 5 fol. 9b; LR 22. 2. 1712, LRP 5 fol. 273a; LR 9. 5. 1718, LRP 6 fol. 50a; LR 10. 1. 1735, LRP 7 fol. 4a; LR 4. 5. 1744, LRP 7 fol. 203b; LR 23. 4. 1754, LRP 8 fol. 103a; LR 8. 8. 1763, LRP 9 fol. 15a; LR 23. 6. 1772, LRP 9 fol. 231b; LR 23. 10. 1780, LRP 10 fol. 165b; LR 12. 5. 1794, LRP 10 fol. 428a

<sup>235</sup> Bis 1646 wurde allein die Niederkunft zweier Knaben belohnt und zwar mit einem Lagel Wein; Lb 1690, fol. 56a. Darnach wurden — «es seyen Knäbli oder Mägtli» — 20 Pfund ausbezahlt, doch «soll man allwegen bey meinen Herren darumb vorkehren und versteht sich diss allein uff die Landtleüth»; Lb 1623/1731, S. 75 N. — Beispiele: LR 19. 12. 1707, LRP 5 fol. 149b; LR 3. 1. 1718, LRP 6 fol. 30b; LR 28. 9. 1729, LRP 6 fol. 348a; LR 20. 9. 1735, LRP 7 fol. 3b; LR 1. 12. 1755, LRP 8 fol. 149b; LR 13. 5. 1776, LRP 10 fol. 74b; LR 7. 5. 1787, LRP 10 fol. 292a; LR nach dem 20. 6. 1792 und vor dem 7. 4. 1794, LRP 10 fol. 424a

<sup>236</sup> Lb 1623/1731, S. 124; Lb 1690, fol. 92a

<sup>237</sup> Keine obrigkeitlichen Almosen erhielten Personen, die zum Betteln fähig waren oder über Blutsverwandte verfügten, welche sie unterstützen konnten; LR 12. 2. 1731, LRP 6 fol. 374b; Lb 1782, V. S. 110

<sup>238</sup> LRP 4 fol. 190a; Lb 1690, fol. 58b N.; Lb 1623/1731, S. 160 N.; NG 13. 5. 1703, LRP 5 fol. 41a (Bestätigung); vgl. auch LR 6. 5. 1743, LRP 7 fol. 184a. — Beispiele von Vergabungen: LR 19. 12. 1701, LRP 4 fol. 341a; LR 2. 3. 1711, LRP 5 fol. 251a; LR 13. 12. 1717, LRP 6 fol. 28b; LR 17. 5. 1731, LRP 6 fol. 380a; LR 22. 4. 1747, LRP 7 fol. 248b; LR 29. 10. 1756, LRP 8 fol. 182b; LR 17. 10. 1768, LRP 9 fol. 152a; LR 23. 6. 1772, LRP 9 fol. 232a. — Das Lb 1782, I. S. 10, übertrug diese Kompetenz dem regierenden Landammann.

<sup>239</sup> Beispiele: LR 23. 4. 1708, LRP 5 fol. 155a; LR 23. 4. 1711, LRP 5 fol. 253b; LR 28. 11. 1718, LRP 6 fol. 60a; LR 24. 4. 1723, LRP 6 fol. 142b; LR 19. 9. 1735, LRP 7 fol. 14b; LR 11. 5. 1744, LRP 7 fol. 206a; LR 27. 3. 1754, LRP 8 fol. 97b; LR 11. 1. 1773, LRP 9 fol. 301b; LR 8. 1. 1779, LRP 10 fol. 115b; LR 23. 10. 1780, LRP 10 fol. 164b; LR 12. 3. 1792, LRP 10 fol. 395a

<sup>240</sup> Beispiele: LR (WR?) 6. 7. 1693, LRP 4 fol. 115a; LR 22. 12. 1704, LRP 5 fol. 81a; LR 10. 6. 1720, LRP 6 fol. 95b; LR 28. 9. 1729, LRP 6 fol. 348a; LR 22. 3. 1734, LRP 6 fol. 440a; LR 9. 1. 1736, LRP 7 fol. 20a

<sup>241</sup> LR 2. 3., LRP 5 fol. 436a; Lb 1623/1731, S. 160. — 1728 erfolgte die Erläuterung, es solle «ussert den Rhün undt ussert die Eydtgenossenschafft, vorbehallten Wallis undt Brontrut, fürohrin uss dem Landseckhell keinem nichts mehr gesteuert werden». LR 20. 5., LRP 6 fol. 306b

oder nicht<sup>242</sup>. Unsicher war der Rat, ob er die Verteilung der Spenden an den Brandschaden an die Hand nehmen dürfe oder ob dies in die Zuständigkeit eines Gerichtes gehöre<sup>243</sup>. Das Geschworene Gericht wollte allerdings von der Aufgabe nichts wissen, weil die meisten Richter mit Geschädigten verwandt wären und schob sie so wieder dem Landrat zu<sup>244</sup>. Soweit es um die Einleitung der verwandschaftlichen Unterstützung ging, wurden die entsprechenden Handlungen «zu Abkürzung dess Rahtss» 1743 dem regierenden Landammann übertragen<sup>245</sup>, doch blieben die eigentlichen Massnahmen zur Bekämpfung der Armut dem Landrat überlassen<sup>246</sup>, insbesondere die Beurteilung, ob — nach erfolgter Vorprüfung durch den Ürte-Rat — eine Beisteuer überhaupt angelegt werden soll<sup>247</sup> und ob für Unterstützungsleistungen «vatterhalb genugsam Freündt seyen oder nit oder ob mutterhalb auch müssen genommen werden und in was Grad hinaus»<sup>248</sup>. In den Zusammenhang dieser Politik gehörte die Zurückhaltung in der Aufnahme von Beisässen<sup>249</sup>, und später die vorprüfende Kontrolle der von Beisitzkandidaten zur Hinterlage angebotenen Bürgschaft<sup>250</sup> und derjenigen zugunsten von auswärtigen Frauen<sup>251</sup>. Dass auch bei der landrätslichen Vorprüfung von Kandidaten für das Landrecht nicht nur der Leumund, sondern auch die finanzielle Lage des Bewerbers geprüft wurde, muss ebenfalls mit der Sorge in Zusammenhang gebracht werden, ein neuer Landmann könnte allenfalls verarmen und der Obrigkeit zur Last fallen<sup>252</sup>. Dem Landrat stand auch zu, Waldbrüdern den vorübergehenden Aufenthalt im Land zu bewilligen<sup>253</sup>, während die kurzzeitige Anwesenheit von Fremden ab 1776 nicht mehr vom Rat genehmigt werden musste, sondern dem regierenden Landammann zu tolerieren überlassen war<sup>254</sup>.

<sup>242</sup> 1739 liess sich der Landrat dafür eigens ein Verzeichnis der Spender an den Dorfbrandschaden anfertigen; 25. 5., LRP 7 fol. 78b; vgl. dazu Steiner-Barmettler, S. 64 f.

<sup>243</sup> LR 16. 7. 1714, LRP 5 fol. 388b f.

<sup>244</sup> GG 20. 7. 1714, GGP K, unpag.; vgl. LR 23. 7. 1714, LRP 5 fol. 389b f.; Steiner-Barmettler, S. 73 f.

<sup>245</sup> LR 6. 5., LRP 7 fol. 184a f.. — 1703 lehnte die Nachgemeinde eine Regelung mit ähnlicher Absicht ab; 13. 5., LRP 5 fol. 41a f.; vgl. LR 19. 6. 1702, LRP 5 fol. 20a

<sup>246</sup> Lb 1623/1731, S. 223 N. auf NG 14. 5. 1752, LGP A fol. 147b

<sup>247</sup> Lb 1623/1731, S. 209 N. auf 3-LR 24. 10. 1749, LGP A fol. 124b; Lb 1782, V. S. 106 f.

<sup>248</sup> 3-LR 24. 10. 1749, LGP A fol. 123b; Lb 1782, V. S. 107, V. S. 9 (allgemeiner)

<sup>249</sup> die von der Nachgemeinde 1652 in die Macht des Landrates oder der Nachgemeinde gelegt und 1674 ausschliesslich der Nachgemeinde übertragen wurde; Lb 1690, fol. 29b; Lb 1623/1731, S. 27. — Die doppelte Höhe der geforderten Beisässen-Bürgschaft wurde von Beisitz-Kandidaten aus dem Luzernischen verlangt, wenn diese Kinder hatten; Lb 1690, fol. 30a; Lb 1623/1731, S. 28 N.; Lb 1782, I. S. 40

<sup>250</sup> Lb 1782, I. S. 41 N. auf NG 9. 5. 1790, LGP B fol. 218b

<sup>251</sup> «Wegen Hinderlegung der Bürgschaften wolle man beim Artikel verbleiben, und sollen solche nur an Landräthen angenommen werden, od[er] aber, fahls sie nit für erklecklich erfunden, zurückgewiesen werden.» LR 17. 3. 1783, LRP 10 fol. 210a

<sup>252</sup> Lb 1623/1731, S. 54 N. auf NG 1731 (fälschlich! Der Beschluss wurde erst von der NG am 13. 5. 1736, LRP 7 fol. 25b, gefasst.); Lb 1782, I. S. 39.

<sup>253</sup> alternativ neben dem Wochenrat! Lb 1623/1731, S. 182 N. auf NG 10. 5. 1705, LRP 5 fol. 87a

<sup>254</sup> LR 6. 5., LRP 10 fol. 74b

Die Sorge um den Vermögensstand des Volkes war vermutlich Veranlassung dafür, einige erbrechtliche Rechtsgeschäfte vom Landrat bestätigen zu lassen, so allgemein von Frauen errichtete Testamente<sup>255</sup> und Verpflichtungen auf künftiges Erbe hin<sup>256</sup>. Um die Tote Hand nicht über Gebühr erstarken zu lassen, bedurfte die Aufnahme von auswärtigen Frauen ins Kloster St. Klara in Stans der Genehmigung durch den Landrat<sup>257</sup>, ebenso die Kapitalanlagen, die von Kirchen, Kapellen oder Bruderschaften getätigten wurden<sup>258</sup>. Eher von der Ehrfurcht vor einer Anordnung eines Verstorbenen hingegen war die Forderung geprägt, dass nur der Landrat einen vom im Todesbett liegenden Vater bestimmten Vormund zu entlassen vermöge<sup>259</sup>. Von weiterem öffentlichen Interesse war demgegenüber die Erteilung des Mannrechtes an einen Auswanderungswilligen<sup>260</sup>, konnte doch dabei ein allfälliger Gläubiger auf den bevorstehenden Wegzug aufmerksam werden, und gewann auch das Land dessen Wahl die Sicherheit, nicht einen landesflüchtigen Schuldner in seine Gemarkungen einzulassen.

Nicht viel Raum zu eigenem Handeln verblieb dem Landrat in finanzieller Hinsicht. Die Ausgaben und die Einnahmen bewegten sich allgemein in bescheidenem Rahmen und waren in den Beiträgen meist fixiert. Bei den in den Artikeln festgelegten Einnahmen und Ausgaben konnte es etwa darum gehen, die Zahl der Fälle zu vergrössern bzw. zu vermindern<sup>261</sup> oder Ausnahmen zu gewähren<sup>262</sup>. Verfügungen über die Regale<sup>263</sup> zeitigten ebenso Auswirkungen auf den Staatsäckel wie etwa die Bewilligung zur Eröffnung eines Gastwirtschaftsbetriebes<sup>264</sup>.

Die Versorgungslage mit lebenswichtigen Gütern erforderte einige Einschränkungen im Handel<sup>265</sup>. Abweichungen vom Verbot zu erlassen, Baumnüsse

<sup>255</sup> Beispiel: LR 27. 4. 1689, LRP 4. fol. 1b

<sup>256</sup> NG 12. 5. 1754, LRP A fol. 158a; Lb 1623/1731, S. 220 N.; Lb 1782, V. S. 9, V. S. 45

<sup>257</sup> 2-LR 23. 4. 1695, LRP 4 fol. 183a; Lb 1623/1731, S. 159, und Lb 1690, fol. 117b, beide N. auf (Georgen-)LR 1695; Lb 1782, V. S. 9, V. S. 153

<sup>258</sup> Lb 1623/1731, S. 204, N. auf 3-LR 24. 10. 1749, LGP A fol. 122b

<sup>259</sup> R&L (eher: LR) 10. 3. 1721, LRP 6 fol. 108a; LR 23. 4. 1755, LRP 8 fol. 128b; Lb 1782, V. S. 9, V. S. 60

<sup>260</sup> Beispiele: LR 10. 12. 1732, LRP 6 fol. 411a; LR 16. 2. 1739, LRP 7 fol. 69a; LR 19. 8. 1739, LRP 7 fol. 88b; LR 10. 10. 1740, LRP 7 fol. 117b; LR 7. 9. 1744, LRP 7 fol. 209a; LR 5. 1. 1746, LRP 7 fol. 225b; LR 13. 5. 1748, LRP 7 fol. 270a; LR 3. 3. 1749, LRP 7 fol. 278a; LR 12. 1. 1750, LRP 8 fol. 9b

<sup>261</sup> Beispiele: Anzahl der Kommissionssitzungen, LR 15. 3. 1694, LRP 4 fol. 148a; LR 13. 12. 1756, LRP 8 fol. 187a; LR 23. 4. 1757, LRP 8 fol. 192a. — Unterstützungsbeiträge aus dem Landsäckel: LR 2. 3. 1711, LRP 5 fol. 251a

<sup>262</sup> vgl. LR 23. 4. 1736, LRP 7 fol. 22a, und alt LR 18. 5. 1736, LRP 7 fol. 26b

<sup>263</sup> z. B. die Verpachtung der Gewässer, LR 27. 4. 1689, LRP 4 fol. 1b

<sup>264</sup> «Hinfüro auch, wan jemandt ein Würtschaft anzustellen willens, soll jederzeit vor ein hochweyser Landrath gekehrt werden.» LR 9. 5. 1759, LRP 8 fol. 239b

<sup>265</sup> Salzhandel: LR 29. 5. 1709, LRP 5 fol. 198a; LR 17. 12. 1736, LRP 7 fol. 81a; LR 11. 3. 1743, LRP 7 fol. 180b; LR 1. 4. 1743, LRP 7 fol. 181b; LR 10. 6. 1743, LRP 7 fol. 187b f.; LR 9. 10. 1752, LRP 8 fol. 61b; LR 9. 7. 1753, LRP 8 fol. 76b; LR 4. 12. 1758, LRP 8 fol. 228a; LR 10. 9. 1764, LRP 9 fol. 37a. — Kornhandel: LR 12. 1. 1750, LRP 8 fol. 10b f. (Kornkäufer); LR 2. 3. 1750, LRP

bzw. daraus gewonnenes Öl aus dem Land zu führen, behielten sich 1732<sup>266</sup> die Gnädigen Herren vor, wobei 1745 die Erläuterungen abgegeben wurde, «sollchen Gnadt mittheilen zu mögen», bleibe «einem gesässnen Landtrath allein reserviert» und solle «ein Wuchenrath dessen nit befüegt seyn»<sup>267</sup>. «Ohne die Erlaubnis meiner Herren» sollten zur Laichzeit der Forellen und Balchen keine Fische dieser Art «usserts Landt, weder Gottshäuseren noch sunsten», verkauft werden<sup>268</sup>. Später galt die Bedingung, dass die Landesbevölkerung vorab ausreichend mit Fischen versorgt sein musste, bevor solche auf den Luzerner Markt getragen werden durften<sup>269</sup>. In ähnlicher Weise sprach sich der Landrat darüber aus,

8 fol. 13a; LR 25. 9. 1750, LRP 8 fol. 21b; LR 16. 9. 1765, LR 9 fol. 74b; LR 23. 9. 1767, LRP 9 fol. 119b ff.; LR 17. 9. 1770, LRP 9 fol. 208a; LR 5. 5. 1773, LRP 10 fol. 2a; LR 15. 6. 1782, LRP 10 fol. 207a. — Käseausfuhr: LR 17. 9. 1708, LRP 5 fol. 174a; LR 29. 5. 1709, LRP 5 fol. 198a; LR 29. 7. 1709, LRP 5 fol. 203a; LR 3. 9. 1714, LRP 5 fol. 395b; LR 9. 6. 1753, LRP 8 fol. 77a; LR 27. 10. 1794, LRP 10 fol. 437b. — Butterausfuhr: LR 12. 6. 1737, LRP 7 fol. 41b; LR 23. 4. 1744, LRP 7 fol. 201a; LR 5. 12. 1760, LRP 8 fol. 283a; LR 12. 2. 1770, LRP 9 fol. 189b f.. — Ziegerausfuhr: LR 19. 6. 1702, LRP 5 fol. 19a. — Rübenausfuhr: LR 18. 9. 1702, LRP 5 fol. 27b; LR 25. 9. 1716, LRP 5 fol. 451a. — Obstausfuhr: LR 18. 9. 1702, LRP 5 fol. 27b; LR 24. 9. 1715, LRP 5 fol. 421a; LR 10. 10. 1740, LRP 7 fol. 119a; LR 27. 8. 1774, LRP 10 fol. 35b. — Mosteinfuhr: LR 25. 9. 1716, LRP 5 fol. 451a. — Salpeterhandel: LR 25. 5. 1705, LRP 5 fol. 90a; LR 21. 1. 1743, LRP 7 fol. 178a; LR 4. 5. 1757, LRP 8 fol. 194a; LR 30. 4. 1763, LRP 9 fol. 7a

<sup>266</sup> Lb 1623/1731, S. 15 N. auf NG 1732 (wo indessen ein Eintrag nicht zu finden ist! LRP 6 fol. 403a ff.). — Die Kompetenz lag schon zuvor beim Landrat; vgl. LR 19. 6. 1702, LRP 5 fol. 18a; LR 5. 5. 1704, LRP 5 fol. 67b; LR 22. 12. 1704, LRP 5 fol. 81a; LR 25. 5. 1705, LRP 5 fol. 89b; LR 28. 4. 1707, LRP 5 fol. 135a; LR 16. 6. 1707, LRP 5 fol. 137b; LR 19. 9. 1707, LRP 5 fol. 143b; LR 5. 3. 1708, LRP 5 fol. 151a; LR 25. 9. 1709, LRP 5 fol. 208b; LR 28. 5. 1714, LRP 5 fol. 382a; LR 30. 10. 1715, LRP 5 fol. 425b; fol. 426b; LR 23. 12. 1715, LRP 5 fol. 431a; LR 20. 12. 1723, LRP 6 fol. 137a; LR 20. 12. 1728, LRP 6 fol. 318a, fol. 319a; LR 27. 6. 1729, LRP 6 fol. 338b; LR 23. 11. 1729, LRP 6 fol. 353a. — Beispiele nach 1732: LR 9. 9. 1743, LRP 7 fol. 191a; LR 6. 5. 1748, LRP 7 fol. 269a; LR 31. 7. 1751, LRP 8 fol. 42b; LR 11. 3. 1754, LRP 8 fol. 93b f.; LR 6. 3. 1765, LRP 9 fol. 57a; LR 18. 9. 1771, LRP 9 fol. 260b; LR 15. 12. 1788, LRP 10 fol. 322a

<sup>267</sup> LR 30. 9.; wiederum ohne die Verdeutlichung: Lb 1782, IV. S. 49

<sup>268</sup> Lb 1623/1731, S. 73 N. auf LR 23. 4. 1648, LRP 3 fol. 1a; Lb 1690, fol. 53b f. — Probleme mit den Fischern — vor allem wegen der Verletzung der Pflicht, die Fische zuerst auf dem Stanser Markt feilzuhalten — beschäftigten den Landrat immer wieder: vgl. etwa LR 5. 3. 1703, LRP 5 fol. 34a; LR 5. 5. 1704, LRP 5 fol. 68a; LR 2. 3. 1705, LRP 5 fol. 81a; LR 25. 2. 1709, LRP 5 fol. 184b f.; LR 28. 11. 1718, LRP 6 fol. 59a; LR 14. 4. 1734, LRP 6 fol. 443a; LR 28. 7. 1737, LRP 7 fol. 42a; LR 11. 5. 1750, LRP 8 fol. 17b; LR 5. 11. 1770, LRP 9 fol. 213b; LR 15. 4. 1787, LRP 10 fol. 285a; LR 23. 4. 1788, LRP 10 fol. 312a

<sup>269</sup> Der obrigkeitliche Bote hatte sich diejenigen zu merken und jene zu melden, die jeweils am Samstag in Luzern verbotenerweise Fische feilboten; Lb 1623/1731, S. 61 N. auf LR 28. 7. 1737, LRP 7 fol. 42a

ob er die Ein- und Ausfuhr von Braunvieh<sup>270</sup> und die Ausfuhr von Holz<sup>271</sup> gestatten wolle.

Als verwaltende kann man weiter die Akte erachten, die der Landrat im Sinne einer Empfangsstelle für Anzeigen tätigte<sup>272</sup>. Waren auf Verfehlungen fixe Bussen gesetzt, sollte nach einem 1767 gefällten und 1768 bestätigten Entscheid weder vom Rat noch vom Landrat geurteilt, sondern allein «die nöthige Processen formiert und so danne die Sachen abzustraffen vor das Buossengricht gewüsen werden»<sup>273</sup>. Schon Jahre zuvor hatte der Landrat die Forderung aufgestellt, ihm seien jeweils an den ordentlichen Sitzungen alle jene zu nennen, die vor das Bussengericht zitiert worden wären, auf dass er den Termin für dessen Zusammentritt festlegen könne<sup>274</sup>. 1707 fügte der Georgenlandrat für die «Auffrichtung der Processen» die Regelung ein, dass sowohl Kundschaften wie Examina «in Frag und Antwort sollen gestelt und alle Processen also formiert» werden sollen. Dem anzeigenenden Ratsherrn wurde allerdings aufgetragen, den «Landtschr[eiber]n old Ambtsleüthen die orden[t]lichen Frag und Ansünnungen schriftlichen anzuzeigen, damit die Landtschr[eiber] zuo keinen Zeiten befahret werden»<sup>275</sup>.

<sup>270</sup> Beispiele: LR 17. 9. 1708, LRP 5 fol. 174a; LR 3. 9. 1714, LRP 5 fol. 395b; LR 30. 10. 1715, LRP 5 fol. 426b; LR 23. 4. 1717, LRP 5 fol. 15b, fol. 16a; LR 8. 5. 1719, LRP 6 fol. 76a; LR 3. 1. 1721, LRP 6 fol. 105b (Bestätigung des Artikels betreffend Lehenkühe); LR 20. 3. 1734, LRP 7 fol. 2a; LR 19. 9. 1735, LRP 7 fol. 15a; LR 7. 11. 1741, LRP 7 fol. 162a; LR 15. 5. 1767, LRP 9 fol. 113b f.; LR 31. 8. 1772, LRP 9 fol. 293b; LR 26. 10. 1772, LRP 9 fol. 299b; LR 7. 4. 1773, LRP 9 fol. 308a; LR 11. 10. 1773, LRP 10 fol. 14a; LR 6. 3. 1776, LRP 10 fol. 67b; LR 12. 11. 1781, LRP 10 fol. 192b; LR 23. 4. 1782, LRP 10 fol. 199b (Viehausfuhr soll durch Rät' und Landleute bewilligt werden); LR 17. 9. 1787, LRP 10 fol. 297a, fol. 297b; LR 5. 5. 1794, LRP 10 fol. 425b, fol. 426b. — Der Regulierung des Viehbestandes diente auch die Bewilligungspflicht für Heuaus- und -einfuhren, die grundsätzlich von Rät' und Landleuten erteilt, darin aber regelmässig vom Landrat konkurriert wurden: LR 23. 4. 1705, LRP 5 fol. 83a; LR 13. 12. 1717, LRP 6 fol. 27b; LR 3. 1. 1721, LRP 6 fol. 105b; LR 8. 10. 1738, LRP 7 fol. 57b; LR 22. 3. 1745, LRP 7 fol. 214a; LR 8. 10. 1756, LRP 8 fol. 177a; LR 6. 6. 1771, LRP 9 fol. 241b (Bestätigung eines Ausfuhrverbotes von R&L); LR 15. 12. 1788, LRP 10 fol. 321b

<sup>271</sup> Beispiele: LR 25. 5. 1705, LRP 5 fol. 88a (verbogene Ausfuhr von Nussbaumholz); LR 19. 12. 1707, LRP 5 fol. 149a; LR 4. 5. 1716, LRP 5 fol. 441a; LR 23. 4. 1739, LRP 7 fol. 72a; LR 26. 9. 1746, LRP 7 fol. 240b; LR 11. 8. 1755, LRP 8 fol. 139a; LR 22. 8. 1768, LRP 9 fol. 150a; LR 18. 2. 1782, LRP 10 fol. 196a; LR 19. 9. 1791, LRP 10 fol. 393a. — 3-LR 24. 10. 1749, LGP A fol. 125a; Lb 1623/1731, S. 189 N.

<sup>272</sup> Lb 1623/1731, S. 74 N.; Lb 1690, fol. 55b. — «Wenn in unserem Landt geschändt würd . . . , so mag der Beschädigte es meinen Herren klagen und die Verargwohnte namhaft machen, da danne Meine Gn. Herren, im Fahl hierumben keine ohnparteyische Kundschafften verhanden, nach Beschaffenheit, wass criminal ist, einen oder zwey von solchen bescheiden und eydtlich fragen lassen mögen, ob sy selbsten die Thätter oder wüssen, wer die That begangen habe? Darüberhin aber für ihre Person ledig gesprochen seyn sollen.» Lb 1623/1731, S. 80 N.

<sup>273</sup> LR 23. 4. 1767, LRP 9 fol. 108a; LR 23. 4. 1768, LRP 9 fol. 133b

<sup>274</sup> LR 26. 9. 1753, LRP 8 fol. 81b

<sup>275</sup> (Georgen-)LR 16. 4. 1707, LRP 5 fol. 130b

Dass dem Landrat ein Weisungsrecht gegenüber den Ürten zustand, geht aus dem Landbuch<sup>276</sup> und diversen Einzelanordnungen hervor, mit denen er in Entscheide einer Ürte eingriff<sup>277</sup> oder mit denen er die Verantwortlichen in einer Ürte zum Handeln zu zwingen suchte. Ein «von seithen der H[erre]n Ührtneren von Buochs vor etwass Zeitss wegen Einrichtung der Kriegsrödeln ergangenes Möhr» erklärte er Ende 1714 als «auss beführenden Ursachen auffgehoben undt genichtiget» und setzte unter dem Vorbehalt, die Buochser wären «zue anderen Disposition gewillet», die alte Ordnung wieder in Kraft<sup>278</sup>. Einem Anersuchen des gemeinsamen Weibels der Ürten Buochs, [Ennet-]Bürgen, Beckenried und Emmetten, seinen Wohnsitz entgegen dem Brauch und entgegen dem Willen der Buochser Räte in Beckenried<sup>279</sup> zu behalten, widersetzte er sich 1718 unter Berufung auf das Artikelbuch und das Herkommen<sup>280</sup>. Auf Klage des nicht mehr bestätigten Ennetmooser Siegristen annulierte der Landrat 1719 die von der Ürte getroffene Wahl, gebot deren nochmalige Durchführung und die Berücksichtigung des Übergangenen<sup>281</sup>. Einem nicht mehr amtswilligen Kirchmeier aus Beckenried riet er im gleichen Jahr zu einer gütlichen Einigung nach Massgabe eines offenbar in dieser Sache ergangenen Urteils des Geschworenen Gerichts<sup>282</sup>. Die Stanser Genossen, die sich in den 1760-er Jahren standhaft weigerten, sogenannte «Strafherren» zu bezeichnen, wurden mit der Drohung einer Ersatzvornahme konfrontiert und gleichzeitig nachdrücklich angehalten, sie möchten sich gegen die «H[erren] Vorgesetzten und Räthen mit gezimmendem Respekt und Ehrerbiethung erzeigen und . . . auch still, ruhig und fridsam jhre Gemeindten anfangen, fortsetzen und also beendigen»<sup>283</sup>. Da die Mahnung offensichtlich wirkungslos blieb, beschloss der Landrat, Kleindelinquenten unter Umgehung der geforderten Strafherren der urteilenden Obrigkeit zuzuführen und den Genossen das Rathaus für ihre Gemeinden zu verweigern, solange, bis sie «sich schuldigermassen mit allem Respect gegen M[aine] g[nädigen] H[er]r[en] und Obern und jhren H[er]r[en] Vorgesetzten und Räthen sich aufführen und die hochoberkheitliche Verordnung und Befelche beflissenst vollziechen werden»<sup>284</sup>. Den Beckenriedern befahl der Landrat 1771, sie sollten «nochmahl zusammen treten und in Freindlichkeit miteinanderen mehren, ob sie Land aufthun wollen oder nit»; um

<sup>276</sup> 1782, V. S. 9: «. . . Er gibt die gutbefindliche Erleütherung wegen Nutznüessung der Gnossamme, Ürthi- und Bergrechten, . . .»

<sup>277</sup> «Das[s] über solche und dergleichen Fählen» — z.B. bei Ungewissheit, wer an einer örtlichen Schützengemeinde teilnahmeberechtigt sei — «die nöthige Erklärung zu ertheillen nicht von dem hochw. Geschworenen Gricht, sondern von dem hochw. Landtrath abhange», hielt der Landrat selbst fest; 20. 4. 1791, LRP 10 fol. 384b. — Zurückhaltend aber: LR 28. 11. 1768, LRP 9 fol. 154a

<sup>278</sup> 31. 12., LRP 5 fol. 401a

<sup>279</sup> statt in Buochs

<sup>280</sup> LR 2. 5., LRP 6 fol. 45b

<sup>281</sup> LR 9. 1., LRP 6 fol. 67b ff.

<sup>282</sup> LR 26. 6. 1719, LRP 6 fol. 81b

<sup>283</sup> LR 13. 4. 1768, LRP 9 fol. 132b f.

<sup>284</sup> LR 17. 8. 1768, LRP 9 fol. 149a; eine Vereinbarung kam am 17. 10. 1768, LRP 9 fol. 153a, zustande

sachliche Verhandlungen zu sichern, ordnete er zugleich zwei Vorgesetzte zum Besuch der Zusammenkunft ab<sup>285</sup>. 1773 trat ein von den Stanser Dorfleuten gewählter Siebner auf Druck des regierenden Landammanns von seinem Amt kurz nach seiner Wahl wieder zurück<sup>286</sup>.

Für ausserordentliche Versammlungen hatten sich die Ürtner die Genehmigung des Landrates einzuholen, damit sie mit «vollkommener Gewalt» zusammenentreten konnten<sup>287</sup>.

Auch bezüglich der Aussenbeziehungen war der Landrat oft zum Fassen von Beschlüssen aufgerufen. Häufig nahm er Kenntnis von eingelangten Briefen, und er legte Art und Inhalt der Antwort fest<sup>288</sup>. Dazu bereinigte er die Haltung zu diversen Einzelfragen<sup>289</sup>, erliess in Konkurrenz zu Rät' und Landleuten<sup>290</sup> gelegentlich Instruktionen an die Gesandten<sup>291</sup> und hörte sich deren Relationen an<sup>292</sup>. In teilweiser Konkurrenz zum Zweifachen Landrat verabschiedete er auch Stellungnahmen in Angelegenheiten der tessinischen Vogteien<sup>293</sup>.

### 2.3.1.6 Gerichtsbarkeit

Trotz Gerichtsbehörden mit umschriebenen Kompetenzen verblieben dem Landrat einige Bereiche, in denen ihm die Rechtssprechung zustand. Fast völlig ausgeschlossen war er von zivilrechtlichen Angelegenheiten, mit Ausnahme sol-

<sup>285</sup> LR 16. 1., LRP 9 fol. 219b

<sup>286</sup> Beim Siebner handelte es sich um Sebastian Businger, der 1761 in die Verbannung geschickt worden war und später begnadigt wurde; LR 10. 5. 1773, LRP 10 fol. 5a

<sup>287</sup> Beispiele: LR 26. 6. 1715, LRP 5 fol. 413a; LR 10. 3. 1727, LRP 6 fol. 249a; LR 12. 6. 1741, LRP 7 fol. 139a; LR 1. 3. 1751, LRP 8 fol. 31b; LR 7. 5. 1764, LRP 9 fol. 30a; LR 10. 5. 1773, LRP 10 fol. 5a; LR 7. 5. 1781, LRP 10 fol. 172b; LR 18. 6. 1794, LRP 10 fol. 428b

<sup>288</sup> Beispiele: LR 27. 4. 1689, LRP 4 fol. 2a; LR 20. 11. 1702, LRP 5 fol. 31b; LR 2. 3. 1713, LRP 5 fol. 308b; LR 20. 10. 1724, LRP 6 fol. 176b; LR 28. 9. 1729, LRP 6 fol. 348a; LR 23. 4. 1739, LRP 7 fol. 71b; LR 15. 2. 1751, LRP 8 fol. 28a; LR 23. 4. 1756, LRP 8 fol. 163b ff.; LR 20. 6. 1763, LRP 9 fol. 11b f.; LR 23. 4. 1771, LRP 9 fol. 234a ff.; LR 29. 5. 1780, LRP 10 fol. 153a ff.; LR 12. 5. 1794, LRP 10 fol. 427b. — Nach dem Lb 1782 oblag die Beantwortung obrigkeitlicher Schreiben primär dem Wochenrat; V. S. 11

<sup>289</sup> LR 4. 9. 1690, LRP 4 fol. 23a

<sup>290</sup> Die Vorberatung erfolgte zurecht bei Gesandtschaften zu Fürsten und Herren und allgemein bei Gesandtschaften in den Raum ausserhalb der Eidgenossenschaft; Lb 1623/1731, S. 88 N. auf LR 23. 4. 1683, LRP 3 fol. 396b, und NG 8. 5. 1689, LRP 4 fol. 3a; Lb 1690, fol. 67a N. auf LR 23. 4. 1683, LRP 3 fol. 396b

<sup>291</sup> Vorwiegend Ergänzungen und Einzelaufträge. Beispiele: LR 26. 3. 1691, LRP 4 fol. 29b; LR 19. 6. 1702, LRP 5 fol. 17b; LR 6. 5. 1709, LRP 5 fol. 196a; LR 2. 5. 1718, LRP 6 fol. 44b; LR 23. 11. 1729, LRP 6 fol. 353b; LR 6. 7. 1739, LRP 7 fol. 85a

<sup>292</sup> Beispiele: LR 31. 5. 1706, LRP 5 fol. 116b; LR 31. 12. 1741, LRP 5 fol. 401a; LR 5. 6. 1722, LRP 6 fol. 130a; LR 23. 4. 1731, LRP 6 fol. 376a; LR 30. 4. 1740, LRP 7 fol. 106b; LR 14. 6. 1755, LRP 8 fol. 129b; LR 4. 3. 1769, LRP 9 fol. 162a

<sup>293</sup> Beispiele: LR 17. 8. 1689, LRP 4 fol. 3b; LR 16. 3. 1690, LRP 4 fol. 12b f.; LR 8. 5. 1690, LRP 4 fol. 21a; LR 24. 7. 1783, LRP 10 fol. 217a (Delegation)

cher Fälle, die ihm von den beteiligten Parteien als Schiedsgericht zu beurteilen unterbreitet wurden<sup>294</sup>. Ausdrücklich festgehalten war, dass Entscheide der «Zivilgerichts»instanzen nicht vor den Landrat gezogen werden durften<sup>295</sup>; der Rat selbst hielt sich denn konsequent zurück und begnügte sich damit, Hilfesuchende an das Gericht zurückzuweisen<sup>296</sup> und die Richter zum Tätigwerden aufzufordern<sup>297</sup>. Dagegen befasste sich der Landrat bei seltenen Gelegenheiten mit Appellationsstreitigkeiten aus den Herrschaftsgebieten, sofern trotz formgerechter Zitation nur eine Partei erschienen war<sup>298</sup>. Eingriffe erlaubte sich der Landrat etwa in den Kostenentscheid des Geschworenen Gerichts<sup>299</sup> und in die Zusammensetzung des Gerichts, sofern sich Ausstände ergaben<sup>300</sup>.

Gerichtliche Funktionen nahm der Landrat als disziplinierende und strafende Gewalt wahr. Disziplinierend trat er gegenüber den eigenen Mitgliedern auf, indem er Ratsherren und Vorgesetzte massregelte, die aufhabende Pflichten verletzten oder sich sonstwie unehrenhaft verhielten<sup>301</sup>. Auch gegenüber Landleuten, die sich gegen Gewerbevorschriften vergingen<sup>302</sup>, der Obrigkeit nicht den nötigen Respekt zollten<sup>303</sup> oder sich sonstwie nicht wohlverhielten<sup>304</sup>, trat der Landrat strafend auf. Das Recht, Landleute, die sich an der Landsgemeinde oder an der Nachgemeinde mit missliebigen Voten bemerkbar gemacht hatten, mit einer Strafe zu belegen, wurde ihm im Verlaufe des Jahrhunderts allerdings endgültig entzogen<sup>305</sup>. Eine Selbstbeschränkung legte er sich 1787 auf, indem er «Klag von Weiberen anzunehmen» als für «in Zukunft abgeschlagen» erklärte<sup>306</sup>. Neue Strafgewalt erhielt er demgegenüber 1725, als ihm die Nachgemeinde die Durchfüh-

<sup>294</sup> Lb 1623/1731, S. 146 N. auf 2-LR 26. 4. 1696, LRP 4 fol. 208a; Lb 1782, V. S. 14; LR 6. 5. 1743, LRP 7 fol. 184b

<sup>295</sup> Lb 1623/1731, S. 55 N. auf NG 8. 5. 1689, LRP 4 fol. 3a

<sup>296</sup> Beispiele: LR 24. 4. 1690, LRP 4 fol. 16b f.; LR 8. 3. 1717, LRP 6 fol. 8b; LR 12. 1. 1728, LRP 6 fol. 281b; LR 29. 7. 1771, LRP 9 fol. 253a; LR 16. 9. 1785, LRP 10 fol. 249a

<sup>297</sup> LR 9. 1. 1690, LRP 4 fol. 9a; LR 20. 9. 1700, LRP 4 fol. 314b

<sup>298</sup> LR 20. 11. 1769, LRP 9 fol. 183a; vgl. Lb 1623/1731, S. 146 N.; Lb 1690, fol. 107b f.

<sup>299</sup> LR 7. 5. 1691, LRP 4 fol. 37b f.

<sup>300</sup> LR 5. 8. 1702, LRP 5 fol. 25b; LR 7. 3. 1746, LRP 7 fol. 229a f.; LR 8. 2. 1751, LRP 8 fol. 26b; LR 25. 2. 1771, LRP 9 fol. 222b; LR 8. 10. 1781, LRP 10 fol. 185a

<sup>301</sup> Beispiel s. S. 226 f. — Lb 1623/1731, S. 20, und Lb 1690, fol. 17b, beide N. auf NG 1700 (Der Beschluss ist im Protokoll dieser Versammlung nicht protokolliert); Lb 1782, IV. S. 13. — Zur Kontrolle diente auch die regelmässige Erkundigung nach Verletzungen der Praktizierordnung!

<sup>302</sup> Beispiel: LR 9. 1. 1690, LRP 4 fol. 7b f.

<sup>303</sup> LR 16. 3. 1690, LRP 4 fol. 13a; LR 28. 9. 1751, LRP 8 fol. 46b

<sup>304</sup> Beispiele: LR 31. 7. 1702, LRP 5 fol. 23a ff.; LR 14. 3. 1712, LRP 5 fol. 277a ff.; LR 24. 4. 1719, LRP 6 fol. 71b f.; LR 20. 5. 1728, LRP 6 fol. 305b f.; LR 31. 2. 1739, LRP 7 fol. 68a f.; LR 15. 4. 1751, LRP 8 fol. 33a ff.; LR 20. 6. 1763, LRP 9 fol. 10b ff.; LR 17. 6. 1771, LRP 9 fol. 243a f.; LR 10. 5. 1784, LRP 10 fol. 228b; LR 9. 5. 1791, LRP 10 fol. 388a f.

<sup>305</sup> vgl. S. 178 ff.

<sup>306</sup> LR 7. 5., LRP 10 fol. 289b

rung jener Malefizprozesse<sup>307</sup> übertrug, von denen anzunehmen war, dass sie nicht mit einem Todesurteil endeten<sup>308</sup>. In nicht eindeutigen Fällen lag die Vorbeurteilung, ob der Prozess vor einem «Malefiz-Landrat»<sup>309</sup> oder vor einem «förmlichen Malefizgericht» durchzuführen sei, ebenfalls beim Landrat<sup>310</sup>. Nicht in die Strafgewalt des Landrates fielen hingegen solche Straftatbestände, deren Sanktionen in Form einer Geldbusse genau umschrieben waren<sup>311</sup>.

Das Recht zu strafen, umfasste auch das Recht zu begnadigen. Ein Teil der Sanktionen, vorab die Erklärung der Ehr- und Wehrlosigkeit, waren gar ausdrücklich bis zum Zeitpunkt der Begnadigung durch den Landrat auferlegt<sup>312</sup>. Ausdrücklich war aber der Landrat gehalten, nur Strafen zu mildern, die auch von ihm erteilt worden waren<sup>313</sup>. Umgekehrt war anderen Instanzen ebenso untersagt, in sein Begnadigungsrecht einzugreifen<sup>314</sup>.

Wer die Milderung seiner Strafe anbegehrte, sollte «neüwe, lindernde Umständt» geltend machen können. Konnte er sich auf solche nicht berufen, behielten sich die Herren vor, «selben weiters nach gestalltsame der Sachen zu bestrafen»<sup>315</sup>. Einem Vorstoss, der 1738 die Bitte um Strafminderung verbieten wollte, wurde zunächst keine Gefolgschaft geleistet<sup>316</sup>. 1766 dann verbot der Landrat dem Landammann, denjenigen, so um «Nachlassung der oberkeit[lichen] Straffen

<sup>307</sup> Ein Malefizverfahren in diesem Sinn zog auch die Unfähigkeit, seine Gläubiger zu befriedigen, nach sich. Insbesondere musste der Landrat beurteilen, ob sich der Konkursit leichtfertig in seine missliche Situation manöveriert habe. Bei manifestem Verschulden wurde er pro 100 Gulden nicht beglichener Schuld ein Jahr aus der Eidgenossenschaft verbannt; Lb 1623/1731, S. 138 f. mit N.; Lb 1690, fol. 102a f.; Lb 1782, IV. S. 89

<sup>308</sup> NG 13. 5. 1725, LRP 6 fol. 193a f.; Lb 1623/1731, S. 132 N.; Lb 1782, III. S. 1 f., V. S. 9: «Wann sich Fehler, die zwar malefiz, danoch nit so beschwärlich, ereigneten, also das MghhObere aus dem Process vorhero mit Vernunft und gründlich schlüessen könnten, das der Malificant am Leben nicht möchte bestraft werden, solchenfahls ist dergleichen Fehler nach Beschaffenheit mit gebührender Leibstraff zu bestraffen, es wäre an Prangen stellen, mit Ruthen ausstrecken, das V. aufbrennen, lebenlängliches Bando, Galeeren und andere willkürliche Straffen zuzulegen, der völlige und leidige Gewald dem einfachen Landrath übergeben worden.» — Zu den Tatbeständen vgl. die «Artickel, so unter willkurlicher Buoss verbotten und vor Rath gehören» im Lb 1782, IV. S. 85 ff.

<sup>309</sup> Beispiele: LR 9. 4. 1764, LRP 6 fol. 26a f.; LR 9. 8. 1767, LRP 9 fol. 121a; LR 6. 6. 1770, LRP 9 fol. 212a

<sup>310</sup> LR 8. 5. 1702, LRP 5 fol. 13a; LR 23. 12. 1720, LRP 6 fol. 101a; LR 22. 12. 1723, LRP 6 fol. 138b; LR 18. 3. 1729, LRP 6 fol. 321a f.; LR 14. 5. 1768, LRP 9 fol. 137b

<sup>311</sup> Die Bestrafung solcher Täter erfolgte durch das Bussengericht. — WR 10. 1. 1735, LRP 7 fol. 4a; LR 23. 4. 1736, LRP 7 fol. 22b; 3-LR 24. 10. 1749, LGP A fol. 123a; NG 8. 5. 1757, LGP A fol. 187a; LR 23. 4. 1767, LRP 9 fol. 108a; LR 23. 4. 1768, LRP 9 fol. 133b; Lb 1623/1731, S. 7 N..

<sup>312</sup> Lb 1623/1731, S. 19, S. 72, S. 184; Lb 1690, fol. 8a, fol. 16a

<sup>313</sup> und nicht zum Beispiel solche des Geschworenen Gerichts! Lb 1623/1731, S. 82, und Lb 1690, fol. 40a, beide N. auf NG 31. 5. 1693, LRP 4 fol. 102a; vgl. auch LR 23. 4. 1693, LRP 4 fol. 88b; Lb 1782, IV. S. 7

<sup>314</sup> LR 5. 5. 1749, LRP 7 fol. 280a

<sup>315</sup> LR 23. 4. 1751, LRP 8 fol. 53a

<sup>316</sup> LR 5. 5. 1738, LRP 7 fol. 51a

sich u[nseren] g[nädigen] H[erren und] Obern anmelden, den Access vor hochselbe [zu] gestatten, . . .»<sup>317</sup>.

### 2.3.2 RÄT' UND LANDLEUTE

#### 2.3.2.1 Allgemein

Im Verlaufe des 18. Jahrhunderts wurden mehrmals Anläufe unternommen, Rät' und Landleute als Versammlungseinrichtung ganz aufzuheben<sup>318</sup> oder ihnen mindestens wesentliche Befugnisse wegzunehmen<sup>319</sup>. Die diesbezüglichen Bestrebungen blieben — abgesehen von dem kurzen Zwischenpiel 1713/1714 — weitgehend ohne Erfolg, im Gegenteil: Rät' und Landleute, die gegen Ende des 18. Jahrhunderts auf der Ratsseite zunehmend öfters in verstärkter — dreifacher — Form auftraten, erhielten gar gelegentlich neue Aufgaben zugewiesen. Dennoch war und blieb der Zuständigkeitskreis von Rät' und Landleuten klein und überschaubar, aber nichtsdestotrotz wesentlich und bedeutungsvoll.

Von geringer Bedeutung war ihre Organisationsarbeit<sup>320</sup>, die sie weitgehend dem oft am gleichen Tag im voraus oder im Nachgang tagenden Landrat überließen. Ebensowenig kam ihnen eine eigentliche Funktion in der Gesetzgebung zu, abgesehen von wenigen Interpretationen<sup>321</sup> und seltener, ersatzweiser Vornahme von Nachgemeinde-Geschäften<sup>322</sup>. Von gesetzgeberisch grosser Bedeutung war indessen die Verabschiedung des neu redigierten Artikelbuches im Jahre 1782, die von der Nachgemeinde einem Dreifachen Landrat unter Zuzug der über 30-jährigen Landleute übertragen worden war<sup>323</sup>. Ihre Wahlaktivität, die Funktion in der Verwaltung und in der Gerichtsbarkeit erforderten einerseits eine regelmässige Sitzungstätigkeit, bedingten aber anderseits auch häufige ausserordentliche Zusammenkünfte<sup>324</sup>.

Im Konkurrenzverhältnis zu den anderen Räten konnten Unklarheiten, die auch tatsächlich zur Sprache gebracht wurden, nur in bezug auf den Landrat ent-

<sup>317</sup> 23. 6., LRP 9 fol. 96b

<sup>318</sup> so 1713/1714

<sup>319</sup> wie z. B. die Malefizgerichtsbarkeit; LR 1. 7. 1771, LRP 9 fol. 247a

<sup>320</sup> Ausnahme aus dem Jahre 1704: Rät' und Landleute übertragen die Behandlung eines Hilfebegehrens Savoyens an eine ausserordentliche Landsgemeinde und bestimmen, es «solle auch nichts witors als was disser Materi anhängig vorgebracht und zuo Verkürzung dieser Sach angehört werden». 28. 1., WRP 22 fol. 12b

<sup>321</sup> R&L 1. 7. 1729, LRP 6 fol. 340a f.; R&L 15. 5. 1752, LGP A fol. 150a

<sup>322</sup> R&L 1. 7. 1767, LGP A fol. 282a ff.; 3-LR&L 17. 5. 1767, LGP A fol. 282a ff.; 3-LR&L 17. 5. 1780, LGP B fol. 128b f.

<sup>323</sup> NG 14. 5. 1781, LGP B fol. 142a; 3-LR&L 11. 5. 1782, LGP B fol. 149a

<sup>324</sup> s. S. 215 f.

stehen. Ob der Landrat oder Rät' und Landleute die stärkere Gewalt besassen, blieb eigentlich unentschieden. Immerhin konnte es der Landrat — wenn auch blos zögernd — wagen, sich in den Kompetenzkreis von Rät' und Landleuten einzumischen<sup>325</sup>. Regelmässiger tangiert wurden Rät' und Landleute vom Wochenrat, der sich in der Behandlung von aussenpolitischen Fragen häufig nicht um die Rechte von Rät' und Landleuten kümmerte<sup>326</sup>.

### 2.3.2.2 Wahlen

Das aktive Wahlrecht von Rät' und Landleuten erstreckte sich zur Hauptsache auf die Bezeichnung der Gesandten an ausserterminliche Tagsatzungen und Konferenzen innerhalb der Eidgenossenschaft<sup>327</sup>. Für die Wahl der Abgesandten «zue Fürsten und Herren oder sunsten ussert die Eydtgnossenschafft» war die qualifizierte Zusammensetzung Landrat plus Landleute gefordert<sup>328</sup>.

Gelegentlich tätigten Rät' und Landleute Ersatzwahlen für Ämter — vorwiegend Landvogteien und Gesandtschaften —, die sie ordentlicherweise nicht zu besetzen hatten: 1704 ersetzten sie einen verstorbenen Bellenzer Kommissar<sup>329</sup>, 1746 einen ebenfalls verstorbenen Bellenzer Landvogt<sup>330</sup> und 1748 den verschiedenen Landvogt in Riviera<sup>331</sup>; 1752 wählten sie einen Ersatz für den krankheitshalber verhinderten Ehrengesandten nach Bellenz<sup>332</sup>.

Auf den 1694<sup>333</sup> gefassten Beschluss, Tagsatzungen allgemein nur noch von einem einzigen Gesandten besuchen zu lassen<sup>334</sup>, kam die Nachgemeinde auf An-

<sup>325</sup> vgl. S. 255 f.

<sup>326</sup> Beispiele s. S. 318

<sup>327</sup> Lb 1623/1731, S. 87; Lb 1690, fol. 67a N. auf LR 23. 4. 1683, LRP 3 fol. 396b; Lb 1782, V. S. 6, V. S. 35. — In der Wahl und der Instruktion der Gesandten sowie der Entgegennahme deren Relation erkannte Blumer die Hauptaufgabe von Rät' und Landleuten; 2. Teil, 1. Bd., S. 166. — Wahlbeispiele: R&L 5. 3. 1703, LRP 5 fol. 53a; R&L 1. 6. 1711, LRP 5 fol. 259a; R&L 16. 6. 1727, LRP 6 fol. 259a f.; R&L 9. 6. 1738, LGP A fol. 5a; R&L 9. 3. 1744, LGP A fol. 64a; R&L 5. 1. 1753, LGP A fol. 152a; R&L 14. 3. 1763, LGP A fol. 221b; R&L 4. 10. 1773, LGP B fol. 59b; R&L 30. 4. 1781, LGP B fol. 141a; R&L 21. 5. 1794, LGP B fol. 243b. — Die Bestimmung der Gesandten an die ordentlichen Syndikate und an die eidgenössische Jahrrechnungstagsatzung erfolgte an der Landsgemeinde.

<sup>328</sup> Lb 1623/1731, S. 88, und Lb 1690, fol. 67a, beide N. auf LR 23. 4. 1683, LRP 3 fol. 396b, und NG 8. 5. 1689, LRP 4 fol. 3a; Lb 1782, V. S. 9, V. S. 35

<sup>329</sup> 14. 1., LRP 5 fol. 51b; Josef Leonz Keyser anstelle des verstorbenen Niklaus Keyser

<sup>330</sup> 14. 3., LGP A fol. 80b; die nachmalige Ersatzwahl — allerdings durch die Nachgemeinde am 8. 5. 1746 — verhalf einem andern Bewerber zum Durchbruch; LGP A fol. 82a

<sup>331</sup> LR 16. 10., LRP 7 fol. 276b

<sup>332</sup> 19. 8., LGP A fol. 151b

<sup>333</sup> Bereits 1691 beschloss die Nachgemeinde, die Gesandtschaften wären nach Möglichkeit nur einfach zu besetzen, stellte den Entscheid im Einzelfall aber Rät' und Landleuten anheim; LRP 4 fol. 39b

<sup>334</sup> NG 9. 5., LRP 4 fol. 157b

trag des zweifach gehaltenen Georgenlandrates<sup>335</sup> im Jahre 1701 zurück: Bei gewichtigen Geschäften wie Krieg, Religionsangelegenheiten und fürstlichen Sachen wurde «dass gedeyleichste hierüber zuo deliberieren», Rät' und Landleuten übergeben. Den Ausschlag, die Limitierung wiederum aufzuheben, gab das Konkurrenzverhältnis zu Obwalden, weil befürchtet wurde, das Nachbatal möchte «zue unserem Präiudiz und Nachtheihl sich mitler Zeit praevalieren»<sup>336</sup>. Aufrechterhalten wurde das Prinzip der Einer-Gesandtschaft für dreiörtische Konferenzen<sup>337</sup>. Die neue Regelung wurde von der Nachgemeinde 1702 bestätigt<sup>338</sup> und ins Landbuch 1782 in dieser offenen Form übernommen: «Es wird jederweilen dem Gewald, so die Gesanten ernamset, überlassen, ein- oder mehrere Gesanten zu ernamsen, nachdemme es die Umständ erforderen werden»<sup>339</sup>.

Rät' und Landleuten stand auch die Ernennung der Gardeknechte in Turin und in Pruntrut zu<sup>340</sup>. Nach einem Beschluss der Nachgemeinde 1744 durften die Gardedienste nicht eher vergeben werden, bevor diese wirklich ledig gefallen waren<sup>341</sup>. Als Gardeknechte bestimmbar waren im übrigen nur ledige Burschen, die mindestens ein Körpermass von «5 Schuo 7 Zohl» aufwiesen<sup>342</sup>. Das Interesse am Dienst an den fremden Höfen scheint allerdings nicht immer sonderlich gross gewesen zu sein; auf eine freie Stelle in Turin meldete sich zum Beispiel 1772 und 1776 kein einziger, sodass Rät' und Landleute die Ernennung für den Fall, dass sich jemand anerbte, der die «erforderliche Höche und Eigenschaften» hätte, dem Wochenrat überliess<sup>343</sup>.

Die Bezeichnung dreier Landmajoren, die von der Nachgemeinde 1791 einem Dreifachen Landrat unter Zuzug der Landleute übertragen wurde<sup>344</sup>, verblieb einmalig<sup>345</sup>: Wenige Tage nach der erfolgten Wahl verordnete der Landrat, die

<sup>335</sup> 23. 4., LRP 4 fol. 327b

<sup>336</sup> Lb 1690, fol. 151a N. auf NG 16. 5. 1701, LRP 4 fol. 333b f.

<sup>337</sup> mit Uri und Schwyz. — Lb 1623/1731, S. 89 N. auf NG 1701

<sup>338</sup> 7. 5., LRP 5 fol. 11b

<sup>339</sup> V. S. 35. — Wieweit das an der Landsgemeinde übliche begrenzte Vorschlagsrecht auch Geltung an Rät' und Landleute-Versammlungen besass, kann nicht ausgemacht werden.

<sup>340</sup> Bei der Turiner Garde handelte es sich um eine insgesamt 60 Mann starke Leibgarde für den Herzog von Savoyen, welche dieser im Nachgang zum Abschluss der Allianz zwischen den Katholischen Orten und Savoyen vom 8. 5. 1577 «als Zeichen seines grossen Vertrauens» einrichtete. Zwölf Mann wurden von Luzern gestellt, in die restlichen 48 Stellen teilten sich die übrigen fünf Orte (Uri, Schwyz, Nidwalden, Obwalden und Zug) und das Wallis gleichmässig; Biel, S. 130 f. Die bischöfliche Residenz Pruntrut besass eine Garde von 42 Mann, die aufgrund der Vereinbarung von 1579 in den sieben katholischen Orten angeworben wurde; HBLS II, S. 25 f. — Lb 1623/1731, S. 120 N. auf LR 23. 4. 1736, LRP 7 fol. 22b; 3-LR 24. 10. 1749, LGP A fol. 123b; Lb 1782, V. S. 6

<sup>341</sup> 10. 5., LGP A fol. 68a; Lb 1623/1731, S. 120 N.

<sup>342</sup> R&L 7. 10. 1772, LGP B fol. 49b

<sup>343</sup> R&L 7. 10. 1772, LGP B fol. 49b; R&L 7. 10. 1776, LGP B fol. 93b

<sup>344</sup> 8. 5., LGP B fol. 224b

<sup>345</sup> 3-LR&L 18. 7. 1791, LGP B fol. 225a

Landmajoren sollten künftig «von dem gemeinsamen Militair Corp ernannt werden»<sup>346</sup>.

### 2.3.2.3 Verwaltung

Mit Ausnahme der 1795 von Rät' und Landleuten übernommenen detaillierten Prüfung der Rechnung des Salzdirektors<sup>347</sup> und der Angstergeldrechnung<sup>348</sup> standen die verwaltenden Akte von Rät' und Landleuten durchwegs in einem Bezug zu den eidgenössischen Bündnispartnern, den Vogteien oder zum Ausland. Im Zeitraum zwischen 1673 und 1748 vergaben sie die Studienfreiplätze in Mailand, Turin und Paris<sup>349</sup>. Mit bloss zwei Ausnahmen zugunsten von Rät' und Landleuten erfolgte die Bestimmung der Stipendiaten ab 1755 durch die Nachgemeinde<sup>350</sup>.

Zum Gesandtenwahlrecht hinzu besassen Rät' und Landleute die Berechtigung, diese — und dazu die von der Landsgemeinde Gewählten — zu instruieren, das heisst, ihnen verbindliche Anweisungen zu geben, welchen Standpunkt sie zu einzelnen Geschäften an der bestimmten Konferenz zu vertreten hätten<sup>351</sup>. 1713/1714 wurde ihnen das Instruktionsrecht vorübergehend entwunden und an den Zweifachen Landrat übertragen<sup>352</sup>. Die Instruktion fiel unterschiedlich detailreich aus: Sie konnte die bloss summarische Empfehlung an den Gesandten enthalten, «alles, was zuo grösserer Ehr Gottes undt dem gemeinen Wässen gedeylich seyn wird, zu verhandlen undt abzuofassen»<sup>353</sup>, oder sein Verhalten ausführlich vorzeichnen<sup>354</sup>. Dem hin und wieder gegenüber einem andern Rat ausgesprochenen Verbot, an der Instruktion Änderungen anzubringen<sup>355</sup>, stand die häufige Erklärung gegenüber, der Wochenrat dürfe bei Notwendigkeit «nach befindenden Dingen» weitere Aufträge erteilen<sup>356</sup>. Auch bei ausführlichen In-

<sup>346</sup> 1. 8. 1791, LRP 10 fol. 390b

<sup>347</sup> Die fachmännische Vorprüfung oblag den Rechnungsherren, die summarische Abnahme der Nachgemeinde

<sup>348</sup> R&L 16. 3. 1795, LGP B fol. 253a

<sup>349</sup> Lb 1623/1731, S. 120 N. auf LR 23. 4. 1736; 3-LR 24. 10. 1749, LGP A fol. 123b

<sup>350</sup> vgl. S. 197 f.

<sup>351</sup> Instruktionsrecht: Lb 1623/1731, S. 88; Lb 1690, fol. 67a; Lb 1782, V. S. 6

<sup>352</sup> LG 7. 5. 1713, LRP 5 fol. 325b; Instruktionen und Relationen vor dem Zweifachen Landrat: 29. 5. 1713, LRP 5 fol. 321a; 22. 6. 1713, LRP 5 fol. 333a ff.; 19. 8. 1713, LRP 5 fol. 340a f.; 11. 9. 1713, LRP 5 fol. 344b f.; 6. 11. 1713, LRP 5 fol. 352a; 4. 12. 1713, LRP 5 fol. 353b ff.

<sup>353</sup> R&L 23. 11. 1729, LRP 6 fol. 351b f.; vgl. auch LR 26. 3. 1691, LRP 4 fol. 29b

<sup>354</sup> Beispiele: R&L 5. 3. 1703, LRP 5 fol. 33a; R&L 6. 5. 1709, LRP 5 fol. 195b; R&L 25. 6. 1739, LGP A fol. 16b ff.; R&L 10. 12. 1749, LGP A fol. 128a f.; R&L 20. 6. 1757, LGP A fol. 183b ff.; R&L 21. 6. 1765, LGP A fol. 260b ff.; R&L 31. 7. 1775, LGP B fol. 77a ff.; R&L 23. 6. 1788, LGP B fol. 203b ff.; R&L 17. 7. 1797, LGP B fol. 288b ff.

<sup>355</sup> R&L 23. 4. 1700, LRP 4 fol. 294b

<sup>356</sup> R&L 19. 8. 1765, LGP A fol. 264a; R&L 13. 8. 1770, LGP B fol. 16a; R&L 29. 7. 1771, LGP B fol. 34a; R&L 19. 8. 1774, LGP B fol. 69b; R&L 14. 8. 1780, LGP B fol. 135a

struktionen wurde meist die Formel beigelegt, der Gesandte möge sich zur grössten Ehre Gottes und des Vaterlandes Nutzen verhalten, was oft kurz mit «Clausula generalis» umschrieben wurde<sup>357</sup>.

Auch das Gegenstück der Instruktion, die Relation samt der Entlastungserklärung für den oder die Gesandten, fiel in die Kompetenz von Rät' und Landleuten<sup>358</sup>. Noch in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts galt allerdings die Regelung, dass der oder die Gesandten unmittelbar nach ihrer Rückkehr mündlichen Bericht dem Wochenrat zu erstatten hatten und Rät' und Landleute bloss von jenem erfuhren, was nicht als «geheim» eingestuft wurde. Zudem wurde mit der Relation zugewartet, bis der entsprechende Abschied vorlag<sup>359</sup>. Dieses Abwarten des Protokolls wurde um 1705 in Zweifel gezogen; gegen ein vorgezogenes Ablegen der Rechenschaft wandte sich der Landrat, und er beauftragte die Landschreiber, sie möchten in den Protokollen nachsuchen, «vor was für einem Gewalth sye erkhanth worden, das[s] der Landtamman allzeit bäldest auff seine Heimkunft vor dem anlangenten Abscheidt Relation thuon solle»<sup>360</sup>. Ihr Bericht blieb aus, und so verblieb es bei der späten und selektiven Übermittlung der Verhandlungsresultate, bis im Gefolge der Auseinandersetzungen mit Frankreich die Nachgemeinde 1765 die Relation vor Rät' und Landleuten über «alle heimlich und öffentliche[n] Verrichtungen» forderte. Diese Regelung, die allerdings bereits 1769 im konkreten Fall relativiert wurde<sup>361</sup>, fand schliesslich auch Einzug ins Landbuch von 1782, indessen versehen mit der Verdeutlichung, der Abschied möge nach seinem Eintreffen «vor dem Gewaldt, welcher die Instruktion ertheilt hatte, verhöret» werden<sup>362</sup>.

Im Zusammenhang mit dem Überlebensbedürfnis der eigenen Bevölkerung standen Entscheide über Ein- und Ausfuhren von landwirtschaftlichen Produkten und Gütern. Grundsätzlich untersagt war bis Mitte März das Ausführen von Heu oder das Nutzenlassen von Weiden durch Auswärtige. Auf Gesuch hin konnten Rät' und Landleute nach diesem Termin den Handel mit Obwalden und Engelberg, allenfalls auch mit weiteren benachbarten Orten, unter dem Vorbehalt des Zugrechts der Landleute bewilligen. Handel ohne Genehmigung stand unter der hohen Bussdrohung von 100 Gulden<sup>363</sup>. «Zue allen Zeiten verbotten» wurde an der Nachgemeinde 1696 die Ausfuhr von Stroh<sup>364</sup>, doch setzte 1739 ein

<sup>357</sup> R&L 19. 8. 1774, LGP B fol. 69b

<sup>358</sup> gelegentlich aber auch in jene einer grösseren Gewalt; Beispiel: ao. LG 31. 12. 1713, LRP 5 fol. 357b f.

<sup>359</sup> Lb 1623/1731, S. 88 f. N.; LR 29. 12. 1697, LRP 4 fol. 241b

<sup>360</sup> 29. 4. 1705, LRP 5 fol. 84b

<sup>361</sup> Ein eingetroffener Abschied aus Frauenfeld wurde zur Begutachtung an eine Kommission gewiesen und der Entscheid, ob eine allfällige Antwort vom Wochenrat oder von Rät' und Landleuten auszugehen hätte, dem Wochenrat überlassen; LR 11. 9. 1769, LRP 9 fol. 177b

<sup>362</sup> V. S. 36; vgl. auch V. S. 6

<sup>363</sup> Lb 1623/1731, S. 94 N.; Lb 1690, fol. 69a f. (ohne Möglichkeit der Bewilligung durch Rät' und Landleute). — S. auch Blumer, 2. Teil, 1. Bd., S. 168

<sup>364</sup> Lb 1623/1731, S. 194 N.; Lb 1690, fol. 117a N. auf NG 13. 5. 1696, LRP 4 fol. 213b; s. aber die Ausnahme vor dem Landrat am 23. 4. 1705, LRP 5 fol. 83a

Landrat kraft Nachgemeinde dasselbe Verfahren, welches für den Heuhandel galt, in Kraft<sup>365</sup>. Die Regelung, welche 1745 bestätigt wurde<sup>366</sup>, ging, versehen mit einem differenzierten Bussenkatalog für den Fall von Zu widerhandlungen<sup>367</sup> und ergänzt mit der Bewilligungspflicht auch für Einfuhren, in das Landbuch 1782 ein<sup>368</sup>. — Ursprünglich nur in Notfällen begrenzt wurde der Viehhandel; erwies sich eine Handelsschranke etwa wegen einer grassierenden Seuche als notwendig, so wurde schon im frühen 18. Jahrhundert für deren Erlass Rät' und Landleute bestimmt, «weylen man diser Handel von allzue weither Usssichtigkeit und Träffheit ansichtet»<sup>369</sup>. Der Entscheid über die Frage, ob der Viehmarkt in Lugano<sup>370</sup> besucht werden dürfe, wurde indessen 1734 boss, «weil die Landtleüth sonsten anwäsendt» waren und «ohne Consequenz», Rät' und Landleuten unterbreitet<sup>371</sup>. Der Georgenlandrat von 1782 wies schliesslich die Beschlussfassung über die Viehausfuhr «künftig allezeit» Landrat und Landleuten zu<sup>372</sup>, welches Gebot der qualifizierten Zusammensetzung auch ins Landbuch von 1782 übernommen wurde<sup>373</sup>. — Ohne dauernde Wirkung verblieb der in einer Phase der Uneinigkeit mit den mitregierenden Orten Uri und Schwyz gefasste Beschluss, die Bellenzer Faktorei «gleich den Stipendien» nach Ablauf der zehnjährigen Vertragsdauer jeweils von Rät' und Landleuten neu vergeben zu lassen<sup>374</sup>.

#### 2.3.2.4 Gerichtsbarkeit

Der qualifizierten Zusammensetzung Landrat und Landleute stand die Malefizgerichtsbarkeit zu<sup>375</sup>. Im Malefizverfahren beurteilt wurden neben den Verbrechen nach «Gemeinem Recht»<sup>376</sup> spezifisch im Land Nidwalden als einer hohen Strafe würdig erachtete Vergehen. Dazu zählten Vorschläge auf Änderung der

<sup>365</sup> 1. 6., LRP 7 fol. 84a; Lb 1623/1731, S. 94 N.

<sup>366</sup> R&L 10. 4., LGP A fol. 72b; Lb 1623/1731, S. 94 N.. — Die Verletzung des Beschlusses, der forderte, dass «von keinem minderen Gwalldt allss von Räth und Landtleüthen weithers Heuw aussert Landtss verkauffen zu lassen» wäre, erfolgte keinen Monat später, indem am 5. 5. 1745 ein gewöhnlicher Landrat die Heuhausfuhr bewilligte! LRP 7 fol. 217b

<sup>367</sup> pro Klafter Heu 10 Gulden, pro Stroh-Triste 5 Gulden, pro Weide 50 Gulden

<sup>368</sup> IV. S. 29; V. S. 6

<sup>369</sup> LR 5. 8. 1715, LRP 5 fol. 418a

<sup>370</sup> sog. Lauiser Markt

<sup>371</sup> LR 2. 8., LRP 6 fol. 454a; vgl. dazu die Entscheide der Nachgemeinde, S. 200

<sup>372</sup> 23. 4., LRP 10 fol. 199b. — Noch am 12. 11. 1781 sah sich der Landrat vor die Frage gestellt, ob er «die von letzten Wuchenrath ergangenen Erkandtnuss, das Leb-Vich aussert Land zu verkauffen, bestätten old aufhöben wolle?» LRP 10 fol. 192b

<sup>373</sup> V. S. 9, V. S. 81; Verbot, Lehenkühe vor Anfang Mai aus dem Land zu geben und Zugrecht: V. S. 79. — S. auch Blumer, 2. Teil, 2. Bd., S. 168

<sup>374</sup> R&L 10. 12. 1749, LGP A fol. 128b.

<sup>375</sup> Lb 1782, V. S. 6; Beispiele von Tagungen des Malefizgerichts s. S. 227 Fn. 152

<sup>376</sup> womit auf Tatbestände wie Verletzungen der körperlichen Integrität und auf Vermögensdelikte verwiesen wurde, die zu strafen in den alten eidgenössischen Bünden vereinbart wurde und/oder die zu verfolgen in der Volkstradition selbstverständlich waren. Damit oder mit dem Verweis auf

Zweckbestimmung des Kriegsschatzes, der Regelungen betreffs Bodenzins, Fall und Ehrschatz auf den Gütern Rugisbalm, Gehren und Englerz in Wolfenschissen, der Gütenordnung und des Praktizierartikels. Als malefiz gewertet wurde auch der Bruch der Geheimhaltungspflicht in bezug auf Rat und Gericht und das Brechen eines Urfehdeversprechens<sup>377</sup>, der Wertpapier-Betrug<sup>378</sup>, das Auffordern zum Duell, das drittmalige In-Abrede-Stellen von falschen Behauptungen und unberechtigten Beschuldigungen sowie das Nicht-Akzeptieren-Wollen eines bereits revidierten Urteils des Geschworenen Gerichts. Als dieser Art gravierend galten nach den Erfahrungen von 1722 und 1737 auch Verehelichungen mit Abkommen aus Henkersfamilien<sup>379</sup>.

Im Verlaufe des Jahrhunderts wurden verschiedene Versuche unternommen, Rät' und Landleuten die Malefizgerichtsbarkeit zu entziehen. Dies gelang in der Zeit der kurzlebigen Änderungen 1713/1714<sup>380</sup>; darnach kam sie aber wieder in die Zuständigkeit der alten Gewalt zurück. 1725 wurde an der Nachgemeinde die Frage aufgeworfen, «ob nit anständig und nutzlicher sein möchte, dass das völlige Malenfizgericht als über Leib und Läben, Guoth und Bluod zuo richten, einem zweyfach old dryfach gesessnen Landtsrath den gäntzlichen Gwalldt gegeben und ertheillt» werden sollte. Die darauf in Diskussion gebrachte Alternative, «wenigst diejenige Delinquenten, welche man vorhin wohl wüssen kan[n], das[s] jhnen an dem Läben nichts geschechen wird, mit gebührenden Leibsstraffen . . . zuo korrigieren undt zuo bezichtigen, einem gesamt gesessenen Landtsrath völlig [zu] überlassen undt anheim[zu]stellen», wurde von der Nachgemeinde zum Beschluss erhoben<sup>381</sup>. Für die Zuweisung des Delinquenten zur Verurteilung vor das eine oder das andere Gericht war von jetzt ab die Schwere der Delikte entscheidend, allenfalls auch Rückfälligkeit<sup>382</sup>. Der Vorentscheid über die Instanz und das Verfahren wurde im Anschluss an die Untersuchungen in der Regel vom Landrat gefällt<sup>383</sup>. Für die Übernahme des Rät' und Landleuten verbliebenen Re-

«keiserliche Rechte» kann nicht die «Carolina» Kaiser Karl V. gemeint sein: Seine «Peinliche Gerichtsordnung» aus dem Jahre 1532 vermochte in Nidwalden keinen Einfluss zu erringen. Vgl. Meier Albert, Die Bedeutung der Peinlichen Gerichtsordnung Kaiser Karl V. im Gebiete der heutigen Schweiz, Abhandlungen zum Schweizerischen Recht, Heft 42, Bern 1911, insb. S. 188 f.; auch: Carlen, Rechtsgeschichte, S. 41

<sup>377</sup> dem ewigen Verzicht auf Rechte, abverlangt von Häftlingen

<sup>378</sup> «Brieff auf Brieff machen lassen.»

<sup>379</sup> Systematische Aufzählung der malefizischen Verbrechen «mit Vorbehalt derjenigen, so laut Gemeinen Rechten an Leib und Leben gestraf[t] werden»: Lb 1782, III. S. 6 ff.

<sup>380</sup> Die Kompetenz gelangte an den Zweifachen Landrat; LG 7. 5. 1713, LRP 5 fol. 326a. — Einziger Prozesstag: 2-LR 12. 3. 1714, LRP 5 fol. 346b

<sup>381</sup> 13. 5., LRP 6 fol. 193a f.

<sup>382</sup> vgl. LR 9. 8. 1767, LRP 9 fol. 121a: Sollte sich der Angeklagte in Zukunft «vil oder wenig im Stehlen vertraben . . ., solle allsdan nit ein Malefiz-Landrath, sonder[n] ein förmliches Malefiz-Gericht oder Landtag wegen jhro angestellt werden».

<sup>383</sup> s. S. 285

stes brachte der Landrat 1771 einen Dreifachen Landrat ins Gespräch; ihm wurde von den teilnehmenden Landleuten zuviel aus den Verhandlungen ausgeschwatzt, weshalb er in anfragender Form die Minimalforderung aufstellte, ob «nicht gut, ja höchst notwendig wäre, wan dennen Landleüthen ... zu mäniglicher Sicherheit und besserer Administrierung der Justiz das Silentio imponiert» würde. Den entsprechenden Beschluss wollte er von einem Dreifachen Landrat ergehen lassen. Sollte es vor dessen Tagung nochmals zu einem Blutgericht kommen, möge der Landammann den teilnehmenden Landleuten als Sofortmassnahme «ein Monitorium geben, verschwigen zu sein, wer diese old jene Meinung gegeben habe»<sup>384</sup>. Dieser Auftrag zur Mahnung wurde fünf Tage später nochmals erneuert<sup>385</sup> und kurze Zeit darnach der Landammann — offenbar zur Beruhigung der Landleute — geheissen, er möge der Warnung «beyfliessen lassen, das[s] das Stillschweigen der Meinung halber halthen sollen, damit M[eine] g[nädigen] H[erren und] Obern nit bemüessiget werden, die Ausschweitzige zu gebührender Straff zu ziechen»<sup>386</sup>. Mit dem angestrebten Übertrag der Kompetenz an einen Dreifachen Landrat wurde in der Folge die Nachgemeinde überhaupt nicht befasst; ihre Aufteilung zwischen Landrat und Rät' und Landleuten floss schliesslich auch ins Landbuch von 1782 ein<sup>387</sup>.

### 2.3.3 MEHRFACHE RÄTE

#### 2.3.3.1 Zweifacher Landrat

##### Allgemein

Nach den Vorstellungen der Landesobrigkeit hätte der Zweifache Landrat mehr Entscheidungsgewalt erhalten sollen als er noch im frühen 18. Jahrhundert besessen hatte. Als Verbindung beider Elemente, dem obrigkeitlichen und dem populären, wurde er meist dann für die Übernahme von Kompetenzen vorgeschlagen, wenn den weniger berechenbaren Rät' und Landleuten Zuständigkeiten entzogen oder die Volksrechte geshmälert werden sollten. Eine kräftigere Institutionalisierung indessen scheiterte an der steten Aufmerksamkeit des Landvolkes.

Naturgemäß waren organisatorische Anordnungen dannzumal zahlreicher, als der Zweifache Landrat als Georgenlandrat fungierte<sup>388</sup>, doch bestanden sie zur Mehrheit in Delegationen<sup>389</sup>.

<sup>384</sup> 1. 7., LRP 9 fol. 247a

<sup>385</sup> LR 5. 7., LRP 9 fol. 249a

<sup>386</sup> LR 9. 7. 1771, LRP 9 fol. 251a

<sup>387</sup> vgl. S. 292

<sup>388</sup> Zeitraum 1694 bis 1701

<sup>389</sup> 2-LR 26. 4. 1696, LRP 4 fol. 207b f.; 2-LR 23. 4. 1699, LRP 4 fol. 263b; auch: 2-LR 4. 12. 1713, LRP 5 fol. 354a; 2-LR 16. 7. 1715, LRP 5 fol. 425a

### Wahlkompetenz

Die Wahlkompetenz des Zweifachen Landrates war unbedeutend und beschränkte sich auf die Vergabung von Ämtern, die mit der Salzversorgung zusammenhingen. Anfangs 1764 erteilte der Landrat einer Kommission den Auftrag, die Wahlzuständigkeit für den Einzüger des Salzvorratsgeldes abzuklären. Sollte sich ergeben, dass «ein 2-facher L[and]rath solchen ernambset hete, so solle über 14 Tag ein Wuchenrath den 2-fachen Landrath deswegen ansetzen»<sup>390</sup>. Der nachfolgende Georgenlandrat bestätigte, dass dieser «an einem 2-fachen Landrath vergeben» werde, besetzte aber dennoch gleich das Amt interimswise und sicherte dem Gewählten einen Jahrlohn von zwölf Talern zu<sup>391</sup>. Die Wahl des eigentlichen Salzdirektors sicherte sich der Zweifache Landrat 1768<sup>392</sup>, doch war er in der Auswahl eng begrenzt: «Als eine kleine Recompenz seiner Bemühungen» sollte das Salzdirektorium jeweils dem rangältesten Landammann zukommen<sup>393</sup>. Auch über dessen Belohnung, die sich nach der Zahl der eingeführten Salzfässchen bemass, sollte der Zweifache Landrat befinden<sup>394</sup>.

### Gesetzgebung

Der Einfluss des Zweifachen Landrates auf die Gesetzgebung war zeitweise mindestens von indirekter Bedeutung. Die Einschränkung des freien Antragsrechts hatte gegen Ende des 17. Jahrhunderts zu schwerwiegenden Spannungen zwischen dem Landvolk und der Obrigkeit geführt. 1693 bot die Landesführung den Landleuten die Verdoppelung des mit der Vorberatung der Landsgemeinde- und Nachgemeindegeschäfte betrauten Georgenlandrates an<sup>395</sup>, der dann als Zweifacher Rat ab 1694 über die Zulässigkeit der Anträge entschied. Der Zweifache Landrat — jeder Ratsherr bestimmte zunächst noch selbst einen zusätzlichen Ratgeber — erhielt damit ein kräftiges Lenkungsinstrument in die Hand, mit dem er sämtliche missliebigen Vorstöße aus dem Kreis der Landleute von der Diskussion an der Landsgemeinde beziehungsweise Nachgemeinde fernhalten konnte. Das solchermassen in der Freiheit beschnittene Volk mochte den Zustand der Bevormundung auf die Dauer nicht akzeptieren; an der Nachgemeinde 1701 wurde die Annulierung der Beschränkung gar von einem Landammann selbst formuliert und vom versammelten Volk selbstverständlich mit Begeisterung und obsiegender Mehrheit unterstützt<sup>396</sup>. Zwar tagte der Zweifache Landrat auch noch im folgenden Jahr an St. Georg, doch ob er in dieser Form jetzt noch berechtigt sei, fragte er sich gleich selbst. Die Antwort darauf sollte an der Landsgemeinde gegeben werden, die das Stellen von Anträgen in der unbehinderten Form nochmals

<sup>390</sup> LR 9. 1., LRP 9 fol. 19b

<sup>391</sup> LR 26. 4. 1764, LRP 9 fol. 28b

<sup>392</sup> s. S. 166

<sup>393</sup> Praxis seit 1753; die Regel findet sich im Lb 1782, V. S. 8.

<sup>394</sup> LR 9. 5. 1791, LRP 10 fol. 388b

<sup>395</sup> 23. 4., LRP 4 fol. 88a

<sup>396</sup> NG 9. 5., LRP 4 fol. 305b f.

bestätigte. Der doppelte Rat erübrigte sich damit von alleine<sup>397</sup>. Erst 1713 wurde er auf den Georgentag wieder in Gesetzesvorbereitungsfunktion einberufen, diesesmal in der Absicht, er möge die tiefgreifenden Vorschläge zur Veränderung der Grundordnung absegnen und ihnen mehr Duchschlagskraft verleihen<sup>398</sup>. Eine dauernde Rolle in der Gesetzgebung war dem Zweifachen Landrat indessen nicht zugedacht<sup>399</sup>.

### Verwaltung

Mit zum Vorbereitungsrecht des Georgenlandrates in doppelter Besetzung<sup>400</sup> zählten auch verwaltende Akte, die endgültig erst von der Nachgemeinde zu tätigen waren<sup>401</sup>. — Später wurde der Zweifache Landrat gelegentlich dann eingesetzt, wenn es galt, komplizierte oder umstrittene Entscheide vorzubereiten<sup>402</sup>. In diesem gleichen Sinne kam der Zweifache Landrat auch in aussenpolitischen Angelegenheiten, sowohl was selbständige Dritte<sup>403</sup> wie auch Untertanengebiete betraf, zum Zuge; die Behandlung der Probleme der letzteren — Freiheiten, hohe Regalien und Privilegien — wechselte formell<sup>404</sup> allerdings erst 1747 auf Beschluss der Nachgemeinde aus der Kompetenz des Landrates in jene des Zweifachen Landrates<sup>405</sup>.

Wesentlich aufgewertet wurde die aussenpolitische Verwaltungstätigkeit des Zweifachen Landrates 1713/1714. Dem doppelten Rat wurde das Erteilen von Instruktionen und das Anhören der Relationen übertragen, was vorher und daran Rät' und Landleuten zugestanden hat<sup>406</sup>.

<sup>397</sup> LG 24. 4. 1701, LRP 4 fol. 329a

<sup>398</sup> LR 2. 3. 1713, LRP 5 fol. 310a; 2-LR 23. 4. 1713, LRP 5 fol. 320b f.

<sup>399</sup> vgl. aber etwa: Interpretation eines Nachgemeinde-Beschlusses: 2-LR (kaum R&L!) 23. 5. 1701, LRP 4 fol. 336b

<sup>400</sup> in den Jahren 1694 bis 1701

<sup>401</sup> Beispiele: 1694 verweigerte der Zweifache Landrat die Minderung des Umgeldes und hielt fest, dass «dass gesteigerte Umgelitt solle fürobas bezallt und entrichtet werden, wie bis dahin geüöbt worden, und ist an einer Nachgmeindt anzuezichen aberkhant». 23. 4., LRP 4 fol. 152a. — 1695 wies die Nachgemeinde ein Einbürgerungsgesuch ab, da es zuvor am Georgentag nicht vorberaten und an die Nachgemeinde gewiesen worden war; 8. 5., LRP 4 fol. 187b

<sup>402</sup> 4. 12. 1713, LRP 5 fol. 354a: Bestellung eines Sanitätsrates an Kommission weiterverwiesen; 16. 7. 1715, LRP 4 fol. 425a: Ordnung über die Schafssömmerung an Wochenrat verwiesen

<sup>403</sup> Obwalden: 7. 11. 1689, LRP 4 fol. 6b; 4. 12. 1690, LRP 4 fol. 26a f.; Engelberg: 26. 4. 1696, LRP 4 fol. 207b f.; Ursenen: 12. 7. 1723, LRP 6 fol. 151b

<sup>404</sup> Faktisch setzte sich der Zweifache Landrat bereits zuvor mit diesen Gegenständen auseinander: 17. 8. 1689, LRP 4 fol. 3b f.; 31. 10. 1689, LRP 4 fol. 6a f.; 4. 12. 1690, LRP 4 fol. 26a

<sup>405</sup> 14. 5., LGP A fol. 89a; Lb 1623/1731, S. 82, S. 147 N. auf NG 1747; Lb 1782, V. S. 8. — Die restliche Aussenpolitik verblieb beim Landrat: 1753 legte der Landrat am 12. März eine Sitzung auf den 23. März fest, «um die von Liffenen und Biasca zu verhören»; der Rat wurde nur einfach versammelt, «weil die Liffener nicht unsere Underthanen» sind; LRP 8 fol. 66b

<sup>406</sup> LG 7. 5. 1713, LRP 5 fol. 325b. — Beispiele: 2-LR 29. 5. 1713, LRP 5 fol. 331a; 2-LR 22. 6. 1713, LRP 5 fol. 333a ff.; 2-LR 19. 8. 1713, LRP 5 fol. 340a f.; 2-LR 11. 9. 1713, LRP 5 fol. 344b f.; 2-LR 6. 11. 1713, LRP 5 fol. 352a; 2-LR 4. 12. 1713, LRP 5 fol. 353b ff. — Rückkehr zur alten Ordnung: LG 29. 4. 1714, LRP 5 fol. 369a

### Gerichtsbarkeit

Bereits 1665 erhielt der Zweifache Landrat das Urteilsrecht über Appellationsstreitigkeiten aus den deutschen und den welschen Vogteien zugewiesen<sup>407</sup>. Die Kompetenz wurde damals Rät' und Landleuten entzogen; dass sie gerade dem doppelten Rat zugeteilt wurde, mag in der Vorstellung begründet gewesen sein, dass einem Streit zwischen zwei Parteien auch auf der Gerichtsseite eine doppelte Besetzung wünschbar sei. Einen Hinweis auf eine solche Überlegung vermittelt die Verfahrensregel, die beim Erscheinen bloss einer Partei den Handel auch nur vor einem einfachen Landrat ausgetragen wissen wollte<sup>408</sup>.

Unter dem Regime der Ordnung von 1713/1714 amtete der Zweifache Landrat zusätzlich als Malefizgericht<sup>409</sup>. 1725 wurde er dafür erneut ins Gespräch gebracht; die Landleute entschieden sich indessen für eine Aufteilung der Malefizgerichtsbarkeit zwischen Rät' und Landleuten und einem einfachen Landrat<sup>410</sup>.

#### 2.3.3.2 Dreifacher Landrat

Ausgeprägter noch als der Zweifache Landrat war der Dreifache Landrat eine ausserordentliche Behörde ohne festen Kompetenzkreis. In aller Regel befasste er sich nur mit Geschäften, die ihm von der Nachgemeinde oder der Landsgemeinde zugewiesen worden waren<sup>411</sup>. So trat er 1706 auf einen Antrag in bezug auf die französische Pension nicht ein, da sich «erfunden [hatte], dass dieser Puncten nicht vor den 3-fachen ges[essen]en Landtsrath geschlagen» worden waren<sup>412</sup>. Dazu findet sich mit grosser Regelmässigkeit im Protokoll der Hinweis, kraft welcher Instanz der Dreifache Landrat sich mit einem Gegenstand beschäftigte<sup>413</sup>. Das Landbuch von 1782 schliesslich fasste in Worte, was sich im Laufe der Zeit als Gewohnheit ergeben hatte: «Der 3-fache Landrath behandlet dasjenige, was jhme von Landts- und Nachgemeinden zu behandlen aufgetragen wird»<sup>414</sup>.

Die Gegenstände, die von einer höheren Gewalt an den Dreifachen Landrat übertragen wurden, betrafen zur Hauptsache die Gesetzgebung und Verwaltungs-

<sup>407</sup> LR 23. 4., LRP 3 fol. 147a; Lb 1623/1731, S. 146; Lb 1690, fol. 107b f. — Beispiel: 2-LR 8. 2. 1690, LRP 4 fol. 9b f.

<sup>408</sup> vgl. 2-LR 20. 9. 1700, LRP 4 fol. 313a; LR 20. 11. 1769, LRP 9 fol. 183a; LR 31. 5. 1779, LRP 10 fol. 129a.

<sup>409</sup> was aber der Landsgemeinde-Beschluss vom 7. 5. 1713, LRP 5 fol. 325b, nicht explizit vorsah! — Beispiel: 2-LR 12. 3. 1714, LRP 5 fol. 364b.

<sup>410</sup> NG 13. 5., LRP 6 fol. 193a f.

<sup>411</sup> Hatten zu einem Dreifachen Landrat auch die Landleute Zutritt, so handelte es sich dabei um eine qualifizierte Form von Rät' und Landleuten.

<sup>412</sup> 3-LR 18. 10., LRP 5 fol. 122b

<sup>413</sup> Beispiele: 3-LR 18. 10. 1706, LRP 5 fol. 122a; 3-LR 22. 4. 1728, LRP 6 fol. 292a; 3-LR 30. 4. 1728, LRP 6 fol. 297a; 3-LR 21. 5. 1731, LRP 6 fol. 382a; 3-LR 7. 5. 1755, LGP A fol. a170a

<sup>414</sup> V. S. 7

akte. Ausschlaggebend für eine Delegation dürfte entweder die Komplexität einer Materie oder ihre besondere Umstrittenheit gewesen sein<sup>415</sup>.

An zwei Sitzungen tätigte der Dreifache Landrat auch Wahlen; 1736 bestimmte er zwei Einzüger des Salzauflagegeldes und 1755 bestellte er den Kriegsrat<sup>416</sup>.

Die organisatorischen Massnahmen beschränkten sich auf eine Rückverweisung an die Nachgemeinde<sup>417</sup> und an die Landsgemeinde<sup>418</sup>. Zweimal verschob er 1755 auch die Nachgemeinde<sup>419</sup>.

Ähnlich dem Zweifachen Landrat kam der Dreifache Landrat dann als mögliche Einrichtung mit dauerndem Charakter ins Gespräch, wenn sich die Institutionen in einer Krise befanden: Im Verlaufe der Auseinandersetzung um das Antragsrecht hätte die Obrigkeit den Dreifachen Landrat gerne an St. Georg regelmässig tagen gesehen; sein am 24. April 1702 zuhanden der Landsgemeinde verabschiedeter Vorschlag nahm als Kompensation zur Eingrenzung des freien Antrags die Vorberatung der Vorschläge aus dem Landvolk durch eine dreifache Volksvertretung in Aussicht<sup>420</sup>, doch mochte der Souverän den Intentionen seiner Obrigkeit nicht folgen<sup>421</sup>. Diese multiplizierte Form des Georgenlandrates – wiederum mit der Kompetenz, Anträge an die Landsgemeinde<sup>422</sup> überhaupt zuzulassen oder nicht – stand auch 1713 zur Debatte, und sie wurde an der Landsgemeinde vom 7. Mai wenigstens für ein Jahr akzeptiert<sup>423</sup>. Am Georgstag 1714 tagte dementsprechend der Rat in dreifacher Besetzung<sup>424</sup>, doch sorgte die Landsgemeinde vom 29. April 1714 mit der Wiederherstellung des alten Zustandes dafür, dass er weiter nicht in Funktion treten konnte<sup>425</sup>.

Bloss im Stadium der Idee blieb die Absicht stecken, dem Dreifachen Landrat eine gerichtliche Funktion zuzuweisen. Alternativ zum Zweifachen Landrat wur-

<sup>415</sup> Beispiele: Gesetzgebung: 3-LR 23. 4. 1695, LRP 4 fol. 182b (Wochenratssitzung an einem andern Tag als am Montag); 3-LR 18. 10. 1706, LRP 5 fol. 122a (Beisteuer- und Erbartikel); 3-LR 21. 5. 1731, LRP 6 fol. 382a f. (Bestätigung diverser Artikel); 3-LR 1. 6. 1771, LGP B fol. 21b ff. (Handelsvorschriften). – Verwaltung: 3-LR 9. 10. 1689, LRP 4 fol. 4b (Streitigkeit mit Obwalden; Landleute-Aufnahmen unter Vorbehalt der Genehmigung durch die Landsgemeinde); 3-LR 17. 10. 1712, LRP 5 fol. 302a (Bestreitung der Kriegskosten aus dem Villmergerkrieg, der endgültige Beschluss auf Erhebung einer Landsteuer wird an eine ausserordentliche Landsgemeinde verwiesen); 3-LR 23. 4. 1714, LRP 5 fol. 367a (Instruktion auf eine dreiörtige Konferenz); 3-LR 22. 4. 1728, LRP 6 fol. 292a ff. (Marchenstreit mit Engelberg); 3-LR 30. 4. 1728, LRP 6 fol. 297a ff. (Marchenstreit mit Engelberg); 3-LR 21. 5. 1731, LRP 6 fol. 382a (Käsehandel)

<sup>416</sup> 24. 5. 1736, LRP 7 fol. 27b; 7. 5. 1755, LGP A fol. 170a

<sup>417</sup> 18. 10. 1706, LRP 5 fol. 122b

<sup>418</sup> 17. 10. 1712, LRP 5 fol. 302a

<sup>419</sup> 7. 5., LGP A fol. a170a f.; 16. 5., LGP A fol. b170b

<sup>420</sup> LRP 5 fol. 9a

<sup>421</sup> LG 29. 4. 1702, LRP 5 fol. 10a. – von Deschwanden, Entwicklung, S. 122

<sup>422</sup> nicht mehr an die Nachgemeinde, die überhaupt abgeschafft werden wollte

<sup>423</sup> LRP 5 fol. 325a ff.

<sup>424</sup> 23. 4., LRP 5 fol. 365b

<sup>425</sup> LRP 5 fol. 369a; von Deschwanden, Entwicklung, S. 129 ff.

de er 1725<sup>426</sup> als Möglichkeit für den Ersatz von Rät' und Landleuten als Malefizgericht in Betracht gezogen, und nach 1771 stand er wieder in Diskussion, deren Reste an iudikativen Kompetenzen zugeteilt zu bekommen<sup>427</sup>.

### 2.3.4 RATSAUSSCHÜSSE

#### 2.3.4.1 Wochenrat

##### Allgemein

Die Geschäftsliste des Wochenrates war in aller Regel ausgeprägt umfangreich. Aus ihr wird am deutlichsten sichtbar, wie sich die Obrigkeit des 18. Jahrhunderts in väterlicher Verantwortung um nahezu alle Kleinigkeiten des gemeinschaftlichen und des individuellen Lebens kümmerte. Es oblag dem Wochenrat, die von mächtigeren Gewalten erlassenen allgemeinen Anordnungen im Alltagsleben durchzusetzen und zu konkretisieren. In seiner exekutiven Behandlung der «minder gewichtige[n] Civil-, Policej- und Provisional-Sachen»<sup>428</sup> war er in machtpolitischer Hinsicht gegenüber dem Landrat und dessen Kompositionen deutlich zurückversetzt. Wochenratsbeschlüsse besass nicht dieselbe Kraft wie zum Beispiel solche des Landrats<sup>429</sup>. Drängten aber beispielsweise die Umstände zu einem schnellen Entscheid, konnte dieser — allenfalls an einer ausserterminlichen Sitzung<sup>430</sup> — immer noch auf Ratifikation eines Landrates gefällt werden<sup>431</sup>. Gelegentlich wurde die Feststellung, man sei «dermahlen an der Zahl wenig», und die Ansicht, man halte «so weit sich nit befügt», wohl auch dazu benutzt, einen Entscheid zu verzögern<sup>432</sup>. Bei anderer Gelegenheit wurde einem benachbarten Stand versichert, man werde es nicht unterlassen, «solche Wichtigkeit für den höheren Gwalt zuo bringen»<sup>433</sup>. Dem Verbot, das einer «minderen Gewalt» den Eingriff in die Machtbefugnisse der höheren ausdrücklich untersagte<sup>434</sup>, wurde vom Wochenrat dennoch etwa zuwider gehandelt. Nicht immer konnte er da-

<sup>426</sup> NG 13. 5., LRP 6 fol. 193a f.

<sup>427</sup> LR 1. 7., LRP 9 fol. 247a

<sup>428</sup> Lb 1782, V. S. 11

<sup>429</sup> Vgl. die das Verfahren des Landrates prägende Regelung, wonach Gegenstände, die zu Beginn der Sitzung nicht angekündigt worden waren, wohl behandelt werden durften, aber «nit mehr Crafft haben [sollten] alss wan ess vor einem Wochenrath beschecken und erkant worden were». LR 24. 4. 1702, LRP 5 fol. 7b.

<sup>430</sup> Lb 1623/1731, S. 145 N.; Lb 1690, fol. 107b; Lb 1782, V. S. 11; Blumer, 2. Teil, 1. Bd., S. 185

<sup>431</sup> Bsp.: WR 5. 11. 1781, WRP 35 fol. 108b; Behandlung vor Landrat: 12. 11. 1781, LRP 10 fol. 192b. — Einsetzung und Wahl des Sanitätsrates durch den Wochenrat am 24. 1. 1774, WRP 33 fol. 251a; Bestätigung durch den Landrat am 18. 2. 1774, LRP 10 fol. 20a

<sup>432</sup> vgl. WR 6. 7. 1693, LRP 4 fol. 115a

<sup>433</sup> WR 12. 12. 1707, WRP 22 fol. 337a

<sup>434</sup> und auch darin den Wochenrat im Vergleich zum Landrat als «minder» einstuft; S. 256

bei damit rechnen, dass die Anmassung ungescholten blieb<sup>435</sup>, doch war umgekehrt in solchen Fällen eine Schelte keineswegs gewiss<sup>436</sup>. Eingriffe seitens des Wochenrates musste sich aber auch die Kommission der Rechnungsherren nicht gefallen lassen; wohl im Interesse von deren unbehinderten Prüfungsarbeit hielt das Landbuch ausdrücklich fest, ihre Verordnungen sollten «hafft haben und ein Wochenrath solches abzuenderen nit Gwallt haben»<sup>437</sup>. Dass ein Gegenstand nicht vor Wochenrat gehöre, hielt dieser von Fall zu Fall selbst fest<sup>438</sup>, oder er gab dies zu verstehen, indem er Anträge an die zuständige Instanz weiterverwies<sup>439</sup>. So wie der Landrat auf seinen Zuständigkeiten beharrte<sup>440</sup>, konnte sich auch der Wochenrat auf seine Befugnisse besinnen und fordern, dass die ihm zustehenden Geschäfte auch unterbreitet würden<sup>441</sup>.

Was dem Wochenrat üblicherweise an Gewalt abging, konnte er jedoch auf dem Wege der Delegation — insbesondere vom Landrat — übertragen erhalten<sup>442</sup>. Der solchermassen legitimierte Wochenrat handelte dann etwa ausdrücklich «kraft Landrat» bzw. kraft eines andern delegierenden Rates, wie dies verschiedentlich schon im Titel des Sitzungsprotokolls vermerkt wurde<sup>443</sup>.

Formell klar umrissen war auch das Verhältnis des Wochenrates zu den institutionalisierten Gerichten: Deren Entscheidungen zivil- und strafrechtlicher Art durfte er nicht verändern<sup>444</sup>. Auch Streitigkeiten aus den welschen Vogteien gehörten kraft klarer Vorschrift nicht vor Wochenrat, sondern vor einen Zweifachen Landrat<sup>445</sup>. Dennoch konnte sich ergeben, dass der Wochenrat der Behand-

<sup>435</sup> 1706 hob der Landrat eine abschwächende Interpretation des neuen Artikels gegen die übermässige Trinkerei, die vom Wochenrat ausgegangen war, wieder auf; 23. 4., LRP 5 fol. 109b

<sup>436</sup> 1751 bemängelte eine Abordnung der Priesterschaft, dass der bischöfliche Kommissar Franz Joseph Kayser vom Wochenrat «notifiziert» worden sei und nicht — wie etwa dessen verstorbene Vorgänger — vom Landrat. Der Landrat indessen wehrte sich dagegen nicht; 9. 11., LRP 8 fol. 48b f.

<sup>437</sup> Lb 1623/1731, S. 82 N. auf (Georgen-)LR 24. 4. 1690, LRP 4 fol. 16a, V. S. 30

<sup>438</sup> Unter allgemeiner Berufung darauf, dass «ein Wuchenrath kein Gewaldt» habe: WR 17. 8. 1757, WRP 30 fol. 142b; WR 27. 7. 1767, WRP 32, fol. 101a

<sup>439</sup> Bsp.: WR 9. 5. 1707, WRP 22 fol. 269a; WR 27. 3. 1737, WRP 27 fol. 28b; WR 16. 5. 1757, WRP 30 fol. 126b; WR 25. 6. 1767, WRP 32 fol. 95a; WR 5. 3. 1787, WRP 35 fol. 371a

<sup>440</sup> z. B. 1745: «Nuss, Kernen, Öhl aussert das Landt zu verkauffen sollen solchen Gnadt mittheilen zu mögen, ejnem gesässnen Landtrath allein reserviert undt ein Wuchenrath dessen nit befügt seyn.» 30. 9., LRP 7 fol. 224b

<sup>441</sup> in bezug auf die Almosenverteilung an Konvertiten: WR 23. 5. 1757, WRP 30 fol. 128a

<sup>442</sup> Bsp.: Delegationen vom Landrat an den Wochenrat: LR 22. 12. 1710, LRP 5 fol. 249b; LR 26. 6. 1715, LRP 5 fol. 414b; LR 30. 8. 1728, LRP 6 fol. 311b; LR 12. 1. 1750, LRP 8 fol. 12a; LR 18. 9. 1769, LRP 9 fol. 179b; LR 24. 7. 1783, LRP 10 fol. 217a. — Von Rät' und Landleuten an den Wochenrat: R&L 19. 8. 1765, LGP A fol. 264a; R&L 13. 8. 1770, LGP B fol. 16a; R&L 29. 7. 1771, LGP B fol. 34a; R&L 19. 8. 1774, LGP B fol. 69b; R&L 14. 8. 1780, LGP B fol. 135a. — Zweifacher Landrat an den Wochenrat: 2-LR 16. 7. 1715, LRP 5 fol. 425a

<sup>443</sup> Bsp.: WR 11. 7. 1746, LRP 7 fol. 232a; WR 15. 5. 1747, LRP 7 fol. 252a

<sup>444</sup> Lb 1690, fol. 40a N. auf NG 8. 5. 1689, LRP 4 fol. 3a; Lb 1623/1731, S. 55 N., S. 82 N. auf NG 31. 5. 1693, LRP 4 fol. 102a. — S. auch WR 1. 8. 1757, WRP 30 fol. 140b

<sup>445</sup> vgl. S. 296

lung derartiger Appellationen vor der üblichen Gewalt opponierte und die Parteien gar auf Umgehungsmöglichkeiten aufmerksam machte<sup>446</sup>.

Indes: Die Tätigkeit des Wochenrats beschränkte sich nicht auf das blosse Verwalten und das allfällige Ausführen von Aufträgen. Aus seiner anhaltenden Beschäftigung mit den aktuellen gesellschaftlichen und politischen Begebenheiten wuchs in ihm immer wieder das Bedürfnis, auch auf die gesetzliche Ausgestaltung, vorwiegend als Initiator, Einfluss zu nehmen<sup>447</sup>.

Doch auch dem Wochenrat konnte die Vielfalt der zu behandelnden Geschäfte des Guten zuviel werden. Damit die Gnädigen Herren «wegen Geschäftten, so für die Freündtschafften behören, auch wegen streittige[n] Sachen nit so vertriesslich molestiert werden», wollte er 1747 an den Landrat gelangen, um «eine Remedur anzuschaffen»<sup>448</sup>. Ob er eine ähnliche Entlastung auch in seiner Strafgerichtsbarkeit suchte oder — im Gegenteil — an dem von ihm wahrgenommenen Umfange festhalten wollte, geht aus den Protokollen nicht eindeutig hervor: Der Landrat hatte mehrere Male erklärt, dass «alle buossfeelige Sachen, so hierumb gesetzte Buossen seindt, noch die Rechtshändell keineswegs sollen vor Rath kommen, sondern vor das Buossen-Gricht allzeit gezogen» werden<sup>449</sup>. 1757 sollte der Wochenrat selbst die Frage wiederum von der Nachgemeinde entschieden wissen<sup>450</sup>, welche in der Folge das Bussengericht bestehen liess, doch bestimmte, «was schwörere Sachen seien, solle es M[einen] g[nädigen] H[erren] hierüber zue decidieren überlassen sein»<sup>451</sup>.

### Organisationsgewalt

Von der Zusammensetzung und der Funktion des Wochenrates her liegt der Schluss nahe, dass sich das Verfahren des Wochenrates weitgehend an jenem des Landrates orientierte. Dieses aus eigenem Antrieb zu ändern, drängte sich selten auf und so sind denn auch diesbezügliche Anordnungen nicht sehr zahlreich<sup>452</sup>.

<sup>446</sup> Bsp.: WR 11. 8. 1707, WRP 22 fol. 303b: Die Gnädigen Herren halten «für rathsamb», dass ein Streit «vor Rath allein aussgemacht werden soll», gestehen aber zu, dass — will eine Partei dem nicht zustimmen und die höhere Gewalt verlangen — «alss dan gewillfahrt werden» soll. — WR 9. 11. 1767, WRP 32 fol. 121b: Trotz dem Willen der Parteien, den Entscheid dem Wochenrat zu überlassen, tritt dieser in Erinnerung an den Artikel und «zu Vermeydung der Consequenz» auf den Streitfall nicht ein, empfiehlt aber den Einsatz eines Schiedsrichters «oder aber einer hiesigen hochen Commission».

<sup>447</sup> s. S. 305 f.

<sup>448</sup> WR 13. 3., WRP 29 fol. 39a

<sup>449</sup> 23. 4. 1736, LRP 7 fol. 22b. — Weitere Belege S. 285 Fn. 311

<sup>450</sup> 9. 3., WRP 30 fol. 115b

<sup>451</sup> NG 8. 5. 1757, LGP A fol. 187a

<sup>452</sup> Bsp.: WR 7. 8. 1747, WRP 29 fol. 62a: Ein Zeuge soll nicht gleichzeitig als Vorsprecher fungieren dürfen. — WR 2. 3. 1757, WRP 30 fol. 114b: An der nächsten Wochenratssitzung sollen die Prozesse zu Beginn behandelt werden. — WR 14. 12. 1767, WRP 32 fol. 134a: Mahnung eines Befangen, wenn sich dieser nicht von sich aus in den Ausstand begibt. — WR 9. 7. 1787, WRP 35 fol. 389b: Anmeldepflicht für vom Vorsprecher gestellte Anträge.

Zur Routine zählten hingegen organisatorische Anordnungen, sei es, dass auf ein traktandiertes Geschäft gar nicht eingetreten werden wollte<sup>453</sup>, sei es, dass ein Geschäft zur weiteren Behandlung auf eine spätere Sitzung vertagt wurde, entweder zur allgemeinen weiteren Meinungsbildung<sup>454</sup>, zur Vornahme zusätzlicher Abklärungen<sup>455</sup>, zum Einholen ergänzender Berichte<sup>456</sup> oder um einer Gegenpartei Gelegenheit zur Abgabe einer Stellungnahme zu geben<sup>457</sup>. Zahlreiche Geschäftsverschiebungen erfolgten ohne Angabe eines Grundes. Im Bedarfsfall wich der Wochenrat vom ordentlichen Sitzungsrhythmus und -termin ab und fixierte das Datum seiner nächsten Zusammenkunft selbst<sup>458</sup>. Wenig Einfluss nahm der Wochenrat auf den eigenen Bestand; einem erstmals von einer Urte abgesandten Vertreter nahm er notfalls den Treueeid ab, sofern dieser nicht zuvor von einem Landrat in Pflicht genommen worden war<sup>459</sup>. Unklarheiten in bezug auf den Ratsplatz eines einzelnen liess er indes von grösserer Gewalt bereinigen<sup>460</sup>.

Organisatorische Anordnungen im Bereich anderer Räte, der Gerichte oder der Gemeinden bezogen sich meist auf konkrete Einzelfälle und hatten selten die Absicht dauernder Gestaltung. Dass die Landsgemeinde um 12 Uhr mittags zu eröffnen sei, entsprach althergebrachter Tradition; Mahnungen an das Landvolk, sich auf diesen Zeitpunkt im Ring einzufinden, waren nichtsdestotrotz gelegentlich notwendig<sup>461</sup>. 1767 war es gar der Wochenrat, welcher die für alle Zeit von der Landsgemeinde 1766 beschlossene Verlegung auf 11.30 Uhr wiederum aufhob und die Mittagsstunde abermals bestätigte<sup>462</sup>. Wegen einer gleichentags angesetzten kirchlichen Feier verfügte der Wochenrat 1747 die Beendigung der Nachgemeinde bis spätestens 16 Uhr<sup>463</sup>. Die häufige Terminierung von Rät' und Landleuten<sup>464</sup> verband sich vereinzelt auch mit der Angabe der Tagesstunde<sup>465</sup> und einer

<sup>453</sup> Bsp.: WR 29. 7. 1707, WRP 22 fol. 279b; WR 5. 4. 1717, WRP 24 fol. 385b; WR 30. 6. 1727, WRP 25 fol. 401b; WR 7. 1. 1737, WRP 27 fol. 16b; WR 6. 3. 1747, WRP 29 fol. 36b; WR 16. 3. 1757, WRP 30 fol. 116b; WR 9. 3. 1767, WRP 32 fol. a78a; WR 4. 6. 1787, WRP 35 fol. 383a

<sup>454</sup> Bsp.: WR 17. 11. 1727, WRP 25 fol. 460a; WR 14. 2. 1757, WRP 30 fol. 112a

<sup>455</sup> Bsp.: WR 3. 10. 1707, WRP 22 fol. 318b; WR 10. 4. 1747, WRP 29 fol. 42b; WR 15. 6. 1767, WRP 32 fol. 92b; WR 21. 5. 1777, WRP 34 fol. 158a

<sup>456</sup> Bsp.: WR 3. 10. 1707, WRP 22 fol. 319a; WR 8. 11. 1717, WRP 24 fol. 426a; WR 2. 3. 1757, WRP 30 fol. 113b; WR 9. 11. 1767, WRP 32 fol. 119a; WR 18. 8. 1777, WRP 34 fol. 175b

<sup>457</sup> Bsp.: WR 4. 6. 1707, WRP 22 fol. 277a; WR 3. 10. 1727, WRP 25 fol. 440a; WR 9. 3. 1767, WRP 32 fol. a78a

<sup>458</sup> Bsp.: WR 27. 6. 1767, WRP 22 fol. 283a; WR 12. 4. 1717, WRP 24 fol. 387a; WR 28. 3. 1727, WRP 25 fol. 376a; WR 3. 6. 1737, WRP 27 fol. 40a; WR 18. 9. 1747, WRP 29 fol. 67b; WR 24. 10. 1757, WRP 30 fol. 152a; WR 23. 11. 1767, WRP 32 fol. 126a

<sup>459</sup> WR 1. 6. 1767, WRP 32 fol. 87a

<sup>460</sup> WR 16. 3. 1757, WRP 30 fol. 118a (Delegation an den Landrat).

<sup>461</sup> Bsp. WR 15. 4. 1757, WRP 30 fol. 124a

<sup>462</sup> WR 7. 9. 1767, WRP 32 fol. 106b

<sup>463</sup> WR 10. 4., WRP 29 fol. 41b

<sup>464</sup> WR 14. 11. 1707, WRP 22 fol. 329a; WR 17. 3. 1727, WRP 25 fol. 374a; WR 23. 12. 1737, WRP 27 fol. 70a; WR 14. 8. 1747, WRP 29 fol. 62b; WR 2. 3. 1757, WRP 30 fol. 113a; WR 29. 5. 1767, WRP 32 fol. 86b; WR 26. 2. 1777, WRP 34 fol. 139b; WR 3. 1. 1787, WRP 35 fol. 364b

<sup>465</sup> WR 10. 9. 1787, WRP 35 fol. 400a

Anweisung, wie die Verhandlungen zu führen seien<sup>466</sup>. Auch Sitzungen mehrfacher Räte wurden gelegentlich vom Wochenrat angesagt<sup>467</sup> und — zahlreicher — solche des Landrates<sup>468</sup>; mit der Anordnung, ruchbar gewordene Diebstähle seien jeweils an den Fronfasten-Landräten zu verkünden, nahm der Wochenrat auch Einfluss auf dessen Traktandenmuster<sup>469</sup>.

Auch mit den rechtssprechenden Institutionen beschäftigte sich der Wochenrat. Die organisatorischen Beschlüsse überwiegen auch diesbezüglich, vorweg die Terminierungen des Siebnergerichts und des Geschworenen Gerichts<sup>470</sup>, aber auch solche des Bussengerichts, welche wohl wegen dem engen Zusammenhang mit der Einnahmeseite des Landeshaushalts<sup>471</sup> in aller Regel im gleichen Zeitraum wie die «obrigkeitliche» und die «Säckelmeister-Rechnung» angesetzt wurde<sup>472</sup>. Immer wieder zur Arbeit befohlen wurden auch die von den Partikularen eingesetzten Schiedsgerichte<sup>473</sup>. Bei Befangenheit der Richter bezeichnete er, sofern das Gericht aufgrund der Substitutionsvorschriften selbst eine Lösung nicht fand, deren Ersatz<sup>474</sup>, und überhaupt sorgte er sich um die Zusammensetzung der Gerichte<sup>475</sup>. Auf die Tätigkeit der Gerichte gewann der Wochenrat starken Einfluss: Als Empfangsstelle für Anzeigen von Zuwiderhandlungen aller Art<sup>476</sup> stand es ihm zu, die eruierten Täter der zuständigen Strafgewalt<sup>477</sup> zuzuführen und als Anmel-

<sup>466</sup> WR 25. 9. 1737, WRP 27 fol. 55b (Verbot der Umfrage bei einer Stipendienverleihung)

<sup>467</sup> Bsp.: — Zweifacher Landrat: 1. 8. 1707, WRP 22 fol. 300b; 21. 8. 1747, WRP 29 fol. 64b; 8. 11. 1777, WRP 34 fol. 189b; 31. 12. 1787, WRP 35 fol. 414b. — Dreifacher Landrat: 1. 6. 1767, WRP 32 fol. 88a; 15. 6. 1767, WRP 32 fol. 93a

<sup>468</sup> Bsp. s. S. 214 Fn. 33

<sup>469</sup> WR 27. 7. 1757, WRP 30 fol. 137b

<sup>470</sup> Lb 1690, fol. 40b; Lb 1623/1731, S. 56; aber: in Konkurrenz zum Landrat; s. S. 260. — Bsp. aus Wochenratssitzungen: 14. 2. 1707, WRP 22 fol. 248a; 2. 4. 1717, WRP 24 fol. 383b; 17. 3. 1727, WRP 25 fol. 371b; 7. 10. 1737, WRP 27 fol. 57a; 6. 3. 1747, WRP 29 fol. 35b; 3. 1. 1757, WRP 30 fol. 105b; 9. 3. 1767, WRP 32 fol. 78a; 15. 12. 1777, WRP 34 fol. 195a; 4. 6. 1787, WRP 35 fol. 381a

<sup>471</sup> aber nicht nur deswegen; s. S. 356 f.

<sup>472</sup> WR 4. 4. 1707, WRP 22 fol. 259a; WR 2. 4. 1716, WRP 24 fol. 322b; WR 1. 4. 1726, WRP 25 fol. 283a; WR 10. 4. 1747, WRP 29 fol. 42a; WR 15. 4. 1757, WRP 30 fol. 124a; WR 1. 4. 1767, WRP 32 fol. 82b; WR 7. 4. 1777, WRP 34 fol. 148b; WR 2. 4. 1787, WRP 35 fol. 375b

<sup>473</sup> Bsp.: WR 3. 1. 1707, WRP 22 fol. 235b; WR 10. 1. 1757, WRP 30 fol. 107a; WR 26. 2. 1777, WRP 34 fol. 140a; WR 17. 3. 1777, WRP 34 fol. 145b; WR 3. 1. 1787, WRP 35 fol. 366a

<sup>474</sup> für das Geschworene Gericht: WR 10. 1. 1707, WRP 22 fol. 238a; WR 17. 3. 1727, WRP 25 fol. 371b; WR 31. 3. 1757, WRP 30 fol. 111a; WR 7. 4. 1777, WRP 34 fol. 149a

<sup>475</sup> In bezug auf das Geschworene Gericht: WR 19. 10. 1767, WRP 32 fol. 115a: «Diejenige hhr. Richter, welche lestermahl [am] 11. 8bre 1762 in obwalthendem Streitt wegen der Fr. H.bt.in. Cungeunde Lussy gerichtet und annoch am Leben sind, sollen kinffig Sontag abermahl richten.» — In bezug auf Schiedsgerichte: WR 3. 2. 1777, WRP 34 fol. 145b; WR 17. 3. 1777, WRP 34 fol. 145b; WR 30. 7. 1787, WRP 35 fol. 393b

<sup>476</sup> «Wenn in unserem Landt geschändt würd . . . , so mag der Beschädigte es Meinen Herren klagen und die Verargwohnte nahmhafft machen, . . . » Lb 1623/1731, S. 80 N.; Lb 1690, fol. 59b. — Empfang von Anzeigen bei Freveleien: Lb 1623/1731, S. 97 N.

<sup>477</sup> vor Bussengericht: «. . . weylen ein Anzug beschechen, ob alle Delinquenten für dass Buossengericht sollen citiert werden oldt nit, ist erkant, dass zuo jedten Zeiten an einem ehrsamb- und wohlweysen Wochenrath stehn solle, solche Delinquenten nach Beschaffenheit der Sachen für

destelle für zivilrechtliche Klagen und Revisionsbegehren<sup>478</sup> die Parteien der zivilen Gerichtsinstanz<sup>479</sup> zuzuweisen. Nicht häufig waren indes eigentliche Eingriffe in das Verfahren<sup>480</sup>.

Wie der Wochenrat den Gerichten und den als Gerichte funktionierenden Räten Arbeit zuwies, so verlegte er auch Gegenstände zur Behandlung vor grössere oder kleinere Gremien oder erteilte Aufträge an einzelne Vorgesetzte und Beamte. Es erfolgten Zuweisungen an Konferenzen mit miteidgenössischen Ständen<sup>481</sup>, an die Nachgemeinde<sup>482</sup>, an Rät' und Landleute<sup>483</sup> sowie an den einfachen<sup>484</sup> und

dass Buossengericht zue weysen oldt nit.» LR 23. 4. 1706, LRP 5 fol. 109b. — Bsp.: WR 11. 4. 1707, WRP 22 fol. 253a; WR 1. 7. 1737, WRP 27 fol. 43a; WR 15. 4. 1757, WRP 30 fol. 124a; WR 8. 1. 1777, WRP 34 fol. 134b; WR 26. 3. 1787, WRP 35 fol. 375a. — vor Landrat: Bsp.: WR 8. 5. 1717, WRP 24 fol. 390b; WR 28. 3. 1727, WRP 25 fol. 376a; WR 5. 8. 1737, WRP 27 fol. 49a; WR 23. 1. 1747, WRP 29 fol. 30a, WR 9. 3. 1767, WRP 32 fol. 78a; WR 1. 10. 1777, WRP 34 fol. 181b. — vor den Wochenrat selbst: Bsp.: WR 11. 3. 1707, WRP 22 fol. 253b; WR 7. 6. 1717, WRP 24 fol. 396a; WR 27. 1. 1727, WRP 25 fol. 395b; WR 26. 6. 1737, WRP 27 fol. 42a; WR 18. 5. 1747, WRP 29 fol. 46b; WR 6. 2. 1757, WRP 30 fol. 111b; WR 18. 3. 1767, WRP 32 fol. a78b; WR 1. 10. 1777, WRP 34 fol. 181b; WR 26. 3. 1787, WRP 35 fol. 374b

<sup>478</sup> Lb 1690, fol. 40a; Lb 1623/1731, S. 55, S. 56, S. 82, je N.

<sup>479</sup> An das Siebnergericht: Bsp.: WR 21. 6. 1717, WRP 24 fol. 398a; WR 14. 10. 1737, WRP 27 fol. 58b; WR 24. 1. 1757, WRP 30 fol. 109b; WR 19. 10. 1767, WRP 32 fol. 115b; WR 4. 6. 1787, WRP 35 fol. 380a. — an das Geschworene Gericht: Bsp.: WR 7. 11. 1707, WRP 22 fol. 328a, fol. 328b; WR 23. 6. 1717, WRP 24 fol. 399a; WR 17. 3. 1727, WRP 25 fol. 371b; WR 2. 12. 1737, WRP 27 fol. 67b; WR 17. 4. 1747, WRP 29 fol. 44a; WR 24. 1. 1757, WRP 30 fol. 109a; WR 18. 3. 1767, WRP 32 fol. a78b; WR 26. 2. 1777, WRP 34 fol. 139b; WR 27. 8. 1787, WRP 35 fol. 397b. — an das Geschworene Gericht zur Revision: WR 20. 4. 1693, LRP 4 fol. 85a; WR 12. 4. 1717, WRP 24 fol. 386b; WR 15. 12. 1727, WRP 25 fol. 468a; WR 1. 6. 1767, WRP 32 fol. 87b; WR 19. 10. 1767, WRP 32 fol. 115a; WR 25. 8. 1777, WRP 34 fol. 176a

<sup>480</sup> Bsp.: WR 16. 5. 1757, WRP 30 fol. 127b (Ablehnung eines Zeugen); WR 23. 11. 1757, WPR 30 fol. 155b (Zivilstreit soll vorgängig zum Kriminalstreit entschieden werden); WR 5. 1. 1767, WRP 32 fol. 68b (Modalitäten der Appellation); WR 4. 8. 1777, WRP 34 fol. 171a (Anordnung der Fortsetzung eines Prozesses)

<sup>481</sup> an Tagsatzungen und Syndikate: WR 4. 6. 1707, WRP 22 fol. 277b; WR 5. 4. 1717, WRP 24 fol. 384a; WR 19. 5. 1727, WRP 25 fol. 391b; WR 5. 8. 1737, WRP 27 fol. 49a; WR 17. 4. 1747, WRP 29 fol. 44b f.; WR 10. 1. 1787, WRP 30 fol. 107a; WR 7. 12. 1767, WRP 32 fol. 131b; WR 25. 6. 1777, WRP 34 fol. 164a; WR 2. 4. 1787, WRP 35 fol. 376a. — an die Katholische Konferenz: WR 16. 5. 1707, WRP 22 fol. 269a; WR 24. 10. 1717, WRP 24 fol. 423a; WR 3. 3. 1727, WRP 25 fol. 369a; WR 18. 11. 1767, WRP 32 fol. 123b. — an dreiörtige Konferenzen: WR 2. 5. 1707, WRP 22 fol. 265b f.; WR 5. 4. 1707, WRP 24 fol. 384a; WR 20. 10. 1727, WRP 25 fol. 446a; WR 1. 4. 1737, WRP 27 fol. 30a; WR 4. 12. 1747, WRP 29 fol. 80b; WR 23. 11. 1757, WRP 30 fol. 155a; WR 5. 3. 1787, WRP 35 fol. 371a

<sup>482</sup> Bsp.: WR 11. 3. 1707, WRP 22 fol. 253b; WR 8. 5. 1717, WRP 24 fol. 390a; WR 5. 5. 1727, WRP 25 fol. 385a; WR 13. 5. 1737, WRP 27 fol. 34b; WR 9. 3. 1757, WRP 30 fol. 115b; WR 5. 5. 1777, WRP 34 fol. 153a

<sup>483</sup> Bsp.: WR 14. 11. 1707, WRP 22 fol. 329a; WR 12. 7. 1717, WRP 24 fol. 404a; WR 9. 6. 1727, WRP 25 fol. 398a; WR 27. 5. 1737, WRP 27 fol. 38a; WR 27. 11. 1747, WRP 29 fol. 78b; WR 6. 6. 1757, WRP 30 fol. 130a; WR 1. 6. 1767, WRP 32 fol. 88b; WR 8. 1. 1777, WRP 34 fol. 133b

<sup>484</sup> Bsp.: WR 11. 4. 1707, WRP 22 fol. 263b; WR 1. 12. 1717, WRP 34 fol. 376a; WR 17. 11. 1727, WRP 25 fol. 458a; WR 3. 6. 1737, WRP 27 fol. 39b; WR 13. 3. 1747, WRP 29 fol. 39a; WR 24. 1.

den doppelten Landrat<sup>485</sup>. Zum Einsatz von Kommissionen war der Wochenrat im gleichen Mass befugt wie der Landrat<sup>486</sup>. In einzelnen Fragen wurden die Antragsteller vor den örtlichen Ürterat<sup>487</sup> oder Kirchenrat<sup>488</sup>, vor den Schützenrat<sup>489</sup> oder die Versammlung der Alpgenossen<sup>490</sup>, vor die Zusammenkunft der nächsten Verwandten<sup>491</sup>, der Erben<sup>492</sup> oder der Gläubiger<sup>493</sup> gewiesen. Die konkrete Durchführung einer vom Wochenrat verfügten Massnahme wurde in ungezählt manchem Fall einem Vorgesetzten Herrn<sup>494</sup>, den Amtsleuten<sup>495</sup> oder den Repräsentanten einer Ürte übertragen<sup>496</sup>.

1757, WRP 30 fol. 108b f.; WR 14. 9. 1767, WRP 32 fol. 108b; WR 1. 10. 1777, WRP 34 fol. 181b; WR 26. 3. 1787, WRP 35 fol. 373a

<sup>485</sup> Bsp.: WR 11. 8. 1707, WRP 22 fol. 303b; WR 21. 8. 1747, WRP 29 fol. 64b; WR 17. 8. 1757, WRP 30 fol. 144a; WR 9. 11. 1767, WRP 32 fol. 121b; WR 31. 12. 1787, WRP 35 fol. 414b

<sup>486</sup> Lb 1782, V. S. 11. — Bsp.: WR 10. 10. 1707, WRP 22 fol. 321b; WR 15. 3. 1717, WRP 24 fol. 382a; WR 11. 8. 1727, WRP 25 fol. 418a; WR 3. 6. 1737, WRP 27 fol. 39b; WR 27. 2. 1747, WRP 29 fol. 33b; WR 2. 3. 1757, WRP 30 fol. 113b; WR 14. 9. 1767, WRP 32 fol. 108a; WR 20. 10. 1777; WRP 34 fol. 187b; WR 8. 6. 1787, WRP 35 fol. 385b

<sup>487</sup> Bsp.: WR 23. 3. 1757, WRP 30 fol. 119b; WR 19. 11. 1777, WRP 34 fol. 190b

<sup>488</sup> Bsp.: WR 10. 4. 1747, WRP 29 fol. 41a; WR 7. 11. 1757, WRP 30 fol. 152b; WR 9. 2. 1767, WRP 32 fol. 75a; WR 25. 6. 1777, WRP 34 fol. 163a

<sup>489</sup> WR 11. 10. 1717, WRP 24 fol. 421b

<sup>490</sup> Bsp.: WR 19. 7. 1717, WRP 24 fol. 404b; WR 20. 6. 1757, WRP 30 fol. 132b

<sup>491</sup> Bsp.: WR 27. 6. 1707, WRP 22 fol. 280b; WR 1. 2. 1717, WRP 24 fol. 376a; WR 3. 10. 1727, WRP 25 fol. 439a; WR 18. 5. 1747, WRP 29 fol. 47a; WR 16. 3. 1757, WRP 30 fol. 118b; WR 1. 6. 1767, WRP 32 fol. 87a; WR 22. 1. 1777, WRP 34 fol. 135a; WR 31. 12. 1787, WRP 35 fol. 414b

<sup>492</sup> Bsp.: WR 30. 5. 1737, WRP 27 fol. 37a; WR 24. 1. 1757, WRP 30 fol. 109b; WR 7. 4. 1777, WRP 34 fol. 148b; WR 19. 11. 1787, WRP 35 fol. 409b

<sup>493</sup> Bsp.: WR 1. 4. 1737, WRP 27 fol. 31a; WR 27. 2. 1747, WRP 29 fol. 34b; WR 15. 4. 1757, WRP 30 fol. 124b

<sup>494</sup> Bsp.: — an den Landammann: WR 20. 6. 1707, WRP 22 fol. 279b; WR 15. 3. 1717, WRP 24 fol. 382b; WR 15. 9. 1727, WRP 25 fol. 431b; WR 27. 11. 1747, WRP 29 fol. 78a; WR 26. 7. 1757, WRP 30 fol. 126a; WR 13. 7. 1767, WRP 32 fol. 98b; WR 11. 6. 1787, WRP 35 fol. 384b; — an den Säckelmeister: WR 4. 4. 1707, WRP 22 fol. 258b; WR 2. 4. 1717, WRP 24 fol. 383b; WR 13. 1. 1727, WRP 25 fol. 352a; WR 5. 8. 1737, WRP 27 fol. 47b; WR 18. 5. 1747, WRP 29 fol. 47a; WR 9. 3. 1757, WRP 30 fol. 116a; WR 27. 7. 1767, WRP 32 fol. 101a; WR 5. 5. 1777, WRP 34 fol. 153b; WR 29. 10. 1787, WRP 35 fol. 407a; — an den Obervogt: WR 7. 6. 1717, WRP 24 fol. 395a; WR 27. 10. 1727, WRP 25 fol. 448a; WR 27. 11. 1737, WRP 27 fol. 66b; WR 2. 3. 1757, WRP 30 fol. 114a; WR 24. 11. 1777, WRP 34 fol. 193a; WR 16. 7. 1787, WRP 35 fol. 391a; — an den Zeugherrn: WR 12. 9. 1707, WRP 22 fol. 316a; WR 7. 6. 1717, WRP 24 fol. 396a; WR 3. 3. 1727, WRP 25 fol. 370b; WR 3. 7. 1747, WRP 29 fol. 54a; WR 15. 4. 1757, WRP 30 fol. 123b; WR 31. 1. 1767, WRP 32 fol. 73b; WR 16. 6. 1777, WRP 34 fol. 162b; WR 19. 11. 1787, WRP 35 fol. 409b

<sup>495</sup> Bsp.: — an den oder die Landschreiber: WR 28. 11. 1707, WRP 22 fol. 332b; WR 31. 5. 1717, WRP 24 fol. 394a; WR 6. 10. 1727, WRP 25 fol. 441a; WR 1. 7. 1737, WRP 27 fol. 43a; WR 3. 7. 1747, WRP 29 fol. 53a; WR 10. 1. 1757, WRP 30 fol. 106b; WR 15. 6. 1767, WRP 32 fol. 92b; — an den Landweibel: WR 18. 7. 1707, WRP 22 fol. 393a; WR 27. 10. 1717, WRP 24 fol. 423b; WR 13. 6. 1737, WRP 27 fol. 41b; WR 27. 11. 1747, WRP 29 fol. 78a; WR 24. 1. 1757, WRP 30 fol. 109a; WR 14. 12. 1767, WRP 32 fol. 134a; WR 29. 1. 1787, WRP 35 fol. 368b; — an den Landläufer: WR 1. 8. 1707, WRP 22 fol. 300b; WR 8. 4. 1717, WRP 24 fol. 386a; WR 27. 1. 1727, WRP 25 fol. 359b; WR 7. 10. 1737, WRP 27 fol. 57a; WR 14. 8. 1747, WRP 29 fol. 62b; WR 18. 7. 1757, WRP 30 fol. 135b

<sup>496</sup> Bsp.: — an Ratsherren und Elfer: WR 18. 7. 1707, WRP 22 fol. 293a; WR 3. 3. 1727, WRP 25 fol.

## Wahlen

Auf eine in den Landbüchern festgehaltene Wahlkompetenz konnte sich der Wochenrat nicht berufen. Das heisst aber nicht, dass er sich mit Wahlen — oder allenfalls Entlassungen — nie beschäftigt hätte. In den meisten Fällen — mit Ausnahme der ihm zustehenden Wahl eines Bettelvogtes<sup>497</sup> und des Siegristen der Allweg-Kapelle<sup>498</sup> — geschah dies unter Beeinträchtigung von Rechten des Landrates<sup>499</sup>, ausnahmsweise aber auch unter Verletzung der Kompetenz der Nachgemeinde. Die punktuelle Untersuchung der Wochenratstätigkeit<sup>500</sup> brachte gleich drei Wahlen eines Arme-Leute-Vogtes zum Vorschein<sup>501</sup>, zwei eines Waldvogtes<sup>501</sup> sowie die eines Zollers<sup>503</sup> und eines Harschiers<sup>504</sup>. Die Zustimmung zur Substitution des Landschreibers in einer Landvogtei hätte rechtens wohl vom Landrat ausgehen sollen<sup>505</sup>. Eingriffe in die Macht der Landsgemeinde und der Nachgemeinde geschahen nur vereinzelt und erschöpften sich in der Verleihung eines Grossweibeldienstes<sup>506</sup> und in der Bestätigung eines Kloster Vogts zu St. Klara<sup>507</sup>.

Die sofortige Entlassung von nicht vom Wochenrat gewählten Amtsträgern diente wohl der Abwehr von Rufbeeinträchtigungen<sup>508</sup> oder der Verhinderung weiterer ungenügender Amtsführung<sup>509</sup>.

## Gesetzgebung

Auf eine eigene, selbständige Gesetzgebungsgewalt konnte sich der Wochenrat selbstverständlich nicht berufen. Dennoch verstand er es, auf die Veränderung oder die Interpretation bzw. auf die Neufassung eines Artikels gestaltend Einfluss

370b; WR 20. 11. 1747, WRP 29 fol. 78a; WR 16. 5. 1757, WRP 30 fol. 126b; WR 23. 2. 1767, WRP 32 fol. 76a; WR 3. 9. 1787, WRP 35 fol. 398b; — an den Dorf- bzw. Genossenvogt: WR 4. 12. 1747, WRP 29 fol. 80b; WR 19. 11. 1787, WRP 35 fol. 409b

<sup>497</sup> Bsp.: WR 10. 1. 1757, WRP 30 fol. 307a.

<sup>498</sup> Bsp.: WR 12. 12. 1757, WRP 30 fol. 157b; WR 5. 5. 1777, WRP 34 fol. 154a. — Der Unterhalt der im Auftrag der Landsgemeinde im Jahre 1671/1672 erstellten Kapelle oblag von Anfang an der Obrigkeit; Durrer, Kunstdenkmäler, S. 256

<sup>499</sup> etwa bei der Bestellung des Sanitätsrates am 24. 1. 1774, WRP 33 fol. 251a, auf spätere Genehmigung des Landrates, erfolgt am 18. 2. 1774, LRP 10 fol. 20a

<sup>500</sup> registriert wurden sämtliche Geschäfte des Wochenrates in den Jahren mit der Endziffer 7, also 1707, 1717, 1727 etc.

<sup>501</sup> nämlich am 22. 1. 1727, WRP 25 fol. 355b; am 1. 7. 1737, WRP 27 fol. 43a; am 27. 4. 1747, WRP 29 fol. 58a.

<sup>502</sup> am 26. 5. 1717, WRP 24 fol. 393a, und am 5. 5. 1777, WRP 34 fol. 153b; beide Male handelte es sich um Waldvögte im Hinterberg.

<sup>503</sup> am 13. 2. 1718, WRP 24 fol. 503a, und am 22. 1. 1787, WRP 35 fol. 376b.

<sup>504</sup> am 25. 6. 1767, WRP 32 fol. 94a (Ersatz für Verstorbenen), und am 5. 3. 1787, WRP 35 fol. 371b.

<sup>505</sup> WR 8. 5. 1717, WRP 24 fol. 390a

<sup>506</sup> vermutlich in Bellenz: WR 5. 3. 1787, WRP 35 fol. 371a

<sup>507</sup> am 4. 1. 1717, WRP 24 fol. 368a

<sup>508</sup> etwa im Falle des Nachrichters Joseph Feiss am 15. 3. 1717, WRP 24 fol. 382b, bestätigt durch den Landrat am 17. 3. 1717, LRP 6 fol. 10a

<sup>509</sup> etwa im Falle der Hebamme Anna Maria Steiner am 9. 3. 1757, WRP 30 fol. 115a

zu nehmen. Ob eine bestehende Regelung oder eine ganze Ordnung überarbeitungsbedürftig geworden war oder ob allgemeinverbindliche Normen überhaupt erst geschaffen werden sollten, wurde aus naheliegenden Gründen oft ein erstes Mal in diesem Rat erörtert, der mit der alltäglichen Durchsetzung des Gebotenen konfrontiert war. In der Exekutiv-Funktion erlaubte er sich bei Notwendigkeit ohne Bedenken, einer ihm unvollständig oder nicht mehr dienlich erscheinenden Vorschrift eine eigenständige Lesart zu geben<sup>510</sup>. Anderseits wies er auch Begehren auf Änderungen zurück<sup>511</sup>, oder er brachte das Geschäft selbst vor den Landrat<sup>512</sup> oder vor die Nachgemeinde<sup>513</sup>. Der im 18. Jahrhundert bedeutendste Versuch, die Nidwaldner Grundordnung umzustellen, ging ebenfalls vom Wochenrat aus: Am 13. Februar 1713 beauftragte er alle Vorsitzenden Herren samt den Herren Elfern, einen Plan zur Neuordnung zu entwerfen<sup>514</sup>, der dann zunächst dem Landrat und dann der Landsgemeinde zur Beratung unterbreitet wurde<sup>515</sup>.

Zu gesetzgeberischer Tätigkeit eigentlich legitimiert wurde der Wochenrat gelegentlich durch Delegationen, doch beschlugen diese durchwegs bloss untergeordnete Angelegenheiten<sup>516</sup>.

### Verwaltung

Die übergrosse Zahl der Geschäfte von verwaltendem Charakter, die vom Wochenrat behandelt und verabschiedet wurden, weist mit aller Deutlichkeit auf die primäre Funktion dieses Rates hin: Er war jene Instanz, welche die Alltagsgeschäfte zu erledigen und für den Erhalt der Ordnung zu sorgen hatte. Das weitgehende Fehlen einer vollzeittägigen Beamtenenschaft — dauernd im Dienste standen zunächst nur die vier Beamten<sup>517</sup>, der Zoller in Stansstad und später die Harschiere<sup>518</sup> — einerseits, anderseits aber das Selbstverständnis der Obrigkeit

<sup>510</sup> Bsp.: — Interpretation des Hausierverbotes: WR 15. 7. 1737, WRP 27 fol. 45b; — Aufhebung des Tanzverbotes und der Helsetenbeschränkung: WR 2. 1. 1747, WRP 29 fol. 24b; — Interpretation des Metzgereiartikels: WR 5. 10. 1767, WRP 32 fol. 112b; — Ergänzung der Wirtshausordnung: WR 22. 1. 1787, WRP 35 fol. 366b

<sup>511</sup> Bsp.: WR 4. 4. 1707, WRP 22 fol. 258b; WR 11. 4. 1707, WRP 22 fol. 263a; WR 5. 8. 1737, WRP 27 fol. 48a; WR 5. 5. 1777, WRP 34 fol. 154a

<sup>512</sup> Bsp.: WR 17. 10. 1707, WRP 22 fol. 323b; WR 28. 6. 1717, WRP 24 fol. 399b; WR 17. 2. 1727, WRP 25 fol. 365a; WR 3. 6. 1737, WRP 27 fol. 39b; WR 17. 4. 1747, WRP 29 fol. a44b; WR 7. 11. 1757, WRP 30 fol. 152b; WR 27. 7. 1767, WRP 32 fol. 101a; WR 5. 3. 1777, WRP 34 fol. 141b; WR 4. 6. 1787, WRP 35 fol. 382b

<sup>513</sup> Bsp.: WR 28. 9. 1707, WRP 22 fol. 318a; WR 13. 1. 1727, WRP 25 fol. 354b; WR 5. 5. 1727, WRP 25 fol. 385a; WR 13. 5. 1737, WRP 27 fol. 34b; WR 9. 3. 1757, WRP 30 fol. 115b; WR 29. 8. 1757, WRP 30 fol. 145a; WR 22. 9. 1777, WRP 34 fol. 180b

<sup>514</sup> WRP 24 fol. 97a

<sup>515</sup> vgl. S. 182 ff.

<sup>516</sup> Bsp.: LR 22. 12. 1710, LRP 5 fol. 249b; 2-LR 16. 7. 1715, LRP 5 fol. 425a; LR 30. 8. 1728, LRP 6 fol. 311b (Kompetenz zu sechs unterschiedlichen Verordnungen!); LR 14. 5. 1781, LRP 10 fol. 177a

<sup>517</sup> zwei Landschreiber, der Landweibel und der Landläufer

<sup>518</sup> s. S. 266 f.

mit Einschluss des Landammanns als die von Gott eingesetzte und vom Volk blass approbierte, allumfassende Macht im Land, deren väterliche Sorge sich um fast alles und jedes zu kümmern hatte, waren Ursache für eine immense Flut von Entscheidungen, Ratschlägen, Stellungnahmen, Abklärungen, Anordnungen etc., welche der Wochenrat zu treffen bzw. abzugeben hatte. Dem weitreichenden Kompetenzkreis des Wochenrates trug auch das Landbuch Rechnung, das in «des- sen Gewaldt» die «minder gewichtige Civil-, Policej- und Provisional-Sachen»<sup>519</sup> schob. Das wenig eingrenzende Kriterium des «minderen Gewichts» hatte zur Folge, dass zahlreiche Geschäfte sowohl als solche des Wochenrates wie auch als solche des Landrates erschienen<sup>520</sup>. So gewährte der Wochenrat im Bereich der Fürsorge — genau wie der Landrat — Beiträge für neuerbaute Häuser<sup>521</sup>, Unterstützungen für Zwillinge geburten<sup>522</sup>, an einem bestimmten Tag<sup>523</sup> Almosen für Bedürftige<sup>524</sup> sowie Gaben an hiesige<sup>525</sup> und auswärtige Kollektive, insbesondere kirchliche Gemeinschaften<sup>526</sup>. Der Bewilligung, in den Kirchen zur Linderung persönlicher Not für sich das Opfer aufnehmen zu lassen<sup>527</sup>, folgte häufig<sup>528</sup> die

<sup>519</sup> Lb 1782, V. S. 11

<sup>520</sup> und dass der Landrat auch häufig Geschäfte an den Wochenrat delegierte

<sup>521</sup> Bsp.: WR 28. 6. 1717, WRP 24 fol. 401a; WR 17. 9. 1727, WRP 25 fol. 433a; WR 23. 12. 1737, WRP 27 fol. 69b; WR 20. 3. 1747, WRP 29 fol. 40a; WR 27. 7. 1757, WRP 30 fol. 137a; WR 23. 2. 1767, WRP 32 fol. 76a; WR 2. 6. 1777, WRP 34 fol. 159a; WR 10. 9. 1787, WRP 35 fol. 399b

<sup>522</sup> Bsp.: WR 15. 11. 1717, WRP 24 fol. 428b; WR 27. 10. 1727, WRP 25 fol. 449a; WR 14. 10. 1737, WRP 27 fol. 59b; WR 31. 7. 1747, WRP 29 fol. 60a; WR 27. 7. 1757, WRP 30 fol. 137a; WR 9. 3. 1767, WRP 32 fol. 78b; WR 28. 7. 1777, WRP 34 fol. 170a; WR 21. 5. 1787, WRP 35 fol. 377b

<sup>523</sup> am ersten Ratstag im Monat; LR 22. 4. 1747, LRP 7 fol. 248a; vgl. WR 20. 11. 1747, WRP 29 fol. 78a

<sup>524</sup> Bsp.: WR 14. 3. 1707, WRP 22 fol. 255b; WR 5. 7. 1717, WRP 24 fol. 403a; WR 18. 8. 1727, WRP 25 fol. 419b; WR 13. 5. 1737, WRP 27 fol. 36a; WR 19. 6. 1747, WRP 29 fol. 50a; WR 2. 3. 1757, WRP 30 fol. 114a; WR 5. 1. 1767, WRP 32 fol. 68b; WR 15. 9. 1777, WRP 34 fol. 178b; WR 21. 5. 1787, WRP 35 fol. 377b. — 1695 bestimmte der Landrat, dass Schenkungen von mehr als einem halben Gulden vom Wochenrat, und nicht etwa vom Säckelmeister, beschlossen werden müssen; LR 30. 5., LRP 4 fol. 190a; Lb 1690, fol. 58b N.. — 1757 hielt der Wochenrat fest, die Vergabeung von Almosen sollte «immer vor MGhh. kommen, . . .»; WR 23. 5., WRP 30 fol. 128a. Demgegenüber setzte das Lb 1782 für Spenden bis zu einem halben Gulden den Säckelmeister, für grössere den Landammann ein; V. S. 110

<sup>525</sup> Bsp.: WR 27. 10. 1727, WRP 25 fol. 448a; WR 1. 4. 1737, WRP 27 fol. 30b; WR 25. 6. 1767, WRP 32 fol. 94a.

<sup>526</sup> Bsp.: WR 23. 5. 1707, WRP 22 fol. 271b; WR 21. 6. 1717, WRP 24 fol. 397b; WR 12. 11. 1727, WRP 25 fol. 28a; WR 18. 5. 1747, WRP 29 fol. 46b; WR 14. 11. 1757, WRP 30 fol. 154a; WR 19. 1. 1767, WRP 32 fol. 70a; WR 3. 12. 1777, WRP 34 fol. 194a; WR 3. 12. 1787, WRP 35 fol. 411b

<sup>527</sup> Bsp.: WR 23. 5. 1707, WRP 22 fol. 271a; WR 24. 5. 1717, WRP 24 fol. 393a; WR 21. 7. 1727, WRP 25 fol. 411b; WR 26. 8. 1737, WRP 27 fol. 52b; WR 12. 6. 1747, WRP 29 fol. 49b; WR 9. 3. 1757, WRP 30 fol. 114b; WR 5. 1. 1767, WRP 32 fol. 68b; WR 15. 9. 1777, WRP 34 fol. 178b; WR 5. 3. 1787, WRP 35 fol. 370b

<sup>528</sup> Um den Rat zu entlasten, übertrug 1743 der Landrat dem regierenden Landammann die Aufgabe, die Verwandtschaft zusammenzuweisen — sichtlich ohne längere Wirkung! LR 6. 5. 1743, LRP 7 fol. 184a f.

verbindliche Weisung an die Verwandtschaft, sich zu versammeln<sup>529</sup>, um dem Angehörigen in Bedrängnis<sup>530</sup> mit einer Beisteuer<sup>531</sup> beizustehen<sup>532</sup>. Die vom Familienrat beschlossene Unterstützung bedurfte der Genehmigung durch den Wochenrat<sup>533</sup>, der darnach oftmals sowohl den beauftragten Einzüger wie auch die belasteten Verwandten — häufig unter Androhung von Bussen — wiederum mahnen musste, diese auch dem Begünstigten zukommen zu lassen<sup>534</sup>.

Auch für die persönliche, leibliche Fürsorge mussten gelegentlich Befehle erlassen werden, sei es in Form von Anordnungen des Wochenrates selbst<sup>535</sup>, sei es in Form von Aufträgen an die Eltern und Verwandten im Sinne einer verstärkten Aufsicht oder gar der «Anschliessung» eines Pflegebedürftigen an Ketten<sup>536</sup>. Gewährten die Verwandten pflegelosen Kindern oder invaliden Personen die gebotene Fürsorge nicht, liessen die Gnädigen Herren selbige auf deren Kosten verdingen<sup>537</sup>. War die Verwandtschaft eines von den Eltern verlassenen Kindes überhaupt nicht zu eruieren, entschied der Wochenrat über die Art der Hilfe<sup>538</sup>. Gleichzeitig war es ebensosehr das Anliegen des Wochenrates, die Zahl solcher,

<sup>529</sup> Nach einem Beschluss des LR vom 22. 4. 1747 bekam dazu der Landammann das Recht; LRP 7 fol. 248a

<sup>530</sup> ab 1749 nach Vorprüfung der Bedürftigkeit durch den Ürte-Rat; Lb 1623/1731, S. 209 N. auf 3-LR 24. 10. 1749, LGP A fol. 124b; Lb 1782, V. S. 106 f.

<sup>531</sup> Die Höhe der Beisteuer wird im Landbuch «wegen Verschiedenheit der Umständen» nicht festgelegt und das jeweilige Mass «denen Hh. Räthen in jeder Urthi mit Zuzug der 5. nähsten statthafften Freunden überlassen» zu bestimmen; Lb 1782, V. S. 108

<sup>532</sup> «[Der Wochenrat] erlaubt Steüren anzulegen unter dem 4t[en] Grad vatt[ers]halb, . . .» Lb 1782, V. S. 11; den Einbezug von Verwandten der mütterlichen Seite — «Muttermärchigen» — konnte nur der Landrat bewilligen: Lb 1782, V. S. 107. — Bsp.: WR 4. 4. 1707, WRP 22 fol. 259a; WR 31. 5. 1717, WRP 24 fol. 394a; WR 17. 3. 1727, WRP 25 fol. 374a; WR 12. 8. 1737, WRP 27 fol. 50b; WR 10. 7. 1747, WRP 29 fol. 55a; WR 30. 3. 1757, WRP 30 fol. 122b; WR 5. 1. 1767, WRP 32 fol. 68b; WR 21. 5. 1777, WRP 34 fol. 158a; WR 26. 3. 1787, WRP 35 fol. 375a

<sup>533</sup> Bsp.: WR 14. 3. 1707, WRP 22 fol. 255b; WR 24. 5. 1717, WRP 24 fol. 392b; WR 28. 7. 1727, WRP 25 fol. 414b; WR 15. 7. 1737, WRP 27 fol. 45b; WR 26. 6. 1747, WRP 29 fol. 51b; WR 23. 3. 1757, WRP 30 fol. 119a; WR 9. 3. 1767, WRP 32 fol. 78a; WR 5. 5. 1777, WRP 34 fol. 154a; WR 21. 5. 1787, WRP 35 fol. 379a. — Die Bezahlung einer nicht vom Wochenrat genehmigten Beisteuer konnten die pflichtigen Verwandten erfolgreich verweigern; Bsp.: WR 26. 6. 1747, WRP 29 fol. 52a

<sup>534</sup> Bsp.: WR 28. 8. 1707, WRP 22 fol. 251a; WR 19. 4. 1717, WRP 24 fol. 389b; WR 18. 8. 1727, WRP 25 fol. 419b; WR 20. 5. 1737, WRP 27 fol. 37b; WR 19. 6. 1747, WRP 29 fol. 50b; WRP 16. 3. 1757, WRP 30 fol. 118a; WR 26. 1. 1767, WRP 32 fol. 72a; WR 5. 5. 1777, WRP 34 fol. 154a; WR 5. 3. 1787, WRP 35 fol. 370a

<sup>535</sup> Bsp.: WR 5. 12. 1707, WRP 22 fol. 333b; WR 4. 8. 1727, WRP 25 fol. 417a; WR 6. 3. 1747, WRP 29 fol. 36a; WR 6. 6. 1757, WRP 30 fol. 130a; WR 7. 12. 1767, WRP 32 fol. 130b; WR 29. 1. 1777, WRP 34 fol. 135a; WR 9. 7. 1787, WRP 35 fol. 390a

<sup>536</sup> Bsp.: WR 27. 7. 1707, WRP 22 fol. 295b; WR 23. 8. 1717, WRP 24 fol. 413a; WR 23. 6. 1727, WRP 25 fol. 400b; WR 1. 4. 1737, WRP 27 fol. 29b; WR 26. 6. 1747, WRP 29 fol. 52b; WR 12. 12. 1757, WRP 30 fol. 158a

<sup>537</sup> Lb 1623/1731, S. 177 N.; Lb 1690, fol. 135a

<sup>538</sup> Lb 1623/1731, S. 177, und Lb 1690, fol. 92b, beide N. auf NG 13. 5. 1691, LRP 4 fol. 39a; Lb 1782, V. S. 109

welche der Allgemeinheit allfällig zur Last fallen bzw. die Erwerbsmöglichkeiten Einheimischer einschränken konnten, möglichst gering zu halten: Neben der Anordnung genereller Säuberungen des Landes von Fremden — «Betteljagden»<sup>539</sup> — wies er noch und noch einzelne Auswärtige namentlich aus dem Land<sup>540</sup>. In der Erteilung von Aufenthaltsbewilligungen war er entsprechend zurückhaltend, und er verband sie meist mit einschränkenden Auflagen<sup>541</sup>. Selbst die Aufnahme eines Landesfremden im Spital erforderte die ausdrückliche Bewilligung des Wochenrates<sup>542</sup>. Dass die Verpachtung von Land oder eines Gewerbetriebes an einen Fremden mindestens seiner Genehmigung bedurfte<sup>543</sup>, erscheint bei der allgemein gegenüber Nicht-Landleuten abweisenden Haltung als selbstverständlich; selbst die Einführung von mehr als einer Kuh zu Sömmierungszwecken auf einer Alp benötigte die Erlaubnis<sup>544</sup>. Sorgfältig liess er jeweils die für eine landesfremde Ehefrau geforderte Bürgschaft prüfen<sup>545</sup>, und er verlangte die Genehmigung jeglicher Veränderungen im Bestande eines Frauenvermögens<sup>546</sup> oder in einer Bürgschaft<sup>547</sup>. Seiner Zustimmung bedürftig war ebenso die Vermögensverlegung in ein anderes Land, was in der Regel eine prozentuale Abgabe und — bei vollständiger Auflösung allen Eigentums in Nidwalden — den Verlust des Landrechts

<sup>539</sup> Bsp.: WR 7. 2. 1707, WRP 22 fol. 244b; WR 31. 3. 1727, WRP 25 fol. 380a; WR 1. 7. 1737, WRP 27 fol. 43b; WR 22. 1. 1777, WRP 34 fol. 135a. Vgl. Lb 1623/1731, S. 119 N.; Lb 1690, fol. 87b

<sup>540</sup> Bsp.: WR 21. 2. 1707, WRP 22 fol. 250b; WR 5. 7. 1717, WRP 24 fol. 402b; WR 17. 9. 1727, WRP 25 fol. 434a; WR 7. 10. 1737, WRP 27 fol. 57a; WR 27. 2. 1747, WRP 29 fol. 34a; WR 4. 7. 1757, WRP 30 fol. 133a, fol. 133b; WR 26. 1. 1767, WRP 32 fol. 72b; WR 19. 11. 1777, WRP 34 fol. 190b; WR 29. 1. 1787, WRP 35 fol. 368a

<sup>541</sup> Bsp.: — allgemein: WR 27. 6. 1707, WRP 22 fol. 280b; WR 20. 10. 1727, WRP 25 fol. 447a; WR 8. 5. 1747, WRP 29 fol. 45a; WR 30. 3. 1757, WRP 30 fol. 121b; WR 13. 10. 1777, WRP 34 fol. 184a; WR 21. 5. 1787, WRP 35 fol. 379a. — an Waldbrüder: WR 29. 8. 1707, WRP 22 fol. 310b; WR 27. 9. 1747, WRP 29 fol. 68b; Lb 1623/1731, S. 182 N. auf NG 10. 5. 1705, LRP 5 fol. 87a

<sup>542</sup> Lb 1623/1731, S. 160 N. auf LR 24. 4. 1690, LRP 4 fol. 15b; Lb 1690, fol. 147a; Lb 1782, V. S. 110

<sup>543</sup> Bsp.: WR 25. 2. 1737, WRP 27 fol. 26a; WR 12. 1. 1767, WRP 32 fol. 69b; WR 20. 8. 1787, WRP 35 fol. 396b. — Vgl. dazu die diversen Regelungen im Lb 1623/1731, S. 63, S. 65 (Verpachtung eines Sees), S. 79 N., und im Lb 1690, fol. 44b ff., fol. 64b

<sup>544</sup> Lb 1623/1731, S. 122 N. auf NG 11. 5. 1625, LRP 2 fol. 236a, und NG 3. 5. 1648, LRP 3 fol. 3a; Lb 1690, fol. 90b. — Hingegen konnte der Wochenrat zur Sicherung von Weideplätzen für Vieh, das von Luzerner Metzgern aufgekauft worden war, das sonst übliche Zugrecht der Landleute aufheben; Lb 1623/1731, S. 190, und Lb 1690, fol. 142a, beide N. auf R&L 23. 4. 1694, LRP 4 fol. 151a

<sup>545</sup> Bsp.: WR 2. 5. 1707, WRP 22 fol. 266a; WR 24. 11. 1727, WRP 25 fol. 462b; WR 27. 5. 1737, WRP 27 fol. 38a; WR 6. 11. 1747, WRP 29 fol. 76b; WR 2. 3. 1757, WRP 30 fol. 113a; WR 9. 2. 1767, WRP 32 fol. 75b; WR 12. 5. 1777, WRP 34 fol. 156a; WR 11. 6. 1787, WRP 35 fol. 384b. Lb 1782, V. S. 52

<sup>546</sup> Bsp.: WR 11. 4. 1707, WRP 22 fol. 262a f.; WR 28. 6. 1717, WRP 24 fol. 401b; WR 14. 7. 1727, WRP 25 fol. 409a; WR 3. 6. 1737, WRP 27 fol. 38b; WR 9. 9. 1747, WRP 29 fol. 66b; WR 20. 6. 1757, WRP 30 fol. 132a; WR 6. 4. 1767, WRP 32 fol. 84a

<sup>547</sup> Bsp.: WR 8. 11. 1717, WRP 24 fol. 424b; WR 1. 4. 1737, WRP 27 fol. 29b; WR 13. 3. 1747, WRP 29 fol. 37b; WR 30. 3. 1757, WRP 30 fol. 121b; WR 15. 6. 1767, WRP 32 fol. 92a; WR 16. 6. 1777, WRP 34 fol. 161a. — Bezüglich Sicherheitsdepots vgl. Lb 1623/1731, S. 126, S. 180, beide N. auf NG 21. 5. 1730, LRP 6 fol. 369b f.

nach sich zog<sup>548</sup>. Mit dem Verlassen des Landes in engem Zusammenhang stand auch die Erteilung des Mannrechts<sup>549</sup>, wie überhaupt das Ausstellen von diversen Ausweisen, Bescheinigungen und Bestätigungen zu den laufenden Geschäften des Wochenrates zählte<sup>550</sup>.

Dazu kamen auch dauernd Bewilligungen zur Neubesiegelung von öffentlichen Urkunden, insbesondere von Gütten, die verloren gegangen oder deren Siegel abgefallen waren<sup>551</sup>. Ebenso stand ihm der Entscheid zu, eine Gült, deren «Guot mit Rübinen oder anderen Schadens Gefahr underworffen währe», von den Landschätzern neu schätzen zu lassen<sup>552</sup>.

Vermögensrechtlicher Beistand verband sich mit persönlicher Fürsorge in den zahlreich angeordneten Bevogtigungen. Das Verfügen einer Vormundschaft und das Ernennen eines Vogts standen dem Wochenrat nur interimsweise und auf Genehmigung eines nachfolgenden Geschworenen Gerichts zu<sup>553</sup>, während er die vom Vater auf dem Sterbebett bestimmten Vögte bestätigte<sup>554</sup> bzw. im Falle eines Fehlens nächster Verwandter, aber der Existenz mehrerer Schwäger einen davon als Vormund bezeichnete<sup>555</sup>. Die Entlassung aus dem Amt konnte er nur jenen gewähren, die vom Geschworenen Gericht ernannt worden waren<sup>556</sup>, üblicherweise und sofern weitere amtsfähige Verwandte verfügbar waren, nach einer

<sup>548</sup> Bsp.: WR 23. 8. 1717, WRP 24 fol. 431a; WR 10. 9. 1727, WRP 25 fol. 432b; WR 3. 6. 1737, WRP 27 fol. 38b; WR 12. 6. 1747, WRP 29 fol. 50a; WR 23. 3. 1757, WRP 30 fol. 119b; WR 12. 1. 1767, WRP 32 fol. 69b; WR 12. 5. 1777, WRP 34 fol. 156a; WR 22. 10. 1787, WRP 35 fol. 405b

<sup>549</sup> Bsp.: WR 11. 10. 1717, WRP 24 fol. 421a; WR 26. 9. 1727, WRP 25 fol. 438a; WR 5. 8. 1737, WRP 27 fol. 49a; WR 16. 10. 1747, WRP 29 fol. 72b; WR 24. 1. 1757, WRP 30 fol. 109a; WR 6. 2. 1767, WRP 32 fol. 74b; WR 9. 6. 1777, WRP 34 fol. 159b; WR 1. 10. 1787, WRP 35 fol. 401b.

<sup>550</sup> Bsp.: WR 28. 2. 1707, WRP 22 fol. 251a; WR 24. 5. 1717, WRP 24 fol. 393a; WR 25. 8. 1727, WRP 25 fol. 423a; WR 15. 7. 1737, WRP 27 fol. 46a; WR 24. 7. 1747, WRP 29 fol. 58a; WR 18. 7. 1757, WRP 30 fol. 136a; WR 7. 9. 1767, WRP 32 fol. 107b; WR 30. 6. 1777, WRP 34 fol. 165b; WR 16. 7. 1787, WRP 35 fol. 390b

<sup>551</sup> Bsp.: WR 24. 10. 1707, WRP 22 fol. 325b; WR 3. 7. 1727, WRP 25 fol. 403b; WR 27. 11. 1737, WRP 27 fol. 66b; WR 23. 1. 1747, WRP 29 fol. 29a; WR 8. 8. 1757, WRP 30 fol. 141a; WR 18. 3. 1767, WRP 32 fol. 79b; WR 19. 11. 1777, WRP 34 fol. 190b

<sup>552</sup> Lb 1623/1731, S. 85, und Lb 1690, fol. 64a, beide N. auf NG 5. 5. 1658, LRP 3 fol. 94b f.

<sup>553</sup> Lb 1782, V. S. 11, V. S. 55. — Bsp.: WR 24. 1. 1707, WRP 22 fol. 243a; WR 25. 1. 1717, WRP 24 fol. 375b; WR 11. 8. 1727, WRP 25 fol. 418a; WR 24. 7. 1737, WRP 27 fol. 46a; WR 10. 7. 1747, WRP 29 fol. 55a; WR 16. 5. 1757, WRP 30 fol. 125a; WR 19. 1. 1767, WRP 32 fol. 71a; WR 9. 6. 1777, WRP 34 fol. 159b; WR 31. 12. 1787, WRP 35 fol. 415a

<sup>554</sup> bestätigen musste? — Bsp.: WR 11. 7. 1707, WRP 22 fol. 288b; WR 14. 5. 1717, WRP 24 fol. 392a; WR 10. 9. 1727, WRP 25 fol. 431a; WR 8. 7. 1737, WRP 27 fol. 44a; WR 11. 12. 1747, WRP 29 fol. 81b; WR 14. 2. 1757, WRP 30 fol. 112b; WR 14. 4. 1777, WRP 34 fol. 150b; WR 9. 7. 1787, WRP 35 fol. 390a

<sup>555</sup> Lb 1623/1731, S. 170; Lb 1690, fol. 128b, beide N. auf LR 23. 4. 1670, LRP 3 fol. 216a; Lb 1782, V. S. 55. — Vgl. Blumer, 2. Teil, 2. Bd., S. 191 f., der aber aus den zitierten Belegstellen eine unrichtige Konsequenz zieht.

<sup>556</sup> Lb 1623/1731, S. 170 N.; Lb 1782, V. S. 11. — Vom Vater erwählte Vögte bedurften der Entlassung durch den Landrat; LR 23. 4. 1755, LRP 8 fol. 128b. — Lb 1782, V. S. 60; s. S. 279



17 Das Spittel in Stans diente der Armen- und Krankenfürsorge.

zweijährigen Amts dauer<sup>557</sup>. Fühlte sich ein junger Bevormundeter schliesslich so weit «erwachsen, das[s] er lieber selbst Vogt wäre», konnte die Entlassung von der Verwandtschaft bzw. vom örtlichen Kirchenrat angeordnet werden, doch bedurfte sie der Bestätigung seitens des Wochenrates<sup>558</sup>. — Auch in die Verwaltung des Mündelvermögens griff der Wochenrat ein: So traf er selbst Anordnungen bezüglich des Vermögens, oder er erklärte den Vormund für eine bestimmte Handlung

<sup>557</sup> Lb 1782, V. S. 60. — Bsp.: WR 7. 11. 1707, WRP 22 fol. 328b; WR 5. 4. 1717, WRP 24 fol. 385a; WR 10. 2. 1727, WRP 25 fol. 364b; WR 14. 10. 1737, WRP 27 fol. 59a; WR 27. 11. 1747, WRP 29 fol. 78a; WR 9. 3. 1757, WRP 30 fol. 116a; WR 1. 4. 1767, WRP 32 fol. 83b; WR 7. 4. 1777, WRP 34 fol. 149b; WR 18. 6. 1787, WRP 35 fol. 385b. — Die Ersatzwahl erfolgte wiederum durch das Geschworene Gericht; s. S. 357

<sup>558</sup> Lb 1623/1731, S. 173; Lb 1782, V. S. 61 (Zitat); Blumer, 2. Teil, 2. Bd., S. 196. — Noch mit der Pflicht, mit dem Entlassungsgesuch «für die Landtlüth» zu kommen: Lb 1690, fol. 131b

als entlastet<sup>559</sup>. «Meinen Herren» oblag auch die Erteilung der Bewilligung zu einem Kirchenruf des Inhalts, der Vogt werde für die Zechschulden eines Mündels weiter nicht mehr aufkommen<sup>560</sup>. Eine durchgreifende Entlastung von «Geschäftten, so für die Freündtschafften behören», strebte der Wochenrat 1747 an<sup>561</sup>.

Eine bedeutende Rolle kam dem Wochenrat in der allgemeinen Sorge um den Bestand privater Vermögen zu. Erhielt er Kunde von der drohenden Zahlungsunfähigkeit eines Partikularen, forderte er diesen zur Bekanntgabe seiner sämtlichen Aktiva und Passiva vor dem Obervogt heraus<sup>562</sup> und — erwies sich die Insolvenz als gegeben — ordnete er den «Geltenruf»<sup>563</sup> und dann die «Geltenversammlung» an<sup>564</sup>. Als Hilfe für den Obervogt bei der Verzeichnung von Vermögensstücken und deren allfälligen Verwertung eines in «Auffall» geratenen Privaten bezeichnete der Wochenrat einen verständigen Mann aus der Urte des Betroffenen<sup>565</sup>. Vermögenssicherung war die Absicht auch der Überwachung der realen Sicherungswerte von Gültten<sup>566</sup>. Auf Bitte eines Gläubigers erliess er oftmals an den einzelnen Schuldner die Aufforderung, eine Vereinbarung einzuhalten und beispielsweise eine ausstehende Zahlung zu leisten<sup>567</sup>. Gerieten zwei Parteien über eine Angelegenheit in Streit miteinander, befahl er ihnen regelmässig, sich gütlich zu

<sup>559</sup> Bsp.: WR 28. 3. 1707, WRP 22 fol. 256b; WR 14. 6. 1717, WRP 24 fol. 396a; WR 13. 1. 1727, WRP 25 fol. 354a; WR 13. 5. 1737, WRP 27 fol. 35b; WR 3. 7. 1747, WRP 29 fol. 54b; WR 9. 3. 1757, WRP 30 fol. 116a; WR 18. 3. 1767, WRP 32 fol. a78b; WR 21. 7. 1777, WRP 34 fol. 167a; WR 4. 6. 1787, WRP 35 fol. 383a

<sup>560</sup> Lb 1623/1731, S. 171 N.

<sup>561</sup> 13. 3., WRP 29 fol. 39a

<sup>562</sup> Lb 1623/1731, S. 178, und Lb 1690, fol. 136a, beide N. auf NG 5. 5. 1624, LRP 2 fol. 220a; Vgl. auch Lb 1623/1731, S. 74 N., und Lb 1690, fol. 55b. — Bsp.: WR 7. 6. 1717, WRP 24 fol. 395a; WR 9. 6. 1727, WRP 25 fol. 396a; WR 7. 1. 1737, WRP 27 fol. 17b; WR 16. 10. 1747, WRP 29 fol. 73a; WR 23. 3. 1757, WRP 30 fol. 120b; WR 9. 2. 1767, WRP 32 fol. 75b; WR 27. 1. 1777, WRP 34 fol. 136b; WR 8. 1. 1787, WRP 35 fol. 365b

<sup>563</sup> Bsp.: WR 14. 2. 1707, WRP 22 fol. 248a; WR 5. 4. 1717, WRP 24 fol. 385a; WR 17. 4. 1727, WRP 25 fol. 283a; WR 19. 6. 1747, WRP 29 fol. 50b; WR 3. 1. 1757, WRP 30 fol. 106b; WR 14. 12. 1767, WRP 32 fol. 133a; WR 22. 1. 1787, WRP 35 fol. 367a

<sup>564</sup> Bsp.: WR 2. 4. 1717, WRP 24 fol. 383a; WR 13. 6. 1737, WRP 27 fol. 41a; WR 17. 7. 1747, WRP 29 fol. 56a; WR 24. 1. 1757, WRP 30 fol. 108a; WR 18. 5. 1767, WRP 32 fol. 85a; WR 12. 3. 1777, WRP 34 fol. 144b; WR 5. 3. 1787, WRP 35 fol. 371b

<sup>565</sup> Lb 1623/1731, S. 178 N. auf 3-LR 7. 5. 1676 (Unter diesem Datum ist im LRP 3 kein Protokoll zu finden!)

<sup>566</sup> Lb 1623/1731, S. 87; Lb 1690, fol. 65a

<sup>567</sup> Bsp.: WR 18. 7. 1707, WRP 22 fol. 294a; WR 1. 10. 1717, WRP 24 fol. 418a; WR 13. 1. 1727, WRP 25 fol. 352a; WR 13. 5. 1737, WRP 27 fol. 35a; WR 19. 6. 1747, WRP 29 fol. 50b; WR 30. 3. 1757, WRP 30 fol. 121a; WR 23. 3. 1767, WRP 32 fol. 80a; WR 5. 5. 1777, WRP 34 fol. 154a; WR 18. 6. 1787, WRP 35 fol. 386a

einigen oder dann an das zuständige Gericht zu gelangen<sup>568</sup>. Gelegentlich hatte er in ein nachbarschaftliches Verhältnis schlichtend einzugreifen<sup>569</sup>. Keine Partei eines Streithandels, der vor Gericht ausgemacht werden musste, wurde auf sich selbst gestellt belassen: Auf Begehren hin gewährte der Wochenrat einen entsprechenden Beistand<sup>570</sup>. Rechtshilfe liess er auch einer Partei auf Verlangen dann zu kommen, wenn sich ein Handel ausserhalb der Talschaft abspielte oder wenn ein anderer Stand darnach forderte<sup>571</sup>. Hilfestellungen bot der Wochenrat weiter bei Erbteilungen an<sup>572</sup>, wobei ihm auch regelmässig erbrechtliche Verfügungen und Vereinbarungen zur Genehmigung unterbreitet wurden<sup>573</sup>.

Die landesväterliche Sorge erstreckte sich indes weit über den Familienverband hinaus in das tägliche Leben hinein. Laufend gebot oder verbot der Wochenrat ein bestimmtes Verhalten der Bevölkerung<sup>574</sup>; besonders häufig erlassen wurden Mandate bezüglich der Unterhaltung wie Spiel und Tanz<sup>575</sup>. Dazu traf er Vorkehrungen für die allgemeine Sicherheit der Landleute<sup>576</sup> oder deren Gesund-

<sup>568</sup> Bsp.: WR 16. 5. 1707, WRP 22 fol. 270a; WR 14. 6. 1717, WRP 24 fol. 396b; WR 14. 7. 1727, WRP 25 fol. 409b; WR 20. 5. 1737, WRP 27 fol. 37b; WR 26. 6. 1747, WRP 29 fol. 52b; WR 16. 3. 1757, WRP 30 fol. 118a; WR 19. 1. 1767, WRP 32 fol. 70a; WR 5. 5. 1777, WRP 34 fol. 154a; WR 26. 3. 1787, WRP 35 fol. 375a. — Mehrmals, aber offensichtlich vergeblich, wurde der Versuch unternommen, den Schlichtungsauftrag durch den regierenden Landammann erteilen zu lassen; vgl. LR 6. 5. 1743, LRP 7 fol. 184a f.; WR 13. 3. 1747, WRP 29 fol. 39a

<sup>569</sup> Bsp.: WR 19. 1. 1707, WRP 22 fol. 239b; WR 23. 8. 1717, WRP 24 fol. 413a; WR 15. 7. 1737, WRP 27 fol. 45b; WR 30. 11. 1757, WRP 30 fol. 157a; WR 10. 9. 1787, WRP 35 fol. 399b

<sup>570</sup> Bsp.: WR 19. 1. 1707, WRP 22 fol. 239b; WR 19. 4. 1717, WRP 24 fol. 389a; WR 19. 5. 1727, WRP 25 fol. 392b; WR 4. 2. 1737, WRP 27 fol. 24a; WR 3. 7. 1747, WRP 29 fol. 54a; WR 23. 3. 1757, WRP 30 fol. 120a; WR 1. 4. 1767, WRP 32 fol. 82a; WR 10. 12. 1787, WRP 35 fol. 413a

<sup>571</sup> Bsp.: WR 28. 3. 1707, WRP 22 fol. 257b; WR 30. 8. 1717, WRP 24. fol. 414a; WR 7. 1. 1737, WRP 27 fol. 17a; WR 19. 6. 1747, WRP 29 fol. 50b; WR 12. 9. 1757, WRP 30 fol. 146b; WR 18. 11. 1767, WRP 32 fol. 142a; WR 14. 7. 1777, WRP 34 fol. 166b f.; WR 5. 3. 1787, WRP 35 fol. 370a

<sup>572</sup> Bsp.: WR 7. 2. 1707, WRP 22 fol. 244a; WR 27. 10. 1727, WRP 25 fol. 448a; WR 2. 6. 1737, WRP 27 fol. 39b; WR 26. 6. 1747, WRP 29 fol. 52b; WR 9. 3. 1757, WRP 30 fol. 116a; WR 25. 6. 1767, WRP 32 fol. 94b; WR 12. 5. 1777, WRP 34 fol. 156a; WR 7. 2. 1787, WRP 35 fol. 369a

<sup>573</sup> Bsp.: WR 11. 7. 1707, WRP 22 fol. 253a; WR 30. 8. 1717, WRP 24 fol. 414a; WR 26. 5. 1727, WRP 25 fol. 394a; WR 7. 10. 1737, WRP 27 fol. 58b; WR 20. 2. 1747, WRP 29 fol. 32a; WR 3. 1. 1757, WRP 30 fol. 106b; WR 14. 9. 1767, WRP 32 fol. 108b; WR 7. 4. 1777, WRP 34 fol. 148b; WR 21. 5. 1787, WRP 35 fol. 377b.

<sup>574</sup> Bsp.: WR 24. 1. 1707, WRP 22 fol. 243a; WR 26. 8. 1737, WRP 27 fol. 53a; WR 19. 6. 1747, WRP 29 fol. 51a; WR 14. 11. 1757, WRP 30 fol. 153b; WR 31. 1. 1767, WRP 32 fol. 73a; WR 16. 6. 1777, WRP 34 fol. 163a; WR 22. 1. 1787, WRP 35 fol. 366b

<sup>575</sup> «In gefährlichen Zeiten» hatte der Wochenrat kraft Landbuch die Gewalt, «Spillen und Tantzen gänztlich einzustellen und zu verbieten». Lb 1623/1731, S. 16 N.; Lb 1690, fol. 13b; Lb 1782, V. S. 11 (Zitat). — Zur Regelung des Tanzes allgemein: Lb 1623/1731, S. 16 N.; Lb 1690, fol. 13b. — Bsp.: WR 19. 1. 1707, WRP 22 fol. 239b; WR 21. 7. 1727, WRP 25 fol. 410b; WR 17. 4. 1747, WRP 29 fol. 44b; WR 9. 11. 1767, WRP 32 fol. 119b; WR 14. 7. 1777, WRP 34 fol. 166b

<sup>576</sup> etwa mit dem Befehl, einen bösen Hund wegzuschaffen; Bsp.: WR 4. 4. 1707, WRP 22 fol. 261a; WR 31. 5. 1717, WRP 24 fol. 394a; WR 13. 6. 1737, WRP 27 fol. 41a; WR 22. 1. 1777, WRP 34 fol. 135a

heit<sup>577</sup>, mit welcher Sorge auch persönliche Alkoholverbote in Zusammenhang gebracht werden können<sup>578</sup>. Unter Umständen Gesundheit und Vermögen ganzer Dorfgemeinschaften standen bei Brandausbrüchen auf dem Spiel<sup>579</sup>, weshalb häufig feuerpolizeiliche Massnahmen getroffen wurden<sup>580</sup>. Besondere Aufmerksamkeit liess der Wochenrat auch der Pflege von Strassen, Wegen und Brücken angedeihen, deren Instandhaltung er immer wieder privaten Anstössern bzw. dem Zeug- und Bauherrn anbefahl<sup>581</sup>. Seiner Aufsicht über die Bäche, den Fluss Engelbergeraa und den Anteil am Vierwaldstättersee<sup>582</sup> entsprang im speziellen das Recht zur Bewilligung des Holzflössens in der Aa<sup>583</sup> und — in Verbindung mit der Überwachung des Verkehrs — die Weisungsbefugnis über die ganze Schiffahrt<sup>584</sup>.

Das dichte Geflecht obrigkeitlicher Anordnungen, die Vielfalt der geschriebenen und ungeschriebenen Gebote und Verbote einerseits, der Anspruch der Gnädigen Herren, das Haus in jeder Hinsicht sauber zu halten, anderseits, verlangten nach einer ausgedehnten Überwachung, die sowohl von den Vorgesetzten Herren<sup>585</sup> und den Ratsherren<sup>586</sup> als auch von den Trägern minderer Ämter<sup>587</sup>

<sup>577</sup> Bsp.: WR 1. 7. 1737, WRP 27 fol. 43a; WR 27. 2. 1747, WRP 29 fol. 34b; WR 1. 8. 1757, WRP 30 fol. 139a; WR 9. 2. 1767, WRP 32 fol. 74b; WR 22. 9. 1777, WRP 34 fol. 181a; WR 20. 8. 1787, WRP 35 fol. 395b

<sup>578</sup> Bsp.: WR 27. 6. 1707, WRP 22 fol. 283b; WR 20. 12. 1717, WRP 24 fol. 434a; WR 25. 2. 1737, WRP 27 fol. 26b; WR 26. 3. 1787, WRP 35 fol. 374b

<sup>579</sup> vgl. dazu Steiner-Barmettler

<sup>580</sup> Bsp.: WR 8. 8. 1707, WRP 22 fol. 302b; WR 3. 7. 1727, WRP 25 fol. 404a; WR 3. 6. 1737, WRP 27 fol. 40a; WR 9. 9. 1747, WRP 29 fol. 67a; WR 17. 8. 1757, WRP 30 fol. 143a; WR 27. 7. 1767, WRP 32 fol. 102a; WR 21. 7. 1777, WRP 34 fol. 167a; WR 26. 3. 1787, WRP 35 fol. 373a

<sup>581</sup> Bsp.: WR 14. 3. 1707, WRP 22 fol. 254a; WR 21. 6. 1717, WRP 24 fol. 398a; WR 30. 8. 1727, WRP 25 fol. 497b; WR 8. 7. 1737, WRP 27 fol. 45a; WR 3. 7. 1747, WRP 29 fol. 54a; WR 30. 3. 1757, WRP 30 fol. 121a; WR 5. 1. 1767, WRP 32 fol. 68b; WR 5. 5. 1777, WRP 34 fol. 155b; WR 26. 3. 1787, WRP 35 fol. 374a. — Von den Unterhaltskosten für die Landstrassen übernahm die Obrigkeit den halben Teil; Lb 1623/1731, S. 126

<sup>582</sup> Bsp. diverser Verfügungen: WR 11. 4. 1707, WRP 22 fol. 263a; WR 9. 10. 1747, WRP 29 fol. 71b; WR 30. 3. 1757, WRP 30 fol. 121a; WR 19. 1. 1767, WRP 32 fol. 70a; WR 15. 9. 1777, WRP 34 fol. 179a; WR 25. 6. 1787, WRP 35 fol. 388b

<sup>583</sup> Lb 1623/1731, S. 25 N. auf NG 9. 6. 1720, LRP 6 fol. 94b f.; Lb 1690, fol. 25a N. auf NG 14. 5. 1651, LRP 3 fol. 27a, NG 5. 5. 1658, LRP 3 fol. 95a, NG 9. 5. 1660, LRP 3 fol. 110b, NG 14. 5. 1663, LRP 3 fol. 134a. — Bsp.: WR 11. 4. 1707, WRP 22 fol. 263a; WR 12. 4. 1717, WRP 24 fol. 388a; WR 5. 5. 1727, WRP 25 fol. 384a; WR 21. 10. 1737, WRP 27 fol. 60b; WR 10. 4. 1747, WRP 29 fol. 41a; WR 16. 5. 1757, WRP 30 fol. 125b f.; WR 30. 6. 1777, WRP 34 fol. 164b; WR 25. 6. 1787, WRP 35 fol. 388b

<sup>584</sup> Bsp.: WR 5. 9. 1707, WRP 22 fol. 313b; WR 8. 11. 1717, WRP 24 fol. 425a; WR 28. 3. 1727, WRP 25 fol. 376a f.; WR 2. 12. 1737, WRP 27 fol. 68a; WR 23. 11. 1767, WRP 32 fol. 125a; WR 4. 8. 1777, WRP 34 fol. 171a

<sup>585</sup> Stellte z. B. der Obervogt in einer Mündelrechnung Mängel fest, hatte er den fehlbaren Vogt bei den Gnädigen Herren zu verzeiigen; Lb 1623/1731, S. 172 N. auf LR 20. 4. 1667, LRP 3 fol. 175a; Lb 1690, fol. 130b N. auf LR 23. 4. 1672, LRP 3 fol. 251b f.

<sup>586</sup> ihnen oblag die Pflicht zu «verleiden», d.h., fehlbares Verhalten zur Anzeige zu bringen; vgl. S. 245. — Bei drohendem Wertzerfall einer Gülthinterlage: Lb 1623/1731, S. 87; Lb 1690, fol. 65a

<sup>587</sup> Zur Anzeigepflicht der Waldvögte s. S. 262

und von den Partikularen<sup>588</sup> besorgt wurde und welche eine dauernde Flut von Verzeigungen zur Folge hatte. Dem Wochenrat oblag vor der eigentlichen Bestrafung<sup>589</sup> das Einleiten eines umfassenden Untersuchungsverfahrens mit der Aufnahme von Beweisen<sup>590</sup>, dem Verfügen der Verhaftung<sup>591</sup> und dem Auftrag zur Durchführung von Verhören<sup>592</sup>.

Intensiver als der Landrat kümmerte sich der Wochenrat um den Zustand des Staatshaushaltes. Seinen Ausgabenbeschlüssen, insbesondere solche der Entlohnung bzw. Entschädigung von Personen im öffentlichen Dienst<sup>593</sup>, zum Unterhalt von Gebäuden im Eigentum des Landes<sup>594</sup>, zur Unterstützung einheimischer oder fremder Bedürftiger<sup>595</sup>, der Förderung strebsamer Schüler mit Prämien<sup>596</sup> und solchen zur Ergänzung der Kriegsausrüstung<sup>597</sup>, standen Massnahmen gegenüber, die sich um Einnahmen sorgten, etwa im Bereiche von Auflagegeldern und diversen Abgaben<sup>598</sup>, des Zolls<sup>599</sup> oder der Pensionen<sup>600</sup>.

<sup>588</sup> die bei Anzeigen und nachfolgender Bestrafung bei diversen Delikten mit einer Belohnung rechnen konnten

<sup>589</sup> s. S. 318 ff.

<sup>590</sup> «Kundschaften»; Bsp.: WR 14. 2. 1707, WRP 22 fol. 248a; WR 10. 9. 1717, WRP 24 fol. 416a; WR 6. 10. 1727, WRP 25 fol. 442b; WR 25. 2. 1737, WRP 27 fol. 26a; WR 20. 2. 1747, WRP 29 fol. 31a; WR 24. 10. 1757, WRP 30 fol. 152a; WR 14. 10. 1767, WRP 32 fol. 115b; WR 6. 10. 1777, WRP 34 fol. 183b; WR 10. 9. 1787, WRP 35 fol. 400a. — Lb 1623/1731, S. 80 N.

<sup>591</sup> Bsp.: WR 11. 7. 1707, WRP 22 fol. 292a; WR 12. 4. 1717, WRP 24 fol. 387a; WR 31. 3. 1727, WRP 25 fol. 380a f.; WR 23. 12. 1737, WRP 27 fol. 70a; WR 24. 5. 1747, WRP 29 fol. 48a; WR 27. 7. 1757, WRP 30 fol. 137a; WR 6. 2. 1767, WRP 32 fol. 75a; WR 13. 1. 1777, WRP 34 fol. 134a; WR 5. 3. 1787, WRP 35 fol. 372a

<sup>592</sup> Bsp.: WR 27. 6. 1707, WRP 22 fol. 281a; WR 5. 4. 1717, WRP 24 fol. 385a; WR 24. 11. 1727, WRP 25 fol. 462a; WR 13. 5. 1737, WRP 27 fol. 34a; WR 18. 5. 1747, WRP 29 fol. 46b; WR 17. 8. 1757, WRP 30 fol. 143a; WR 6. 2. 1767, WRP 32 fol. 74b; WR 11. 8. 1777, WRP 34 fol. 172a; WR 30. 7. 1787, WRP 35 fol. 393a

<sup>593</sup> Bsp.: WR 31. 7. 1707, WRP 22 fol. 298a; WR 10. 9. 1727, WRP 25 fol. 432a; WR 2. 12. 1737, WRP 27 fol. 67b; WR 18. 8. 1747, WRP 29 fol. 64a; WR 18. 7. 1757, WRP 30 fol. 135b; WR 26. 10. 1767, WRP 32 fol. 116b; WR 15. 9. 1777, WRP 34 fol. 180a; WR 15. 10. 1787, WRP 35 fol. 405a. — Die Jahresentschädigung der Vorgesetzten Herren und der weiteren Beamten war schon in den Landbüchern festgelegt. — Der Beschluss des Wochenrates vom 9. 6. 1727, WRP 25 fol. 396b, die Ärzte, Schärer und Schulherren möchten ihre Jahresbesoldung künftig von einem Landrat erbitten, hatte nicht dauernden Bestand, gewährte er sie ihnen doch auch später wieder: WR 13. 5. 1737, WRP 27 fol. 34b; WR 5. 5. 1777, WRP 34 fol. 153b

<sup>594</sup> Bsp.: WR 11. 4. 1707, WRP 22 fol. 263 b; WR 30. 8. 1717, WRP 24 fol. 414a; WR 17. 11. 1727, WRP 25 fol. 457a; WR 1. 7. 1737, WRP 27 fol. 43b; WR 11. 12. 1747, WRP 29 fol. 81b; WR 18. 5. 1767, WRP 32 fol. 85a; WR 30. 6. 1777, WRP 34 fol. 164b

<sup>595</sup> s. S. 307

<sup>596</sup> Bsp.: WR 29. 8. 1707, WRP 22 fol. 310a; WR 12. 7. 1717, WRP 24 fol. 404a; WR 17. 8. 1757, WRP 30 fol. 142a; WR 31. 8. 1767, WRP 32 fol. 104b; WR 25. 8. 1777, WRP 34 fol. 176a

<sup>597</sup> Bsp.: WR 28. 9. 1707, WRP 22 fol. 318a; WR 14. 6. 1717, WRP 24 fol. 396b; WR 30. 8. 1727, WRP 25 fol. 427b; WR 13. 5. 1737, WRP 27 fol. 34b; WR 15. 4. 1757, WRP 30 fol. 124b; WR 13. 7. 1767, WRP 32 fol. 98a

<sup>598</sup> Bsp.: WR 4. 4. 1707, WRP 22 fol. 261a; WR 31. 5. 1717, WRP 24 fol. 393b; WR 17. 3. 1727, WRP 25 fol. 372b; WR 19. 8. 1737, WRP 27 fol. 51b; WR 31. 1. 1757, WRP 30 fol. 110b; WR 23. 11. 1767, WRP 32 fol. 125a

An die Beamten minderen Ranges ergingen seitens des Wochenrates ebenso Aufträge und Weisungen wie an einzelne Vorgesetzte Herren oder höhere Beamte<sup>601</sup>. Anordnungen des Wochenrates mussten sich auch die Ürten gefallen lassen<sup>602</sup>.

Tätig wurde der Wochenrat auch in diversen Bereichen des Handels<sup>603</sup>, vor allem in der Versorgung mit lebenswichtigen Gütern wie Korn<sup>604</sup> und Salz<sup>605</sup>, in beiden Bereichen parallel zum Landrat<sup>606</sup>. Im eigenen Wirtschaftsraum erteilte er die Bewilligung zur Führung eines Gastwirtschaftsbetriebes<sup>607</sup> und überwachte aufmerksam den Betrieb der obrigkeitlichen Metzgerei<sup>608</sup>. Allenthalben beschäftigten ihn auch die Belange der Fischerei und vor allem die Versorgung der einheimischen Bevölkerung mit frischen Fischen<sup>609</sup>. Mit der Beurteilung von Holzschlagbegehren aus obrigkeitlichen Wäldern<sup>610</sup> und Stellungnahmen zu Holzaus-

<sup>599</sup> Bsp.: WR 11. 4. 1707, WRP 22 fol. 263a; WR 28. 6. 1717, WRP 24 fol. 399b; WR 17. 4. 1727, WRP 25 fol. 382a; WR 13. 5. 1737, WRP 27 fol. 34a; WR 5. 9. 1757, WRP 30 fol. 146a; WR 1. 6. 1767, WRP 32 fol. 88a

<sup>600</sup> Bsp.: WR 27. 7. 1707, WRP 22 fol. 296b; WR 8. 5. 1717, WRP 24 fol. 390b; WR 27. 3. 1737, WRP 27 fol. 29a f.; WR 18. 11. 1767, WRP 32 fol. 123a; WR 1. 10. 1777, WRP 34 fol. 182b; WR 21. 5. 1787, WRP 35 fol. 379b

<sup>601</sup> Bsp.: WR 20. 6. 1707, WRP 22 fol. 279a; WR 26. 5. 1717, WRP 24 fol. 393a; WR 3. 7. 1727, WRP 25 fol. 403b; WR 28. 1. 1737, WRP 27 fol. 22b; WR 13. 3. 1747, WRP 29 fol. 38a; WR 1. 6. 1757, WRP 30 fol. 129b; WR 12. 5. 1777, WRP 34 fol. 157a. — Zu einem im Landbuch festgehaltenen Einzelweisungsrecht vgl. Lb 1623/1731, S. 110 N. auf LR 21. 5. 1731, LRP 6 (die Protokollfolien 383 und 384 sind leer!)

<sup>602</sup> Bsp.: WR 11. 4. 1707, WRP 22 fol. 262b; WR 15. 3. 1717, WRP 24 fol. 382a; WR 17. 3. 1727, WRP 25 fol. 373b; WR 11. 2. 1737, WRP 27 fol. 25a; WR 10. 4. 1747, WRP 29 fol. 41a; WR 14. 7. 1777, WRP 34 fol. 165b

<sup>603</sup> Bsp.: WR 14. 2. 1707, WRP 22 fol. 246b; WR 23. 8. 1717, WRP 24 fol. 412b; WR 28. 7. 1727, WRP 25 fol. 412a f.; WR 7. 1. 1737, WRP 27 fol. 17a; WR 10. 7. 1747, WRP 29 fol. 55a; WR 3. 2. 1767, WRP 32 fol. 74a; WR 12. 5. 1777, WRP 34 fol. 156a; WR 11. 6. 1787, WRP 35 fol. 383b.

<sup>604</sup> Bsp.: WR 4. 4. 1707, WRP 22 fol. 259b; WR 18. 8. 1717, WRP 24 fol. 411a; WR 1. 7. 1767, WRP 32 fol. 97a

<sup>605</sup> Bsp.: WR 5. 12. 1707, WRP 22 fol. 334a; WR 9. 8. 1717, WRP 24 fol. 408b; WR 8. 5. 1747, WRP 29 fol. 45b; WR 2. 3. 1757, WRP 30 fol. 114a; WR 19. 1. 1767, WRP 32 fol. 71a; WR 5. 5. 1777, WRP 34 fol. 154a; WR 5. 3. 1787, WRP 35 fol. 371a

<sup>606</sup> vgl. S. 279 Fn. 265

<sup>607</sup> Bsp.: WR 14. 2. 1707, WRP 22 fol. 246b; WR 30. 8. 1727, WRP 25 fol. 427b; WR 24. 5. 1747, WRP 29 fol. 47b; WR 16. 5. 1757, WRP 30 fol. 127a; WR 5. 5. 1777, WRP 34 fol. 153b; WR 7. 2. 1787, WRP 35 fol. 369b

<sup>608</sup> Bsp.: WR 2. 5. 1707, WRP 22 fol. 264b; WR 7. 6. 1717, WRP 24 fol. 335b; WR 7. 9. 1767, WRP 32 fol. 106b; WR 20. 10. 1777, WRP 34 fol. 185b f.; WR 4. 6. 1787, WRP 35 fol. 382a

<sup>609</sup> Bsp.: WR 23. 11. 1707, WRP 22 fol. 331a; WR 17. 4. 1727, WRP 25 fol. 380b f.; WR 26. 6. 1737, WRP 27 fol. 42b; WR 19. 6. 1747, WRP 29 fol. 50b; WR 18. 11. 1767, WRP 32 fol. 122a; WR 26. 2. 1777, WRP 34 fol. 140b; WR 22. 1. 1787, WRP 35 fol. 367a. — Lb 1623/1731, N. auf LR 23. 4. 1648, LRP 3 fol. 1a; Lb 1690, fol. 53b f.

<sup>610</sup> Nach den Landbüchern wurde die Erlaubnis jeweils am ersten Wochenrat nach der Nachgemeinde erteilt; Lb 1623/1731, S. 20 N. auf LR 23. 4. 1682, LRP 3 fol. 385b; Lb 1690, fol. 19b N. auf LR 23. 4. 1668, LRP 3 fol. 193a, LR 23. 4. 1671, LRP 3 fol. 230a, LR 23. 4. 1682, LRP 3 fol. 385b; Lb 1782, IV. S. 32

fuhranträgen blieb er stets über den Handel und den Verbrauch dieses wichtigen Bau- und Brennstoffes orientiert<sup>611</sup>.

Kraft Landbuch stand dem Wochenrat zu, die traditionelle Wallfahrt nach Buochs auf «ein[en] anderen bequemen Tag anzusetzen», wenn der Markustag<sup>612</sup> als üblicher Termin mit der Landsgemeinde selbst zusammenfiel oder gar terminlich nachging<sup>613</sup>. Indes liess er es dabei nicht bewenden und ordnete bei Notlagen irgendwelcher Art alleweil ein kollektives Gebet oder eine Prozession an<sup>614</sup>.

Die Pflege der Aussenbeziehungen durch den Wochenrat manifestierte sich aus den Protokollen sehr deutlich als Empfangs-<sup>615</sup> und Ausgangsstelle<sup>616</sup> für die Korrespondenz mit den eidgenössischen Ständen und fremden Mächten. Er bewältigte auch die Routine-Diplomatie mit dem Absenden von Kondolationen und Gratulationen bei Todesfällen bzw. Geburten, Heiraten und Erkürungen in den Fürstenhäusern<sup>617</sup>. Fast jede Sitzung des Wochenrates befasste sich mit Angelegenheiten der gemeinsamen Verwaltung von Vogteien<sup>618</sup>, und häufig standen

<sup>611</sup> Bsp.: WR 9. 5. 1707, WRP 22 fol. 269a; WR 26. 5. 1717, WRP 24 fol. 393a; WR 13. 1. 1727, WRP 25 fol. 354b; WR 13. 6. 1737, WRP 27 fol. 40b; WR 9. 10. 1747, WRP 29 fol. 72b; WR 6. 6. 1757, WRP 30 fol. 131a; WR 10. 6. 1767, WRP 32 fol. 90b; WR 4. 8. 1777, WRP 34 fol. 171b; WR 4. 6. 1787, WRP 35 fol. 380a.

<sup>612</sup> 25. April

<sup>613</sup> Lb 1623/1731, S. 31 N. auf LR 23. 4. 1695, LRP 4 fol. 184a, der allerdings den Landrat als zuständig erklärte! Lb 1782, II. S. 33. — Lb 1690, fol. 149a, bezeichnet unter Berufung auf den Georgenlandrat 1695 richtigerweise den Landrat als zuständig.

<sup>614</sup> Bsp.: WR 27. 5. 1707, WRP 22 fol. 273a; WR 19. 7. 1717, WRP 24 fol. 405a; WR 14. 7. 1727, WRP 25 fol. 409b; WR 9. 9. 1737, WRP 27 fol. 54b; WR 12. 6. 1747, WRP 29 fol. 49b; WR 14. 7. 1777, WRP 34 fol. 166b; WR 25. 6. 1787, WRP 35 fol. 388b

<sup>615</sup> Bsp.: WR 7. 2. 1707, WRP 22 fol. 244b; WR 11. 10. 1717, WRP 24 fol. 421a; WR 10. 2. 1727, WRP 25 fol. 362b; WR 12. 8. 1737, WRP 27 fol. 50a; WR 19. 6. 1747, WRP 29 fol. 51a; WR 9. 3. 1757, WRP 30 fol. 115a; WR 12. 1. 1767, WRP 32 fol. 69a; WR 5. 5. 1777, WRP 34 fol. 154b; WR 26. 3. 1787, WRP 35 fol. 373b

<sup>616</sup> Bsp.: WR 10. 1. 1707, WRP 22 fol. 239a; WR 7. 6. 1717, WRP 24 fol. 395a; WR 13. 1. 1727, WRP 25 fol. 355a; WR 5. 9. 1737, WRP 27 fol. 54a; WR 3. 7. 1747, WRP 29 fol. 54b; WR 30. 3. 1757, WRP 30 fol. 122a; WR 12. 1. 1767, WRP 32 fol. 69a; WR 27. 10. 1777, WRP 34 fol. 187b; WR 3. 9. 1787, WRP 35 fol. 398b

<sup>617</sup> Bsp.: WR 7. 2. 1707, WRP 22 fol. 244b; WR 21. 7. 1727, WRP 25 fol. 411a; WR 1. 7. 1737, WRP 27 fol. 43b; WR 10. 7. 1747, WRP 29 fol. 55a; WR 17. 8. 1757, WRP 30 fol. 142b; WR 23. 3. 1767, WRP 32 fol. 80b; WR 15. 9. 1777, WRP 34 fol. 180a. — Lb 1782, V. S. 11: «[Der Wochenrat] . . . beantwortet die oberkeitliche Schreiben, . . .»

<sup>618</sup> Bsp.: WR 7. 11. 1707, WRP 22 fol. 328a; WR 19. 7. 1717, WRP 24 fol. 406a; WR 4. 8. 1727, WRP 25 fol. 416b; WR 20. 5. 1737, WRP 27 fol. 36a; WR 6. 11. 1747, WRP 29 fol. 76a; WR 9. 3. 1757, WRP 30 fol. 115a; WR 12. 1. 1767, WRP 32 fol. 69b; WR 5. 5. 1777, WRP 34 fol. 155b; WR 5. 3. 1787, WRP 35 fol. 372a f.. — Abgabe der «Ortsstimme»: WR 14. 3. 1707, WRP 22 fol. 254a; WR 14. 5. 1717, WRP 24 fol. 391a f.; WR 10. 9. 1727, WRP 25 fol. 431a; WR 3. 6. 1737, WRP 27 fol. 38b f.; WR 16. 3. 1757, WRP 30 fol. 117b; WR 25. 6. 1767, WRP 32 fol. 96a; WR 21. 7. 1777, WRP 34 fol. 168a f.. — Verweigerung der Ortsstimme, weil eine solche herauszugeben «ohne Gegenwirth der Widerparth usser zuo geben, wider den Articul, . . .»: WR 4. 6. 1707, WRP 22 fol. 277a. — Bestätigung der Bellenzer Geschworenen: WR 10. 1. 1707, WRP 22 fol. 239a; WR 20. 12. 1717, WRP 24 fol. 433a; WR 12. 12. 1757, WRP 30 fol. 158a; WR 24. 12. 1767, WRP 32 fol. 136a

Fragen aus dem Fremdendienst<sup>619</sup>, der Grenzverhältnisse zu den Nachbarn<sup>620</sup> oder solche bilateraler Beziehungen<sup>621</sup> auf der Traktandenliste. Oft mit ausdrücklicher Ermächtigung, aber auch gegen gelegentlichen Protest<sup>622</sup> der eigentlich zuständigen Rät' und Landleute<sup>623</sup> ergänzte der Wochenrat die Instruktion eines Gesandten<sup>624</sup>, und kraft Artikel im Landbuch<sup>625</sup> war ihm nach der Rückkunft von einem Ritt baldmöglichst mündlich über den Verlauf und die Ergebnisse der Zusammenkunft Relation zu erstatten<sup>626</sup>.

### Gerichtsbarkeit

Die Gerichtsbarkeit des Wochenrates beschränkte sich auf die Beurteilung strafrechtlich geahndeter Delikte, die zudem im Verlaufe des 18. Jahrhunderts mit dem stärkeren Einsatz des Geschworenen Gerichts als Bussengericht und der Strafherren auf örtlicher Ebene eingeschränkt werden sollte. Als Beurteilungsinstanz für Delikte, welche mit festgesetzter Sanktion versehen waren, fungierte das Bussengericht bereits vor dem 18. Jahrhundert, doch mit der tatsächlichen Zuweisung von Straffällen wurde schon damals wie auch im 18. Jahrhundert selbst nicht konsequent ernst gemacht. Diverse Belegstellen nähren die Vermutung, dass ein dem Bussengericht zugewiesener Straffall nicht anders erledigt werden konnte als mit dem Verhängen der landbuchmässig fixierten Geldbusse, während dem Rat aufgrund der Einvernahme des Täters ein Ermessensspielraum zu stand<sup>627</sup>. In der Antwort auf eine Anfrage hielt der Landrat 1706 fest, dass es «zuo jedten Zeiten an einem ehrsamb- undt wohlwysen Wochenrath stehn solle», Straffällige «nach Beschaffenheit der Sachen für das Buossengericht zue weysen

<sup>619</sup> Bsp.: WR 27. 6. 1707, WR 22 fol. 283b; WR 18. 8. 1717, WRP 24 fol. 409b; WR 13. 1. 1727, WRP 25 fol. 353b; WR 13. 6. 1737, WRP 27 fol. 41a; WR 10. 7. 1747, WRP 29 fol. 55a; WR 4. 7. 1757, WRP 30 fol. 133b; WR 18. 3. 1767, WRP 32 fol. 79b; WR 9. 6. 1777, WRP 34 fol. 160a; WR 16. 7. 1787, WRP 35 fol. 390b

<sup>620</sup> Bsp.: WR 2. 5. 1707, WRP 22 fol. 265a; WR 2. 4. 1717, WRP 24 fol. 387b; WR 14. 7. 1727, WRP 25 fol. 407a ff.; WR 19. 8. 1737, WRP 27 fol. 51a; WR 16. 5. 1757, WRP 30 fol. 126b; WR 13. 7. 1767, WRP 32 fol. 98b; WR 15. 9. 1777, WRP 34 fol. 179a; WR 25. 6. 1787, WRP 35 fol. 388a

<sup>621</sup> Bsp.: WR 10. 1. 1707, WRP 22 fol. 239a; WR 9. 8. 1717, WRP 24 fol. 409a; WR 28. 3. 1727, WRP 25 fol. 376a; WR 12. 8. 1737, WRP 27 fol. 50a; WR 27. 9. 1747, WRP 29 fol. 68b f.; WR 10. 1. 1757, WRP 30 fol. 107b; WR 13. 7. 1767, WRP 32 fol. 99b; WR 5. 5. 1777, WRP 34 fol. 153b; WR 4. 6. 1787, WRP 35 fol. 381a

<sup>622</sup> vgl. R&L 23. 4. 1700, LRP 4 fol. 294b

<sup>623</sup> vgl. S. 289

<sup>624</sup> Bsp.: WR 16. 5. 1707, WRP 22 fol. 270a; WR 14. 6. 1717, WRP 24 fol. 397a; WR 3. 7. 1727, WRP 25 fol. 405a ff.; WR 20. 5. 1737, WRP 27 fol. 37b; WR 23. 3. 1767, WRP 32 fol. 81a ff.; WR 3. 9. 1787, WRP 35 fol. 399a

<sup>625</sup> 1623/1731, S. 88 f. N.

<sup>626</sup> Bsp.: WR 8. 8. 1707, WRP 22 fol. 301b; WR 10. 12. 1717, WRP 24 fol. 432a; WR 23. 6. 1727, WRP 25 fol. 399b f.; WR 27. 5. 1737, WRP 27 fol. 38a; WR 1. 4. 1767, WRP 32 fol. 82b; WR 15. 12. 1777, WRP 34 fol. 196a; WR 31. 12. 1787, WRP 35 fol. 415a. — Das Lb 1782 forderte die Relation «vor dem Gewaldt, welcher die Instruction ertheilt hatte». V. S. 36

<sup>627</sup> vgl. etwa die Androhung des Bussengerichts durch den WR 15. 6. 1693, LRP 5 fol. 108b, oder am 20. 6. 1707, WRP 22 fol. 279a und fol. 279b

oldt nit»<sup>628</sup>. In der Folge fällte der Wochenrat aufgrund aller möglicher Tatbestände<sup>629</sup> Strafen in Form von Geldbussen<sup>630</sup>, körperlichen Züchtigungen<sup>631</sup> oder religiösen Sonderleistungen<sup>632</sup>. In manchen Fällen begnügte er sich mit der Anordnung einer mündlichen Zurechtweisung<sup>633</sup>, und gelegentlich sprach er auch einen Angeklagten frei<sup>634</sup>. 1735 verfügte der Wochenrat selbst, «ess sollen künftighin keine buossfellige Sachen von M[einen] g[nä]d[igen] H[er]r[en] mehr bestraft, sonder[n] vor das Buossengericht gewüssen werden»<sup>635</sup>. Im gleichen Sinn votierte ein Jahr darauf auch der Landrat «krafft schon des hierumb errichteten Articulss», doch selbst seine Aufforderung an den regierenden Landammann, er möge darum «kein[e] Umbfrag hallten [und] auch nichts gescheiden»<sup>636</sup>, vermochte die diesbezügliche Wochenratstätigkeit nicht zu unterbinden<sup>637</sup>. Ohne längere Wirkung verblieben auch spätere Beschlüsse mit gleichem Ziel<sup>638</sup> wohl deshalb, weil die Nachgemeinde 1757 mit einem nicht klar eingrenzenden Zusatz wiederum «schwörere Sachen» den Gnädigen Herren «zue decidieren» überliess<sup>639</sup>; die strafrichterliche Tätigkeit des Wochenrates setzte sich also fort<sup>640</sup>. Zehn Jahre später, 1767, sprach der Georgenlandrat in Anlehnung an den Artikel im Landbuch die Mahnung erneut aus, die «buossfällige Sachen» sollten vor das Bussengericht gewiesen werden und allein «die Criminalia und Malefiz U[nseren]

<sup>628</sup> 23. 4., LRP 5 fol. 109b

<sup>629</sup> Sie finden sich für die Geltungszeit des Lb 1623/1731 in den Landbüchern zerstreut; Bsp.: Lb 1623/1731, S. 68, S. 83, S. 125, S. 138 f., S. 177; Lb 1690, fol. 49b, fol. 62a, fol. 93a, fol. 102a, fol. 135a

<sup>630</sup> Bsp.: WR 28. 2. 1707, WRP 22 fol. 252a; WR 4. 1. 1717, WRP 24 fol. 368b; WR 17. 9. 1727, WRP 25 fol. 434a f.

<sup>631</sup> Bsp.: WR 29. 8. 1707, WRP 22 fol. 311b f.; WR 11. 1. 1717, WRP 24 fol. 371b

<sup>632</sup> z.B. einer Wallfahrt, dem Stiften oder dem Besuch von heiligen Messen, dem Verrichten besonderer Gebete, etc.: WR 6. 7. 1707, WRP 22 fol. 287a f.; WR 15. 3. 1717, WRP 24 fol. 381b; WR 31. 3. 1727, WRP 25 fol. 378b f.

<sup>633</sup> «Zuspruch»; Bsp.: WR 28. 2. 1707, WRP 22 fol. 251b; WR 4. 1. 1717, WRP 24 fol. 368b; WR 10. 9. 1727, WRP 25 fol. 429b

<sup>634</sup> Bsp.: WR 11. 3. 1707, WRP 22 fol. 253a f.; WR 28. 6. 1717, WRP 24 fol. 401a; WR 4. 8. 1727, WRP 25 fol. 417a f.

<sup>635</sup> 10. 1., LRP 7 fol. 4a

<sup>636</sup> LR 23. 4. 1736, LRP 7 fol. 22b; Lb 1623/1731, S. 7 N.

<sup>637</sup> Bsp.: vom Wochenrat verfügte Strafen im Jahre 1737: 1. 4., WRP 27 fol. 30a; 26. 6., WRP 27 fol. 42b; 21. 10., WRP 27 fol. 60b. — Im Jahre 1747: 19. 6., WRP 29 fol. 51a; WR 26. 6., WRP 29 fol. 51b; 3. 7., WRP 29 fol. 53b; 21. 8., WRP 29 fol. 64a

<sup>638</sup> 3-LR 24. 10. 1749, LGP A fol. 123a

<sup>639</sup> 8. 5., LGP A fol. 187a, auf Antrag des WR vom 9. 3. 1757, WRP 30 fol. 115b

<sup>640</sup> Bsp.: Am 23. 5. 1757 verfügte er gegen einen Angeklagten einen Zuspruch, weil er ohne Erlaubnis eine Wehre geöffnet hatte, und gleichentags bestrafte er einen weiteren mit 2½ Gulden wegen Verletzung der Flöss-Vorschriften; WRP 30 fol. 128a. — Ebenfalls wegen einer Schädigung an den Aa-Dämmen liess er am 4. 7. 1757 einem Partikularen zusprechen; WRP 30 fol. 133a. In gleicher Art rügte er am 1. 8. 1757 einen Säumigen, der die Beisteuer nicht erlegt hatte; WRP 30 fol. 139b. — Dass sich der Wochenrat nicht auf unbedeutende Verfehlungen beschränkte, erweist sich aus seinen gleichentags gefällten Urteilen über zwei Diebe mit Körperstrafen, Trülle und Pranger; WRP 30 fol. 139b f.

g[nädigen] H[erren und] Obern vorbehalthen» bleiben<sup>641</sup>, doch die Urteilstätigkeit des Wochenrates setzte auch darnach nicht vollends aus, wie Beispiele und eine Wiederholung des Beschlusses am nächstfolgenden Georgenlandrat aufzeigen<sup>642</sup>. Nach letzterer Erkenntnis sollte sich der Rat bei «Sachen, die eine gesetzte Buoss haben», auf das Formieren der «nöthige[n] Processen» beschränken<sup>643</sup>. Mit einer systematischen Aufzählung der Tätigkeiten, «so unter willkurlicher Buoss verbitten und vor Rath gehören», strengte das Landbuch von 1782 eine klare Ausscheidung an<sup>644</sup>. Wenn auch die Anzahl der jährlichen Verfahren vor Wochenrat — wohl als Folge des ständigen Drängens — im Verlaufe des Jahrhunderts merklich verringert wurde, völlig blieben auch jetzt solche nicht aus, die wahrscheinlich eher vor das Bussengericht gehört hätten<sup>645</sup>.

Ein einmal gefälltes Urteil brauchte mit all seiner Härte nicht unbedingt durchgesetzt zu werden. Für Anträge auf Milderung, insbesondere auf Minderrung einer Busse, zeigte sich die Obrigkeit immer wieder zugänglich<sup>646</sup>. Doch Regel sollte sein, dass nur jene Instanz ihr Ersturteil nochmals überprüfte, die es auch ausgesprochen hatte! Bussen, die von einem Geschworenen Gericht ausgefällt worden waren, verbot die Nachgemeinde 1693 mit Adresse an den Wochenrat und an den Landrat bei harter Strafe für den Antragsteller zu mildern<sup>647</sup>. Und auch der Landrat wollte sich seine Strafen nicht von einem «Wochen- oder Extrarath als der kleinere Gewalt» abschwächen lassen<sup>648</sup>. 1751 beschloss er gar, dass selbst von einem Wochenrat ausgesprochene Strafen nur noch von einem Landrat reduziert werden dürften. Als Voraussetzung für ein Milderungsbegehren bezeichnete er «neüwe lindernde Umständt» und für den Fall, dass der Bestrafte sol-

<sup>641</sup> 23. 4., LRP 9 fol. 108a

<sup>642</sup> WR 18. 5. 1767, WRP 32 fol. 86a (Zuspruch wegen Metzgens wider den Artikel); WR 10. 6. 1767, WRP 32 fol. 89b (10 Gulden Busse wegen Widerhandlung gegen das 6. Gebot), fol. 91a (Zuspruch an einen Konkursiten wegen Nichttragen des «Grünen Hutes»); WR 27. 7. 1767, WRP 32 fol. 103a (Zuspruch wegen verbotenem Medizinieren), fol. 104b f. (Zuspruch wegen verbotener Viehausfuhr); WR 14. 10. 1767, WRP 32 fol. 114b (Bestrafung von 14 Spiel- und Trinkkumpanen, Bussen von 1 Gulde 5 Schilling bis 4 Gulden 20 Schilling); etc.

<sup>643</sup> LR 23. 4. 1768, LRP 9 fol. 133b

<sup>644</sup> IV. S. 85 ff.; es handelt sich um zwölf Artikel unterschiedlichsten Inhalts, der vom Verbot, «Enten, Gansen, Indianisch- und Gemeine Hüener lauffen [zu] lassen» (Art. 1) über «An Landts- und Nachgemeinden durch übeln Anzug etc. sich fehlbar machen» (Art. 7) und «Sich Partheyen» (Art. 8; Schlägerei) bis hin zur Verletzung des Spiel- und Tanzverbotes in den Zeiten des «Grossgebetts» (Art. 12) reicht.

<sup>645</sup> Bsp. aus dem Jahre 1787: WR 3. 1., WRP 35 fol. 366a (vorehelicher Geschlechtsverkehr); WR 26. 3., WRP 35 fol. 374a (Nachtburgereien); WR 6. 8., WRP 35 fol. 395a (Holzfrevel); WR 20. 8., WRP 35 fol. 396a (Bettlerbeherbergung); WR 3. 9., WRP 35 fol. 399a; WR 8. 10., WRP 35 fol. 403b f. (Drohungen); WR 19. 11., WRP 35 fol. 410a (Diebstahl); WR 10. 12., WRP 35 fol. 413b (Diebstahl); WR 31. 12., WRP 35 fol. 415b (Holzfrevel)

<sup>646</sup> Bsp. von Strafnachlassbegehren an den Wochenrat: WR 4. 4. 1707, WRP 22 fol. 261a; WR 15. 2. 1717, WRP 24 fol. 379a; WR 8. 4. 1737, WRP 27 fol. 32a; WR 20. 2. 1747, WRP 29 fol. 30b

<sup>647</sup> 31. 5., LRP 4 fol. 102a; Lb 1623/1731, S. 82; Lb 1690, fol. 40a, beide N.; Lb 1782, IV. S. 7

<sup>648</sup> 5. 5. 1749, LRP 7 fol. 280a

che nicht zu bezeichnen vermochte, behielten sich die Gnädigen Herren vor, «jhm vor selben weiters nach gestalltsame der Sachen zu bestraffen»<sup>649</sup>.

### 2.3.4.2 Spezielle Räte

Einerseits zur Entlastung der ordentlichen Räte, anderseits wohl auch zur Verbesserung der Geheimhaltung wurde im Verlaufe des 18. Jahrhunderts eine kleine Anzahl spezieller Räte reaktiviert oder neu eingesetzt. Die Tätigkeit und die Zuständigkeiten dieser Fachräte erhellt sich bereits einigermassen aus ihren Benennungen. «Im Fahl einer Feürssbrunst» hatte der Feuerrat «nach Gut-befinden zu ordinieren den vollkommenen Gewallt». Die Bewohner waren ihm «alle Gehorsambe» zu leisten verpflichtet, während die Obrigkeit den Angehörigen des Feuerrates förmlich zusicherte, sie vor «aller Beschwährnus in allen Vorfallenheiten rechtlichen Angriffs [und] vor allem Schadten» zu schützen<sup>650</sup>. «Wass zue Abhalt- undt Verhinderung solcher leydigen Suchten»<sup>651</sup> dienlich sei anzuordnen, übertrug ein Zweifacher Landrat 1713 einem Ausschuss und forderte «schleinige Gehorsambe» gegenüber allem, «wass in solcher Sanitetsversamblung abgefasset wirdt»<sup>652</sup>. Das Gremium scheint nicht dauernden Bestand gewonnen zu haben, denn 1774 wurde nach dem Beispiel anderer Stände erneut zu seiner Einrichtung geschritten<sup>653</sup>. Drei Jahre später indes war dieser augenscheinlich wiederum nicht aktionsfähig: Zur Bekämpfung einer drohenden Seuche wurde nicht der Sanitätsrat, sondern eine Kommission, bestehend aus den Vorgesetzten Herren und aus dem Geschworenen Gericht, aufgeboten<sup>654</sup>. Endlich formulierte das Landbuch von 1782 umfassend den Auftrag an den ständigen Sanitätsrat: Sollten «ansteckende Suchten old Kranckheiten unter Menschen oder Vüh in unserm Landt oder in benachbarten löbl[ichen] Ständen sich äussern», hatten sich dessen Mitglieder eiligst zu versammeln und ungesäumt dasjenige zu veranlassen, «was sie denen Umständen angemässen finden werden, damit unser Landt von dergleichen Ühlen befreyet werde»<sup>655</sup>.

Aktiv zu werden brauchte auch der Kriegsrat erst «bei sich ereignenden Kriegszeiten», — wenn «ein Landtzeichen aus dem Landt müsste, um unser Freyheit old den alten, wahren catholischen Glauben zu bewahren old einige pundtmässige Hilf zu leisten oder wann einheimische Krieg entstehen würden». In einem derartigen Fall sollte er «alle möglichste Wachtsammkeit» darauf verwenden, das zu verfügen, «was zu Beybehaltung unser[er] Freyheit, des alten, wahren catholi-

<sup>649</sup> LR 23. 4. 1751, LRP 8 fol. 35a

<sup>650</sup> Lb 1623/1731, S. 218 N. auf LR 5. 1. 1746, LRP 7 fol. 226b f.; Lb 1782, V. S. 33

<sup>651</sup> Es handelte sich um eine grassierende Viehseuche, die zunächst in Oberitalien wütete und zu einer allgemeinen Handelssperre geführt hatte und jetzt auch im Luzernischen Opfer unter den Tieren forderte; s. a. Bünti, Chronik, S. 257

<sup>652</sup> 4. 12. 1713, LRP 5 fol. 354a

<sup>653</sup> WR 24. 1. 1774, WRP 33 fol. 251a; LR 18. 2. 1774, LRP 10 fol. 20a

<sup>654</sup> LR 22. 12. 1777, LRP 10 fol. 91a

<sup>655</sup> V. S. 31

ischen Glaubens und zu Ehr und Nutzen unsers theüren Vatterlandts gedeylich seyn mag»<sup>656</sup>. Allerdings scheint auch der Kriegsrat im tatsächlichen Notfall nicht stets funktionsbereit gewesen zu sein, musste er doch bei allen bedeutenden Bedrohungen des 18. Jahrhunderts<sup>675</sup> stets vorerst personell ergänzt werden.

### 2.3.4.3 Kommissionen

#### Ständige Kommissionen

Zwei in der Zusammensetzung klar umrissene Kommissionen nahmen sich jährlich der Kontrolle des gesamten Finanzhaushaltes an; die eine überprüfte jeweils die Armeleute- und Siechenrechnung<sup>658</sup>, die andere die übrigen Bücher: die «obrigkeitlichen»<sup>659</sup>, die des Säckelmeisters<sup>660</sup>, der Zoller, des Salzdirektors<sup>661</sup> und die des Zeugherrn, sowie die Angster-<sup>662</sup> und Umgeld-Rechnung<sup>663</sup>. Die Rechnungsherren und die übrigen Angehörigen der Rechnungsprüfungskommission sollten für «ausstehende oberkeitliche Gelter und Ansprachen genugsame Bürgschaft fordern und nehmen»<sup>664</sup>. Drängten sich als Folge der Prüfung Massnahmen auf, so waren sie berechtigt, konkrete Weisungen zu erteilen, Untersuchungen in die Wege zu leiten oder Anträge an den Landrat zu stellen<sup>665</sup>. Kraft Zusicherung im Landbuch sollten alle ihre bezüglich einer Rechnung gemachten Anordnungen «hafft haben» und von einem Wochenrat nicht abgeändert werden dürfen<sup>666</sup>.

#### Ad hoc-Kommissionen

Die Tätigkeit der auf eine beschränkte Zeit eingesetzten Kommissionen richtete sich nach dem Auftrag des delegierenden Gremiums. Dieser konnte ausserordentlich umfassend oder auf die Lösung eines Einzelproblems hin ausgerichtet sein. Kommissionen waren es zum Beispiel, welche die Bereinigung<sup>667</sup> bzw. die Überarbeitung des Landbuches<sup>668</sup> zur Vorbereitung übertragen erhielten, oder ei-

<sup>656</sup> Lb 1782, V. S. 32

<sup>657</sup> 1712, 1755, 1798

<sup>658</sup> vgl. LR 15. 3. 1694, LRP 4 fol. 148a; Lb 1623/1731, S. 119, und Lb 1690, fol. 111a, beide N. auf LR 15. 3. 1694, LRP 4 fol. 148a; Lb 1782, II. S. 34

<sup>659</sup> deren Inhalt mangels Quellen nicht eruierbar ist

<sup>660</sup> mit den laufenden Einnahmen und Ausgaben

<sup>661</sup> Die Abrechnung über das Salzvorratsgeld ist offensichtlich 1768 von derjenigen über das Angstergeld getrennt worden; LR 17. 8. 1768, LRP 9 fol. 147b

<sup>662</sup> das ist die Kornherrenrechnung! vgl. Lb 1782, I. S. 27

<sup>663</sup> Aufzählung: Lb 1782, V. S. 30; s. a. Lb 1782, I. S. 16, I. S. 17

<sup>664</sup> Lb 1782, I. S. 17, I. S. 18

<sup>665</sup> vgl. Kommission der Rechnungsherren vom 21., 22. und 26. 4. 1777, WRP 34 fol. 152b f.

<sup>666</sup> Lb 1623/1731, S. 82 N. auf LR 24. 4. 1690, LRP 4 fol. 16a; Lb 1782, V. S. 30

<sup>667</sup> Bsp.: LR 20. 11. 1702, LRP 5 fol. 31b; NG 10. 5. 1711, LRP 5 fol. 258a f.; LR 25. 6. 1742, LRP 7 fol. 173b; NG 11. 5. 1748, LGP A fol. 99b

<sup>668</sup> Bsp.: NG 21. 5. 1730, LRP 6 fol. 369b; LR 12. 2. 1731, LRP 6 fol. 375b; 3-LR&L 11. 5. 1780, LGP B fol. 129a; LR 22. 5. 1780, LRP 10 fol. 152a. — S. a. von Deschwanden, Rechtsquellen, S. 95, S. 97 f.

ne Kommission wurde nach dem Stanser Dorfbrand damit beauftragt, sämtliche Entscheide im Zusammenhang mit dem Wiederaufbau zu treffen<sup>669</sup>. Dem Extrem der Machtvollkommenheit der Baukommission — sie ersetzte alle andern Räte und selbst die Gerichte<sup>670</sup>! — standen Interimsräte gegenüber, deren Arbeit zum Beispiel mit der Vorbereitung eines neuen Artikels<sup>671</sup> oder der Lösung eines Einzelproblems<sup>672</sup> beendigt war.

<sup>669</sup> LR 20. 4. 1713, LRP 5 fol. 319a f.; Steiner-Barmettler, S. 43 f.

<sup>670</sup> vgl. Steiner-Barmettler, S. 44

<sup>671</sup> Bsp.: LR 2. 3. 1711, LRP 5 fol. 251a; WR (?) 10. 5. 1723, LRP 6 fol. 147b; LR 23. 4. 1729, LRP 6 fol. 328b f.; LR 24. 4. 1780, LRP 10 fol. 145b

<sup>672</sup> Bsp.: LR 22. 12. 1704, LRP 5 fol. 81b; R&L 18. 4. 1715, WRP 24 fol. 260b; LR 28. 8. 1747, LRP 7 fol. 259a; LR 11. 9. 1769, LRP 9 fol. 177b

